

**STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**Band 18**

# **Die kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949**

**Teil 1**

## **Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen**

**(Vorläufige Ergebnisse)**



**Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden**

---

**W. Kohlhammer-Verlag / Stuttgart-Köln**



# Vorwort

Ebenso wie für den DM-Zeitraum des Rechnungsjahres 1948 wurden auch für das Rechnungsjahr 1949 die wichtigsten Teile der gemeindlichen Einnahmen und Ausgaben von den Gemeinden und Gemeindeverbänden des Bundesgebietes in einer besonderen, als »Vorausmeldung« bezeichneten Nachweisung eingereicht. Einnahmen und Ausgaben sind dabei nur mit ihrem Gesamtbetrag und mit einer Gliederung nach Einzelplänen ermittelt worden. Eine Verbesserung gegenüber dem Inhalt der vorjährigen Meldung ist insofern erzielt worden, als der im Rechnungsjahr 1948 noch unwichtige, im Rechnungsjahr 1949 aber sehr bedeutungsvoll gewordene außerordentliche Haushalt zusätzlich mit den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben erfragt worden ist.

Die von den Statistischen Landesämtern aufbereiteten Ergebnisse dieser ersten Meldung werden hiermit in ihrer Zusammenfassung für das Bundesgebiet veröffentlicht. Da die Ergebnisse der endgültigen Finanzstatistik für das Rechnungsjahr 1949 erst nach längerer Zeit zu erwarten sind, werden die aus der vorläufigen Meldung für das Jahr 1949 gewonnenen Zahlen ebenso wie im Vorjahre (vergleiche Band 3 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland) mit einer gewissen Ausführlichkeit veröffentlicht und auch textlich besprochen. Diese Veröffentlichung wird als Teil 1 der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949 bezeichnet. Teil 2 wird die Ergebnisse der endgültigen und wesentlich weiter aufgegliederten Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1949 enthalten.

Die im Teil 1 zusammengefaßten Ergebnisse sollen die Öffentlichkeit schnell über die Gesamtentwicklung der Gemeindefinanzen unterrichten, wobei gewisse Ungenauigkeiten im Einzelfall in Kauf genommen werden können.

Die endgültigen in Teil 2 zu veröffentlichenden Ergebnisse bieten sodann das Material für genauere Untersuchungen der gemeindlichen Finanzwirtschaft, insbesondere auch Anhaltspunkte für etatanalytische Betrachtungen.

Im Statistischen Bundesamt sind die Ergebnisse in der Abteilung Finanz- und Steuerstatistik unter Leitung des Regierungsdirektors Dr. Herrmann im Hauptreferat des Herrn Mengert zusammengefaßt worden.

Wiesbaden-Biebrich,  
im Februar 1951

*Dr. Gerhard Fürst*

Leiter des Statistischen Bundesamtes

# Inhalt

	Seite
A. Gesamtübersicht über die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949	
1. Vergleich mit der Vorkriegszeit .....	7
Tabelle 1: Gesamtbild der kommunalen Finanzen vor und nach dem Kriege .....	7
Tabelle 2: Eigenausgaben der Gemeinden (Gv.) vor und nach dem Kriege nach RM/DM je Einwohner .....	8
2. Allgemeine Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949 .....	9
Tabelle 3: Gesamtentwicklung der Kämmereiverwaltungen in den Rechnungsjahren 1949 und 1948 .....	9
3. Investitionen und außerordentlicher Haushalt .....	10
Tabelle 4: Außerordentliche Ausgaben und Einnahmen im Rechnungsjahr 1949 .....	10
B. Die Ausgaben und Einnahmen der Kämmereiverwaltungen	
1. Die Bruttoausgaben	
a) Der Gesamtbetrag .....	11
Tabelle 5: Vergleich der Bruttoausgaben 1948 und 1949 .....	11
Tabelle 6: Verteilung der Bruttoausgaben des Rechnungsjahres 1949 auf ordentliche und außerordentliche Rechnung .....	11
b) Der Anteil der Verwaltungszweige .....	12
c) Die Bruttoausgaben in den Stadtkreisen .....	14
Tabelle 7: Die Bruttoausgaben der Stadtkreise .....	15
d) Die Bruttoausgaben in den Landkreisen und ihren Gemeinden .....	16
Tabelle 8: Die Bruttoausgaben der Landkreise und ihrer Gemeinden .....	16
e) Regionale Unterschiede der Bruttoausgaben .....	17
2. Die Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen vom Land	
a) Gesamtbetrag und Anteil der Verwaltungszweige .....	19
Tabelle 9: Vergleich der zweckgebundenen Zuweisungen 1948 und 1949 .....	20
b) Regionale Unterschiede .....	21
3. Die Eigenausgaben (reiner Finanzbedarf)	
a) Vorbemerkung über den Begriff »Eigenausgaben« .....	22
b) Gesamtbetrag und Anteil der Investitionen .....	23
Tabelle 10: Vergleich der Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) 1948 und 1949 .....	23
Tabelle 11: Ordentliche und außerordentliche Eigenausgaben 1949 .....	24
c) Der Anteil der Verwaltungszweige .....	24
d) Die Verteilung der Eigenausgaben auf Stadt und Land .....	25
Tabelle 12: Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige an den Eigenausgaben in vH ....	26
Tabelle 13: Verteilung der Eigenausgaben auf Stadt und Land .....	26
e) Regionale Unterschiede der Eigenausgaben .....	28
Tabelle 14: Regionale Unterschiede in der Gesamtsumme der Eigenausgaben und ihr Verhältnis zu den Bruttoausgaben .....	28
Tabelle 15: Eigenausgaben für Schulwesen 1948 und 1949 in DM je Einwohner .....	28
Tabelle 16: Regionale Verteilung der außerordentlichen Ausgaben (Eigenausgaben) .....	29
Tabelle 17: Regionale Verteilung der Eigenausgaben für Wohnungsbau usw. und Tiefbau .....	29
Tabelle 18: Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige an den Eigenausgaben in den vier Ländern mit den relativ höchsten Eigenausgaben in DM je Einwohner .....	30
Tabelle 19: Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige an den Eigenausgaben in den drei Flüchtlingsländern .....	30
4. Die Einnahmen der Kämmereiverwaltungen aus speziellen Deckungsmitteln	
a) Gesamtbetrag und Anteil der Verwaltungszweige .....	30
Tabelle 20: Vergleich der speziellen Deckungsmittel 1948 und 1949 .....	31
b) Verteilung der speziellen Deckungsmittel auf Stadt und Land .....	31
Tabelle 21: Verteilung der speziellen Deckungsmittel auf Stadt und Land .....	31
c) Regionale Unterschiede der speziellen Deckungsmittel .....	32
Tabelle 22: Regionale Verteilung der speziellen Deckungsmittel in DM je Einwohner ....	32



5. Der Zuschußbedarf	
a) Gesamtbetrag und Anteil der Verwaltungszweige	32
Tabelle 23: Vergleich des Zuschußbedarfs 1948 und 1949	33
Tabelle 24: Anteil in vH der Verwaltungszweige an den Stadien der Ausgaben	33
b) Anteil von Stadt und Land	34
Tabelle 25: Verteilung des Zuschußbedarfs auf Stadt und Land	34
c) Regionale Unterschiede in der Höhe des Zuschußbedarfs	34
C. Außerordentlicher Haushalt und Beseitigung von Kriegsschäden	
1. Der außerordentliche Haushalt	
a) Die außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen	35
Tabelle 26: Der außerordentliche Haushalt 1948	35
Tabelle 27: Die außerordentlichen Bruttoausgaben der Kämmereiverwaltungen	35
Tabelle 28: Außerordentliche Ausgaben in DM je Einwohner	36
b) Die außerordentlichen Einnahmen	36
Tabelle 29: Die außerordentlichen Einnahmen der Kämmereiverwaltungen und der wirtschaftlichen Unternehmen	37
Tabelle 30: Die Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt in den Kämmereiverwaltungen	37
Tabelle 31: Die Schuldenaufnahme gegliedert nach Ländern	38
Tabelle 32: Die außerordentlichen Einnahmen der Kämmereiverwaltungen aus zweckgebundenen Darlehen und Zuweisungen vom Land	38
Tabelle 33: Die außerordentlichen speziellen Deckungsmittel der Kämmereiverwaltungen (einschl. Schuldenaufnahme)	39
c) Rechnerischer Abschluß der außerordentlichen Rechnung	40
Tabelle 34: Rechnerischer Abschluß der außerordentlichen Rechnung	40
2. Die Beseitigung von Kriegsschäden	41
Tabelle 35: Regionale Verteilung der Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden	41
Tabelle 36: Ausgaben für Kriegsschädenbeseitigung in den Verwaltungszweigen	41
D. Allgemeine Deckungsmittel und Gesamtab schluß	
1. Allgemeine Deckungsmittel	
a) Der Gesamtbetrag und seine Zusammensetzung	42
Tabelle 37: Vergleich der allgemeinen Deckungsmittel 1948 und 1949	43
Tabelle 38: Vergleich der allgemeinen Umlagen 1948 und 1949	43
Tabelle 39: Allgemeine Deckungsmittel in vH des Gesamtbetrages 1949	44
b) Die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern	44
Tabelle 40: Regionale Verteilung der Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern 1948 und 1949	44
Tabelle 41: Die wichtigsten Steuerarten in den Jahren 1948 und 1949	45
Tabelle 42: Steuereinnahmen der Gemeinden 1948 und 1949	45
Tabelle 43: Steuerarten nach Ländern in DM je Einwohner	46
c) Die allgemeinen Finanzzuweisungen	46
Tabelle 44: Gesamtbetrag der Zuweisungen vom Land	46
Tabelle 45: Allgemeine Finanzzuweisungen in vH der Gesamteinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln und in vH der Steuereinnahmen 1949	47
Tabelle 46: Finanzzuweisungen und Bruttoausgaben	47
Tabelle 47: Vergleich zwischen Bruttoausgaben und Gesamtbetrag der Finanzzuweisungen	48
d) Die Erwerbseinkünfte	48
e) Die allgemeinen Umlagen	49
Tabelle 48: Die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden an Kreisumlagen	49
Tabelle 49: Umlageausgaben der Stadt- und Landkreise und Umlageeinnahmen der Bezirks- (Provinzial-) verbände	49
2. Der Gesamtab schluß	50
Tabelle 50: Überschuß der ordentlichen und der außerordentlichen Rechnung in den Gemeinden	50
Tabelle 51: Der Überschuß im Verhältnis zu den Eigenausgaben	50
Tabelle 52: Rechnerischer Gesamtab schluß	50
Tabelle 53: Bewegung der Rücklagen und Abwicklung der Vorjahre	51
Tabellenteil (lt. besonderem Verzeichnis)	53



# A. Gesamtübersicht über die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949<sup>1)</sup>

## 1. Vergleich mit der Vorkriegszeit

Die Ausweitung der öffentlichen Haushalte gegenüber der Vorkriegszeit, die die Finanzentwicklung der Gegenwart ganz allgemein kennzeichnet, gilt für den kommunalen Bereich nicht in gleichem Maße wie für die staatliche Ebene (Bund und Länder). Selbst die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949/50, in dem sich die Ausgaben merklich gehoben haben, widerspricht nicht dieser Feststellung.

Zwar ist der Gesamtumfang der Ausgaben und Einnahmen, die in den Haushaltsrechnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände verbucht werden, gegen-

wärtig erheblich größer als in den letzten Jahren vor dem Kriege. Die Bruttoausgaben der kommunalen Körperschaften im Reichsgebiet machten vor dem Kriege 141 RM je Einwohner im Rechnungsjahr 1928 und 111 RM je Einwohner im Rechnungsjahr 1937 aus. Im Bundesgebiet der Gegenwart dagegen belaufen sie sich auf 133 DM je Einwohner in 1948<sup>2)</sup> und auf 145 DM je Einwohner in 1949. Verglichen also mit 1928 (dem letzten Jahr vor dem großen Preissturz) sind die Bruttoausgaben ungefähr im gleichen Maße gestiegen, wie sich die Bevölkerung durch das Einströmen der Heimatvertriebenen erhöht hat.

Tabelle 1: Gesamtbild der kommunalen Finanzen vor und nach dem Kriege<sup>1)</sup>

Ausgaben und Einnahmen	Rechnungsjahr							
	1928	1937	1948 <sup>2)</sup>	1949	1928	1937	1948 <sup>2)</sup>	1949
	Mill. RM/DM				RM/DM je Einwohner			
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ausgaben (brutto) der Kämmergeverwaltungen .....	8 550,8	7 045,1	5 893,5	6 556,7	140,66	110,11	132,57	144,97
Einnahmen								
Zuweisungen vom Land für Kriegsfolgenhilfe .....	—	—	725,3	536,3	—	—	16,32	11,86
übrige .....	408,7	218,9	469,9	892,7	6,72	3,42	10,57	19,74
Zuweisungen von anderen Gemeinden .....	311,0	330,0			5,12	5,16		
Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen .....	211,1	207,5	1 706,9	2 007,2	3,47	3,24	38,40	44,38
Spezielle Deckungsmittel .....	2 462,4	1 858,6			40,51	29,05		
Kämmergeverwaltungen zusammen .....	3 393,2	2 615,0	2 902,1	3 436,2	55,82	40,87	65,29	75,97
Steuern .....	2 960,1	3 517,2	1 918,1	2 266,1	48,68	54,99	43,15	50,10
Allgemeine Finanzzuweisungen <sup>3)</sup> .....	1 423,1	1 156,5	742,9	835,6	23,41	18,08	16,71	18,47
Umlagen-Einnahmen .....	317,1	445,2	507,5	525,3	5,22	6,96	11,42	11,62
Umlagen-Ausgaben .....	— 303,5	— 529,2	— 549,2	— 598,2	— 4,99	— 8,27	— 12,35	— 13,23
Erwerbsinkünfte und sonstige .....	659,1	89,0	17,6	231,1	10,84	1,39	— 0,40	5,11
Allgemeine Deckungsmittel zusammen .....	5 055,9	4 678,7	2 601,7a)	3 259,9	83,17	73,13	58,53	72,08
Summe der Einnahmen .....	8 449,1	7 293,7	5 503,8	6 696,1	138,99	114,00	123,82	148,05
Zuschußbedarf der Kämmergeverwaltungen .....	5 157,6	4 430,1	2 991,3	3 120,5	84,84	69,24	67,27	68,99

<sup>1)</sup> Vor dem Kriege Reichsgebiet, nach dem Kriege Bundesgebiet. — <sup>2)</sup> DM-Abschnitt, auf volles Jahr umgerechnet. — <sup>3)</sup> Vor dem Kriege Anteil an den Reichssteuern. — a) Ohne Erstaussstattung.

Jedoch besteht in wichtigen Punkten in der Entwicklung der gemeindlichen Finanzen ein beachtlicher Gegensatz zu der echten Ausweitung der Ausgaben auf der staatlichen Ebene (Bund und Länder), die hier durch die Besatzungs- und Soziallasten ausgelöst worden ist und sich zur Verstärkung des Steuerdrucks ausgewirkt hat.

Zu einem Teil nämlich ist die Ausdehnung der kommunalen Haushalte eine nominelle, zurückzuführen in erster Linie auf die für Rechnung der Länder bzw. des Bundes ausgezahlte, aber in die gemeindlichen Haushalte in voller Höhe eingegliederte Kriegsfolgenhilfe.

Die Ausgaben für Kriegsfolgenhilfe, soweit die Zahlungen für Rechnung des Bundes bzw. des Landes erfolgten, beliefen sich auf 725,3 Mill. DM im Jahre 1948 und auf 536,3 Mill. DM im Jahre 1949. Abzüglich dieser Zahlungen stellen sich die mit der Vorkriegszeit vergleichbaren Bruttoausgaben auf 116 DM je Einwohner

in 1948 und auf 133 DM je Einwohner in 1949, bleiben also insoweit hinter dem Stand von 1928 zurück.

Auch auf anderen Gebieten kommunaler Betätigung ist die Ausweitung der Ausgaben eine Folge stärkerer Einschaltung der Gemeinden bei der Durchführung von »Auftragsangelegenheiten« des Staates unter gleichzeitiger Finanzierung durch zweckgebundene staatliche Zuweisungen. Diese haben infolgedessen eine die Vorkriegszeit weit übersteigende Bedeutung gewonnen. Zahlenmäßig kommt dies darin zum Ausdruck, daß solche Zuweisungen im Jahre 1937 nur 3,42 RM je Einwohner ausmachten, nach dem Kriege aber auf 10,57 DM je Einwohner in 1948 und 19,74 DM je Einwohner in 1949 gestiegen sind.

Neben diesen überwiegend »nominellen« Mehraufwendungen haben die Gemeinden beachtliche »effektive« Mehrausgaben, die aber zum großen Teil durch höhere Einnahmen aus den speziellen Deckungsmitteln der Kämmergeverwaltungen finanziert werden konnten. Einschließlich der Zuweisungen von anderen Gemeinden und der Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen (beide sind in der Vorausmeldung

<sup>1)</sup> Veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“, 1950, Heft 10.

<sup>2)</sup> Für alle für das Rechnungsjahr 1948 gemachten Zahlenangaben sind die Ergebnisse der neun DM-Monate auf ein volles Jahr hochgerechnet.

nicht ausgegliedert) belaufen sich diese 1948 auf 38 DM je Einwohner und 1949 auf 44 DM je Einwohner, während für 1937 der vergleichbare Betrag sich auf nur 37 RM je Einwohner stellte. Höhere Einnahmen, vor allem in den Gebührenhaushalten (Krankenhäuser, öffentliche Einrichtungen usw.) sowie (besonders 1949) Schuldauflagen haben zu dieser stärkeren Eigenfinanzierung beigetragen.

Als Ergebnis dieser Besonderheiten in der Gesamtentwicklung der kommunalen Finanzen ist der Zuschußbedarf, der aus den eigenen Steuern, den allgemeinen Finanzaufweisungen und den Erwerbseinkünften zu decken ist, mit 67 bis 69 DM je Einwohner ungefähr ebenso hoch wie 1937 (69 RM je Einwohner) und vor allem niedriger als 1928 (85 RM je Einwohner). Berücksichtigt man den gegenüber 1937 gesunkenen Geldwert, so sind die kommunalen Ausgaben, soweit sie nicht durch staatliche Zuweisungen oder eigene Einnahmen der Kämmereiverwaltungen gedeckt sind, vor allem in ihrem Realwert niedriger als vor dem Krieg.

Tabelle 2: Eigenausgaben<sup>1)</sup> der Gemeinden (Gv.) vor und nach dem Krieg

— RM/DM je Einwohner —

Verwaltungszweige	Rechnungsjahr			
	1928 <sup>1)</sup>	1937 <sup>2)</sup>	1948 <sup>3)</sup>	1949
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung		9,58	12,73	11,95
Finanz- und Steuer-	10,85	1,66	5,71a)	3,61
verwaltung .....				
Öffentliche Sicherheit	4,13	3,98	3,60	5,32
und Ordnung .....				
Schulen .....	20,60	14,12	13,43	15,80
Kultur .....	2,86	2,76	3,18	3,33
Kriegsfolgenhilfe .....	—	—	8,94	5,89
Übrige Fürsorge,	24,11	20,10	15,36	16,80
Jugendhilfe .....				
Gesundheitswesen,	9,70	7,47	11,88	13,11
Jugendpflege .....				
Straßen und übriger	17,69	14,73	6,14	8,80
Tiefbau .....				
Wohnungswesen .....	18,50	3,96	8,40	4,43
Sonstiges Bauwesen ...	1,64	1,43		5,90
Allgemeines Grund-				1,22
vermögen (ao. H.) ..				
Wirtschaftsförderung ..	2,20	2,28	16,27	17,20
Öffentl. Einrichtungen ..	11,50	12,71		
Nicht aufteilbarer	1,22	3,49		
Schuldendienst .....				
Zusammen .....	125,35	98,29		
Erstattungen von ande-	*) 8,59	8,40		
ren Verwaltungszweigen .....				
Zuweisungen von ande-				
ren Gemeinden .....				
Gesamtsumme .....	133,94	106,69	105,66	113,37

<sup>1)</sup> Eigenausgaben (reiner Finanzbedarf): für Rj. 1948 und Rj. 1949 konnten nur die Zuweisungen vom Land, nicht aber von anderen Gemeinden und nicht die Erstattungen von den Bruttoausgaben abgezogen werden; letztere beiden beliefen sich 1937 auf 8,40 RM je Einw. — <sup>2)</sup> Reichsgebiet. — <sup>3)</sup> Ergebnisse der 9 DM-Monate, auf volles Jahr umgerechnet. — <sup>4)</sup> Für die Jahre 1928 und 1937 zum Vergleich der Gesamtausgaben mit 1948 und 1949 zugesetzt. (Vgl. Anmerkung 1.) — a) Einschl. Aufwendungen für allgemeines Kapital- und Grundvermögen.

Die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Aufgabengebiete der kommunalen Verwaltung hat sich gegenüber der Vorkriegszeit etwas gewandelt. Kennzeichnend dafür ist die in der vorstehenden Übersicht dargestellte Gliederung der kommunalen Eigenausgaben (um die Zuweisungen des Staates verminderten Ausgaben) auf die einzelnen Verwaltungszweige. Das schon vor dem Kriege wichtigste kom-

munale Aufgabengebiet der Wohlfahrt im weiteren Sinne ist noch stärker in den Vordergrund getreten. Für allgemeine Fürsorge, für Gemeindeanteil an der Kriegsfolgenhilfe, für Gesundheitspflege und Jugendhilfe und Jugendpflege sind 1948 und 1949 36 DM je Einwohner verausgabt worden, während sich 1937 diese Wohlfahrtsausgaben (allerdings ausschließlich der Erstattungen von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden und von anderen Verwaltungszweigen) auf weniger als 28 RM je Einwohner beliefen. Damit erreichen die Wohlfahrtsausgaben in ihrer absoluten Höhe wieder den Stand, den sie in den zwanziger Jahren hatten. Bei Vergleich der relativen Aufwendungen für das Wohlfahrtswesen (je Einwohner) mit Vorkriegszahlen, insbesondere auch mit den Ausgaben in den Jahren vor 1930, ist zu berücksichtigen, daß nach den damaligen gesetzlichen Bestimmungen der Personenkreis der von der gemeindlichen Fürsorge erfaßten Hilfsbedürftigen ein anderer war, als nach den heute geltenden Vorschriften (Ausgesteuerte, Wohlfahrtserwerbslose, Krisenunterstützungsempfänger). Außerdem haben sich — der veränderten Kaufkraft des Geldes anpassend — vielfach auch die Fürsorgersätze geändert. Auffällig — innerhalb der Entwicklung des Wohlfahrtsaufwandes — ist, daß die Ausgaben für das Gesundheitswesen auch je Kopf der Bevölkerung erheblich höher liegen als vor dem Kriege.

Im Vergleich zu den letzten Jahren vor dem Krieg haben die Gemeinden und Gemeindeverbände neben den staatlich verfügbar gemachten Beträgen erheblich größere eigene Mittel für den Wohnungsbau und damit zusammenhängende Zwecke verausgabt. 1949 machten diese Mittel über 11 DM je Einwohner gegenüber nur 5 RM je Einwohner in 1937 aus. Hinter dem hohen Umfang eigener Mittel allerdings, die in den zwanziger Jahren von den Gemeinden für Wohnungsbau und sonstiges Bauwesen (1928 = 20 RM je Einwohner) investiert wurden, bleiben die Aufwendungen auch trotz der in 1949 eingetretenen Steigerung noch zurück. Allerdings liefen damals die für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel durch die gemeindlichen Rechnungen; in 1928 waren dies 531 Mill. RM = 8,74 RM je Einwohner.

In besonders auffälligem Maße haben sich sowohl gegen 1937 wie auch gegenüber 1928, und zwar auch im Verhältnis zu der inzwischen stark gewachsenen Bevölkerung, diejenigen Ausgaben erhöht, die in den Vorausmeldungen für 1948 und 1949 unter »Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung« zusammengefaßt waren. In 1948 entfielen davon rd. drei Viertel auf die Öffentlichen Einrichtungen, der Rest auf Ernährungs- und Wirtschaftsamt, Straßenverkehrsamt, Preisprüfung und Wirtschaftsförderung. Es sind also hauptsächlich die Kosten der — 1948 noch laufenden und 1949 auslaufenden — Bewirtschaftung, die diesen Teil der kommunalen Ausgaben weit über den Vorkriegsumfang, selbst unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme, gesteigert haben. Die gleiche über die Zunahme der Bevölkerung hinausgehende Steigerung des Verwaltungsaufwands, die im kommunalen Bereich gegenüber der Zeit vor dem Kriege eingetreten ist, kommt auch in den Eigenausgaben der allgemeinen Verwaltung und der Finanz- und Steuerverwaltung zum Ausdruck.

Im Gegensatz zu dem finanziellen Mehrbedarf auf den vorgenannten Aufgabengebieten der Gemeinden und Gemeindeverbände reichen im Straßenwesen die

kommunalen Ausgaben der Gegenwart, vor allem auch wenn man sie auf die Einwohnerzahl bezieht, nicht an den Umfang der Vorkriegsjahre heran. Im Straßenwesen der Nachkriegszeit standen die Aufwendungen der Länder für das staatlich betreute Straßennetz (insbesondere Autobahnen und Reichsstraßen) stärker im Vordergrund als der Aufwand der Gemeinden und Gemeindeverbände für die lokalen Straßen. Sie sind selbst nach der im Jahre 1949 eingetretenen Steigerung erheblich niedriger als in den Vorkriegsjahren, in denen Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge für diese Verkehrsaufgaben eingesetzt wurden. Beim Schulwesen sind die Ausgaben mit ihrem absoluten Betrag über das Vorkriegsniveau gehoben; trotz der Belastung des Schulwesens durch die Lehr- und Lernmittelfreiheit und Ausgaben für Erziehungsbeihilfen sind sie jedoch, je Einwohner berechnet, zur Zeit noch niedriger als in den zwanziger Jahren. Die Aufwendungen der Gemeinden für das Schulwesen sind also nicht in gleichem Verhältnis gestiegen wie die Zahl der Einwohner durch das Einströmen der Heimatvertriebenen.

Soweit die Vorausmeldung zur Gemeindestatistik erkennen läßt, sind die höheren Aufwendungen, die sich aus den Aufgaben der Fürsorge, des Wohnungsbaues und der Verwaltung ergaben, zum Teil durch Einschränkung der kulturellen und der Verkehrsausgaben ausgeglichen worden.

2. Allgemeine Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949

Im Vergleich mit dem ersten DM-Rechnungsjahr 1948, das der Geldumstellung vom 20. Juni 1948 folgte, schließt die Haushaltsrechnung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit einer merklichen Erhöhung der Ausgaben ab. Rechnet man die für die 9 Monate 1948 ermittelten Ergebnisse auf ein volles Jahr um, so sind gestiegen: die Bruttoausgaben von 5993,9 Mill. DM auf 6556,7 Mill. DM, die — nach Abzug der Zuweisungen vom Land sich ergebenden — Eigenausgaben von 4763,7 Mill. DM auf 5127,7 Mill. DM und der Zuschußbedarf von 2981,8 Mill. DM auf 3120,5 Mill. DM.

Tabelle 3: Gesamtentwicklung der Kämmererverwaltungen in den Rechnungsjahren 1949 und 1948

— Mill. DM —

	Brutto-Ausgaben	Zuweisungen vom Land	Eigen-Ausgaben <sup>1)</sup>	Spezielle Deckungsmittel	Zuschußbedarf
	1	2	3	4	5
Ao. Rechnung 1949 .....	447,6	157,6	290,0	223,4	66,7
1948 (voll. Jahr) <sup>2)</sup>	166,7	34,9	131,8	75,1	56,7
Kriegsfolgenhilfe 1949 .....	802,7	536,3	266,4	166,6	99,8
1948 (voll. Jahr)	1 123,1	725,3	397,7	237,1	160,7
Übr. ord. Rechng. 1949 .....	5 306,6	735,2	4 571,3	1 617,1	2 954,2
1948 (voll. Jahr)	4 704,1	469,9	4 234,2	1 469,8	2 764,4
Zusammen 1949 .....	6 556,7	1 429,0	5 127,7	2 007,2	3 120,5
1948 <sup>3)</sup> .....	5 993,9	1 230,1	4 763,7	1 782,0	2 981,8
Ao. Rechnung der wirtschaftlichen Unternehmen 1949 .....	121,6	16,8	104,9	99,4	5,5
1948 <sup>4)</sup> .....	27,2	2,0	25,2	20,5	4,7

<sup>1)</sup> In der Vorausmeldung für 1948 nicht enthalten. — <sup>2)</sup> Zuweisungen von anderen Gemeinden und Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen konnten nicht abgesetzt werden; diese sind vielmehr in den speziellen Deckungsmitteln enthalten. — <sup>3)</sup> Einschl. der nicht in der Vorausmeldung enthaltenen ao. Rechnung.

Die Gestaltung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949 wird hauptsächlich von folgenden Grundlinien der Entwicklung beherrscht:

a) Die Soforthilfe, die im September 1949 und damit von Mitte des Rechnungsjahres an in Gang gekommen ist, hat die in die Haushaltsrechnung der Gemeinden einbezogenen Ausgaben für Kriegsfolgenhilfe bereits stark, nämlich von 1123,1 Mill. DM in 1948 auf 802,7 Mill. DM in 1949 ermäßigt. Bei der gegebenen Art der Finanzierung dieser Kriegsfolgenhilfe, nämlich überwiegend durch das Land bzw. durch den Bund, ist jedoch die finanzielle Entlastung, die dadurch im kommunalen Bereich eingetreten ist, geringer. Denn auch die Zuweisungen des Landes für die Auszahlung der Kriegsfolgenhilfe sind von 725,3 Mill. DM in 1948 auf 536,3 Mill. DM in 1949 gesunken. Dadurch haben sich bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Eigenausgaben für Kriegsfolgenhilfe nur um 131,3 Mill. DM und der Zuschußbedarf nur um 60,9 Mill. DM vermindert.

b) Die zunächst von den Ländern, hier vor allem Nordrhein-Westfalen, ausgehende stärkere Belegung der öffentlichen Investitionstätigkeit ist auch in den gemeindlichen Rechnungen des Jahres 1949 stark zur Wirkung gekommen. Sie findet in der erstmalig stärkeren Ausweitung des außerordentlichen Haushalts ihren Ausdruck. Im Rechnungsjahr 1948 beschränkten sich die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts auf 145,4 Mill. DM (auf volles Jahr umgerechnet = 193,9 Mill. DM), von denen 51,8 Mill. DM (volles Jahr = 69,1 Mill. DM) durch Beiträge des ordentlichen Haushalts finanziert worden waren. Im Rechnungsjahr 1949 dagegen sind die außerordentlichen Ausgaben in den Kämmererverwaltungen auf 447,6 Mill. DM und für die in den gemeindlichen Rechnungen geführten wirtschaftlichen Unternehmungen auf 121,6 Mill. DM angestiegen.

c) Auch in der ordentlichen Rechnung der Kämmererverwaltungen außerhalb der Kriegsfolgenhilfe haben sich die Ausgaben im ganzen merklich erhöht, nämlich von 4670,0 Mill. DM in 1948 auf 5306,6 Mill. DM in 1949. Jedoch wird hier die Steigerung der Ausgaben weitgehend durch erhöhte zweckgebundene Zuweisungen vom Land und auch höhere Einnahmen aus speziellen Deckungsmitteln aufgefangen. Der aus den allgemeinen Deckungsmitteln (Steuern, Umlagen usw.) zu finanzierende Zuschußbedarf hat sich daher nur um 223,9 Mill. DM gegenüber 1948 erhöht.

d) Die verstärkte Finanzierung der kommunalen Ausgaben durch Zuweisungen vom Land ist überhaupt eine Besonderheit der finanziellen Entwicklung des Rechnungsjahres 1949. In der außerordentlichen Rechnung wurden 157,6 Mill. DM solcher Zuweisungen (davon etwa ein Drittel in Darlehensform) vereinnahmt. Im ordentlichen Haushalt außerhalb der Kriegsfolgenhilfe sind 735,2 Mill. DM staatliche Mittel für Zwecke der einzelnen Verwaltungszweige verbucht worden. An allgemeinen Finanzzuweisungen haben die Gemeinden und Gemeindeverbände 835,6 Mill. DM erhalten. Trotz der inzwischen verminderten Zuweisungen für Kriegsfolgenhilfe hat der Gesamtbetrag der den Gemeinden zugeflossenen staatlichen Mittel sich von 1938,1 Mill. DM im Jahre 1948 auf 2264,6 Mill. DM im Jahre 1949 und damit auf fast 35 vH der kommunalen Ausgaben erhöht.

e) Auch neben den erhöhten Zuweisungen vom Land und den vermehrten Einnahmen aus speziellen

Deckungsmitteln standen zur Deckung der gestiegenen Ausgaben erhöhte Einnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln zur Verfügung. Die Eingänge aus Steuern haben sich von 1918,1 Mill. DM in 1948 auf 2266,1 Mill. DM in 1949 erhöht. Aus Erwerbseinkünften, die in der Vorausmeldung 1949 (in Abweichung von 1948) getrennt erfaßt wurden, standen 231,1 Mill. DM zur Verfügung.

f) Im Rechnungsjahr 1948 ergab sich ein Überschuß, weil die Erstausrüstung nicht voll zur Deckung des Fehlbetrags der laufenden Rechnung benötigt wurde. Im Rechnungsjahr 1949 ergibt sich ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben für die Summen aller Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 139,5 Mill. DM.

In Höhe von 42,4 Mill. DM stammt dieser Überschuß aus noch nicht verausgabten Anleihemitteln des außerordentlichen Haushalts. Von dem Rest sind 66,3 Mill. DM den Rücklagen für den Gesamthaushalt zugeführt und 13,4 Mill. DM für nicht aufteilbaren Schuldendienst verwandt worden.

Bei näherer Untersuchung der beschriebenen Gesamtergebnisse des Rechnungsjahres 1949 fällt zunächst eine Ausdehnung der kommunalen Investitionstätigkeit auf, die vor allem in der außerordentlichen Rechnung in Erscheinung tritt und für gesamtwirtschaftliche Belange von größter Bedeutung ist.

### 3. Investitionen und außerordentlicher Haushalt

Durch die in der Vorausmeldung für 1949 zahlenmäßig ermittelten Ausgaben und Einnahmen des außerordentlichen Haushalts sind die im Rechnungsjahr 1949 im kommunalen Bereich durchgeführten Investitionen nicht vollständig erfaßt. Denn auch gegenwärtig bestätigt sich, daß in der Praxis der kommunalen Haushaltsführung die Unterscheidung von ordentlicher und außerordentlicher Rechnung keine grundsätzliche ist. In den außerordentlichen Haushalt werden auch Ausgaben eingesetzt, die durch ordentliche Einnahmen,

nämlich Anteilsbeträge des ordentlichen Haushalts, finanziert werden; Investitionen, die ihrem Wesen nach fast immer »außerordentliche« Ausgaben sind, werden weitgehend im ordentlichen Haushalt geführt. So sind auch 1949 neben den im außerordentlichen Haushalt verbuchten Investitionen gleichartige wirtschaftliche Vorgänge in der ordentlichen Rechnung enthalten, zumal dann, wenn es sich um Beseitigung von Kriegsschäden handelt.

Dennoch geben die durch die Vorausmeldung ermittelten Zahlen über die außerordentliche Rechnung ein anschauliches Bild von Umfang und Inhalt der kommunalen Investitionstätigkeit sowie von ihrer Finanzierung. Insbesondere zeichnen sich folgende wichtige Vorgänge ab:

a) Die außerordentlichen Ausgaben, die in Höhe von fast 570 Mill. DM in den Zweigen der Kämmererverwaltungen und bei den in die gemeindlichen Rechnungen einbezogenen wirtschaftlichen Unternehmen durch die Vorausmeldung ermittelt sind, dürften ganz überwiegend Bauaufwendungen und andere Investitionen darstellen. Einschließlich der in den ordentlichen Rechnungen verbuchten gleichartigen Ausgaben dürfte sich der Gesamtumfang der gemeindlichen Investitionen im Rechnungsjahr 1949 in der Größenordnung von über 700 Mill. DM bewegen.

b) An außerordentlichen Einnahmen zur Deckung der vorgenannten außerordentlichen Ausgaben waren insgesamt 609,2 Mill. DM eingesetzt. Es ergab sich also ein Überhang von rd. 40 Mill. DM.

c) Zu einem Teil sind die kommunalen Bauaufwendungen nur die Ausführung des staatlichen Investitionsprogramms. Soweit die dafür eingesetzten staatlichen Mittel im außerordentlichen Haushalt der Gemeinden (weitere gleichartige Mittel dürften im ordentlichen Haushalt verrechnet sein) etatisiert sind, beschränkt sich jedoch dieser Teil auf den Betrag von 174,4 Mill. DM, von denen 56,2 Mill. DM in Darlehensform gegeben worden sind:

Die aus eigenen oder selbst beschafften Mitteln der Gemeinden durchgeführten Investitionen sind weit höher. 112,0 Mill. DM wurden durch Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts finanziert, 191,5 Mill. DM Darlehen (davon wohl rd. die Hälfte für die wirtschaftlichen Unternehmen) wurden aufgenommen und 131,5 Mill. DM sonstige Mittel (Entnahmen aus Rücklagen, Erlöse aus Veräußerungen) wurden eingesetzt.

d) Im Vordergrund der kommunalen Investitionstätigkeit stand der Wohnungsbau. Ihm diente neben den hierfür nachgewiesenen 110,3 Mill. DM wohl auch der größte Teil der unter allgemeinem Grundvermögen in Höhe von 65,7 Mill. DM verbuchten außerordentlichen Ausgaben. Weitere 12,6 Mill. DM hierfür bereitgestellte Einnahmen waren am Schluß des Rechnungsjahres 1949 noch nicht verausgabt.

Die in den wirtschaftlichen Unternehmen durchgeführten Investitionen sind durch die Vorausmeldung nur insoweit erfaßt, wie die Ausgaben und Einnahmen dieser Unternehmen oder wenigstens ihre außerordentlichen Finanzvorfälle in die gemeindliche Rechnung einbezogen sind. Immerhin ergaben sich aus der Vorausmeldung 121,6 Mill. DM außerordentliche Ausgaben der wirtschaftlichen Unternehmen; sie veranschaulichen damit die hohen Beträge, die zur Wiederherstellung der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe investiert worden sind.

Tabelle 4: Außerordentliche Ausgaben und Einnahmen im Rechnungsjahr 1949

— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Ausgaben	Einnahmen		
		Zuweisungen vom Land	Spezielle Deckungsmittel	Anteilbeträge des o. H.
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung	10,6	1,7	7,3	2,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,4	0,1	0,2	0,2
Schulen	52,1	22,7	25,2	12,0
Kultur	7,0	1,9	5,3	0,3
Fürsorge und Jugendhilfe	5,7	1,2	2,5	1,9
Gesundheits- und Jugendpflege	33,8	7,8	22,5	7,8
Straßen und sonstiger Tiefbau	65,5	28,5	25,5	14,6
Wohnungsbau	110,3	43,1	46,7	23,8
Sonstiges Bauwesen	57,3	32,3	18,2	12,2
Allgemeines Grundvermögen	65,7	10,6	44,4	20,0
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	38,6	7,7	25,7	9,5
Finanz- und Steuerverwaltung	0,7	—	—0,1	0,4
Zusammen	447,6	157,6	223,4	105,0
Wirtsch. Unternehmen)	121,6	16,8	99,4	7,1
Summe	569,2	174,4	322,8	112,0
Darunter: Schuld- aufnahmen	—	56,2	191,5	—

) Soweit über die gemeindlichen Rechnungen gelaufen.

Von den anderen wichtigen Gebieten kommunaler Betätigung sind Straßenbau mit 65,5 Mill. DM und sonstiges Bauwesen (einschließlich der hierin enthaltenen Trümmerbeseitigung) mit 57,3 Mill. DM an den außerordentlichen Ausgaben des Rechnungsjahres 1949 beteiligt. Auf diesen beiden Gebieten dürften weitere größere Bauaufwendungen unmittelbar im ordentlichen Haushalt über den Betrag hinaus, der

einen Teil des außerordentlichen Bedarfs in Form der Anteilbeträge deckt, finanziert sein (vgl. obenstehende Tabelle, Sp. 4). Die Wiederherstellungs- und Verbesserungsarbeiten an öffentlichen Einrichtungen (Kanalisation usw.) sowie der Bau und die Wiederherstellung von Schulen, Krankenhäusern und auch Verwaltungsgebäuden kommt in den außerordentlichen Ausgaben dieser Verwaltungszweige zum Ausdruck.

## B. Die Ausgaben und Einnahmen der Kämmereiverwaltungen

### 1. Die Bruttoausgaben

#### a) Der Gesamtbetrag

(hierzu Tabellen 116, 122, 123)

Die aus der Vorausmeldung gewonnenen Angaben über die Bruttoausgaben müssen hier verwendet werden, um die Gesamtheit der Aufgaben aufzuzeigen, die die Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt, d.h. sowohl aus Mitteln des Bundes und des Landes (finanziert nämlich durch die zweckgebundenen Zuweisungen vom Land) wie auch aus eigenen Mitteln (finanziert durch spezielle und durch allgemeine Deckungsmittel) zu erfüllen haben, und den Umfang der Mittel, die die kommunalen Körperschaften dafür eingesetzt haben.

Es muß in Kauf genommen werden, daß die Angaben über die Bruttoausgaben für diesen Zweck nicht voll geeignet sind. Denn sie enthalten — besonders auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens — die Doppelzählungen, die sowohl durch die Zahlungen von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden wie durch die Erstattungen der Verwaltungszweige untereinander entstehen. Beide sind in der Vorausmeldung aus der Summe der Einnahmen nicht ausgegliedert worden. Sie können von den Bruttoausgaben nicht abgesetzt werden. Diejenige Darstellungsform der Ausgaben, die als »Bereinigter Finanzbedarf« bezeichnet wird, kann daher aus den Ergebnissen der Vorausmeldung nicht ermittelt werden. Die Bruttoausgaben, trotz der in ihnen enthaltenen Doppelzählungen, müssen als Grundlage für die Gesamtbetrachtung verwendet werden.

Tabelle 5: Vergleich der Bruttoausgaben<sup>1)</sup> 1948 und 1949

Verwaltungszweige	Mill. DM		vH	
	1948	1949	1948	1949
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung .....	600,5	589,0	10,2	9,0
Finanzverwaltung .....	254,1	164,0	4,3	2,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung <sup>2)</sup> .....	251,7	339,7	4,3	5,2
Schulen .....	648,4	850,8	11,0	13,0
Kultur .....	146,0	161,3	2,5	2,5
Kriegsfolgenhilfe .....	1 123,1	802,7	19,1	12,2
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe .....	713,2	829,0	12,1	12,6
Gesundheits- und Jugendpflege .....	542,7	619,2	9,2	9,4
Straßen und sonstiger Tiefbau ..	358,9	507,0	6,1	7,7
Wohnungsbau .....	458,8	394,8	7,8	6,0
Sonstiges Bauwesen .....		384,4		5,9
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .....		65,7		1,0
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung .....	795,7	849,1	13,5	12,9
Zusammen .....	5 893,5	6 556,7	100,0	100,0

<sup>1)</sup> 1948 ohne, 1949 einschl. ao. Rechnung. — <sup>2)</sup> 1949 einschl. Verwaltungspolizei, die 1948 auf die entsprechenden Verwaltungszweige aufgeteilt ist.

Der Gesamtbetrag der Bruttoausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände stellt sich im Rechnungsjahr 1949 auf 6 556,7 Mill. DM. Die Bedeutung dieser

Zahl und der sich in ihr dokumentierenden Entwicklung der kommunalen Finanzen wird zunächst dadurch gekennzeichnet, daß — wie bereits oben betont — das Gesamtniveau der Ausgaben erheblich höher liegt als im vorhergehenden Jahr. In der Vorausmeldung nämlich für den DM-Zeitraum des Rechnungsjahres 1948 ergab sich als Gesamtbetrag der Bruttoausgaben eine Summe, die auf volle 12 Monate hochgerechnet, einer Jahresausgabe von 5 893,5 Mill. DM entsprechen würde. Allerdings waren in der Vorausmeldung des Jahres 1948 die außerordentlichen Ausgaben nur insoweit enthalten, wie sie durch Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts finanziert wurden. Es fehlten die außerordentlichen Ausgaben, die durch eigene Einnahmen (z. B. Schuldaufnahmen) des außerordentlichen Haushalts gedeckt wurden. Nach der endgültigen Finanzstatistik für den DM-Zeitraum waren dies 75,3 Mill. DM oder, auf ein volles Jahr hochgerechnet, 100,4 Mill. DM. Der vollvergleichbare Vorjahrsbetrag der Bruttoausgaben läßt sich daher mit 5 994 Mill. DM annehmen. Im Vergleich zu ihm haben sich im Rechnungsjahr 1949 die Bruttoausgaben um 562,7 Mill. DM oder um 9 vH erhöht.

Tabelle 6: Verteilung der Bruttoausgaben des Rechnungsjahres 1949 auf ordentliche und außerordentliche Rechnung

— Mill. DM. —

Verwaltungszweige	Ordentliche Rechnung	Außerordentliche Rechnung
	1	2
Allgemeine Verwaltung .....	578,4	10,6
Finanzverwaltung .....	163,3	0,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	339,4	0,4
Schulen .....	798,7	52,1
Kultur .....	154,3	7,0
Kriegsfolgenhilfe .....	802,7	0,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe .....	823,4	5,7
Gesundheits- und Jugendpflege .....	585,3	33,8
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	441,4	65,5
Wohnungsbau .....	284,5	110,3
Sonstiges Bauwesen .....	327,1	57,3
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .....	—	65,7
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung .....	810,5	38,6
Zusammen .....	6 109,1	447,6
Dagegen 1948 (volles Jahr) .....	5 827,2	166,7

Wie schon oben betont, ist die wichtigste Ursache für die gegenüber dem Vorjahre eingetretene Steigerung der Bruttoausgaben zunächst das Ingangkommen der öffentlichen Investitionstätigkeit. An den Bruttoausgaben des Rechnungsjahres 1949 sind die außerordentlichen Ausgaben, unter denen der größte Teil der Investitionen verbucht worden ist, mit 447,6 Mill. DM beteiligt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 281 Mill. DM (vgl. Tabelle 125).

Um fast genau den gleichen Betrag, nämlich um 282 Mill. DM sind gleichzeitig aber auch die Bruttoausgaben der ordentlichen Rechnung gestiegen. Zum Teil dürfte auch an dieser Zunahme die umfangreiche Investitionstätigkeit des Jahres 1949 beteiligt sein, nämlich soweit sie nicht in die außerordentliche Rechnung eingestellt, sondern unmittelbar aus dem ordentlichen Haushalt finanziert worden ist.

Ein ins Gewicht fallender Teil der Ausgaben des Jahres 1949 diente der Beseitigung von Kriegsschäden. Es ist richtig, daß die Zuordnung von Wiederherstellungsarbeiten zu dem Begriff »Beseitigung von Kriegsschäden« gelegentlich willkürlich sein muß. In der Vorausmeldung 1949 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets 605,5 Mill. DM als Ausgaben zur Beseitigung von Kriegsschäden gekennzeichnet (vgl. Tabelle 172). In ihnen sind sowohl Ausgaben des ordentlichen wie des außerordentlichen Haushalts enthalten. Es kann angenommen werden, daß die Gemeinden in größerem Umfang Investitionen, die sich als Beseitigung von Kriegsschäden darstellen und die aus ordentlichen Mitteln gedeckt worden sind, nicht in die außerordentliche Rechnung eingestellt, sondern unmittelbar aus dem ordentlichen Haushalt finanziert haben.

#### **b) Der Anteil der Verwaltungszweige**

(hierzu Tabellen 122, 123, 125)

Die Verteilung der Bruttoausgaben auf die einzelnen Verwaltungszweige betont ebenso wie in den Vorjahren, welche der öffentlichen Aufgaben und welche gesamtwirtschaftliche Entwicklung das Maß der kommunalen Ausgaben in erster Linie beeinflussen.

Die Wohlfahrt im weiteren Sinne, in der Zusammenfassung von — allerdings zumeist staatlich finanzierter — Kriegsfolgenhilfe, allgemeiner Fürsorge, Jugendhilfe, Jugendpflege und Gesundheitspflege, nimmt immer noch bei weitem den ersten Rang unter den kommunalen Aufgaben und Ausgaben ein.

Allerdings bei der Kriegsfolgenhilfe hat sich bereits ausgewirkt, daß im September 1949, also ungefähr in der Mitte des Rechnungsjahres, die Soforthilfe in Gang gekommen und damit ein gewichtiger Teil der Kriegsfolgenhilfe nun nicht mehr die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden belastet. Im gemeindlichen Sektor sind die Ausgaben für Kriegsfolgenhilfe (einschl. der von den Ländern erstatteten) bereits von 1123,1 Mill. DM in 1948 auf 802,7 Mill. DM in 1949 gesunken. Der Anteil der Kriegsfolgenhilfe an den Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände hat sich dadurch von 19,1 vH in 1948 auf 12,2 vH in 1949 gemindert.

In der gleichen Zeit aber sind die Ausgaben für die allgemeine Fürsorge und Jugendhilfe gestiegen; deren Anteil an den gesamten Bruttoausgaben hat sich von 12,1 vH auf 12,6 vH gehoben. Eine Ausweitung der Ausgaben ist auch in der Gesundheits- und Jugendpflege eingetreten, so daß auch deren Anteil an den Gesamtausgaben sich erhöht hat, nämlich von 9,2 vH in 1948 auf 9,4 vH in 1949. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, daß sowohl in der Fürsorge wie im Gesundheitswesen die Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen und die Zahlungen (Erstattungen) von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden besonders hoch sind. In diesen Verwaltungszweigen kann also das

sich aus den Bruttoausgaben ergebende Bild besonders leicht durch Doppelzählungen verfälscht sein.

Beim Gesundheitswesen entfällt ein Teil der Mehrausgaben, nämlich 33,8 Mill. DM, auf außerordentliche Ausgaben, in der Hauptsache also wohl auf Wiederaufbau der Krankenhäuser. An den Aufwendungen für Fürsorge und Jugendhilfe dagegen sind die außerordentlichen Ausgaben nur mit dem geringen Betrag von 5,7 Mill. DM beteiligt.

Durch die Entlastung bei der Kriegsfolgenhilfe ist der Anteil, den die Wohlfahrt im weiteren Sinne an den gesamten Bruttoausgaben hat, gegenüber dem Vorjahr zwar gesunken, nämlich von 40,4 vH in 1948 auf 34,2 vH in 1949. Aber mit mehr als einem Drittel der Bruttoausgaben steht die Wohlfahrt weiterhin an erster Stelle der kommunalen Betätigung.

Daß das Schulwesen das zweite wichtige Aufgabengebiet der Gemeinden ist, wird durch die Entwicklung der kommunalen Bruttoausgaben im Jahre 1949 erneut unterstrichen. Die Ausgaben für das Schulwesen sind sogar gegenüber dem Vorjahr sowohl absolut, nämlich um 202,4 Mill. DM, wie vor allem auch relativ, nämlich von 11,0 vH auf 13,0 vH der Gesamtausgaben, gestiegen.

Zu einem sehr beachtlichen Teil dürfte die Steigerung der Ausgaben im Schulwesen auf die erheblichen Mittel zurückzuführen sein, die für den Neubau und Wiederaufbau der Schulen im Jahre 1949 investiert worden sind. Allein an außerordentlichen Ausgaben sind in der Vorausmeldung 52,1 Mill. DM erfaßt worden, die solche Investitionen darstellen dürften. Davon sind 22,7 Mill. DM durch Darlehen und andere Zuweisungen des Landes finanziert worden. Auch unter den 798,7 Mill. DM Schulausgaben der ordentlichen Rechnung dürften weitere als Investitionen anzusprechende Aufwendungen enthalten sein.

Jedoch darf man annehmen, daß an der Zunahme der Schulaufwendungen um rd. 200 Mill. DM nicht nur die Investitionen, sondern auch eine Ausweitung der laufenden Ausgaben beteiligt sind. Dies kennzeichnet in besonderem Maße die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Jahre 1949. Die scharfe Einschränkung vor allem der kulturellen Ausgaben, die unmittelbar nach der Geldumstellung durchgeführt wurde, um den Haushaltsumfang den stark geschrumpften Einnahmen anzupassen, konnte in 1949 mit wachsenden Steuereinnahmen gelockert werden. Von dieser günstigeren Allgemeinlage der kommunalen Finanzen ist das Schulwesen besonders begünstigt worden. Hinzu kam, daß die Gemeinden von den Ländern weit höhere Zuweisungen für das Schulwesen erhalten haben, nämlich statt 51,2 Mill. DM in 1948 136,1 Mill. DM in 1949. Die Zuweisungen für den außerordentlichen Haushalt waren hieran, wie oben erwähnt, mit 22,7 Mill. DM beteiligt.

Auch die — auf gemeindlicher Ebene allerdings nicht sehr bedeutenden — Aufwendungen für Kultur, d. h. in der Hauptsache für Theater, Wissenschaft usw., sind der allgemeinen Steigerung der Bruttoausgaben so weit gefolgt, daß ihr Anteil an den Gesamtausgaben mit 2,5 vH gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist. An den Ausgaben des Jahres 1949 ist die außerordentliche Rechnung mit 7,0 Mill. DM beteiligt.

An dritter Stelle der kommunalen Ausgaben steht im Jahre 1949 derjenige Verwaltungszweig, in welchem in der Finanzstatistik die öffentlichen Einrich-



tungen (Kanalisation, Straßenbeleuchtung usw.) mit der allgemeinen Wirtschaftsförderung zusammengefaßt sind. Abweichend vom Vorjahre sind in der Vorausmeldung die Dienststellen der Gewerbebeaufsichtigung nicht mehr hier erfaßt, sondern mit anderen Zweigen der Verwaltungspolizei dem Verwaltungszweig Öffentliche Ordnung und Sicherheit zugeordnet worden. Die sonst hier verbuchten Ausgaben für die Kosten der Bewirtschaftung dürften mit dem Auslaufen im Jahre 1949 bereits weitgehend weggefallen sein.

Die öffentlichen Einrichtungen dürften somit an den Ausgaben des in der Vorausmeldung mit der »Wirtschaftsförderung« zusammengefaßten Verwaltungszweiges erheblich stärker beteiligt sein als in der Vorausmeldung für 1948 (nach der endgültigen Finanzstatistik für 1948 machten sie damals drei Viertel des zusammengefaßten Verwaltungszweiges aus). Es kann daher angenommen werden, daß die Aufwendungen für die öffentlichen Einrichtungen gegenüber dem Vorjahr erheblich stärker gestiegen sind, als in den Ausgaben des Gesamtverwaltungszweiges — 849,1 Mill. DM in 1949 statt 795,7 Mill. DM in 1948 — zum Ausdruck kommt.

Zu einem Teil ergibt sich die Steigerung der Ausgaben auch hier durch die Durchführung von Investitionen. Die Ausgaben der außerordentlichen Rechnung, die zumeist solche Investitionen darstellen dürften, sind an den Ausgaben des Jahres 1949 mit 38,6 Mill. DM beteiligt.

Eine weitere Besonderheit in der Entwicklung der kommunalen Ausgaben des Jahres 1949 liegt in den hohen und stark gestiegenen Aufwendungen für das Wohnungswesen, d.h. in erster Linie in dem öffentlich gelenkten und öffentlich finanzierten Wohnungsbau. In der Vorausmeldung für 1949 sind die kommunalen Aufwendungen für den Wohnungsbau in erster Linie in dem Verwaltungszweig Wohnungsbau selbst erfaßt worden. Die Ausgaben hier, einschl. der Verausgabung der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel, belaufen sich auf 394,8 Mill. DM.

Neben den hier ermittelten Ausgaben sind aber auch die außerordentlichen Aufwendungen für das allgemeine Grundvermögen in Höhe von 65,7 Mill. DM zu berücksichtigen. Die Gemeinden unter 3000 Einwohner, bei denen das allgemeine Grundvermögen überwiegend aus land- und forstwirtschaftlich genutztem Besitz besteht, sind in diesem Betrag nicht enthalten. Es handelt sich also überwiegend um städtischen Grundbesitz. Besonders unter den außerordentlichen Aufwendungen des Jahres 1949 für diesen dürften die städtischen Wohnsiedlungen und ihre Wiederherstellung eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Schließlich sind für sonstiges Bauwesen weitere 384,4 Mill. DM verausgabt worden. An diesem Betrage sind überwiegend die Stadtkreise (247,7 Mill. DM), und zwar hauptsächlich die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen. (191,8 Mill. DM) beteiligt. Die Ausgaben für »sonstiges Bauwesen« enthalten zumeist also die Ausgaben für die allgemeine Trümmerbeseitigung. Diese kommt zu einem wichtigen Teil dem Wohnungsbau zugute.

Für Wohnungsbau, allgemeines Grundvermögen (außerordentlicher Haushalt) und sonstiges Bauwesen sind im Rechnungsjahr 1949 zusammen 844,9 Mill. DM verausgabt worden; das sind 12,9 vH der gesamten Bruttoausgaben dieses Jahres. Der Wohnungsbau

(einschl. des sonstigen Bauwesens) ist damit an die vierte Stelle unter den gemeindlichen Aufgaben und Ausgaben gerückt.

In besonders großem Umfang ist auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und des sonstigen Bauwesens von der Technik der Haushaltsgebarung Gebrauch gemacht worden, die Ausgaben in die außerordentliche Rechnung einzustellen. Beim Wohnungsbau, allgemeinen Grundvermögen und sonstigen Bauwesen belaufen sich die als außerordentlich etatisierten Ausgaben auf 233,3 Mill. DM; das sind knapp 28 vH der Bruttoausgaben dieser drei Verwaltungszweige. In diesem Umfang lassen sich die kommunalen Ausgaben dieses Jahres ohne weiteres als Investitionen und damit als wichtigen Teil der öffentlichen Investitionstätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaues ansprechen. Die in der ordentlichen Rechnung verbliebenen Ausgaben belaufen sich auf 284,5 Mill. DM für den Wohnungsbau und 327,1 Mill. DM für das sonstige Bauwesen. Es kann ohne weiteres unterstellt werden, daß unter diesen als »ordentlichen« bezeichneten Ausgaben in erheblichem Umfange solche Aufwendungen enthalten sind, die sich volkswirtschaftlich als Investitionen darstellen.

Auf diesem Gebiet der kommunalen Betätigung und vor allem auch im Jahre 1949 weicht die Form der Finanzierung erheblich von der der anderen kommunalen Verwaltungszweige ab. Zunächst ist ein besonders hoher Teil dieser Bruttoausgaben, nämlich 322,3 Mill. DM oder 38 vH durch Darlehen und Zuweisungen der Länder finanziert worden (vgl. Tabelle 132). Daß davon 86,0 Mill. DM unmittelbar in der außerordentlichen Rechnung zur unmittelbaren Deckung der außerordentlichen Ausgaben verbucht worden waren (vgl. Tabelle 135), wurde oben bereits erwähnt. Die Differenz zeigt aber, daß auch im ordentlichen Haushalt sehr erhebliche Zuschüsse der Länder, nämlich in Höhe von 236,3 Mill. DM vereinnahmt worden sind. Vielleicht ist ein Teil davon als »Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts für den außerordentlichen Haushalt« an diesen weitergeleitet worden; in der Summe der drei hier zusammengefaßten Verwaltungszweige beliefen sich nämlich die Anteilbeträge auf den verhältnismäßig hohen Betrag von 56,0 Mill. DM (vgl. Tabelle 175). Aber auch nach Berücksichtigung solcher Weiterleitungen verbleiben hohe Beträge staatlicher Mittel, die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der ordentlichen Rechnung für Wohnungsbau und verwandte Bauaufwendungen verausgabt wurden.

Infolge des starken Anteils staatlicher Finanzierung beschränken sich die Eigenausgaben (hier errechnet als Differenz zwischen Bruttoausgaben und Zuweisungen vom Land) des kommunalen Bereichs auf 200,5 Mill. DM im Wohnungsbau, auf 55,1 Mill. DM im außerordentlichen Haushalt des allgemeinen Grundvermögens und auf 267,0 Mill. DM im sonstigen Bauwesen, in der Summe der drei Verwaltungszweige also auf 522,6 Mill. DM. An den Eigenausgaben sind also Wohnungsbau und sonstiges Bauwesen nur mit 10,2 vH beteiligt, gegenüber einem Anteil von 12,9 vH an den Bruttoausgaben (vgl. Tabelle 116).

Auch spezielle Deckungsmittel stehen den Ausgaben in diesen drei Verwaltungszweigen, vornehmlich beim Wohnungsbau und bei den außerordentlichen Ausgaben des allgemeinen Grundvermögens, gegenüber. Sie belaufen sich auf zusammen 230,6 Mill. DM und somit auf 44,1 vH der Eigenausgaben. In besonders

hohem Maße standen »spezielle Deckungsmittel« für die im außerordentlichen Haushalt finanzierten Ausgaben, nämlich in Höhe von 109,3 Mill. DM, zur Verfügung. Hiervon dürfte ein ins Gewicht fallender Teil auf die Darlehen fallen, die aus den Sparkassen und anderen Teilen des Kreditmarktes für die Finanzierung des kommunalen Wohnungsbaues in Anspruch genommen werden konnten. Für die Deckung der im ordentlichen Haushalt verbliebenen Ausgaben standen somit weitere 121,3 Mill. DM spezielle Einnahmen diesen drei Verwaltungszweigen zur Verfügung. Über deren Charakter kann vorerst nichts ausgesagt werden (vgl. Tabelle 155).

In recht bedeutendem Maße haben sich im Jahre 1949 auch die Ausgaben für das Straßenwesen und den sonstigen Tiefbau ausgedehnt. Mit rd. einer halben Milliarde DM (507,0 Mill. DM) sind sie diesmal mit 7,7 vH gegenüber nur 6,1 vH im Rechnungsjahr 1948 an der Gesamtheit der Bruttoausgaben beteiligt. Die gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Ausweitung der Ausgaben ist auch in diesem Verwaltungszweig in erster Linie auf die umfangreichen Investitionen zurückzuführen, die in den städtischen Straßen, im lokalen Straßennetz und vor allem auch im Wiederaufbau der Brücken durchgeführt worden sind.

Kennzeichnend für das Maß dieser, dem Wiederaufbau des Straßennetzes dienenden Investitionen, ist zunächst schon der Ausgabenbetrag von 65,5 Mill. DM, der der außerordentlichen Rechnung zugewiesen wurde. Aber auch der in der ordentlichen Rechnung verbliebene Ausgabebetrag geht mit 441,4 Mill. DM über die Vorjahrsausgaben (358,9 Mill. DM) hinaus. Auch hierin dürften umfangreiche, als Investitionen anzusehende Wiederherstellungsarbeiten an Straßen und Brücken enthalten sein.

Im Verwaltungszweig »Öffentliche Sicherheit und Ordnung« sind abweichend vom Vorjahre nicht nur die reine Vollzugspolizei enthalten, sondern auch die im Vorjahre auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilten Dienststellen der wirtschaftlichen Ordnung und Aufsicht. Die Ausgaben dieses nunmehr erweiterten Verwaltungszweiges treten daher mit einem auf 339,7 Mill. DM erhöhten Betrag, das sind 5,2 vH der Gesamtausgaben, innerhalb der gemeindlichen Aufgaben und Ausgaben auf. In die außerordentliche Rechnung ist von diesen Ausgaben nur der ganz geringfügige Betrag von 0,4 Mill. DM eingestellt worden.

Von besonderer Bedeutung und besonderem Interesse ist die Tatsache, daß die Kosten der eigentlichen Verwaltung offenbar rückläufig sind. Auf jeden Fall sind sie es im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Kennzeichnend hierfür ist besonders, daß die Bruttoausgaben der allgemeinen Verwaltung sich im Rechnungsjahr 1949 auf 589,0 Mill. DM stellen, während sich für das Vorjahr ein Betrag von 600,5 Mill. DM ergibt. Der darin angedeutete Rückgang der Ausgaben wird noch weiterhin dadurch akzentuiert, daß im Jahre 1949 in ihnen 10,6 Mill. DM außerordentliche Ausgaben, wohl hauptsächlich für den Wiederaufbau von Verwaltungsgebäuden, enthalten sind. Allerdings dürfte die zahlenmäßige Verminderung der in der allgemeinen Verwaltung verbuchten Ausgaben zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß Dienststellen, die im Vorjahre noch bei der allgemeinen Verwaltung verrechnet worden sind, in der Vorausmeldung für 1949 — wie oben erwähnt — der »Öffentlichen Sicherheit

und Ordnung« zugeordnet worden sind. Aber für eine relative Verminderung der Verwaltungskosten spricht die Tatsache, daß der Anteil, den die Ausgaben der allgemeinen Verwaltung an den Gesamtausgaben haben, von 10,2 vH im Rechnungsjahr 1948 auf 9,0 vH im Rechnungsjahr 1949 gesunken ist.

Neben der allgemeinen Verwaltung ist noch die Finanz- und Steuerverwaltung mit 164,0 Mill. DM, d. h. mit 2,5 vH an den Bruttoausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt. Die wesentlich höhere Vorjahrszahl (254,1 Mill. DM) ergab sich damals daraus, daß in der Vorausmeldung die Erwerbseinkünfte und andere zum Gesamtabschluß gehörende Vorgänge nicht aus der »Finanzverwaltung« ausgegliedert waren. Die Vorjahrszahl ergibt daher keine Vergleichsmöglichkeit.

### c) Die Bruttoausgaben in den Stadtkreisen

(hierzu Tabellen 118, 122, 123)

Die Regel, daß der Hauptteil der kommunalen Ausgaben in den Stadtkreisen liegt, wird durch die Entwicklung des Jahres 1949 erneut bestätigt. Bei einem Gesamtbetrag ihrer Ausgaben in Höhe von 3 026,6 Mill. DM sind sie mit 46,2 vH an den Ausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt. Gegenüber dem Vorjahr (43,7 vH) haben die Städte ihren Anteil sogar noch erhöht. Ihre Ausgaben sind im Gesamtbetrag im Rechnungsjahr 1949 stärker gewachsen als die der übrigen kommunalen Körperschaften.

Jedoch ist das relativ stärkere Anwachsen der städtischen Gesamtausgaben ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Städte an den Ausgaben für die Kriegsfolgenhilfe immer nur weit schwächer beteiligt sind als das flache Land (im Rechnungsjahr 1949 nur mit 21,2 vH). Daher hat sich die bei der Kriegsfolgenhilfe im Jahre 1949 eingetretene Entlastung bei den Stadtkreisen weit geringer ausgewirkt als bei den Landkreisen, den Hauptträgern der Fürsorge für die Heimatvertriebenen. Die Entlastung bildete daher bei den Städten ein weit geringeres Gegengewicht gegen die allgemeine Steigerung der Ausgaben als bei den übrigen Körperschaften. Schaltet man die Kriegsfolgenhilfe aus, so ist der Anteil der Stadtkreise an der Summe aller übrigen Ausgaben mit 49,6 vH fast unverändert geblieben.

Das Übergewicht, das die Stadtkreise innerhalb der kommunalen Finanzmasse haben, tritt besonders deutlich in Erscheinung, wenn man die Ausgaben zur Bevölkerung in Beziehung setzt. Dann machen im Rechnungsjahr 1949 die Bruttoausgaben in den Stadtkreisen 212 DM je Kopf der Bevölkerung, auf dem Lande dagegen, in der Summe von Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden, nur 108 DM je Einwohner aus.

Die Gestaltung der kommunalen Ausgaben im Jahre 1949 bestätigt erneut, daß die Stadtkreise überdurchschnittlich hohe Ausgaben vor allem bei den öffentlichen Einrichtungen und im Gesundheitswesen haben. Die kulturellen Ausgaben (Kunst und Wissenschaft) liegen ganz überwiegend (nämlich mit 84,2 vH) bei den Städten. Die Regelung der Polizeilastenverteilung (bei der die Polizei auf dem Lande staatlich, in den Städten aber kommunal ist) führt dazu, daß die kommunalen Ausgaben für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu 68 vH auf die Stadtkreise entfallen.

Tabelle 7: Die Bruttoausgaben der Stadtkreise

Verwaltungszweige	Rech- nungs- jahr 1948	Rech- nungs- jahr 1949	Anteil 1949 in vH an den Ausgaben		Außer- ordent- liche Ausgaben 1949
	Mill. DM		der Stadt- kreise	aller Ge- meinden	Mill. DM
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung	201,1	204,6	6,8	34,7	5,0
Finanzverwaltung	136,4	66,0	2,2	40,2	0,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	173,2	231,1	7,6	68,0	0,3
Schulen	286,3	371,9	12,3	43,7	23,5
Kultur	124,7	135,9	4,5	84,2	5,7
Kriegsfolgenhilfe	213,9	170,4	5,6	21,2	—
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe	330,3	392,5	13,0	47,3	1,9
Gesundheits- und Jugendpflege	271,0	316,8	10,5	51,1	13,2
Straßen und sonstiger Tiefbau	111,1	170,2	5,5	33,6	39,9
Wohnungsbau	280,5	184,9	6,1	46,8	47,9
Sonstiges Bauwesen	280,5	247,7	8,2	64,4	44,1
Allgemeines Grund- vermögen (ao. H.)	—	43,2	1,4	65,8	43,2
Öffentliche Einrich- tungen und Wirt- schaftsförderung	445,9	491,3	16,2	57,9	24,0
Zusammen	2 574,4	3 026,6	100,0	46,2	249,5

Eine Besonderheit in der Entwicklung der städtischen Finanzen im Jahre 1949 ergibt sich aus dem hohen Anteil, den die Städte offenbar an der kommunalen Investitionstätigkeit dieses Jahres haben. An den außerordentlichen Ausgaben der Kämmererverwaltungen aller kommunalen Körperschaften in Höhe von 447,6 Mill. DM sind die Stadtkreise mit 249,5 Mill. DM, also mit fast 56 vH beteiligt. Zu erwähnen sind daneben noch besonders die außerordentlichen Ausgaben, also Investitionen der wirtschaftlichen Unternehmen, die sich für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 121,6 Mill. DM, für die Stadtkreise allein aber auf 87,3 Mill. DM (also fast 72 vH) belaufen.

Allerdings kann der höhere Anteil, den die Stadtkreise an den außerordentlichen Ausgaben haben, zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Städte von solchen Finanzierungsmöglichkeiten, die automatisch im außerordentlichen Haushalt verbucht werden, häufiger Gebrauch machen als die übrigen Körperschaften. Es ist also möglich, daß im ländlichen Bereich ein etwas größerer Teil der Investitionen (das gilt vor allem für das Straßenwesen) im ordentlichen Haushalt verbucht ist.

Aber unabhängig von der Verbuchung auf ordentliche oder außerordentliche Rechnung zeigen die Stadtkreise ein besonders hohes Maß von Ausgaben in denjenigen Verwaltungszweigen, die mehr oder weniger eng mit dem Wohnungsbau zusammenhängen. Im Wohnungsbau, allgemeinen Grundvermögen (außerordentlicher Haushalt) und sonstigen Bauwesen (in dem die Trümmerbeseitigung wichtig ist) haben die Stadtkreise insgesamt 475,8 Mill. DM verausgabt, das sind 56 vH aller kommunalen Ausgaben auf diesem Gebiet. Im Verhältnis zur Bevölkerung machen diese Ausgaben 33 DM je Einwohner aus; das ist erheblich mehr als der Durchschnitt aller Gemeinden und Gemeindeverbände (19 DM je Einwohner). Auf diesem Gebiet des Wohnungsbaus, der Trümmerbeseitigung und des sonstigen Bauwesens liegt auch mehr als die Hälfte (135,2 Mill. DM) derjenigen Ausgaben, die von den Stadtkreisen auf außerordentliche Rechnung genommen sind.

Auch bei den Stadtkreisen nehmen die Aufwendungen für die Wohlfahrt den ersten Rang unter den

Aufgaben und Ausgaben ein. Allerdings ist mit 29,1 vH ihr Anteil an den Gesamtausgaben nicht so überragend wie bei der Summe aller Gemeinden und Gemeindeverbände (34,2 vH); denn, wie bereits erwähnt, sind die Städte an den über die Gemeinden laufenden Zahlungen der Kriegsfolgenhilfe nur mit 21,2 vH beteiligt. Die Wohlfahrtsausgaben der Stadtkreise liegen hauptsächlich auf dem Gebiet der allgemeinen Fürsorge und vor allem des Gesundheitswesens. Im Jahre 1949 sind die städtischen Ausgaben für Gesundheitspflege noch durch 13,2 Mill. DM außerordentliche Ausgaben, also wohl durch Wiederaufbauarbeiten an Krankenhäusern ausgedehnt worden.

Bei den Stadtkreisen nehmen innerhalb der Gesamtausgaben die öffentlichen Einrichtungen den zweiten Platz ein. Einschließlich der — in 1949 wohl nur geringen — Aufwendungen für die sogenannte Wirtschaftsförderung machen sie dem absoluten Betrage nach 491,3 Mill. DM aus, das sind 16,2 vH der gesamten Bruttoausgaben der Stadtkreise. An den gleichartigen Ausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Stadtkreise mit 57,9 vH beteiligt. Auch diese Zahlen bestätigen somit, daß Kanalisation, Reinigung und Beleuchtung der Straßen und ähnliche öffentliche Einrichtungen im wesentlichen eine städtische Angelegenheit sind. Auf außerordentliche Rechnung sind nur 24,0 Mill. DM Ausgaben übernommen worden. Es ist möglich, daß die Wiederaufbauarbeiten an den Einrichtungen in stärkerem Umfang in der ordentlichen Rechnung unmittelbar finanziert worden sind.

Auch die Aufwendungen für das Schulwesen sind im Verhältnis zur Bevölkerung mit 26 DM je Einwohner erheblich höher als in den Landgemeinden (14,59 DM je Einwohner einschließlich der Ausgaben der Landkreise), obwohl gerade auf dem Gebiet des Schulwesens die nichtstädtischen Körperschaften verhältnismäßig recht hohe Ausgaben haben. Im städtischen Bereich aber sind die Schulausgaben durch die höheren Schulen und die Mittelschulen ausgedehnt. Von den Schulausgaben der Stadtkreise in 1949 sind 23,5 Mill. DM in der außerordentlichen Rechnung verbucht worden. Darüber hinausgehende Beträge dürften aber auch unmittelbar im ordentlichen Haushalt für Wiederaufbau und Ausbau der Schulräume verausgabt worden sein.

Mit fast 12 DM je Einwohner liegen die Ausgaben der Stadtkreise für Straßen-, Brücken- und sonstigen Tiefbau im Verhältnis zur Bevölkerung ebenfalls über dem Durchschnitt der ländlichen Gebiete, wo sie sich in der Summe von kreisangehörigen Gemeinden, Landkreisen und Bezirksverbänden auf etwas über 11 DM je Einwohner belaufen. Im Rahmen der Gesamtausgaben dagegen hat der Tiefbau bei den Stadtkreisen nicht dieselbe hohe Bedeutung wie bei den übrigen Körperschaften, denn er ist an den Gesamtausgaben in den Stadtkreisen nur mit 5,6 vH beteiligt, in den Landkreisen dagegen mit 7,8 vH, in den kreisangehörigen Gemeinden mit 10,2 vH und in den Provinzialverbänden mit 16,0 vH.

An den städtischen Aufwendungen für den Tiefbau im Jahre 1949 sind die außerordentlichen Ausgaben mit dem verhältnismäßig hohen Betrag von 39,9 Mill. DM beteiligt. Hiervon dürfte ein besonders hoher Einzelbetrag auf Hafen- und Brückenbauten in Württemberg-Baden entfallen. Auch sonst dürfte in den Städten die Wiederherstellung der Brücken maßgeblich an den Aufwendungen für den Tiefbau beteiligt sein.

In den beiden Verwaltungszweigen Allgemeine Verwaltung und Finanzverwaltung sind bei den Stadtkreisen in der Vorausmeldung für 1949 Ausgaben in Höhe von 270,6 Mill. DM zusammengefaßt worden. Mit diesem absoluten Betrage sind sie niedriger als in den übrigen kommunalen Körperschaften, bei denen die Verwaltungsausgaben weniger spezialisiert, sondern mehr bei der Allgemeinen Verwaltung zusammengefaßt sind.

#### d) Die Bruttoausgaben in den Landkreisen und ihren Gemeinden

(hierzu Tabellen 122 und 123)

Die Ausgaben der Landkreise und ihrer Gemeinden sind im Rechnungsjahr 1949 mit 3 343,3 Mill. DM wiederum etwas höher als die der Stadtkreise, wenn sich auch der Abstand gegenüber diesen etwas verringert hat. Die bei der — allerdings zumeist vom Land erstatteten — Kriegsfolgenhilfe eingetretene Entlastung hat, wie bereits oben erwähnt, dazu geführt, daß die sonst allgemeine Hebung der Ausgaben im ländlichen Bereich nicht voll wirksam geworden ist.

Im Verhältnis zur Bevölkerung aber ist der Gesamtbetrag der Ausgaben mit 108 DM je Einwohner (45 DM in den Landkreisen selbst, 63 DM in ihren Gemeinden) erheblich niedriger als in den Städten (212 DM je Einwohner).

Tabelle 8: Die Bruttoausgaben der Landkreise und ihrer Gemeinden

Verwaltungszweige	Rechnungsjahr 1948	Rechnungsjahr 1949	Anteil 1949 in vH an den Ausgaben		Außerordentliche Ausgaben 1949
	Mill. DM	Mill. DM	der Landkreise und ihrer Gemeinden	aller Gemeinden	Mill. DM
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung	395,9	382,5	11,4	64,9	5,6
Finanzverwaltung	113,5	97,0	2,9	59,1	0,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	78,5	108,6	3,2	32,0	0,1
Schulen	334,9	451,1	13,5	53,0	28,3
Kultur	19,3	23,9	0,7	14,8	1,3
Kriegsfolgenhilfe	886,8	610,1	18,2	76,0	0,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe	322,7	388,1	11,6	46,8	3,6
Gesundheits- und Jugendpflege	208,5	257,6	7,7	41,6	19,4
Straßen und sonstiger Tiefbau	184,0	307,0	9,2	60,6	23,8
Wohnungsbau	175,3	208,9	6,2	52,9	62,1
Sonstiges Bauwesen	175,3	133,8	4,0	34,8	13,1
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.)		22,4	0,7	34,1	22,4
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	345,1	352,5	10,5	41,5	14,6
Zusammen	3 064,5	3 343,3	100,0	51,0	194,2

In noch stärkerem Maße als in den Stadtkreisen stehen die Aufwendungen für die Wohlfahrt an erster Stelle unter den kommunalen Ausgaben im ländlichen Bereich. In der Summe von Kriegsfolgenhilfe (allerdings zumeist vom Land erstattet), übriger Fürsorge, Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege ist die Wohlfahrt mit 1 255,8 Mill. DM, das sind 37,6 vH, an der Gesamtheit der Ausgaben beteiligt. Bei der gegebenen Verteilung der Aufgaben auf dem Gebiet der Wohlfahrt erscheinen diese Ausgaben mehr im Haushalt der Landkreise (872,7 Mill. DM) als in dem der kreisangehörigen Gemeinden (383,1 Mill. DM). Bei den Landkreisen allein macht infolge der hohen Mittel der

Kriegsfolgenhilfe, die bei ihnen ausgezahlt werden, die Wohlfahrt über 62 vH aller Ausgaben aus.

Innerhalb der Wohlfahrt sind neben der Kriegsfolgenhilfe und der allgemeinen Fürsorge die Aufwendungen für die Gesundheitspflege (Krankenhäuser) beachtlich. Auch hier liegt das Hauptgewicht der Ausgaben mit 149,6 Mill. DM bei den Landkreisen; die Landgemeinden sind an diesen Ausgaben für Gesundheits- und Jugendpflege nur mit 108 Mill. DM beteiligt. Der Wiederaufbau und Ausbau von Krankenhäusern hat im Jahre 1949 zu dem hohen Stand dieser Ausgaben beigetragen. Der außerordentlichen Rechnung sind 19,4 Mill. DM solcher Ausgaben, zumeist also für Investitionen, zugewiesen worden.

Auf allen übrigen Gebieten kommunaler Betätigung (mit Ausnahme der Polizei) sind die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden höher als die der Landkreise (deren Aufgaben ziemlich einseitig auf dem Gebiet der Wohlfahrt liegen).

Aus den Schullasten ergibt sich der zweite wichtige Ausgabenposten im ländlichen Bereich. In der Summe von Landkreisen und ihren Gemeinden sind sie mit 13,5 vH an der Gesamtheit der Bruttoausgaben beteiligt. Bei den kreisangehörigen Gemeinden allein stehen die Aufwendungen für die Schulen mit 20 vH weiter an erster Stelle aller Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahr haben ebenso wie in den Städten auch hier die Ausgaben erheblich zugenommen. An den Mehrausgaben sind wahrscheinlich Bau und Ausbau von Schulen und Schulräumen, insbesondere dort, wo sich der Bedarf an Schulraum durch den Einstrom von Heimatvertriebenen stark erhöht hat, stark beteiligt. Die in die außerordentliche Rechnung überführten Ausgaben dieser Art beschränken sich aber auf einen Betrag von 28,3 Mill. DM.

Die Ausgaben für den Wohnungsbau, wenn man die außerordentlichen Aufwendungen im allgemeinen Grundvermögen mitberücksichtigt, und für das sonstige Bauwesen sind mit zusammen 365,1 Mill. DM merklich niedriger als die 475,8 Mill. DM gleichartiger Ausgaben in den Stadtkreisen. Die öffentliche Investitionstätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus hat im Verlauf des Jahres 1949 im ländlichen Bereich nicht so schnelle Fortschritte gemacht wie in den Städten. Allerdings entfallen hier infolge des geringeren Zerstörungsgrades die Aufwendungen für die Trümmerbeseitigung, die in den Städten einen hohen Anteil an den Ausgaben für das »sonstige Bauwesen« haben. Die Ausgaben für Wohnungsbau im engeren Sinn sind mit 208,9 Mill. DM für Landkreise und ihre Gemeinden dem absoluten Betrag nach etwas höher als die 184,9 Mill. DM, die von den Stadtkreisen verausgabt wurden. Aber im Verhältnis zur Bevölkerung machen diese nur 7 DM je Einwohner gegenüber 13 DM in den Stadtkreisen aus.

Im Wohnungsbau und sonstigen Bauwesen haben auch die Landkreise und ihre Gemeinden in etwas stärkerem Maße, nämlich im Umfang von 97,6 Mill. DM (davon die Landkreise selbst nur 10,7 Mill. DM) von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, diese Ausgaben in die außerordentliche Rechnung einzustellen. Das ist vor allem überall dort geschehen, wo Darlehensmittel zur Finanzierung zur Verfügung standen.

Ein recht erheblicher Betrag, nämlich 352,5 Mill. DM (10,5 vH der Gesamtausgaben), entfällt auf denjenigen Verwaltungszweig, in dem in der Voraus-

meldung die öffentlichen Einrichtungen mit der allgemeinen Wirtschaftsförderung zusammengefaßt sind. Diese Ausgaben treten mehr in den kreisangehörigen Gemeinden (277,7 Mill. DM) und weniger in den Kreisverwaltungen (74,8 Mill. DM) auf. Der Hauptteil dieser Ausgaben dürfte auf Kanalisationen und andere öffentliche Einrichtungen in den Gemeinden mit höherer Einwohnerzahl und auf die südwestdeutschen Gemeinden mit stadtähnlichem Charakter, aber ohne volles Stadtrecht entfallen. Von den außerordentlichen Ausgaben dieses Verwaltungszweiges ist ebenfalls der größte Teil von den kreisangehörigen Gemeinden gemacht worden; in den Landkreisen sind in die außerordentliche Rechnung Ausgaben im wesentlichen nur in Schleswig-Holstein und Niedersachsen gebucht worden.

Eine im Verhältnis zu den Stadtkreisen gehobene Bedeutung hat im ländlichen Bereich der Tiefbau, der hier im wesentlichen Straßenbau und Straßenunterhaltung sein dürfte. Mit 307,0 Mill. DM sind die Aufwendungen für dieses Aufgabengebiet mit 9,2 vH an den Gesamtausgaben der Landkreise und ihrer Gemeinden beteiligt. Die Bedeutung, die in diesem Teil des kommunalen Bereichs das Straßenwesen hat, erhellt vor allem auch daraus, daß Landkreise und kreisangehörige Gemeinden mit zusammen 60,6 vH an den gesamten kommunalen Aufwendungen für Straßen und sonstigen Tiefbau beteiligt sind.

Innerhalb des ländlichen Bereichs selbst verteilen sich im Rechnungsjahr 1949 die Ausgaben für Straßen und Tiefbau zu knapp zwei Drittel (197,6 Mill. DM) auf die Gemeinden und zu einem guten Drittel (109,4 Mill. DM) auf die Landkreise. In etwa dem gleichen Verhältnis verteilen sich auch diejenigen Ausgaben, die der außerordentlichen Rechnung zugewiesen worden sind.

Einen besonders hohen Teil der Ausgaben (11,4 vH) machen die in der Allgemeinen Verwaltung zusammengefaßten Aufwendungen aus. Bei den kreisangehörigen Gemeinden allein stellt sich dieser Anteil sogar auf 14,5 vH. Bei den kleinen Gemeinden ist die Verwaltung weniger spezialisiert, die Verwaltungsausgaben sind daher zumeist als solche der allgemeinen, nämlich alle Zweige umfassenden Verwaltung ausgewiesen.

#### **e) Regionale Unterschiede der Bruttoausgaben** (hierzu Tabellen 121 und 123)

Die regionalen Unterschiede in der Höhe der Bruttoausgaben der kommunalen Körperschaften sind zwischen den einzelnen Ländern des Bundesgebiets recht bedeutend. Damit sind nicht die Unterschiede in der absoluten Höhe der Ausgaben gemeint, die sich aus der sehr unterschiedlichen Höhe der Einwohnerzahl (Nordrhein-Westfalen contra Württemberg-Hohenzollern) ergeben. Bemerkenswert ist vielmehr, daß auch im Verhältnis zur Bevölkerung, d. h. je Einwohner errechnet, die Ausgaben sehr erhebliche Niveauunterschiede aufweisen. Durch die Ergebnisse der Vorausmeldung für 1949 werden diese Unterschiede erneut bestätigt.

Zunächst ergeben sich diese Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Ländern dadurch, daß, wie oben betont, die kommunalen Ausgaben mit zunehmender Verstädterung auch relativ wachsen. Sie sind — je Einwohner berechnet — am höchsten in den Großstädten und am niedrigsten in den Klein-

gemeinden. Daher liegen die kommunalen Ausgaben in denjenigen Ländern besonders hoch, in denen ein großer Teil der Bevölkerung in Großstädten lebt. Über dem Durchschnitt des Bundesgebiets (145 DM je Einwohner) liegende Bruttoausgaben haben daher die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (177 DM), Württemberg-Baden (166 DM) und Hessen (147 DM). Das sind die drei Länder mit dem relativ hohen Anteil der Großstädte. Hinter dem Durchschnitt des Bundesgebiets dagegen bleiben die Ausgaben der Gemeinden zurück in Württemberg-Hohenzollern (133 DM je Einwohner), Schleswig-Holstein (132 DM), Niedersachsen (125 DM), Baden (124 DM), Bayern (122 DM) und Rheinland-Pfalz (119 DM).

Diese Grundsätzlichkeit, daß die Ausgaben mit zunehmender Bevölkerungsdichte wachsen, kommt auch in den regionalen Unterschieden zum Ausdruck, die in der Höhe der Bruttoausgaben bei den Stadtkreisen einerseits, den kreisangehörigen Gemeinden andererseits bestehen.

Bei den Stadtkreisen liegen über dem Bundesdurchschnitt (212 DM je Einwohner) die Städte in Württemberg-Baden (244 DM), Hessen (243 DM), Baden (230 DM, da hier nur die drei größeren Städte Freiburg, Konstanz und Baden-Baden als Stadtkreise erfaßt worden sind) und Nordrhein-Westfalen (217 DM), also auch hier (abgesehen von Baden) wieder in den Ländern, in denen die Großstädte den höchsten Anteil an der städtischen Bevölkerung haben. Unter dem Durchschnitt des Bundesgebiets dagegen bleiben die Ausgaben der Städte in Rheinland-Pfalz (208 DM), Schleswig-Holstein (194 DM), Niedersachsen (189 DM) und Bayern (188 DM).

Ein hiervon teils abweichendes Bild dagegen ergibt sich bei den Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden. Auch hier liegen die Landgemeinden einzelner Länder erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 63 DM je Einwohner. Es sind dies Nordrhein-Westfalen mit 96 DM, d. h. das Land mit den hohen Zahlen von nicht städtischen Großgemeinden, Württemberg-Hohenzollern mit 92 DM, weil hier auch die Städte mit ihren höheren Ausgaben kreisangehörig sind, Württemberg-Baden mit 83 DM und Baden mit 77 DM, weil in diesen beiden Ländern auch kleinere Gemeinden städtischen Charakter haben. Relativ niedrig dagegen sind die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden in Rheinland-Pfalz (62 DM), Hessen (54 DM), Schleswig-Holstein (54 DM), Niedersachsen (47 DM) und schließlich vor allem in Bayern (32 DM).

Zum Teil wirkt sich hier der unterschiedliche Umfang aus, mit dem Aufgaben in die Ebene der Kreisverwaltungen verlagert sind. Bei den Landkreisen finden sich über dem Durchschnitt des Bundesgebiets (45 DM) liegende Ausgaben in Niedersachsen (59 DM) und Schleswig-Holstein (58 DM). Dem Durchschnitt entsprechen die Ausgaben der Landkreise in Württemberg-Baden, Bayern und Nordrhein-Westfalen, unter dem Durchschnitt liegen sie in Württemberg-Hohenzollern (39 DM), Hessen (38 DM), Rheinland-Pfalz (31 DM) und Baden (29 DM). Bei den Kreisen aber wird die Gesamthöhe der Ausgaben in stärkstem Maße durch die über sie geleitete Kriegsfolgenhilfe beeinflusst.

Der unterschiedliche Umfang der als kommunaler Aufwand erfaßten und gezählten Ausgaben hängt weiterhin davon ab, ob und mit welchen Aufgaben

Provinzialverbände in den einzelnen Ländern bestehen geblieben sind. Solche Verbände sind in der Finanzstatistik nur noch in Bayern mit 108,4 Mill. DM Ausgaben, in Hessen mit 58,4 Mill. DM, in Rheinland-Pfalz mit 6,6 Mill. DM und in Württemberg-Hohenzollern mit 2,9 Mill. DM erfaßt worden. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und nunmehr auch in Nordrhein-Westfalen sind die Provinzrechnungen in die Staatsrechnungen aufgegangen. In beiden Württemberg wird der Landesfürsorgeverband als Provinzialverband und in Nordrhein-Westfalen der Ruhrsiedlungsverband als höherer Gemeindeverband geführt.

In den Ländern, in denen Provinzialverbände bestehen, wird durch ihre Ausgaben der Umfang der kommunalen Gesamtausgaben erhöht. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Landes sind dies in Hessen 14 DM je Einwohner, in Bayern 12 DM je Einwohner und in Württemberg-Baden und Rheinland-Pfalz je 2 DM je Einwohner. Zahlenmäßig ins Gewicht fallend sind also nur in Hessen und in Bayern die aus der staatlichen in die kommunale Ebene verlagerten Ausgaben.

Einen sehr wichtigen Einfluß auf die absolute und vor allem auch relative Höhe der kommunalen Ausgaben üben die Zahl der Heimatvertriebenen und der Umfang der über die kommunalen Rechnungen laufenden, wenn auch zumeist vom Land erstatteten Kriegsfollowenhilfe aus. Die Ausgaben für Kriegsfollowenhilfe, die einschließlich der für Rechnung des Landes gezahlten Beträge im Durchschnitt aller Gemeinden des Bundesgebiets sich auf fast 18 DM je Einwohner stellen, gehen in den drei Hauptflüchtlingsländern über diesen Durchschnitt hinaus und belaufen sich in Schleswig-Holstein und Niedersachsen auf je 23 DM und in Bayern auf 21 DM je Einwohner. Dem Bundesdurchschnitt einigermaßen nahe kommen sie in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden, erheblich unter ihm liegen sie in den Ländern der französischen Zone, die nur wenig Heimatvertriebene aufgenommen haben.

Bruttoausgaben in DM je Einwohner

Mit Kriegsfollowenhilfe	Ohne Kriegsfollowenhilfe
Nordrhein-Westfalen .....	Nordrhein-Westfalen .....
Hessen .....	Württemberg-Baden .....
Württemberg-Baden .....	Hessen .....
Württemberg-Hohenzollern .....	Württemberg-Hohenzollern .....
Schleswig-Holstein .....	Baden .....
Niedersachsen .....	Rheinland-Pfalz .....
Baden .....	Schleswig-Holstein .....
Bayern .....	Niedersachsen .....
Rheinland-Pfalz .....	Bayern .....
Durchschnitt (einschl. Lindau) 145	Durchschnitt (einschl. Lindau) 127

Bei Weglassung dieser — zumeist vom Land finanzierten — Ausgaben für Kriegsfollowenhilfe ergibt sich ein z. T. recht abweichendes Bild von den regionalen Unterschieden. Die Grundsätzlichkeit, daß die Ausgaben mit wachsender Konzentration der Bevölkerung auch relativ steigen, bleibt zwar in erster Linie maßgebend. Auch bei Ausschaltung der Kriegsfollowenhilfe liegen die Ausgaben der Gemeinden in den drei Ländern mit hohem Anteil der Großstädte über dem Bundesdurchschnitt, nämlich in Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden und Hessen. Aber unterhalb des Bundesdurchschnitts verschiebt sich die nach relativer Höhe der Ausgaben aufgestellte Reihenfolge der Län-

der erheblich und eindeutig. Die drei Hauptflüchtlingsländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern stehen mit ihren kommunalen, über die Kriegsfollowenhilfe hinausgehenden Ausgaben eindeutig am Schluß der Skala. Hier haben die nichtkriegsfolgebedingten Ausgaben mit der Ausweitung der Bevölkerung, die durch das Einströmen der Heimatvertriebenen eingetreten ist, nicht voll Schritt gehalten. Merklich höher als bei ihnen dagegen sind die je Einwohner berechneten kommunalen Ausgaben in der französischen Zone. Hier verteilte sich der öffentliche Aufwand auf eine kleinere, weil gegenüber der Vorkriegszeit nicht erhöhte Bevölkerung.

Neben diesen beiden mehr grundsätzlich bedingten Unterschieden, die sich aus der Bevölkerungsdichte und aus der Zahl der Heimatvertriebenen ergeben, sind einige z. T. recht erhebliche regionale Verschiedenheiten in der Ausgabenentwicklung einzelner Verwaltungszweige festzustellen.

In erster Linie besteht ein erheblicher Unterschied in dem Maß, in dem sich die kommunale, z. T. vom Land finanzierte Bautätigkeit vor allem auf dem Gebiete des Wohnungsbaues in den einzelnen Ländern durchgesetzt hat. Hier stehen die Gemeinden Nordrhein-Westfalens weit an der Spitze. Von den kommunalen Gesamtausgaben für Wohnungsbau, allgemeines Grundvermögen (außerordentlicher Haushalt) und sonstiges Bauwesen, die sich im Bundesgebiet auf 844,9 Mill. DM belaufen, entfällt mehr als die Hälfte, nämlich 442,7 Mill. DM, auf die kommunalen Körperschaften dieses größten deutschen Landes. Sie machen hier über 34 DM je Einwohner aus. Demgegenüber beschränken sich in den übrigen Ländern des Bundesgebiets diese kommunalen Bauausgaben auf eine Summe von 402,2 Mill. DM, also 12 DM je Einwohner dieser Länder.

Aber auch innerhalb dieser Länder sind die Unterschiede in der Höhe dieser Bauausgaben noch erheblich. So liegen sie über dem Durchschnitt in den Gemeinden von Württemberg-Baden (18 DM), Hessen (16 DM), Lindau, Baden und Württemberg-Hohenzollern (je 15 DM). Hinter dem Durchschnitt bleiben sie dagegen zurück in Niedersachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz und etwas mehr (9 DM je Einwohner) in Schleswig-Holstein.

Der beträchtliche Unterschied zwischen den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und den übrigen Ländern ist in erster Linie auf die erheblichen staatlichen Mittel zurückzuführen, die hier zur Verfügung gestellt worden sind. In der Summe der drei Verwaltungszweige Wohnungsbau, allgemeines Grundvermögen (außerordentlicher Haushalt) und sonstiges Bauwesen haben die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen an zweckgebundenen Zuweisungen von ihrem Land 268,2 Mill. DM, in den anderen Ländern aber nur 54,1 Mill. DM erhalten.

Aber auch ohne diese Zuweisungen sind die — aus selbstbeschafften Mitteln finanzierten — kommunalen Bauausgaben in Nordrhein-Westfalen noch erheblich und liegen über dem Durchschnitt des Bundesgebiets. Allerdings sind sie je Einwohner berechnet in Württemberg-Baden und Hessen noch höher; in Württemberg-Hohenzollern und in Baden erreichen sie fast das Niveau der kommunalen Eigenausgaben in Nordrhein-Westfalen.



Sehr erhebliche, ebenfalls vom Maß der Investitionstätigkeit beeinflusste Unterschiede bestehen in den Ausgaben für Straßen und sonstigen Tiefbau. Hier sind in besonders starkem Maße die Länder Südwestdeutschlands Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz sowie Hessen mit im Verhältnis zur Bevölkerung höheren Beträgen beteiligt. In den drei Flüchtlingsländern dagegen, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, bleiben die Aufwendungen für Straßen, Brücken und sonstigen Tiefbau merklich hinter dem Durchschnitt des Bundesgebiets zurück. Die in die außerordentliche Rechnung überführten Ausgaben für diesen Verwaltungszweig belaufen sich auf 65,5 Mill. DM in der Summe des Bundesgebiets. Mit den absolut höchsten Beträgen sind hieran die Gemeinden in Württemberg-Baden (16,5 Mill. DM), Nordrhein-Westfalen (12,0 Mill. DM), Niedersachsen (9,3 Mill. DM) und Bayern (9,2 Mill. DM) beteiligt.

Ebenso wie beim Wohnungsbau sind auch in diesem Verwaltungszweig die regionalen Unterschiede durch das verschiedene Maß der von den Ländern zugewiesenen Mittel beeinflusst. Von den 109,1 Mill. DM Zuweisungen für Straßen und sonstigen Tiefbau entfällt der absolut höchste Betrag (43,4 Mill. DM) auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Auf den relativ höchsten Betrag (3,64 DM je Einwohner) belaufen sich diese Zuweisungen in Württemberg-Baden.

Von den Verwaltungszweigen mit überwiegend laufenden Ausgaben steht das Wohlfahrtswesen an erster Stelle der gemeindlichen Ausgaben. Die erheblichen Unterschiede in der Höhe der Ausgaben für Kriegsfolgenhilfe, insbesondere in Beziehung zur Bevölkerung, wurde bereits erwähnt. Im Unterschied hierzu zeigen die Ausgaben der allgemeinen Fürsorge (einschließlich Jugendpflege) eine sehr beachtliche regionale Einheitlichkeit. Von dem Durchschnitt des Bundesgebiets (18 DM je Einwohner) weichen sie nur in Nordrhein-Westfalen etwas stärker, und zwar nach oben (21 DM je Einwohner) ab. In den übrigen Ländern dagegen entsprechen sie entweder genau oder sehr stark angenähert dem Bundesdurchschnitt. Relativ am niedrigsten (16 DM je Einwohner) sind sie in den beiden Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein und Bayern.

Dagegen bestehen einige Unterschiede in den Ausgaben für Gesundheitspflege. Über dem Bundesdurchschnitt liegen die kommunalen Aufwendungen auf diesem Gebiet in Württemberg-Baden, Hessen und Schleswig-Holstein, stärker zurück bleiben sie hinter diesem in Rheinland-Pfalz. Zum Teil sind diese Unterschiede darauf zurückzuführen, daß die Gesundheitsämter in einigen Ländern kommunale, in anderen Ländern staatliche Instanzen sind. In den übrigen fünf Ländern sind die Ausgaben dem Durchschnitt angenähert. An den außerordentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen, also wohl für Bau und Ausbau von Krankenhäusern, sind mit großen Beträgen die Gemeinden in den Ländern Hessen, Bayern, Niedersachsen und Württemberg-Baden beteiligt.

Trotz der verhältnismäßigen Einheitlichkeit der Ausgaben, die den Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens gestellt sind, sind die regionalen Unterschiede in der Höhe der Bruttoausgaben erheblich. Sie sind jedoch in sehr starkem Umfange von der Art der Verteilung der Schullasten und somit auch von dem

unterschiedlichen Betrag der vom Staat überwiesenen Mittel beeinflusst. Für den regionalen Vergleich eignen sich daher die — wenigstens um die Zuweisungen vom Land bereinigten — Eigenausgaben besser als die Bruttoausgaben. Auf die regionalen Ausgabenunterschiede im Schulwesen ist daher erst bei Betrachtung dieser Eigenausgaben einzugehen.

Im Zusammenhang mit den Bruttoausgaben sind aber die der außerordentlichen Rechnung zugewiesenen Aufwendungen, d. h. die Ausgaben für Bau und Ausbau der Schulräume und ähnliche Investitionen zu erwähnen. An dem Gesamtbetrag dieser außerordentlichen Ausgaben, der sich für das gesamte Bundesgebiet auf 52,1 Mill. DM beläuft, sind die Gemeinden hauptsächlich in den Ländern Württemberg-Baden (10,3 Mill. DM), Nordrhein-Westfalen (9,3 Mill. DM), Bayern (8,5 Mill. DM), Niedersachsen (8,3 Mill. DM) und Hessen (7,5 Mill. DM) beteiligt. Rund 40 vH dieser außerordentlichen Ausgaben sind durch Zuweisungen des Landes finanziert worden, und zwar mit größeren Beträgen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Bayern.

Der Verwaltungszweig, in dem in der Vorausmeldung die öffentlichen Einrichtungen mit der Wirtschaftsförderung zusammengefaßt sind, ist in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße an den kommunalen Ausgaben beteiligt. Etwas über dem Durchschnitt des Bundesgebiets liegen, bezogen auf die Bevölkerung, die Ausgaben in den drei Ländern Württemberg-Baden, Nordrhein-Westfalen und Baden, dem Durchschnitt entsprechen sie in den drei Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern, unter dem Durchschnitt, und zwar zum Teil erheblich liegen sie in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

An den außerordentlichen Ausgaben für die öffentlichen Einrichtungen usw. in Höhe von 38,6 Mill. DM sind hauptsächlich die Gemeinden in den Ländern Hessen, Bayern, Württemberg-Baden, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beteiligt.

## 2. Die Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen vom Land

### a) Gesamtbetrag und Anteil der Verwaltungszweige (hierzu Tabellen 116, 132, 135 und 138)

Die besondere Eigenart, die die Finanzierung der kommunalen Aufgaben in der Gegenwart noch stärker als in der Vorkriegszeit kennzeichnet, nämlich die Bereitstellung zweckgebundener Zuweisungen seitens des Landes, kommt in der Entwicklung des Jahres 1949 mit noch größeren Beträgen zur Wirkung als im Vorjahre. Dem absoluten Betrage nach nämlich haben sich die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus solchen staatlichen Zuweisungen von 1 195,2 Mill. DM im Rechnungsjahre 1948 auf 1 429,0 Mill. DM im Rechnungsjahre 1949 erhöht. Sie sind damit sogar noch etwas stärker gestiegen als die Bruttoausgaben, ihr Anteil an diesen hat sich daher von 20,3 vH in 1948 auf 21,8 vH im Jahre 1949 erhöht.

Wichtiger aber ist, daß die Zusammensetzung und damit die Zweckbestimmung dieser staatlichen Zuweisungen sich gegenüber dem Vorjahre erheblich gewandelt haben. Im Rechnungsjahre 1948 nämlich ent-

fielen noch fast 61 vH dieser Zuweisungen auf Kriegsfolgenhilfe, d. h. auf den Landesanteil an den von den Stadt- und Landkreisen ausgeführten Zahlungen an Heimatvertriebene und andere Berechtigte der Kriegsfolgenhilfe. Auch im Rechnungsjahre 1949 nimmt die Kriegsfolgenhilfe den weitaus größten Rang (37,5 vH) unter den Zuweisungen der Länder ein.

An der Spitze der Zuweisungen stehen die Länderzahlungen für die Kriegsfolgenhilfe auch dann, wenn man sie mit den Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auf diesem Gebiet vergleicht. Im Vorjahr machten sie 64,6 vH der Bruttoausgaben aus, aus der Vorausmeldung für 1949 errechnet sich für den Durchschnitt aller staatlichen Körperschaften eine Verhältniszahl von 66,8 vH. Das durchschnittliche Erstattungsverhältnis für die gemeindlichen Aufwendungen der Kriegsfolgenhilfe liegt merklich über dieser Zahl. Der Abstand zwischen der wirklichen Erstattungsrelation und der rechnerischen Verhältniszahl ist zunächst darauf zurückzuführen, daß auch in der Vorausmeldung für 1949 von den kleinen Gemeinden, die die staatlichen Mittel über die Kreiskasse erhalten, die erhaltenen Beträge wohl nicht vollständig als Zuweisungen vom Land nachgewiesen haben. Daher machen in der Vorausmeldung für 1949 die Zuweisungen für Kriegsfolgenhilfe bei den kreisangehörigen Gemeinden nur 58,4 vH der Bruttoausgaben aus gegenüber 63,3 vH bei den Stadtkreisen und 70,7 vH bei den Landkreisen. Außerdem sind von den Bruttoausgaben die zwischen-gemeindlichen und anderen Erstattungen nicht abgesetzt, deren Gegenposten in die Abrechnung mit den Ländern nicht eingesetzt werden.

Tabelle 9: Vergleich der zweckgebundenen Zuweisungen 1948 und 1949

Verwaltungs-zweige	Mill. DM		vH des Gesamtbetrages		vH der Bruttoausgaben	
	1948	1949	1948	1949	1948	1949
	1	2	3	4	5	6
Allgemeine Verwaltung	34,4	48,6	2,9	3,4	5,7	8,2
Finanzverwaltung	0,4	0,6	0,0	0,0	0,2	0,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung <sup>1)</sup>	91,6	98,9	7,7	6,9	36,3	29,1
Schulen	51,2	136,1	4,3	9,5	7,9	16,0
Kultur	4,8	10,5	0,4	0,7	3,3	6,5
Fürsorge und Jugendhilfe	30,1	69,0	2,5	4,8	4,2	8,3
Gesundheits- und Jugendpflege	14,3	26,3	1,2	1,8	2,6	4,2
Straßen und sonstiger Tiefbau	85,6	109,1	7,2	7,6	23,9	21,5
Wohnungsbau	85,2	194,3	7,1	13,6	18,6	49,2
Sonstiges Bauwesen		117,4		8,2		30,5
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.)		10,6		0,7		16,1
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	72,3	71,2	6,0	5,0	9,1	8,4
Zusammen	469,9	892,7	39,3	62,5	9,8	15,5
Kriegsfolgenhilfe	725,3	536,3	60,7	37,5	64,6	66,8
Insgesamt	1 195,2	1 429,0	100,0	100,0	20,3	21,8

<sup>1)</sup> 1948 nur Polizei.

Aber das obenerwähnte Inkrafttreten der Soforthilfe hat sich naturgemäß auch bei den staatlichen Zuweisungen entsprechend ausgewirkt. In ihrem absoluten Betrag haben sie sich von 725,3 Mill. DM in 1948 auf 536,3 Mill. DM in 1949, im Verhältnis zum Gesamtbetrag der staatlichen Zuweisungen sogar von 60,7 vH in 1948 auf 37,5 vH im Jahre 1949 vermindert.

Die staatliche Beteiligung an den gemeindlichen Ausgaben im Jahre 1949 und damit die Entwicklung der

kommunalen Finanzen überhaupt erhalten ihr besonderes Gepräge durch die umfangreichen Beträge, die die Länder als Sonderbeiträge für die Durchführung kommunaler Investitionen und innerhalb und außerhalb dieser Investitionsfinanzierung für die Beseitigung von Kriegsschäden zur Verfügung gestellt haben. Als zahlenmäßige Auswirkung dieser Finanzierung ergibt sich zunächst, daß an den staatlichen Zuweisungen die drei Verwaltungszweige Wohnungsbau, allgemeines Grundvermögen (außerordentlicher Haushalt) und sonstiges Bauwesen diesmal mit 22,5 vH statt nur 7,1 vH im Vorjahr beteiligt sind und damit hinter den Zuweisungen für Kriegsfolgenhilfe mit Abstand vor den anderen Verwaltungszweigen den zweiten Rang innerhalb der den Gemeinden zufließenden staatlichen Mittel einnehmen. An den Zuweisungen für die drei Zweige des kommunalen Bauwesens ist sowohl der ordentliche wie der außerordentliche Haushalt (vgl. Tabelle 135) beteiligt, und zwar mit folgenden Beträgen in Mill. DM:

Verwaltungs-zweig	Ordentlicher Haushalt	Außerordentlicher Haushalt	Zusammen
	1	2	3
Wohnungsbau	151,2	43,1	194,3
Sonstiges Bauwesen	85,1	32,3	117,4
Allgemeines Grundvermögen	—	10,6	10,6
Zusammen	236,3 <sup>1)</sup>	86,0	322,3

<sup>1)</sup> Davon 216,3 Mill. DM in Nordrhein-Westfalen.

Hierbei sind als Einnahmen des außerordentlichen Haushalts nur diejenigen erfasst worden, die unmittelbar hier verbucht worden sind. Es ist aber möglich, daß ein Teil der im ordentlichen Haushalt verbuchten Zuweisungen als Anteilbeträge an den außerordentlichen Haushalt weitergeleitet worden sind.

In den beiden Verwaltungszweigen Wohnungsbau und sonstiges Bauwesen belaufen sich solche Anteilbeträge an den außerordentlichen Haushalt bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden des Bundesgebiets auf 36,0 Mill. DM, davon 9,3 Mill. DM in Nordrhein-Westfalen (vgl. Tabelle 175/176).

Auch außerhalb des Wohnungsbaus und der Trümmerbeseitigung (sonstiges Bauwesen) sind staatliche Beiträge für die kommunale Investitionstätigkeit bedeutsam geworden. In der Vorausmeldung für 1949 treten diese insoweit zahlenmäßig in Erscheinung, wie sie in die außerordentliche Rechnung eingesetzt worden sind (vgl. Tabelle 135). Einschließlich der vorerwähnten Bauaufwendungen sind 157,6 Mill. DM Zuweisungen in die außerordentliche Rechnung eingesetzt worden. Um die 16,8 Mill. DM Zuweisungen an die wirtschaftlichen Unternehmen erhöht sich dieser Betrag sogar auf 174,4 Mill. DM. Von diesem Gesamtbetrag sind 56,2 Mill. DM in Darlehensform gegeben worden.

Die Investitionsbeiträge der Länder, soweit sie durch die Einstellung in die außerordentliche Rechnung erkennbar geworden sind, sind hauptsächlich den Verwaltungszweigen Straßen- und sonstiger Tiefbau (28,5 Mill. DM), Schulen (22,7 Mill. DM), Gesundheits- und Jugendpflege (7,8 Mill. DM) und öffentliche Einrichtungen (7,7 Mill. DM) und außerdem den wirtschaftlichen Unternehmen (16,8 Mill. DM) zugeflossen.



Ein Teil dieser Investitionsbeträge und ein Teil der in der ordentlichen Rechnung vereinnahmten staatlichen Zuweisungen ist mit der besonderen Kennzeichnung »zur Beseitigung von Kriegsschäden« gegeben worden. An den Zuweisungen des ordentlichen Haushalts in Höhe von 1271,4 Mill. DM sind die für Kriegsschäden bestimmten Beträge mit 283 Mill. DM beteiligt, an den im außerordentlichen Haushalt verrechneten, die sich auf 157,6 Mill. DM zuzüglich 16,8 Mill. DM der wirtschaftlichen Unternehmen belaufen, mit 56,4 Mill. DM.

Neben den stark gesunkenen Zuweisungen für Kriegsfolgenhilfe und neben den stark gestiegenen Länderbeiträgen für Investitionen und Beseitigung von Kriegsschäden, hat die dritte wichtige Gruppe der staatlichen Zuweisungen ihre Bedeutung behalten: Die Zahlungen der Länder an ihre Gemeinden im Zuge der zumeist gesetzlich festgelegten Lastenverteilung hauptsächlich auf dem Gebiet des Schulwesens, der Polizei und des Straßenwesens (Bau und Unterhaltung). Die im ordentlichen Haushalt verbuchten, also wohl (von Nordrhein-Westfalen abgesehen) überwiegend der Lastenverteilung dienenden Zahlungen machen bei den Schulen 113,5 Mill. DM, bei der Polizei (einschl. öffentliche Ordnung) 98,8 Mill. DM und im Straßenwesen 80,6 Mill. DM aus.

Sonst kommen Einnahmen größeren Umfangs aus zweckgebundenen Zuweisungen noch in einigen anderen Verwaltungszweigen vor. Soweit sie in der ordentlichen Rechnung verbucht sind, entfallen hiervon 67,8 Mill. DM auf die allgemeine Fürsorge, 63,6 Mill. DM auf die öffentlichen Einrichtungen, 46,9 Mill. DM auf die allgemeine Verwaltung und 18,6 Mill. DM auf das Gesundheitswesen. Jedoch handelt es sich hierbei zumeist um Einzelfälle in einigen Ländern, vornehmlich in Nordrhein-Westfalen.

#### **b) Regionale Unterschiede**

(hierzu Tabellen 131, 133, 138 und 139)

Von dem Mittel der zweckgebundenen staatlichen Zuweisungen zur Finanzierung gemeindlicher Aufgaben ist in allen Ländern des Bundesgebiets Gebrauch gemacht worden. Das Maß jedoch, in dem dies im Jahre 1949 geschehen ist, ist von Land zu Land recht unterschiedlich.

Maßgebend für diese Unterschiede ist zunächst die Kriegsfolgenhilfe. Darum sind in den drei hauptsächlichen Flüchtlingsländern die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus solchen staatlichen Zuweisungen absolut und vor allem auch relativ besonders hoch. Im Durchschnitt aller kommunalen Körperschaften des Bundesgebiets sind 21,8 vH der Bruttoausgaben durch Zuweisungen des Staates finanziert. In den drei Flüchtlingsländern stellt sich dieser Prozentsatz auf 28,3 vH in Schleswig-Holstein, 21,6 vH in Niedersachsen und 20,6 vH in Bayern. Auch im Verhältnis zur Bevölkerung haben — von dem Sonderfall Nordrhein-Westfalen abgesehen — die drei Flüchtlingsländer besonders hohe staatliche Zuweisungen an die Gemeinden, nämlich 37 DM je Einwohner in Schleswig-Holstein, 27 DM je Einwohner in Niedersachsen und 25 DM je Einwohner in Bayern.

Der absolut und relativ höchste Betrag der für Kriegsfolgenhilfe bestimmten Zuweisungen fließt (vgl. Tabelle 132) an die Landkreise, da in fast allen Teilen

des Bundesgebiets die Stadt- und Landkreise mit der Durchführung der Kriegsfolgenhilfe beauftragt sind und der Hauptteil der Heimatvertriebenen auf dem Lande sitzt und unterstützt wird. So machen die Zuweisungen bei den Landkreisen 10,81 DM je Einwohner, bei den Stadtkreisen jedoch nur 7,54 DM je Einwohner aus. An den gesamten Einnahmen und staatlichen Zuweisungen ist die Kriegsfolgenhilfe bei den Landkreisen mit 64 vH, bei den Stadtkreisen aber nur mit 18 vH beteiligt.

Zahlenmäßig recht bedeutend, nämlich 80,1 Mill. DM, gleich 29 vH aller ihrer Einnahmen aus staatlichen Zuweisungen, sind die Beträge, die die kreisangehörigen Gemeinden vom Land für Kriegsfolgenhilfe erhalten haben. Jedoch handelt es sich hierbei fast ausschließlich um die Besonderheit von Nordrhein-Westfalen, wo in den ländlichen Gebieten nur 30,5 Mill. DM der staatlichen Beiträge zur Kriegsfolgenhilfe über die Landkreise, dagegen 66,8 Mill. DM über die kreisangehörigen Gemeinden gelaufen sind. Sonst sind nur noch in Niedersachsen kreisangehörige Gemeinden mit einem erwähnenswerten Betrag, nämlich 9,7 Mill. DM, in die staatlichen Zuweisungen zur Kriegsfolgenhilfe eingeschaltet (vgl. Tabelle 134).

Erheblich größer sind die regionalen Unterschiede, die in den staatlichen Beiträgen zur kommunalen Investitionstätigkeit und zur Beseitigung von Kriegsschäden bestehen. Hier steht das Land Nordrhein-Westfalen bei weitem an der Spitze aller Länder. Kennzeichnend hierfür sind zunächst diejenigen Beträge staatlicher Zuweisungen, die in die außerordentliche Rechnung eingestellt sind (vgl. Tabellen 135 und 137). Für die Gesamtheit aller Gemeinden und Gemeindeverbände belaufen sich diese auf 157,6 Mill. DM (zuzüglich 16,8 Mill. DM für wirtschaftliche Unternehmen). Von diesem Gesamtbetrag entfallen 64,6 Mill. DM (das sind 41 vH) auf Nordrhein-Westfalen, 45,8 Mill. DM auf die Stadtkreise dieses Landes.

In den übrigen Ländern sind die staatlichen Investitionsbeiträge, soweit sie aus der außerordentlichen Rechnung zu erkennen sind, erheblich geringer. Die 19,8 Mill. DM in Württemberg-Baden, von denen 7 Mill. DM für Straßen und sonstigen Tiefbau bestimmt waren, sind im Verhältnis zur Bevölkerung immerhin beachtlich. In Bayern belaufen sie sich auf 18,9 Mill. DM, zumeist für Wohnungsbau, in Niedersachsen auf 17,8 Mill. DM, zumeist für sonstiges Bauwesen, und in Schleswig-Holstein auf 15,0 Mill. DM, zumeist für Schulen und für Tiefbau, sowie auf 5,4 Mill. DM für wirtschaftliche Unternehmen.

Der größere Teil der Investitionsbeiträge, die in Nordrhein-Westfalen die Gemeinden von ihrem Land erhalten haben, sind über die ordentliche Rechnung der Verwaltungszweige Wohnungsbau (146,7 Mill. DM) und sonstiges Bauwesen, nämlich Trümmerbeseitigung (69,6 Mill. DM) gelaufen. In den übrigen Ländern belaufen sich diese Zuschüsse des Staates nur auf 19,9 Mill. DM, woran Bayern allein mit 11,7 Mill. DM beteiligt ist.

Der gleiche Vorsprung der Gemeinden Nordrhein-Westfalens wird durch die Zahlen über die Beseitigung von Kriegsschäden veranschaulicht. An den staatlichen Beiträgen hierfür, die sich für das gesamte Bundesgebiet auf 283 Mill. DM in der ordentlichen Rechnung

und 56,4 Mill. DM in der außerordentlichen Rechnung belaufen, ist Nordrhein-Westfalen mit 244,9 Mill. DM beteiligt.

Irgendwie nennenswerte Beträge sind sonst nur in Bayern mit 31,9 Mill. DM und in Württemberg-Baden mit 26,7 Mill. DM als Zuweisungen für Beseitigung von Kriegsschäden bezeichnet worden.

Diese staatlichen Beiträge zur Investitionstätigkeit und zur Beseitigung von Kriegsschäden beeinflussen den Gesamtbetrag der Zuweisungen, die die Gemeinden von ihren Ländern erhalten haben, so stark, daß im Verhältnis zur Bevölkerung die Gemeinden Nordrhein-Westfalens mit fast 50 DM je Einwohner die weitest aus höchsten Einnahmen dieser Art haben, und daß sich ihr je Einwohner errechnete Betrag in Schleswig-Holstein auf 37 DM und in Württemberg-Baden auf 26 DM erhöht. Auch im Verhältnis zu den Bruttoausgaben steht mit den Einnahmen aus staatlichen Zuweisungen Nordrhein-Westfalen mit 28,1 vH an zweiter Stelle hinter dem Flüchtlingsland Schleswig-Holstein (28,3 vH) und damit erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 21,8 vH.

In den übrigen Verwaltungszweigen treten die teilweise sehr erheblichen Unterschiede der Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden in der absoluten und vor allem relativen Höhe der staatlichen Zuweisungen in Erscheinung. So liegen beim Schulwesen die staatlichen Zuweisungen in der ordentlichen Rechnung in Schleswig-Holstein mit 6,47 DM je Einwohner und in Nordrhein-Westfalen mit 4,64 DM je Einwohner erheblich über dem Durchschnitt des Bundesgebiets (2,51 DM je Einwohner), in Hessen und Württemberg-Baden nähern sie sich diesem, in den übrigen Ländern dagegen sind sie erheblich niedriger, am niedrigsten in Baden. Der im Verhältnis zur Bevölkerung besonders hohe Stand der Bruttoausgaben für Schulen in den beiden erstgenannten Ländern erklärt sich zum Teil also durch die hohen Überweisungen seitens des Staates.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung haben im Verhältnis zur Bevölkerung besonders hohe Beträge die Länder Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Hessen an ihre Gemeinden gezahlt und damit 40 bis 60 vH der gemeindlichen Aufwendungen auf diesem Gebiet beglichen. In Niedersachsen und in der französischen Zone dagegen sind solche Zahlungen sehr erheblich kleiner. Die Polizeilasten werden hier vom Staat unmittelbar, ohne Zwischenschaltung der Gemeinden, getragen.

Bei Straßen und sonstigem Tiefbau bestehen auch bei denjenigen Zuweisungen des Landes, die bei den empfangenden Gemeinden in der ordentlichen Rechnung verbucht werden, sehr erhebliche regionale Verschiedenheiten. Weit aus der Spitze solcher Zuweisungen stehen die Länder Nordrhein-Westfalen mit 2,99 DM je Einwohner und Hessen mit 2,43 DM je Einwohner, also mit Beträgen, die erheblich über den Bundesdurchschnitt von 1,78 DM hinausgehen. Dem Bundesdurchschnitt entsprechen in ihrer relativen Höhe diese Zuweisungen in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Erheblich niedriger dagegen sind sie in Schleswig-Holstein (1,36 DM je Einwohner), Rheinland-Pfalz (1,22 DM), Bayern (0,95 DM), Niedersachsen (0,87 DM) und vor allem in Baden (0,19 DM).

In den übrigen Verwaltungszweigen sind an den staatlichen Zuweisungen, soweit sie in der ordent-

lichen Rechnung der Gemeinden als Einnahmen verbucht sind, zumeist nur einzelne Länder mit einigen Sonderfällen beteiligt. Zu nennen ist das Land Nordrhein-Westfalen, das auch auf diesen Gebieten seinen Gemeinden besonders hohe Beträge zugewiesen hat. So entfallen von den staatlichen Zuweisungen im Verwaltungszweig Kultur, wo sie sich auf 8,5 Mill. DM belaufen, 5,5 Mill. DM auf Nordrhein-Westfalen, von den 18,6 Mill. DM Zuweisungen im Verwaltungszweig Gesundheits- und Jugendpflege 11,7 Mill. DM auf Nordrhein-Westfalen und 2,1 Mill. DM auf Niedersachsen, von den 63,6 Mill. DM Zuweisungen an die öffentlichen Einrichtungen 31,6 Mill. DM auf Nordrhein-Westfalen, 15,2 Mill. DM auf Niedersachsen und 7,0 Mill. DM auf Rheinland-Pfalz und schließlich von den 67,8 Mill. DM der allgemeinen Fürsorge 29,8 Mill. DM auf Niedersachsen und 14,2 Mill. DM auf Nordrhein-Westfalen. Die näheren Zweckbestimmungen dieser Zuweisungen sind aus der Vorausmeldung nicht erkennbar. Zum Teil kann es sich auch hierbei um Beträge für Investitionen, die von den Gemeinden nicht unmittelbar in die außerordentliche Rechnung übergelenkt sind, handeln und zum Teil um Zuweisungen für Beseitigung von Kriegsschäden, die ebenfalls in der ordentlichen Rechnung verbucht worden sind.

### 3. Die Eigenausgaben (reiner Finanzbedarf)

#### a) Vorbemerkung über den Begriff »Eigenausgaben«

Die Differenz zwischen den Bruttoausgaben der Gemeinden einerseits, den Erstattungen der Verwaltungszweige untereinander andererseits und den Zahlungen der Gemeinden und Gemeindeverbände untereinander ergibt den von Doppelzahlungen auf kommunaler Ebene bereinigten Ausgabenbetrag. Die Reichsfinanzstatistik der Vorkriegszeit wählte für diese Darstellungsform der öffentlichen Ausgaben die Bezeichnung »Bereinigter Finanzbedarf«. An Hand der Ergebnisse der Vorausmeldung konnte, wie oben betont, die an und für sich erforderliche Bereinigung von den Doppelzahlungen nicht durchgeführt werden. Die etwas überhöhten Bruttoausgaben mußten daher, wie oben geschehen, als Unterlage für die Darstellung der kommunalen Gesamtausgaben verwandt werden.

Die vorstehend definierten Gesamtausgaben der Gemeinden, auch wenn sie von den Erstattungen der Verwaltungszweige untereinander und von den Zahlungen der Kommunen untereinander bereinigt sind, schließen auch diejenigen Ausgaben ein, die im Auftrag oder für Rechnung des Staates getätigt und durch »zweckgebundene Zuweisungen vom Land« finanziert werden. Die Ausschaltung auch dieser staatlich finanzierten Ausgaben — indem vom »bereinigten Finanzbedarf« oder (wenn dieser aus der Vorausmeldung nicht zu ermitteln ist) von den Bruttoausgaben die »zweckgebundenen Zuweisungen vom Land« abgezogen werden — ergibt eine besonders wichtige Darstellungsform für die Summe der öffentlichen Ausgaben. Diese Darstellungsform zeigt nämlich die kommunalen Ausgaben in derjenigen Höhe, in der sie von den Gemeinden selbst mit eigenen, d. h. selbst beschafften oder zur freien Verfügung gestellten Einnahmen finanziert werden. Nur in dieser Darstellungsform können die Ausgaben der Gemeinden mit den in der gleichen Form er-

mittelten Ausgaben der Länder und des Bundes verglichen und zu einer Summe der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung zusammengefaßt werden.

Die Reichsfinanzstatistik der Vorkriegszeit hat für diese Darstellungsform der öffentlichen Ausgaben (bei der die Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen, die zweckgebundenen Zuweisungen von anderen Gemeinden und die zweckgebundenen Zuweisungen von Bund und Ländern abgezogen sind) den Begriff »Reiner Finanzbedarf« geprägt. Es erscheint nicht zweckmäßig, diesen Begriff weiterhin anzuwenden. Der Begriff »Bedarf« nämlich erweckt den Eindruck, als ob die mit ihm bezeichneten Finanzbeträge etwas Notwendiges und Unabdingbares seien. In Wirklichkeit kann es durchaus strittig sein, ob die unter diesem Begriff zusammengefaßten Ausgaben einem wohlverstandenen Bedarf entsprechen, ihn überschreiten oder hinter ihm zurückbleiben. In Wirklichkeit handelt es sich um Ausgaben, deren Höhe sowohl durch den Bedarf wie durch die Menge der für seine Deckung verfügbaren Mittel bestimmt wird.

Es ist daher zweckmäßig, auch für diese Darstellungsform der gemeindlichen (und ebenso der gleichartigen staatlichen) Ausgaben eine Bezeichnung zu wählen, die nicht den Begriff »Bedarf«, sondern den Begriff »Ausgaben« enthält. Dies ist um so notwendiger, als für alle gemeinverständlichen Angaben über öffentliche Finanzen die Begriffe Einnahmen und Ausgaben nicht verlassen werden dürfen.

Bereits für das Rechnungsjahr 1948 hat daher das Statistische Bundesamt die Bezeichnung »reiner Finanzbedarf« verlassen und dafür einen den Begriff »Ausgaben« enthaltende Bezeichnung gewählt. Die im Vorjahre gewählte Bezeichnung »Reinausgaben« hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen. Diese Bezeichnung ist bereits für den Einzelhaushalt, nämlich für die von der Doppelzählung der Erstattungen bereinigten Ausgaben »verbraucht«. Es wird daher für die von der Reichsfinanzstatistik früher als »reiner Finanzbedarf« bezeichnete Darstellungsform der Ausgaben nunmehr der Begriff »Eigenausgaben« gewählt. Diese Formulierung entspricht dem Tatbestand, daß es sich hierbei um diejenigen Ausgaben handelt, die mit eigenen Mitteln der Körperschaften finanziert werden.

In der Vorausmeldung auch für 1949 sind, wie schon mehrfach betont, die Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen und die Zahlungen von anderen Gemeinden nicht ausgegliedert, sondern in der Summe der Einnahmen (von denen nur die Zuweisungen vom Land besonders ermittelt sind) enthalten. Die hier errechneten Eigenausgaben enthalten daher diese zu Doppelzählungen führenden Zahlungen und sind durch sie etwas überhöht. Am stärksten gilt dies für die Wohlfahrt, d. h. für Kriegsfolgenhilfe, allgemeine Fürsorge und Gesundheitspflege.

**b) Gesamtbetrag und Anteil der Investitionen**

(hierzu Tabellen 142, 143, 145)

Mit 5 127,7 Mill. DM sind die — in der oben genannten Form errechneten — Eigenausgaben dem Zuge der allgemeinen Steigerung der kommunalen Ausgaben gefolgt. Wenn man für das Vorjahr mit einer Vergleichszahl von rd. 4 700 Mill. DM rechnet, in der allerdings die geringen außerordentlichen Aus-

gaben nicht enthalten sind, so ergibt sich eine Steigerung der Eigenausgaben gegenüber dem Vorjahr um knapp 430 Mill. DM.

Tabelle 10: Vergleich<sup>1)</sup> der Eigenausgaben 1948 und 1949  
(Reiner Finanzbedarf)

Verwaltungszweige	Mill. DM		vH des Gesamtbetrages	
	1948	1949	1948	1949
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung .....	566,2	540,4	12,1	10,5
Finanzverwaltung .....	253,7	163,4	5,4	3,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung <sup>2)</sup> .....	160,3	240,8	3,4	4,7
Schulen .....	597,2	714,7	12,7	13,9
Kultur .....	141,2	150,8	3,0	2,9
Kriegsfolgenhilfe .....	397,7	266,4	8,5	5,2
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe .....	683,2	760,0	14,5	14,8
Gesundheits- und Jugendpflege .....	528,3	592,9	11,2	11,6
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	273,2	397,8	5,8	7,8
Wohnungsbau .....	200,5	200,5	3,9	3,9
Sonstiges Bauwesen .....	373,7	267,0	8,0	5,2
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .....		55,1		1,1
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	723,5	777,8	15,4	15,2
Zusammen .....	4 698,3	5 127,7	100,0	100,0

<sup>1)</sup> 1948 ohne, 1949 einschl. ao. Rechnung. — <sup>2)</sup> 1949 einschl. Verwaltungspolizei, die 1948 auf die entsprechenden Verwaltungszweige aufgeteilt ist.

Aber eine der besonderen Bedingtheiten der kommunalen Finanzgestaltung des Jahres 1949 zeigt sich auch hier. Während die Bruttoausgaben, die die staatlich finanzierten Ausgaben mitenthalten, sich um 11,3 vH erhöht haben, beschränkt sich bei den Eigenausgaben die Steigerung gegenüber dem Vorjahr auf einen Prozentsatz von 9,1 vH. Die im Jahre 1949 eingetretene und in der Steigerung der Bruttoausgaben zum Ausdruck kommende Ausweitung der kommunalen Ausgaben ist also zu einem gewichtigen Teil ein Ergebnis der staatlichen Finanzierung. Von der Erhöhung der Bruttoausgaben um 663,2 Mill. DM entfallen 233,8 Mill. DM auf die staatlich finanzierten Ausgaben und 429,4 Mill. DM auf die Eigenausgaben der Kommunen.

Entsprechend der oben bei der Darstellung der zweckgebundenen Zuweisungen betonten besonderen Bedeutung, die die staatlichen Mittel für die Durchführung der kommunalen Investitionen im Jahre 1949 hatten, treten innerhalb der Eigenausgaben die Bauaufwendungen merklich zurück. Kennzeichnend dafür ist zunächst der geringere Anteil, den die in die außerordentliche Rechnung übernommenen Ausgaben an den Eigenausgaben haben. In der außerordentlichen Rechnung sind die Eigenausgaben nur mit 65 vH an den Bruttoausgaben beteiligt, in der ordentlichen Rechnung dagegen mit fast 80 vH. Und zwar ist vor allem auf dem Gebiet des sonstigen Bauwesens, d. h. der Trümmerbeseitigung (43,5 vH), Straßen- und sonstiger Tiefbau (56,1 vH), Schulbauten (56,5 vH) und Wohnungsbau (60,8 vH) der gemeindeeigene Anteil an der Investitionstätigkeit, soweit diese durch die außerordentlichen Ausgaben erfaßt wird, infolge der auf diesen Gebieten verhältnismäßig hohen staatlichen Beiträge noch niedriger als im Gesamtdurchschnitt. Der gemeindeeigene Anteil an den außerordentlichen Ausgaben des Wohnungsbaus erhöht sich aber beträchtlich, wenn man die 55,1 Mill. DM im allgemeinen Grundvermögen verbuchten außerordentlichen Eigenausgaben hinzurechnet.

Tabelle 11: Ordentliche und außerordentliche Eigenausgaben 1949

— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Ordentliche Rechnung	Außerordentliche Rechnung
	1	2
Allgemeine Verwaltung .....	531,5	8,8
Finanzverwaltung .....	162,7	0,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	240,6	0,3
Schulen .....	685,2	29,5
Kultur .....	145,8	5,0
Kriegsfolgenhilfe .....	266,4	0,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe .....	755,6	4,4
Gesundheits- und Jugendpflege .....	566,8	26,1
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	360,8	37,0
Wohnungsbau .....	133,3	67,2
Sonstiges Bauwesen .....	242,0	24,9
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .....	—	55,1
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	746,9	30,9
Zusammen .....	4 837,7	290,0
Außerdem: Wirtschaftliche Unternehmen .....		104,9

beträchtliche Zunahme der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden selbst finanzierten Investitionen. Die gesamte Ausweitung der Eigenausgaben ist somit zu einem erheblichen Teil auf die kommunale Beteiligung an den öffentlichen Investitionen zurückzuführen. In den vorstehenden Zahlen wurden diese kommunalen Investitionen nur an Hand der außerordentlichen Ausgaben dargestellt. Es kann angenommen werden, daß in den Eigenausgaben auch der ordentlichen Rechnung Verausgaben enthalten sind, die dem Begriff der volkswirtschaftlichen Investitionen entsprechen.

### c) Der Anteil der Verwaltungszweige

(hierzu Tabellen 116, 142 und 143)

Die Gliederung auch der Eigenausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Verwaltungszweigen hat eine über den fiskalischen Inhalt hinausgehende Bedeutung. Sie läßt nämlich erkennen, welche der öffentlichen Aufgabengebiete neben denen des Bundes und der Länder auf den kommunalen Sektor entfallen und in welchem Maße die kommunalen Körperschaften Mittel für diese gesamtwirtschaftlichen Aufgaben eingesetzt haben.

Gegenüber dem Vorjahre (vgl. Texttabelle 10) hat sich die Verteilung der Eigenausgaben auf die einzelnen Verwaltungszweige zum Teil aus erhebungstechnischen Gründen etwas verschoben. Der Anteil der allgemeinen Verwaltung, der Finanzverwaltung und des Verwaltungszweiges, der die Wirtschaftsförderung mit den öffentlichen Einrichtungen zusammenfaßt, hat sich zum Teil aus solchen technischen Gründen vermindert, nämlich in dem Maße, in dem die verwaltungspolizeilichen Aufgaben dem Verwaltungszweig »Öffentliche Sicherheit und Ordnung« zugeordnet worden sind. Außerdem ist in der Vorausmeldung für 1949 stärker als im Vorjahre die Finanzverwaltung von denjenigen Finanzvorfällen entlastet worden, die in das Erwerbsvermögen oder in den Gesamtabluß gehören.

Auch nach Ausschaltung der für Rechnung des Landes bzw. des Bundes gezahlten Kriegsfolgenhilfe steht die Wohlfahrt mit 31,6 vH der gesamten Eigenausgaben weiterhin an erster Stelle der kommunalen Aufgabengebiete. Gegenüber dem Vorjahr (34,2 vH) hat sich allerdings der Anteil der Wohlfahrtsausgaben in weiterem Sinne etwas ermäßigt. Die Beiträge, die die Gemeinden und Gemeindeverbände aus eigenen Mitteln zusätzlich zu den staatlichen Zahlungen bei der Kriegsfolgenhilfe aufzubringen haben, sind doch immerhin so groß, daß das Inkrafttreten der Soforthilfe nicht nur für Bund und Länder, sondern auch für Gemeinden und Gemeindeverbände eine gewisse Entlastung gebracht hat. Wenn man die Eigenausgaben der kommunalen Körperschaften des DM-Abschnittes 1948 auf ein volles Jahr hochrechnet, beläuft sich diese Entlastung auf 131,3 Mill. DM. Trotz dieser Entlastung bei der Kriegsfolgenhilfe sind aber die Wohlfahrtsausgaben im ganzen nicht gesunken, denn für allgemeine Fürsorge wurde ein Mehrbetrag von 76,8 Mill. DM und für Gesundheitspflege ein Mehrbetrag von 64,6 Mill. DM (wovon 26,1 Mill. DM in der außerordentlichen Rechnung wohl Krankenhausbauten darstellen) verausgabt.

Trotz der hohen Bedeutung, die die staatlichen Beiträge für die kommunalen Investitionen besonders auf dem Gebiet der Trümmerbeseitigung, des Tiefbaus und der Schul- und Wohnungsbauten haben, ist der absolute Betrag der kommunalen Eigenausgaben für Investitionen, soweit dieser mit der Summe der außerordentlichen Ausgaben identisch ist, mit 290,0 Mill. DM beachtlich hoch. Daneben sind noch die 104,9 Mill. DM in der außerordentlichen Rechnung der wirtschaftlichen Unternehmen verbuchten Eigenausgaben zu nennen. Dazu kommen noch die noch nicht verbrauchten Anleihemittel. Einschließlich dieser haben die Gemeinden und Gemeindeverbände in der Summe von Kämmererverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen im außerordentlichen Haushalt 434,8 Mill. DM aus eigenen und selbstbeschafften Mitteln bereitgestellt, das sind 71 vH aller verfügbaren Mittel (einschließlich der staatlichen Beiträge). Bei den Kämmererverwaltungen allein sind es 328,3 Mill. DM gleich 68 vH aller verfügbaren Mittel und bei den wirtschaftlichen Unternehmen 106,5 Mill. DM gleich 86 vH.

An den außerordentlichen Eigenausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rechnungsjahr 1949 sind neben den wirtschaftlichen Unternehmen (104,9 Mill. DM) in erster Linie der Wohnungsbau und die im Zusammenhang damit zu erwähnenden Verwaltungszweige »sonstiges Bauwesen« (Trümmerbeseitigung) und allgemeines Grundvermögen beteiligt. Die hier verbuchten 147,3 Mill. DM machen über die Hälfte aller außerordentlichen Ausgaben der Kämmererverwaltungen aus.

Von den übrigen Verwaltungszweigen sind an außerordentlichen Eigenausgaben noch 37,0 Mill. DM im Tiefbau, 30,9 Mill. DM bei öffentlichen Einrichtungen, 29,5 Mill. DM im Schulwesen und 26,1 Mill. DM in der Gesundheitspflege zu nennen. In den übrigen Verwaltungszweigen machen sie zusammen 19,2 Mill. DM aus.

Im Rechnungsjahr 1948 beliefen sich nach den Ergebnissen der endgültigen Finanzstatistik die nach der gleichen Methode errechneten und auf ein volles Jahr hochgerechneten Eigenausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 131,7 Mill. DM in den Kämmererverwaltungen und auf 25,2 Mill. DM bei den in der gemeindlichen Rechnung geführten wirtschaftlichen Unternehmen. Im Vergleich hierzu veranschaulichen die außerordentlichen Ausgaben des Jahres 1949 eine

Der Verwaltungszweig, in dem auch in der Vorausmeldung für 1949 die Öffentlichen Einrichtungen mit der Wirtschaftsförderung zusammengefaßt sind, hat trotz der oben erwähnten Umbuchung der wirtschaftspolizeilichen Ausgaben und trotz des Auslaufens der Bewirtschaftung die zweite Stelle unter den Eigenausgaben und damit unter den Aufgabengebieten der Gemeinden und Gemeindeverbände behalten. Der Anteil der hierin enthaltenen Ausgaben für Kanalisation, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung und die übrigen öffentlichen Einrichtungen dürfte gegenüber dem Vorjahr merklich gestiegen sein. Auf sie dürfte auch der Hauptteil der außerordentlichen Ausgaben entfallen, die sich auf 30,9 Mill. DM belaufen.

Die Ausgaben für die Schulen nehmen mit einem Anteil von 13,9 vH (im Vorjahr 12,7 vH) weiterhin die dritte Stelle unter den Eigenausgaben der Gemeinden ein. Ihr absoluter Betrag hat sich gegenüber 597,2 Mill. DM in 1948 um 117,5 Mill. DM erhöht. Von der gesamten gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Steigerung der Eigenausgaben in Höhe von 429,4 Mill. DM entfällt also mehr als ein Viertel (27 vH) auf die Schulen. Die schon oben bei der Darstellung der Bruttoausgaben betonte, die kulturellen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung begünstigende Entwicklung kommt somit auch in den Eigenausgaben der Gemeinden klar zum Ausdruck. Nicht nur der Staat mit den von 51,2 Mill. DM in 1948 auf 136,1 Mill. DM in 1949 erhöhten Zuweisungen hat die im kommunalen Bereich liegende Schulaufwendung stärker dotiert; die Gemeinden selbst haben auf Grund der in 1949 günstigeren Entwicklung der Finanzen die auf dem Gebiet des Schulwesens gestiegenen Aufgaben stärker berücksichtigt. Von den kommunalen Mehrausgaben des Rechnungsjahres 1949 sind 29,5 Mill. DM in die außerordentliche Rechnung eingestellt und dadurch wohl überwiegend als Schulbauten und ähnliche Investitionen kenntlich gemacht worden. Wie weit auch in der Steigerung der ordentlichen Ausgaben um 88 Mill. DM ähnliche Investitionen enthalten sind, wird sich erst aus der endgültigen Finanzstatistik für 1949 ergeben.

Wenn man von der allgemeinen und der Finanzverwaltung absieht, nehmen die Aufwendungen für Wohnungsbau, allgemeines Grundvermögen (außerordentlicher Haushalt) und sonstiges Bauwesen mit einem Anteil von 10,4 vH den vierten Rang unter den Eigenausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände ein. Daß von den 522,6 Mill. DM Eigenausgaben dieser drei Verwaltungszweige 147,3 Mill. DM auf die außerordentliche Rechnung entfallen und sich hierdurch als Investitionen darstellen, wurde bereits erwähnt. Daneben sind aber im ordentlichen Haushalt weitere 133,3 Mill. DM für Wohnungsbau, also wohl in der Hauptsache auch für Investitionen oder zumindest größere Instandsetzungen, und außerdem 242 Mill. DM für sonstiges Bauwesen verausgabt worden.

Als fünftes wichtiges Aufgabengebiet gemeindlicher Betätigung stellt sich auch im Rahmen der selbstfinanzierten Eigenausgaben der Tiefbau dar, von dem wohl der Hauptteil auf Bau und Unterhaltung des lokalen Straßennetzes entfallen dürfte. Bei 397,8 Mill. DM ist der Anteil, den der Tiefbau mit 7,8 vH an den gesamten kommunalen Ausgaben sogar erheblich höher als in den der Geldumstellung folgenden ersten

DM-Monaten (5,8 vH). Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben also hier nicht so sehr ihre vom Staat zugewiesenen Mittel, die sich nur von 85,6 Mill. DM in 1948 auf 109,1 Mill. DM in 1949 erhöht hatten, verausgabt. Sie haben vielmehr in erheblichem Umfang eigene Mittel für Unterhaltung und Wiederherstellung von Straßen und Brücken eingesetzt, so daß sich gegenüber den auf ein volles Jahr hochgerechneten Aufwendungen des Jahres 1948 eine Mehrausgabe von 124,8 Mill. DM (also noch mehr als beim Schulwesen) ergibt. Von den Tiefbauausgaben des Jahres 1949 sind nur 37,0 Mill. DM (also nur 9 vH) in die außerordentliche Rechnung überführt worden. Das schließt nicht aus, daß von den ordentlichen Ausgaben in Höhe von 360,8 Mill. DM ein größerer Teilbetrag solche Arbeiten an Straßen und Brücken darstellt, die über die laufende Instandhaltung hinausgehen.

Neben den vorerwähnten fünf hauptsächlichen kommunalen Aufgabengebieten Wohlfahrt, öffentliche Einrichtungen, Schulen, Wohnungsbau sowie Straßen und Brücken haben die kommunalen Aufwendungen für die zumeist in den staatlichen Bereich fallenden Aufgabengebiete der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Kultur (Kunst und Wissenschaft) nur geringe Bedeutung und sind an den Eigenausgaben des Jahres 1949 nur mit 4,7 vH und 2,9 vH beteiligt.

Die beiden Zweige der Verwaltung im engeren Sinne, allgemeine Verwaltung und Finanzverwaltung, sind nach der Vorausmeldung für 1949 noch mit 13,7 vH an den Eigenausgaben beteiligt. Die starke Verminderung sowohl ihrer absoluten wie ihrer relativen Höhe, die gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist, ergibt sich zunächst, wie oben betont, aus technischen Umstellungen der Erhebung und Zuordnung. Das schließt aber nicht aus, daß die mit diesen Eigenausgaben dargestellten Kosten der Verwaltung sich wenigstens relativ, nämlich im Verhältnis zur Gesamtsumme der Eigenausgaben etwas vermindert haben.

#### **d) Die Verteilung der Eigenausgaben auf Stadt und Land**

(hierzu Tabellen 142, 144, 146, 147)

Auch die durch die Vorausmeldung für 1949 ermittelte Entwicklung und Struktur der kommunalen Finanzen bestätigt, daß in der Verteilung der den kommunalen Körperschaften obliegenden Aufgaben auf Stadt und Land einige sehr beachtliche Unterschiede bestehen.

Zunächst gilt für die von den kommunalen Körperschaften selbst zu finanzierenden Eigenausgaben der strukturelle Unterschied, daß die Ausgaben je Kopf der Bevölkerung in den Städten weit höher sind als auf dem Lande, in noch stärkerem Maße als für die — die staatlichen Zahlungen insbesondere für Kriegsfolgenhilfe — einschließenden Bruttoausgaben. Denn die Eigenausgaben belaufen sich in den Städten auf 169 DM je Einwohner, auf dem Lande dagegen nur auf 82 DM, also knapp die Hälfte. Innerhalb dieses bedeutsamen Unterschiedes in der Größenordnung der kommunalen Ausgaben bestehen gleichzeitig beträchtliche Verschiedenheiten in der Verteilung der Eigenausgaben auf die einzelnen kommunalen Aufgabengebiete.

Tabelle 12: Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige an den Eigenausgaben in vH

Verwaltungszweige	Durchschnitt aller Gemeinden und Gemeindeverbände	Davon		
		Stadtkreise	Landkreise <sup>1)</sup>	Bezirks-(Provinzial-)verbände
	1	2	3	4
Wohlfahrt <sup>2)</sup> .....	31,6	30,5	30,8	60,5
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	15,2	19,0	12,2	3,4
Schulen .....	13,9	12,7	14,9	17,3
Wohnungsbau, allgemeines Grundvermögen, sonstiges Bauwesen .....	10,2	10,9	10,0	2,5
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	7,8	5,4	9,6	13,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	4,7	6,1	3,7	—
Kultur .....	2,9	5,2	0,9	1,0
Allgemeine und Finanzverwaltung .....	13,7	10,1	17,9	1,7

<sup>1)</sup> Einschl. ihrer Gemeinden. — <sup>2)</sup> Kriegsfolgenhilfe, übrige Fürsorge und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege.

Gemeinsam ist den Finanzen sowohl der Stadtkreise wie der Landkreise und ihren Gemeinden, daß die Wohlfahrt im weiteren Sinne weitaus an erster Stelle der von ihnen selbst zu finanzierenden Aufgaben steht und ein knappes Drittel der gesamten Eigenausgaben ausmacht. Aber bereits innerhalb der Wohlfahrtausgaben selbst hat sich der strukturelle Unterschied zwischen Stadt und Land auch im Jahre 1949 durchgesetzt. Bei den Landkreisen spielt die Kriegsfolgenhilfe trotz der im Jahre 1949 eingetretenen Entlastung und trotz der weitgehenden Erstattungen durch das Land doch noch eine bedeutende Rolle. Die von den Landkreisen selbst (und zum Teil auch den kreisangehörigen Gemeinden) hierfür aufzubringenden Beträge machen im Jahre 1949 — allerdings einschließlich der hierin enthaltenen Doppelzählungen — noch 7,7 vH der Eigenausgaben (im Rechnungsjahr 1948 waren es sogar noch 13,6 vH) aus. Bei den Stadtkreisen dagegen hat die allgemeine Fürsorge eine höhere und 1949 noch gestiegene Bedeutung. Vor allem die Eigenausgaben für Gesundheits- und Jugendpflege sind in den Stadtkreisen absolut und relativ merklich höher als auf dem Land, d. h. in den Landkreisen und ihren Gemeinden. Der oben für die gesamten Eigenausgaben festgestellte Niveauunterschied zwischen Stadt und Land gilt auch für die Wohlfahrt. Obwohl — entsprechend der regionalen Unterteilung der Heimatvertriebenen — bei der Kriegsfolgenhilfe das Land mit 6,33 DM je Einwohner etwas höhere eigene Beträge aufgebracht hat als die Stadt mit 4,37 DM je Einwohner, gehen die Wohlfahrtausgaben im ganzen in den Stadtkreisen mit 52 DM je Einwohner erheblich über die sich auf einen Prokopfbetrag von 25 DM je Einwohner beschränken den Ausgaben der Landkreise und ihrer Gemeinden hinaus.

Der Strukturunterschied zwischen Stadt und Land wirkt sich auch im Jahre 1949 weiterhin dahin aus, daß die öffentlichen Einrichtungen (allerdings einschließlich der hier miterfaßten Aufwendungen für allgemeine Wirtschaftsförderung) in den Stadtkreisen mit 19,0 vH die zweite Stelle unter den Eigenausgaben einnehmen, in den Landgemeinden dagegen einschließlich der entsprechenden Ausgaben der Landkreise mit 12,2 vH der Eigenausgaben erst an dritter Stelle der kommunalen Aufgaben stehen. In der Stadt machen diese Ausgaben, die die Aufwendungen für Kanali-

sation, für Reinigung und Beleuchtung der Straßen für Friedhöfe und für andere öffentliche Einrichtungen einschließen, 32 DM je Einwohner aus, auf dem Lande dagegen, in der Summe von Landkreisen und ihren Gemeinden, nur 10 DM je Einwohner.

Tabelle 13: Verteilung der Eigenausgaben auf Stadt und Land

Verwaltungszweige	Gesamthaushalt				Darunter: Außerordentl. Ausgaben	
	Mill. DM		vH		Mill. DM	
	Stadtkreise	Landkreise <sup>1)</sup>	Stadtkreise	Landkreise <sup>1)</sup>	Stadtkreise	Landkreise <sup>1)</sup>
	1	2	3	4	5	6
Allgemeine Verwaltung	179,7	354,9	7,4	13,9	4,2	4,7
Finanzverwaltung .....	65,7	96,7	2,7	3,8	0,7	0,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	147,1	93,7	6,1	3,7	0,3	0,0
Schulen .....	306,3	381,0	12,6	14,9	14,2	15,1
Kultur .....	127,0	22,3	5,2	0,9	4,8	0,2
Kriegsfolgenhilfe .....	62,5	195,7	2,6	7,7	—	0,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe .....	372,3	344,2	15,4	13,5	1,5	2,9
Gesundheits- und Jugendpflege .....	303,9	244,8	12,6	9,6	10,2	15,2
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	130,5	245,5	5,4	9,6	22,6	13,6
Wohnungsbau .....	65,6	133,9	2,7	5,3	21,7	45,2
Sonstiges Bauwesen .....	163,3	100,8	6,7	4,0	16,6	8,3
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .....	35,2	19,8	1,5	0,8	35,2	19,9
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	460,8	311,7	19,0	12,2	19,8	11,2
Zusammen .....	2 420,1	2 549,1	100,0	100,0	151,7 <sup>2)</sup>	136,2 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Einschl. der kreisangehörigen Gemeinden. — <sup>2)</sup> Außerdem 76,7 Mill. DM, — 28,2 Mill. DM wirtschaftliche Unternehmen.

Die Aufwendungen für die Schulen stehen in der Stadt an dritter Stelle, auf dem Lande dagegen an zweiter Stelle der Eigenausgaben. In ihrem absoluten Betrag sind die Schulausgaben auf dem Lande mit 381 Mill. DM höher als in der Stadt (306,3 Mill. DM). Vor allem haben sie an den Gesamtausgaben auf dem Lande mit 14,9 vH einen höheren Anteil als in den Stadtkreisen, wo sich dieser Anteil auf 12,6 vH beschränkt. Aber verglichen mit der Bevölkerung sind die Schulausgaben der Stadtkreise mit 21 DM je Einwohner erheblich höher als die im ländlichen Bereich verausgabten 12 DM je Einwohner. Die höheren Kosten der zumeist in den Stadtkreisen untergebrachten und von diesen getragenen höheren und Mittelschulen sowie berufsbildenden Schulen wirken sich hier ebenso aus wie die in den Städten meist zwangsläufig höheren Aufwendungen für die Volksschulen.

Der Wohnungsbau und die damit zusammen zu nennenden Verwaltungszweige, allgemeines Grundvermögen und sonstiges Bauwesen (einschließlich Trümmerbeseitigung), stehen im Jahre 1949 sowohl bei den Stadtkreisen wie bei den Landkreisen und ihren Gemeinden an vierter Stelle der Eigenausgaben und sind an deren Gesamtheit ungefähr mit den gleichen Prozentsätzen (10,9 vH und 10,0 vH) beteiligt. Innerhalb dieser Gesamtausgaben fällt der absolut und relativ hohe Betrag auf, den die Landkreise (22,6 Mill. DM) und vor allem ihre Gemeinden (111,3 Mill. DM) als Aufwendungen für Wohnungsbau ausgewiesen haben. Sie sind damit mehr als doppelt so hoch wie die gleichartig verbuchten Ausgaben in den Stadtkreisen (65,6 Mill. DM). Allerdings ist ja auch die Bevölkerung der Landgemeinden mehr als das Doppelte der Stadtkreise. Daher ergibt sich auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, daß die eigenen Aufwendun-



gen für Wohnungsbau, soweit sie in diesem Verwaltungszweig nachgewiesen worden sind, auf dem Lande ungefähr ebenso hoch waren wie in der Stadt.

Jedoch scheint in den Städten ein größerer Teil der Aufwendungen für den Wohnungsbau, weil sie der Wiederherstellung kriegsgeschädigter Baublocks galten, unter allgemeinem Grundvermögen verbucht worden zu sein. Außerdem sind in den Städten erheblich größere Beträge (163,3 Mill. DM) für sonstiges Bauwesen, nämlich Trümmerbeseitigung, verausgabt worden. Im ganzen sind daher die Gesamtaufwendungen für die Summe der drei hier zusammengefaßten Bauausgaben in den Stadtkreisen mit 264,1 Mill. DM etwas höher als in den Landkreisen und ihren Gemeinden (254,5 Mill. DM). Bei Umrechnung aber auf die Bevölkerung ist der städtische Aufwand mit 18 DM je Einwohner mehr als doppelt so hoch als die 8 DM je Einwohner Eigenausgaben im ländlichen Bereich.

In den übrigen Verwaltungszweigen kommen die strukturellen und organisatorischen Unterschiede zwischen Stadt und Land noch stärker zum Ausdruck. Auch bei den Eigenausgaben bestätigt es sich, daß, soweit Polizei einerseits, Wissenschaft und Kunst andererseits überhaupt in den kommunalen Aufgabenbereich fallen, dies städtische und nicht ländliche Angelegenheiten sind. Bei der Polizei fällt ins Gewicht, daß im ländlichen Bereich zumeist der Staat Träger der Polizeiaufgaben und der Polizeilasten ist, kommunale Polizei dagegen, wenn überhaupt, dann in den Städten besteht. Außerdem sind die nunmehr dem Verwaltungszweig Öffentliche Sicherheit und Ordnung zugeordneten Kosten der Verwaltungspolizei nur in den größeren Gemeinden gesondert zu ermitteln, in den kleineren fallen sie mit unter die allgemeine Verwaltung.

Umgekehrt hat der neben den Brücken und Häfen vor allem die Straßen einschließende Tiefbau in der Weiträumigkeit des Landes höhere Bedeutung als in der Stadt. Im Rechnungsjahr 1949 sind daher die Eigenausgaben für Straßen und sonstigen Tiefbau in den Landkreisen und ihren Gemeinden mit ihrem absoluten Betrag (245,5 Mill. DM) und mit ihrem Anteil an den Gesamtausgaben (9,6 vH) erheblich höher als in den Stadtkreisen. Immerhin sind im Jahre 1949 auch in den Städten die Aufwendungen für den Tiefbau mit einem absoluten Betrag von 130,5 Mill. DM beachtlich hoch. Im Verhältnis zur Bevölkerung sind sie sogar mit 9 DM je Einwohner höher als in den Landkreisen und ihren Gemeinden (8 DM je Einwohner). Aufwendungen für Brücken und Häfen dürften hier zu dem verhältnismäßig hohen Stand der Eigenausgaben beigetragen haben.

Besonders auffällig ist bei den Landkreisen und vor allem ihren Gemeinden der absolut und relativ hohe Stand der Eigenausgaben der Allgemeinen und Finanzverwaltung. Mit 455,7 Mill. DM sind die bei diesen Verwaltungszweigen in der Vorausmeldung für 1949 gemeldeten Eigenausgaben erheblich höher als in den Stadtkreisen, die nur 245,4 Mill. DM Eigenausgaben den beiden Verwaltungen zugeordnet haben. Noch bedeutsamer ist der Unterschied, daß diese Ausgaben in den Städten mit 10,1 vH, im ländlichen Bereich aber mit 17,9 vH an der Summe der Eigenausgaben beteiligt sind. Im wesentlichen erklärt sich der

Unterschied daraus, daß bei den kleinen und kleinsten Gemeinden mit geringer Gliederung der Verwaltung die Verwaltungskosten überwiegend als solche der allgemeinen oder Finanzverwaltung auftreten.

Verglichen aber mit der Bevölkerung sind die Eigenausgaben dieser beiden Verwaltungszweige auf dem Lande mit 15 DM je Einwohner sogar etwas niedriger als in den Stadtkreisen, in denen sie 17 DM je Einwohner ausmachen. Sie erscheinen also z. T. nur deshalb erhöht, weil die Finanzmasse der kleinen Gemeinden je Kopf der Bevölkerung berechnet im ganzen niedriger ist.

Wie weit im Jahre 1949 auch Unterschiede zwischen Stadt und Land im Umfang der eigenfinanzierten Investitionen bestehen, läßt sich zunächst nur an Hand der als außerordentliche verbuchten und nachgewiesenen Ausgaben erkennen. Dem absoluten Betrag nach sind die außerordentlichen Eigenausgaben der Stadtkreise mit 151,7 Mill. DM merklich höher als die der Landkreise und ihrer Gemeinden (136,2 Mill. DM). Dieser Unterschied verstärkt sich dadurch, daß in den Städten weitere 76,7 Mill. DM außerordentliche Ausgaben bei den wirtschaftlichen Unternehmen verbucht sind, im ländlichen Bereich aber nur 28,2 Mill. DM. Vor allem im Verhältnis zu der nur halb so hohen Bevölkerung sind also in den Städten die Investitionen, soweit aus den außerordentlichen Eigenausgaben zu erkennen ist, erheblich höher als bei den kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreisen.

Nur beim Wohnungsbau im engeren Sinne sind die außerordentlichen Ausgaben auf dem Lande mehr als doppelt so hoch als in den Städten und damit im Verhältnis zur Bevölkerung ebenso hoch wie dort. Aber im »sonstigen Bauwesen« und im allgemeinen Grundvermögen haben die Städte erheblich höhere Eigenausgaben in die außerordentliche Rechnung eingesetzt. In der Summe dieser drei Verwaltungszweige sind daher die in den außerordentlichen Eigenausgaben in Erscheinung tretenden Investitionen in den Städten mit 73,6 Mill. DM ebenso hoch im Verhältnis zur Bevölkerung, also mehr als doppelt so hoch wie auf dem Lande.

In den anderen Verwaltungszweigen sind die von den Landkreisen und ihren Gemeinden bei Schulen und Krankenhäusern investierten Beträge nennenswert. Die Stadtkreise dagegen haben höhere Beträge im Tiefbau und in den öffentlichen Einrichtungen in die außerordentliche Rechnung übernommen.

Durch die vorstehend genannten Beträge sind die Investitionen jedoch nur soweit erkennbar geworden, wie sie in die außerordentliche Rechnung eingestellt worden sind. Es ist sicher, daß daneben auch von den Eigenausgaben größere Beträge, die als Investitionen angesehen werden können, in der ordentlichen Rechnung verblieben sind. Es ist möglich, daß dies bei den Landgemeinden, die sich der Technik der außerordentlichen Rechnung weniger bedienen, stärker der Fall war als bei den größeren Körperschaften. In der Tat sind auch die Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt bei den kreisangehörigen Gemeinden (33,3 Mill. DM) und den Landkreisen (10,4 Mill. DM) kleiner als bei den Stadtkreisen (60,7 Mill. DM).

## e) Regionale Unterschiede der Eigenausgaben (hierzu Tabellen 141, 142)

Die regionalen Unterschiede in der Höhe auch der Eigenausgaben sind erheblich. Sie zeigen, daß in den einzelnen Ländern die Gemeinden in sehr verschiedenem Umfang zu den Lasten der öffentlichen Verwaltung herangezogen sind und daß ihnen in unterschiedlichem Maße Mittel für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung standen.

Tabelle 14: Regionale Unterschiede in der Gesamtsumme der Eigenausgaben und ihr Verhältnis zu den Bruttoausgaben

Länder	Bruttoausgaben	Zuweisungen vom Land	Eigenausgaben	Eigenausgaben in vH der Bruttoausgaben
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein .....	131,65	37,30	94,35	71,7
Niedersachsen .....	124,85	26,95	97,90	78,4
Nordrhein-Westfalen .....	176,68	49,65	127,02	71,9
Hessen .....	147,09	22,18	124,91	84,9
Württemberg-Baden .....	166,47	26,10	140,37	84,3
Bayern .....	121,69	25,09	96,60	79,4
Rheinland-Pfalz .....	119,13	12,38	106,75	89,6
Baden .....	124,04	12,56	111,48	89,9
Württemberg-Hohenzollern .....	133,08	16,31	116,57	87,7
Lindau .....	164,44	60,31	104,18	63,3
Durchschnitt .....	144,97	31,60	113,37	78,2

Die Gründe für die zum Teil recht erheblichen Unterschiede sind zumeist die gleichen, die auch die verschiedene Höhe der Bruttoausgaben bestimmen. Auch hier wirkt sich an erster Stelle die Bevölkerungsdichte aus, d. h. der mehr oder minder hohe Anteil der Städte und vor allem der Großstädte mit ihrem je Einwohner weit höheren Ausgabenniveau. So liegen auch bei den Eigenausgaben die Gemeinden in Württemberg-Baden mit 140 DM je Einwohner, Nordrhein-Westfalen mit 127 DM je Einwohner und Hessen mit 125 DM je Einwohner, d. h. in den drei Ländern mit höchstem Anteil der großstädtischen Bevölkerung, über dem durchschnittlichen Niveau der Ausgaben im Bundesgebiet, das sich auf 113 DM je Einwohner beläuft. Allerdings sind auch in Württemberg-Hohenzollern die Eigenausgaben der Gemeinden überdurchschnittlich hoch.

Aber innerhalb dieser Gesamttendenz wird die Höhe der Eigenausgaben der Gemeinden doch sehr weitgehend von der in den einzelnen Ländern recht verschiedenen Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden beherrscht. Dies erhellt schon aus dem absoluten und relativen Vergleich zwischen Bruttoausgaben und Eigenausgaben der kommunalen Körperschaften (vgl. Texttabelle 14). Im Durchschnitt aller Gemeinden des Bundesgebiets sind 21,8 vH der Bruttoausgaben durch zweckgebundene Zuweisungen der Länder finanziert, so daß die Eigenausgaben nur 78,2 vH der Bruttoausgaben betragen. Aber in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein geht der Anteil des Staates an den gemeindlichen Bruttoausgaben erheblich über diesen Durchschnitt hinaus; hoch ist er auch in den beiden anderen Flüchtlingsländern Bayern und Niedersachsen. Dagegen in Württemberg-Baden und in Hessen sowie vor allem in der französischen Zone sind die Ausgaben der Gemeinden zu einem weit über dem Durchschnitt liegenden Prozentsatz Eigenausgaben, die aus ihren eigenen

speziellen und allgemeinen (zu denen allerdings auch die allgemeinen Finanzzuweisungen vom Land gehören) Deckungsmitteln zu finanzieren sind.

Schon diese allgemeinen Unterschiede der Aufgaben- und Lastenverteilung bzw. der staatlichen Beteiligung an den kommunalen Ausgaben wirken sich dahin aus, daß nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in Hessen die kommunalen Eigenausgaben im Verhältnis zur Bevölkerung am höchsten sind, und daß sie in Württemberg-Hohenzollern trotz geringem Anteil der städtischen Bevölkerung über dem Durchschnitt des Bundesgebietes liegen.

Tabelle 15: Eigenausgaben für Schulwesen 1948 und 1949 in DM je Einwohner

Länder	Rechnungsjahr 1948			Rechnungsjahr 1949
	Land <sup>1)</sup>	Gemeinden	Zusammen	Gemeinden
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein .....	20,16	13,86	34,02	14,75
Niedersachsen .....	14,05	13,53	27,58	16,82
Nordrhein-Westfalen .....	16,21	17,98	34,19	20,36
Hessen .....	20,56	10,07	30,65	11,79
Württemberg-Baden .....	16,53	15,00	31,54	19,94
Bayern .....	18,67	9,94	28,62	11,43
Rheinland-Pfalz .....	22,44	8,64	31,08	10,87
Baden .....	26,72	6,71	33,42	8,42
Württemberg-Hohenzollern .....	16,26	16,54	32,80	18,06
Lindau .....	41,11	8,31	49,42	9,49
Durchschnitt .....	17,80	13,43	31,23	15,80
Hamburg .....	.	.	56,45	.
Bremen .....	.	.	57,81	.
Gesamtdurchschnitt .....	.	.	32,35	.

<sup>1)</sup> Ohne Versorgung.

Starken Einfluß auf die unterschiedliche Höhe der Eigenausgaben hat vor allem auch die Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden auf einigen speziellen Aufgabengebieten.

Am stärksten ins Gewicht fällt hierbei die Lastenverteilung auf dem Gebiet des Schulwesens, da dieser Verwaltungszweig einen besonders hohen Anteil an den gesamten Eigenausgaben im kommunalen Bereich hat. Hier ist die Verteilung der Ausgaben auf Staat und Gemeinde sehr verschieden. Nach den bisherigen Ergebnissen der Finanzstatistik für 1948 (vgl. Band 4 der Statistik der Bundesrepublik »Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Verwaltung« im Rechnungsjahr 1948) waren im Durchschnitt des Bundesgebiets die Ausgaben für die Schulen im Verhältnis 57 zu 43 auf Staat und Gemeinden verteilt.

Aber über diesem Durchschnitt des Bundesgebiets lag der Anteil der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit 52,6 vH, in Württemberg-Hohenzollern mit 50,4 vH, in Niedersachsen mit 49,1 vH und in Württemberg-Baden mit 47,6 vH. Unter dem Bundesdurchschnitt jedoch blieb der Anteil der Gemeinden in Schleswig-Holstein mit 40,7 vH, Bayern mit 34,7 vH, Hessen mit 32,9 vH, Rheinland-Pfalz mit 27,8 vH, und Baden mit 20,1 vH.

Im Jahre 1948 ergab sich, daß in der Summe von Ländern und Gemeinden die Schulausgaben in den einzelnen Ländern annähernd gleich hoch waren. Nur in den beiden Flüchtlingsländern Bayern und Niedersachsen lagen sie stärker unter dem Bundesdurchschnitt. Im dritten Flüchtlingsland Schleswig-Holstein dagegen waren besonders von Landesseite erhebliche Mittel für Schulen verausgabt worden.



Es kann angenommen werden, daß auch in 1949 die erheblichen regionalen Unterschiede in der Höhe der kommunalen Schulausgaben in erster Linie auf die unterschiedliche Lastenverteilung zurückzuführen sind, daß dagegen die gesamte Ausgabenhöhe nur geringe Ungleichheiten aufweist. Allerdings sind 1949 die Schulausgaben durch Investitionen ausgeweitet. Soweit sie durch die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts dargestellt werden, belaufen sie sich bei den Gemeinden (ohne die durch Zuweisungen des Landes finanzierten) auf 29,5 Mill. DM. An diesen aber sind die einzelnen Länder recht unregelmäßig beteiligt, nämlich Württemberg-Baden mit 6,4 Mill. DM, Niedersachsen mit 6,3 Mill. DM, Bayern mit 5,9 Mill. DM und Hessen mit 5,5 Mill. DM. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben also in Württemberg-Baden und in Hessen die Gemeinden — über die vom Land zur Verfügung gestellten Beträge hinaus — in besonders großem Umfang eigene oder selbst beschaffte Mittel für Schulbauten eingesetzt.

Für 1949 kann überhaupt ganz allgemein gesagt werden, daß die in den einzelnen Ländern recht unterschiedliche Höhe der kommunalen Eigenausgaben stark von dem Umfang beeinflusst ist, in welchem den Gemeinden Mittel aus Überschüssen des ordentlichen Haushalts oder aus Schuldaufnahmen für Durchführung von Investitionen über das vom Staat finanzierte Maß hinaus zur Verfügung standen.

Tabelle 16: Regionale Verteilung der außerordentlichen Ausgaben (Eigenausgaben)

Länder	Kämmerei-verwaltungen		Wirtschaft-liche Unter-nehmen
	DM je Einw.	Mill. DM	
	1	2	3
Württemberg-Baden .....	12,98	50,1	31,0
Baden .....	12,30	15,8	3,5
Hessen .....	10,74	46,1	5,3
Württemberg-Hohenzollern .....	8,74	9,9	1,8
Rheinland-Pfalz .....	6,38	18,4	2,2
Niedersachsen .....	6,22	42,8	5,3
Nordrhein-Westfalen .....	4,59	59,4	21,0
Bayern .....	4,30	39,6	23,4
Schleswig-Holstein .....	2,97	8,0	11,3
Lindau .....	.	0,0	0,1
Zusammen .....	6,41	290,0	104,9

Soweit die in die außerordentliche Rechnung übernommenen Eigenausgaben die kommunalen Investitionen veranschaulichen, entfallen die absolut höchsten Beträge auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Hessen, Niedersachsen und Bayern. Im Verhältnis zur Bevölkerung jedoch haben die Gemeinden in Württemberg-Baden, Baden, Hessen und Württemberg-Hohenzollern über dem Durchschnitt des Bundesgebiets liegende Investitionen über die außerordentliche Rechnung finanziert. In Württemberg-Baden haben die Gemeinden außerdem noch größere Beträge als außerordentliche Ausgaben, also wohl für Investitionen, in den wirtschaftlichen Unternehmen, soweit diese über die gemeindliche Rechnung laufen, verausgabt.

Demgegenüber vermindert sich der absolut hohe Betrag der außerordentlichen Ausgaben bei den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen erheblich, wenn man ihn zu der hohen Bevölkerung des Landes in Beziehung setzt. Die umfangreichen Mittel, die in diesem

Land der Staat seinen Gemeinden für Beseitigung von Kriegsschäden und für Investitionen zur Verfügung gestellt hat, scheinen diesen erlaubt zu haben, die eigenen Investitionen (soweit sie über die außerordentliche Rechnung gelaufen sind) verhältnismäßig niedrig zu halten.

In Schleswig-Holstein beschränken sich die eigenen Investitionen, soweit aus der außerordentlichen Rechnung erkennbar ist, auf einen Betrag von 3 DM je Einwohner, der also weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Hier dürfte die Unzulänglichkeit der im Haushalt anfallenden und auf den Kreditmärkten beschaffbaren Mittel ausschlaggebend für den niedrigen Stand der außerordentlichen Ausgaben gewesen sein.

Die in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Höhe der Mittel, die den Gemeinden aus dem Haushalt und aus Schuldaufnahmen zur Verfügung standen, kommt vor allem in denjenigen Verwaltungszweigen zum Ausdruck, in denen ein besonders großer Teil der Eigenausgaben auch der ordentlichen Rechnung auf Investitionen entfällt, im Wohnungsbau und im Tiefbau.

Tabelle 17: Regionale Verteilung der Eigenausgaben für Wohnungsbau usw. sowie Tiefbau — DM je Einwohner —

Länder	Wohnungs-bau usw. <sup>1)</sup>	Straßen und sonstiger Tiefbau	Zusammen
	1	2	3
Württemberg-Baden .....	15,70	14,12	29,82
Württemberg-Hohenzollern .....	13,29	14,10	27,39
Hessen .....	15,29	10,48	25,77
Baden .....	13,11	9,33	22,44
Rheinland-Pfalz .....	9,18	12,64	21,82
Nordrhein-Westfalen .....	13,50	8,23	21,73
Lindau .....	9,45	7,19	16,64
Niedersachsen .....	9,57	6,72	16,29
Bayern .....	8,49	7,76	16,25
Schleswig-Holstein .....	7,02	3,44	10,46
Durchschnitt .....	11,55	8,80	20,35

<sup>1)</sup> Einschl. allgemeines Grundvermögen (ao. H.) und sonstiges Bauwesen.

Auch hier stehen die Gemeinden von Württemberg-Baden an erster Stelle. Im Wohnungsbau im engeren Sinne haben zwar die Gemeinden in Württemberg-Hohenzollern und in Hessen, im sonstigen Bauwesen die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und im allgemeinen Grundvermögen die Gemeinden in Baden höhere Ausgaben als die Gemeinden in Württemberg-Baden.

Aber in der Zusammenfassung dieser drei Verwaltungszweige hat Württemberg-Baden im Verhältnis zur Bevölkerung die höchsten kommunalen Ausgaben. Am höchsten sind hier auch die Ausgaben für Tiefbau, wohl ausgedehnt durch Aufwendungen für Brücken und für Häfen.

Auch in dieser Zusammenstellung fällt Württemberg-Hohenzollern mit den sehr hohen Bauaufwendungen, vor allem im eigentlichen Wohnungsbau und im Straßenbau auf. Der hohe Gesamtstand der Eigenausgaben der Gemeinden dieses Landes erklärt sich weitgehend aus diesen Aufwendungen (sonst liegen hier nur noch die Eigenausgaben für Schulen und für allgemeine und Finanzverwaltung über dem Bundesdurchschnitt).

An letzter Stelle in der Reihenfolge der Eigenausgaben für Wohnungsbau und Tiefbau stehen die drei Flüchtlingsländer Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein. In diesen drei Ländern dividieren sich alle Ausgaben durch eine infolge des Einströmens der Heimatvertriebenen überhöhte Bevölkerung. Der besonders niedrige Stand dieser Aufwendungen in Schleswig-Holstein (10 DM je Einwohner) bestätigt aber erneut, daß in diesem Land auch auf der kommunalen Ebene die Mittel fehlen, die in den anderen Teilen des Bundesgebiets für Wohnungsbau und Straßenbau verausgabt werden können.

In den übrigen Verwaltungszweigen ergeben sich die regionalen Unterschiede in der Höhe der Eigenausgaben zumeist aus den gleichen Gründen wie bei den Bruttoausgaben.

Tabelle 18: Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige an den Eigenausgaben in den vier Ländern mit den relativ höchsten Eigenausgaben  
— DM je Einwohner —

Verwaltungszweige	Württemberg-Baden	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Württemberg-Hohenzollern	Dagegen: Bundesdurchschnitt
	1	2	3	4	5
Wohlfahrt <sup>1)</sup> .....	37,83	36,91	41,05	32,28	35,80
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	23,54	20,15	19,75	16,92	17,20
Schulen .....	19,94	20,36	11,79	18,06	15,80
Wohnungsbau usw. <sup>2)</sup> .....	15,70	13,50	15,29	13,29	11,55
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	14,12	8,23	10,48	14,10	8,80
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	5,86	8,10	4,65	1,15	5,32
Kultur .....	3,33	4,70	4,27	1,55	3,33
Allgemeine und Finanzverwaltung .....	20,05	15,07	17,64	19,42	15,56
Zusammen .....	140,37	127,02	124,91	116,77	113,37
Darunter außerordentlicher Haushalt .....	12,94	4,60	10,74	8,70	6,41

<sup>1)</sup> Kriegsfolgenhilfe, allgemeine Fürsorge, Gesundheitspflege. — <sup>2)</sup> Einsch. allgemeines Grundvermögen (ao. H.) und sonstiges Bauwesen.

Zusammenfassend stellen sich die regionalen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern wie folgt dar: Die Gemeinden in Württemberg-Baden stehen weitaus an erster Stelle, weil hier in allen Verwaltungszweigen die Eigenausgaben über dem Bundesdurchschnitt liegen und weil hier die aus eigenen Mitteln finanzierten Investitionen offensichtlich den weitaus höchsten Betrag im Verhältnis zur Bevölkerung erreichen. Besonders weit über dem Bundesdurchschnitt liegen hier die Ausgaben für öffentliche Einrichtungen, Tiefbau, allgemeine und Finanzverwaltung und Wohnungsbau.

In Nordrhein-Westfalen haben die Gemeinden die höchsten Ausgaben aller Länder im Schulwesen, in der öffentlichen Sicherheit und in der Kultur.

In Hessen haben die Eigenausgaben für Wohlfahrt (allerdings einschließlich der Provinzialverbände) den höchsten Stand aller Länder. Außerdem sind hier, wie oben erwähnt, beachtliche Mittel in der außerordentlichen Rechnung investiert worden.

Die im Verhältnis zur Bevölkerung niedrigsten Eigenausgaben haben die drei Flüchtlingsländer Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein, und zwar liegen hier die Ausgaben in fast allen Verwaltungszweigen unter dem Durchschnitt aller Gemeinden des Bundesgebiets. Nur die Schulausgaben in Nieder-

Tabelle 19: Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige an den Eigenausgaben in den drei Flüchtlingsländern  
— DM je Einwohner —

Verwaltungszweige	Niedersachsen	Bayern	Schleswig-Holstein	Dagegen: Bundesdurchschnitt
	1	2	3	4
Wohlfahrt <sup>1)</sup> .....	35,15	33,64	38,27	35,80
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	10,58	15,82	10,19	17,20
Schulen .....	16,82	11,43	14,75	15,80
Wohnungsbau usw. <sup>2)</sup> .....	9,57	8,49	7,02	11,55
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	6,72	7,76	3,44	8,80
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	5,31	3,60	2,71	5,32
Kultur .....	1,79	2,46	2,62	3,33
Allgemeine und Finanzverwaltung .....	11,96	13,39	15,35	15,56
Zusammen .....	97,90	96,60	94,35	113,37
Darunter außerordentlicher Haushalt .....	6,23	4,30	2,96	6,41

<sup>1)</sup> Kriegsfolgenhilfe, allgemeine Fürsorge, Gesundheitspflege. — <sup>2)</sup> Einsch. allgemeines Grundvermögen und sonstiges Bauwesen.

sachsen und die Wohlfahrtsausgaben in Schleswig-Holstein (hauptsächlich infolge der beachtlich hohen Aufwendungen für das Gesundheitswesen) weichen von dieser Regel ab und sind etwas höher als im Bundesdurchschnitt. Ferner kommen in Niedersachsen die Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für Wohlfahrt und in Schleswig-Holstein die Ausgaben für Schulen dem Bundesdurchschnitt nahe.

Der im Verhältnis zur Bevölkerung niedrige Stand der Eigenausgaben der Flüchtlingsländer dürfte, wie schon oben angedeutet, zu einem Teil darauf zurückzuführen sein, daß das kommunale Ausgabeniveau sich nicht voll der Aufblähung der Bevölkerungszahl angepaßt hat, die durch das Einströmen der Heimatvertriebenen eingetreten ist. Gleichzeitig bestätigt auch die vorstehende Übersicht, daß das Gesamtniveau der Ausgaben gedrückt ist, weil hier in wesentlich geringerem Umfange Mittel für Investitionen verfügbar waren.

#### 4. Die Einnahmen der Kämmereiverwaltungen aus speziellen Deckungsmitteln

##### a) Gesamtbetrag und Anteil der Verwaltungszweige (hierzu Tabellen 142, 145)

Unter »speziellen« Deckungsmitteln sind auch hier alle Einnahmen zusammengefaßt, die in den einzelnen Zweigen der Kämmereiverwaltungen selbst anfallen. Einnahmen der verschiedensten Art sind als solche speziellen Deckungsmittel den Kämmereiverwaltungen zugeordnet. Ihre wichtigsten sind im ordentlichen Haushalt die Gebühren, die vor allem in der Gesundheitspflege und den öffentlichen Einrichtungen, daneben aber auch bei den Schulen und der Polizei anfallen, und im außerordentlichen Haushalt die Schuldannahmen. In der Vorausmeldung für 1949 (und ebenso für 1948) sind die hier verbuchten Einnahmen außerdem durch die — nicht gesondert nachgewiesenen — Erstattungen von anderen Verwaltungszweigen und Zahlungen von anderen Gemeinden technisch überhöht, insbesondere in den drei Zweigen der Wohlfahrt. Die Zuweisungen vom Land sind in diesem Zusammenhang nicht als »spezielle Deckungsmittel«, nämlich für die Eigenausgaben, behandelt worden.

Tabelle 20: Vergleich der speziellen Deckungsmittel  
1948 und 1949

Verwaltungszweige	Mill. DM			vH der Eigenausgaben		
	1948		1949	1948		1949
	o. H.	o. H.	ao. H.	o. H.	o. H.	ao. H.
	1	2	3	4	5	6
Allgemeine Verwaltung	111,2	91,9	7,3	19,6	17,3	83,0
Finanz- und Steuerverwaltung	76,9	28,6	— 0,1	30,3	17,6	— 11,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung)	19,7	43,0	0,2	12,3	17,9	61,3
Schulen	116,9	132,0	25,2	19,6	19,3	85,5
Kultur	38,8	37,3	5,3	27,6	25,6	106,5
Kriegsfolgenhilfe	237,1	166,6	0,0	59,6	62,5	0,0
Sonstige Fürsorge und Jugendhilfe	268,7	274,9	2,5	39,3	36,4	56,2
Gesundheits- und Jugendpflege	354,3	412,1	22,5	67,1	72,7	86,4
Straßen und sonstiger Tiefbau	33,9	60,5	25,5	12,4	16,8	68,9
Wohnungsbau	75,6	55,0	46,7	20,2	41,3	69,4
Sonstiges Bauwesen		66,3	18,2		27,4	73,0
Allgemeines Grundvermögen	—	—	44,4	—	—	80,5
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung	373,7	415,7	25,7	51,7	55,7	83,0
Zusammen	1706,9	1783,9	223,4	36,3	36,9	77,0
Wirtschaftliche Unternehmen	.	.	99,4	.	.	94,8
Summe	.	.	322,8	.	.	81,7
Darunter Schuld- aufnahmen	—	—	191,5	—	—	—

1) 1949 einschl. Verwaltungspolizei, die 1948 auf die entsprechenden Verwaltungszweige aufgeteilt war.

Der Gesamtbetrag dieser speziellen Deckungsmittel hat sich von 1706,9 Mill. DM in 1948 auf 2007,2 Mill. DM in 1949 erhöht. Die Vergleichbarkeit dieser Zahlen wird aber dadurch beeinträchtigt, daß in dem vorjährigen Betrag der Finanzverwaltung wahrscheinlich Zahlungseingänge enthalten sind, die in die Vermögensrechnung oder den Gesamtabluß gehören. Abzüglich dieser Beträge geht die im Jahre 1949 zu verzeichnende Zunahme der als spezielle Deckungsmittel bezeichneten Einnahmen über die rechnerisch ermittelten 300 Mill. DM hinaus.

Jedoch entfällt der weitaus größte Teil dieser Mehreinnahmen auf die außerordentliche Rechnung. Neben den 223,4 Mill. DM eigenen Einnahmen der außerordentlichen Rechnung fallen die wirtschaftlichen Unternehmen mit dem weiteren bemerkenswert hohen Betrag von 99,4 Mill. DM auf. In Summe beider standen für die außerordentliche Rechnung 322,8 Mill. DM außerordentliche Einnahmen zur Verfügung. Die in der außerordentlichen Rechnung verbuchten Einnahmen aus Zuweisungen des Landes sind hierin ebensowenig enthalten wie die Anteilbeträge aus der ordentlichen Rechnung. Ihr Hauptteil wird durch die Schuld-  
aufnahmen, die sich für die Summe von Kämmererverwaltungen und wirtschaftliche Unternehmen auf 191,5 Mill. DM belaufen, dargestellt. Nimmt man an, daß davon auf die Kämmererverwaltungen etwas mehr als 100 Mill. DM entfallen, so wären für deren außerordentliche Ausgaben weitere rd. 120 Mill. DM an sonstigen Einnahmen verschiedenster Art (Entnahmen aus Rücklagen, Erlöse aus Veräußerungen usw.) verfügbar gewesen.

In der außerordentlichen Rechnung machen die speziellen Deckungsmittel den hohen Prozentsatz von 77,0 vH aus. Der Rest ist durch die Anteilbeträge aus der ordentlichen Rechnung gedeckt worden.

In der ordentlichen Rechnung beschränkt sich die gegenüber dem Vorjahre eingetretene Erhöhung rechnerisch auf einen Betrag von rd. 80 Mill. DM. Die effek-

tive Steigerung der hier verbuchten Gebühren-einnahmen geht aber offensichtlich erheblich über diesen Betrag hinaus. Sie erhöht sich nämlich um die 48 Mill. DM, um die aus den oben erwähnten technischen Gründen die Einnahmen bei der Finanzverwaltung niedriger ausgewiesen sind. Sie erhöht sich weiterhin um den Betrag von rd. 70 Mill. DM, der der Verminderung der bei der Kriegsfolgenhilfe verbuchten Erstattungen, Rückeinnahmen usw. entspricht.

Somit kann man bei den speziellen Deckungsmitteln mit einer echten Erhöhung der hier erfaßten Einnahmen im Umfang von rd. 200 Mill. DM rechnen. Der größte Teil davon dürfte aus den Mehreinnahmen an Gebühren bestehen, die insbesondere bei den Krankenhäusern, den öffentlichen Einrichtungen, den Schulen und der Ordnungspolizei einschließlich früherer Verwaltungspolizei angefallen sind. Im Durchschnitt aller Verwaltungszweige machen die speziellen Deckungsmittel im ordentlichen Haushalt 36,9 vH der Eigenausgaben aus. Im Vorjahre war dieser Prozentsatz mit 36,3 vH nur wenig niedriger. Allerdings waren damals — wie erwähnt — höhere Beträge als Einnahmen bei der Finanzverwaltung und bei der Kriegsfolgenhilfe verbucht. Bei den eigentlichen Gebührenhaushalten dagegen sind die Einnahmen nicht nur absolut, sondern zumeist auch relativ im Verhältnis zu den Eigenausgaben gestiegen, nämlich bei den öffentlichen Einrichtungen von 51,7 vH in 1948 auf 55,7 vH in 1949, in Gesundheits- und Jugendpflege von 67,1 vH auf 72,7 vH und bei der Polizei (die 1948 allerdings nur die Ordnungspolizei enthält) von 12,3 vH auf 17,9 vH.

b) Die Verteilung der speziellen Deckungsmittel  
auf Stadt und Land

(hierzu Tabellen 152, 153, 154, 156, 157, 158)

Zwischen Stadt und Land, d. h. zwischen den Stadtkreisen einerseits und den Landkreisen und ihren Gemeinden andererseits bestehen auch in der absoluten

Tabelle 21: Verteilung der speziellen Deckungsmittel  
auf Stadt und Land

Verwaltungszweige	Ordentlicher Haushalt				Außerordentl. Haushalt	
	Mill. DM		vH der Eigenausgaben		Mill. DM	
	Stadt- kreise	Land- kreise <sup>1)</sup>	Stadt- kreise	Land- kreise <sup>1)</sup>	Stadt- kreise	Land- kreise <sup>1)</sup>
	1	2	3	4	5	6
Allgemeine Verwaltung	39,3	52,5	22,4	14,8	3,8	3,5
Finanzverwaltung	11,2	16,9	17,2	17,4	— 0,1	0,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	27,6	15,5	18,8	16,5	0,1	0,0
Schulen	55,0	74,8	18,8	20,4	11,2	13,9
Kultur	33,4	3,8	27,4	17,2	4,6	0,7
Kriegsfolgenhilfe	35,6	127,1	56,9	65,0	—	0,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe	110,9	145,1	29,9	42,5	1,1	1,4
Gesundheits- und Jugendpflege	200,1	172,3	68,1	75,0	10,7	11,1
Straßen und sonstiger Tiefbau	24,5	29,2	22,7	12,6	14,7	10,1
Wohnungsbau	26,7	28,2	60,8	31,8	14,3	32,2
Sonstiges Bauwesen	44,9	21,3	30,6	23,0	11,0	7,2
Allgemeines Grundvermögen	.	.	.	.	28,6	15,7
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	266,3	147,6	60,4	49,1	17,4	8,3
Zusammen	875,5	834,2	38,6	34,6	117,3	104,3
Wirtschaftliche Unternehmen	.	.	.	.	74,1	25,4
Summe	.	.	.	.	191,4	129,7
Darunter Schuld- aufnahmen	.	.	.	.	127,9	62,2

1) Einschl. ihrer Gemeinden.

und relativen Höhe der speziellen Deckungsmittel einige bemerkenswerte Unterschiede. Der wichtigste Gegensatz ist vor allem, daß im ländlichen Bereich die speziellen Deckungsmittel zur unmittelbaren Deckung der Ausgaben in den Kämmereiverwaltungen eine geringere Rolle spielen als bei den Städten.

Dies macht sich schon bei den außerordentlichen Einnahmen bemerkbar. In der Summe der Kämmereiverwaltungen sind sie zwar mit ihrem absoluten Betrag auf dem Lande nicht viel niedriger als in der Stadt. Aber da die Bevölkerung der Landkreise mehr als doppelt so hoch ist als die der Stadtkreise, sind im Verhältnis zur Einwohnerzahl die den Landkreisen und ihren Gemeinden zur Verfügung stehenden außerordentlichen Einnahmen noch nicht halb so groß wie in der Stadt. Der Unterschied macht sich vor allem in den Schuldaufnahmen bemerkbar. Die Beträge, die sich die Landgemeinden und die Kreise beschaffen konnten, waren in ihrer absoluten Höhe noch nicht halb so hoch wie die Kreditmittel, die den Stadtkreisen verfügbar wurden. Naturgemäß darf hierbei nicht übersehen werden, daß im Bereich der wirtschaftlichen Unternehmen der Finanzierungsbedarf und damit auch der Kreditbedarf in der Stadt stärker war als auf dem Lande. Aber auch die Kreditmittel, die für Aufgaben der Kämmereiverwaltungen beschafft wurden, waren offensichtlich auf dem Lande erheblich kleiner als in der Summe der städtischen Körperschaften.

Aber auch für die speziellen Deckungsmittel der ordentlichen Rechnung gilt, daß sie im großen Gesamtdurchschnitt auf dem Lande niedriger sind als in der Stadt. Obwohl bei den Landgemeinden und vor allem bei den Kreisen absolut und relativ sehr hohe Einnahmen, soweit die Angaben in der Vorausmeldung aus den oben erwähnten Gründen nicht überhöht sind, in der Kriegsfolgenhilfe verrechnet sind, machen im ganzen die speziellen Deckungsmittel bei den Landkreisen und ihren Gemeinden nur 34,6 vH der Eigenausgaben aus gegenüber 38,6 vH in den Stadtkreisen. Da in der Vorausmeldung die speziellen Deckungsmittel nicht nach Arten aufgegliedert sind, lassen sich die Gründe für diese Abweichung vorläufig nicht ausreichend erkennen.

c) Regionale Unterschiede der speziellen Deckungsmittel

(hierzu Tabellen 153, 155, 159)

Im ordentlichen Haushalt sind die regionalen Unterschiede in der Höhe der speziellen Deckungsmittel, wenigstens für ihren Gesamtbetrag nur gering. Von dem Durchschnitt des Bundesgebiets, der sich auf 39 DM je Einwohner beläuft, weichen die Gemeinden der einzelnen Länder nur wenig nach oben oder unten ab. Eindeutig setzt sich der oben betonte Gegensatz zwischen Stadt und Land durch. Die drei Länder, mit dem größten Anteil der großstädtischen Bevölkerung, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden und Hessen liegen über dem Bundesdurchschnitt, alle anderen Länder unter diesem. Besonders hohe Einnahmen haben die Gemeinden der erstgenannten drei Länder vor allem in der Gesundheitspflege und bei den öffentlichen Einrichtungen.

Tabelle 22: Regionale Verteilung der speziellen Deckungsmittel  
— DM je Einwohner —

Länder	Ordentlicher Haushalt	Außerordentlicher Haushalt			
		Kämmereiverwaltungen	Wirtschaftliche Unternehmen	Zusammen	Darunter: Schuld-aufnahmen
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein ...	36,25	3,81	4,42	8,23	5,89
Niedersachsen .....	37,08	5,55	0,74	6,30	4,53
Nordrhein-Westfalen ..	42,62	4,16	1,45	5,61	3,08
Hessen .....	42,21	5,83	0,98	6,80	1,86
Württemberg-Baden ..	42,29	8,15	7,66	15,82	12,92
Bayern .....	37,34	3,07	2,45	5,52	2,76
Rheinland-Pfalz .....	35,76	5,38	0,66	6,04	3,95
Baden .....	34,03	10,13	2,98	13,12	10,99
Württemberg-Hohen-zollern .....	37,14	6,92	1,24	8,16	7,55
Lindau .....	48,07	1,42	1,84	3,27	6,00
Durchschnitt .....	39,44	4,94	2,20	7,14	4,52

Sehr erheblich dagegen sind die Unterschiede in der Höhe der speziellen Deckungsmittel in der außerordentlichen Rechnung. Hier hat das unterschiedliche Maß, in dem Kreditmittel beschafft wurden, einen starken Einfluß auf die absolute und relative Höhe der außerordentlichen Einnahmen überhaupt. In der Summe von Kämmereiverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen sind die höchsten Schuldaufnahmen von den Gemeinden in Württemberg-Baden (46,8 Mill. DM) und in Nordrhein-Westfalen (39,4 Mill. DM) in der Vorausmeldung nachgewiesen worden. Im Verhältnis zur Bevölkerung sind sie weit aus am höchsten in Württemberg-Baden mit 12 DM je Einwohner, wohl hauptsächlich für die wirtschaftlichen Unternehmen, und in Baden mit 9 DM je Einwohner, hauptsächlich wohl für Wohnungsbau, Straßen und sonstigen Tiefbau.

In den Kämmereiverwaltungen allein haben außer den beiden vorgenannten Ländern auch noch die Gemeinden in Württemberg-Hohenzollern, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz über dem Bundesdurchschnitt liegende außerordentliche Einnahmen. In diesen Ländern liegen diese Einnahmen hauptsächlich beim Wohnungsbau und allgemeinen Grundvermögen, in Hessen außerdem noch bei den öffentlichen Einrichtungen und dem »sonstigen Bauwesen«, in Niedersachsen im Tiefbau und in der Gesundheitspflege und in Rheinland-Pfalz im Tiefbau.

5. Der Zuschußbedarf

(hierzu Tabellen 161, 162, 163, 164)

a) Gesamtbetrag und Anteil der Verwaltungszweige

Der Zuschußbedarf ist die dritte wichtige Form für die Darstellung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung. Er errechnet sich als die Differenz zwischen den Ausgaben der Kämmereiverwaltungen und den speziellen Deckungsmitteln, d. h. denjenigen Einnahmen, die den einzelnen Verwaltungszweigen selbst zugeordnet wurden. Der Zuschußbedarf ist derjenige Teil der öffentlichen Ausgaben, der aus den allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzieren ist. Die Gliederung dieses Zuschußbedarfs nach einzelnen Verwaltungszweigen läßt erkennen, in welchem Maße die einzelnen der öffentlichen Verwaltung obliegenden Aufgaben Steuerkraft in Anspruch nehmen.

Es kennzeichnet die Gesamtentwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949, daß der Zuschußbedarf in den Kämmereiverwaltungen, trotz der starken Ausweitung der Ausgaben auf fast allen Gebieten kommunaler Betätigung, nicht sehr viel höher ist als im Vorjahre. Die Mehrausgaben sind, wie schon oben dargestellt, weitgehend durch staatliche Mitwirkung an der Finanzierung und zugleich durch die eigenen Mehreinnahmen an speziellen Deckungsmitteln aufgefangen worden.

Tabelle 23: Vergleich des Zuschußbedarfs 1948 und 1949

Verwaltungszweige	Mill. DM		vH des Gesamtbetrages		1949	
	1948	1949	1948	1949	o. H.   ao. H.	
					Mill. DM	
	1	2	3	4	5	6
Allgemeine Verwaltung	455,0	441,1	15,2	14,1	439,6	1,5
Finanz- und Steuerverwaltung	176,8	134,9	5,9	4,3	134,1	0,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung <sup>1)</sup>	140,5	197,6	4,7	6,3	197,5	0,1
Schulen	480,3	557,5	16,1	17,9	553,2	4,3
Kultur	102,3	108,2	3,4	3,5	108,5	— 0,3
Kriegsfolgenhilfe	160,7	99,8	5,4	3,2	99,8	—
Sonstige Fürsorge und Jugendhilfe	414,5	482,6	13,9	15,5	480,7	1,9
Gesundheits- u. Jugendpflege	174,0	158,3	5,8	5,1	154,7	3,5
Straßen und sonstiger Tiefbau	239,2	311,9	8,0	10,0	300,4	11,5
Wohnungsbau	298,0	98,9	10,0	3,2	78,3	20,5
Sonstiges Bauwesen		182,5		5,8	175,8	6,7
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.)		10,8		0,3		10,8
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung	349,7	336,5	11,7	10,8	331,2	5,3
Zusammen	2 991,3	3 120,5	100,0	100,0	3 053,8	66,7

<sup>1)</sup> 1949 einschl. der Verwaltungspolizei, die 1948 auf die entsprechenden Verwaltungszweige aufgeteilt war.

Von dem gesamten Zuschußbedarf in Höhe von 3 120 Mill. DM entfällt rechnerisch ein Teilbetrag von 66,7 Mill. DM auf den außerordentlichen Haushalt, nämlich auf denjenigen Teil der außerordentlichen Ausgaben, der durch Anteilbeträge aus dem ordentlichen Haushalt finanziert worden ist. Im ganzen belaufen sich diese Anteilbeträge auf 105 Mill. DM, sind also um rd. 40 Mill. DM höher als der vorgenannte Zuschußbedarf. Diese Differenz ergibt sich aus den noch nicht verbrauchten Anleihemitteln. Um diese hat sich rechnerisch der Zuschußbedarf der außerordentlichen Rechnung vermindert. Ergebnisse einer Differenzrechnung zwischen Anteilbeträgen und Zuschußbetrag der außerordentlichen Rechnung lassen erkennen, daß die noch nicht verbrauchten Anleihemittel sich auf die einzelnen Verwaltungszweige wie folgt verteilen:

Allgemeines Grundvermögen	9,2 Mill. DM
Schulen	7,7 » »
Sonstiges Bauwesen	5,5 » »
Öffentliche Einrichtungen	4,2 » »
Gesundheitspflege	4,3 » »
Straßen- und Tiefbau	3,1 » »
Wohnungsbau	3,3 » »
Allgemeine Verwaltung	0,7 » »

Im vorigen Jahre beliefen sich die Anteilbeträge aus der ordentlichen Rechnung auf 66 Mill. DM. Da damals Anleihen kaum aufgenommen worden sind, also keine Anleihereste unverbraucht geblieben sind, dürfte der Zuschußbedarf in 1948 sich in der außerordentlichen Rechnung auf rd. 65 Mill. DM, in der ordentlichen Rechnung somit auf etwa 2 925 Mill. DM gestellt haben. In 1949 hat er sich auf 3 053,8 Mill. DM erhöht.

Vergleicht man die Anteile, mit denen die einzelnen Verwaltungszweige an den Bruttoausgaben, an den Eigenausgaben und am Zuschußbedarf beteiligt sind, so ergibt sich nachstehendes Bild:

Tabelle 24: Anteil an den Stadien der Ausgaben in vH der Verwaltungszweige

Verwaltungszweige	Anteil an		
	Bruttoausgaben	Eigenausgaben	Zuschußbedarf
	1	2	3
Wohlfahrt <sup>1)</sup>	34,2	31,6	23,8
Schulen	13,0	13,9	17,9
Öffentliche Einrichtungen	12,9	15,2	10,8
Wohnungsbau usw. <sup>2)</sup>	12,9	10,2	9,3
Straßen und sonstiger Tiefbau	7,7	7,8	10,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5,2	4,7	6,3
Kultur	2,5	2,9	3,5
Allgemeine und Finanzverwaltung	11,5	13,7	18,4

<sup>1)</sup> Kriegsfolgenhilfe, sonstige Fürsorge und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege. — <sup>2)</sup> Einschl. allgemeines Grundvermögen (ao. H.) und sonstiges Bauwesen.

Das unterschiedliche Maß, in dem in den einzelnen Verwaltungszweigen spezielle Deckungsmittel, d. h. insbesondere Zuweisungen der Länder, Gebühreneinnahmen oder Schuld aufnehmen zur unmittelbaren Finanzierung der Ausgaben zur Verfügung stehen, führt dazu, daß sich der Zuschußbedarf mit ganz anderen Prozentsätzen auf die einzelnen Verwaltungszweige verteilt als die Bruttoausgaben. Verwaltungszweige, die einen hohen Anteil an den Bruttoausgaben haben, treten infolge hoher eigener Einnahmen vorgenannter Art innerhalb des Zuschußbedarfs an Bedeutung etwas zurück.

Dies gilt insbesondere für den Wohlfahrtsaufwand, der über ein Drittel der Gesamtausgaben ausmacht (34,2 vH), aber an dem Zuschußbedarf nur mit weniger als einem Viertel (23,8 vH) beteiligt ist. Hier fallen nicht nur die Erstattungen der Kriegsfolgenhilfe durch das Land ins Gewicht, sondern auch die hohen Gebühreneinnahmen der Krankenhäuser. Aber auch innerhalb des Zuschußbedarfs behält die Wohlfahrt im weiteren Sinne die erste Stelle, die sie unter den kommunalen Ausgaben einnimmt.

Auch bei den öffentlichen Einrichtungen wirken sich die Einnahmen aus Gebühren dahin aus, daß sie am Zuschußbedarf nicht so stark beteiligt sind. Im Wohnungsbau und sonstigem Bauwesen wird ein so großer Teil der Gesamtausgaben durch staatliche Mittel und Schuld aufnehmen finanziert, daß diese Verwaltungszweige weniger als 10 vH des Zuschußbedarfs in Anspruch nehmen.

Dagegen stellen die anderen Verwaltungszweige, in denen Einnahmen nur in geringerem Umfange zur Verfügung stehen, an die Finanzierung durch allgemeine Deckungsmittel und damit an die Steuerkraft höhere Ansprüche, als ihrem Anteil an den Gesamtausgaben entspricht. Die zweite Stelle, die das Schulwesen innerhalb der Gesamtausgaben einnimmt, tritt im Zuschußbedarf, an dem es mit 17,9 vH beteiligt ist, noch schärfer hervor. Im Straßenwesen und sonstigen Tiefbau gehen die Ausgaben so weit über die in diesem Verwaltungszweig selbst anfallenden Einnahmen hinaus, daß für diese kommunale Aufgabe, die an den Gesamtausgaben nur mit 7,7 vH beteiligt ist, ein Zehntel der allgemeinen Deckungsmittel einzusetzen ist. Auf ungefähr den gleichen Prozentsatz erhöht sich auch der Anteil der öffentlichen Ordnung und der Kultur.

'Auffällig bleibt aber, daß die Ausgaben der beiden Verwaltungszweige Allgemeine Verwaltung und Finanz- und Steuerverwaltung trotz des oben unterstellten Rückgangs dieser Ausgaben und trotz der technisch bedingten Verminderung der hier verbuchten Ausgaben, auch im Jahre 1949 noch mit 18,4 vH an dem Zuschußbedarf beteiligt sind und so auch weiterhin fast ein Fünftel der den Kommunen zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel in Anspruch nehmen.

## b) Anteil von Stadt und Land

Die sehr erheblichen Unterschiede, die entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenverteilung und der verschiedenen Struktur sowohl bei den Ausgaben wie bei den Einnahmen zwischen Stadt und Land bestehen, wirken sich auch auf den Zuschußbedarf aus. Die Ansprüche, die die einzelnen Aufgabengebiete an die allgemeinen Deckungsmittel stellen, sind ihrer absoluten und relativen Höhe nach zwischen Stadt und Land sehr verschieden.

Tabelle 25: Verteilung des Zuschußbedarfs auf Stadt und Land

Verwaltungszweige	Mill. DM		vH des Gesamtbetrages	
	Stadt-kreise	Land-kreise <sup>1)</sup>	Stadt-kreise	Land-kreise <sup>1)</sup>
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung .....	136,7	302,9	9,6	18,8
Finanz- und Steuerverwaltung ..	54,6	79,8	3,8	5,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	119,4	78,2	8,4	4,9
Schulen .....	240,1	292,3	16,8	18,1
Kultur .....	88,9	17,8	6,2	1,1
Kriegsfolgenhilfe .....	27,0	68,6	1,9	4,3
Sonstige Fürsorge und Jugendhilfe .....	260,4	197,8	18,2	12,3
Gesundheits- und Jugendpflege ..	93,2	61,4	6,5	3,8
Straßen und sonstiger Tiefbau ..	91,3	206,2	6,4	12,8
Wohnungsbau .....	24,7	73,4	1,7	4,6
Sonstiges Bauwesen .....	107,4	72,3	7,5	4,5
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .....	6,7	4,1	0,5	0,3
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	177,1	155,9	12,4	9,7
<b>Zusammen .....</b>	<b>1 427,3</b>	<b>1 610,7</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Einschl. ihrer Gemeinden.

Die Wohlfahrt steht sowohl bei den Stadtkreisen wie bei den Landkreisen und ihren Gemeinden im gesamten Zuschußbedarf an erster Stelle. Aber mit 27,6 vH sind in den Städten die allgemeinen Deckungsmittel weit stärker mit Wohlfahrtsausgaben belastet, als im ländlichen Bereich, in dem diese Ausgaben nur mit 20,4 vH am gesamten Zuschußbedarf beteiligt sind. Die Anteile, die die Landkreise und ihre Gemeinden von der Kriegsfolgenhilfe zu übernehmen haben, bedeuten zwar für sie 4,3 vH des gesamten Zuschußbedarfs, dafür aber sind die Lasten der allgemeinen Fürsorge in den Städten weit höher als auf dem Lande. Dazu kommt noch, daß die Städte größere Beträge für die Krankenhäuser aufwenden. Im ganzen macht der Zuschußbedarf der Wohlfahrt in den Stadtkreisen 26,59 DM je Einwohner aus, bei den Landkreisen aber nur 6,58 DM und ihren Gemeinden sogar nur 4,01 DM, zusammen also nur 10,59 DM je Einwohner aus.

Der Zuschußbedarf des Schulwesens beschränkt sich im ländlichen Bereich auf einen Betrag von 9,46 DM je Einwohner, während die Stadtkreise aus ihren allgemeinen Deckungsmitteln 16,78 DM je Einwohner zu den Schulausgaben zuschießen. Dennoch ist am ge-

samten Zuschußbedarf das Schulwesen auf dem Lande etwas stärker (18,1 vH) als in der Stadt (16,9 vH) beteiligt.

Der Strukturunterschied zwischen den Aufgabengebieten von Stadtkreisen und ländlichen Kommunen tritt in der Tatsache in Erscheinung, daß auch im Jahre 1949 in den Stadtkreisen die öffentlichen Einrichtungen, auf dem Lande aber Straßen und sonstiger Tiefbau die dritte Stelle im Zuschußbedarf einnehmen. Im Jahre 1949 lag im ländlichen Bereich der Zuschußbedarf für die Straßen zu zwei Dritteln bei den Landgemeinden und zu einem Drittel bei den Landkreisen. Im Verhältnis zur Bevölkerung aber ist der Betrag allgemeiner Deckungsmittel, den die Stadtkreise zu den Ausgaben des Tiefbaus zuschießen, ebenso hoch wie in der Summe von Landkreisen und ihren Gemeinden.

Der relativ hohe Aufwand der Landgemeinden für die allgemeine Verwaltung wirkt sich auch im Zuschußbedarf aus. Im Verhältnis zur Bevölkerung schießen Stadt und Land ungefähr gleiche Beträge an allgemeinen Deckungsmitteln zu den Ausgaben der allgemeinen und Finanzverwaltung zu. Aber im Gesamtrahmen der im ganzen niedrigeren Ausgaben im ländlichen Bereich ist dieser Verwaltungsaufwand mit 23,8 vH am gesamten Zuschußbedarf beteiligt, in den Stadtkreisen dagegen nur mit 13,4 vH.

## c) Regionale Unterschiede in der Höhe des Zuschußbedarfs

Ebenso wie für die Bruttoausgaben und für die Eigenausgaben gilt auch für den Zuschußbedarf, daß die zum Teil recht erheblichen Unterschiede, die in seiner Höhe zwischen den einzelnen Ländern bestehen, in erster Linie durch den mehr oder minder starken Anteil der Städte, und vor allem der Großstädte bestimmt werden. Im Verhältnis zur Bevölkerung ist daher auch der Zuschußbedarf am höchsten bei den Gemeinden in Württemberg-Baden, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Abweichend von dieser Regel liegt er auch in Württemberg-Hohenzollern über dem Bundesdurchschnitt.

Im einzelnen werden die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern dadurch beleuchtet, in welchen Verwaltungszweigen der Zuschußbedarf über dem Bundesdurchschnitt liegt:

Schleswig-Holstein: Allgemeine Verwaltung, Schulwesen, Kriegsfolgenhilfe, Gesundheitspflege (ebenso wie in 1948).

Niedersachsen: Öffentliche Sicherheit, Schulen<sup>1)</sup>, Kriegsfolgenhilfe.

Nordrhein-Westfalen: Alle Verwaltungszweige außer allgemeine Verwaltung und Straßen und sonstiger Tiefbau<sup>1)</sup>.

Hessen: Alle Verwaltungszweige außer öffentliche Sicherheit<sup>1)</sup>, Schulen und übrige Fürsorge<sup>1)</sup> (abweichend von 1948 liegt auch die Finanz- und Steuerverwaltung über dem Bundesdurchschnitt).

Württemberg-Baden: Alle Verwaltungszweige außer Kriegsfolgenhilfe und übrige Fürsorge (abweichend von 1948 liegt auch Kultur über dem Bundesdurchschnitt).

Bayern: Kriegsfolgenhilfe (jedoch abweichend von 1948 nicht die Finanzverwaltung).

Rheinland-Pfalz: Allgemeine Verwaltung, Kriegsfolgenhilfe, übrige Fürsorge, Straßen und Tiefbau, öffentliche Einrichtungen<sup>1)</sup> und Finanzverwaltung<sup>1)</sup>.

Baden: Allgemeine Verwaltung, Kultur, Straßen und sonstiger Tiefbau<sup>1)</sup>, Wohnungsbau usw.<sup>1)</sup> und Finanzverwaltung<sup>1)</sup>.

Württemberg-Hohenzollern: Allgemeine Verwaltung, Schulen, Straßen und sonstiger Tiefbau, öffentliche Einrichtungen<sup>1)</sup> und Finanzverwaltung<sup>1)</sup>.

Besonders weit über dem Bundesdurchschnitt liegt der Zuschußbedarf bei:

Allgemeine Verwaltung in Rheinland-Pfalz und Baden,

öffentliche Sicherheit usw. in Nordrhein-Westfalen, Schulen in Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden,

übrige Fürsorge in Rheinland-Pfalz,

Straßen und sonstiger Tiefbau in Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Baden,

<sup>1)</sup> Abweichend von 1948

Wohnungsbau usw. in Hessen,

öffentliche Einrichtungen in Württemberg-Baden und Baden,

Finanz- und Steuerverwaltung in Rheinland-Pfalz.

Diese zahlenmäßigen Unterschiede in der Höhe des Zuschußbedarfs, die zwischen den Gemeinden der einzelnen Länder bestehen, mögen weitgehend von Zufälligkeiten abhängig sein. Daraus erklären sich die vorstehend angedeuteten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr.

Gleichzeitig sind aber diese Unterschiede symptomatisch dafür, daß die Verschiedenartigkeit der Ausgabenverteilung Ergebnisse der strukturellen Vielförmigkeit ist, die die Gestaltung des kommunalen Lebens in Deutschland schon immer gekennzeichnet hat. Es ist denkbar, daß diese strukturellen Verschiedenheiten im Zuge des Auseinanderlebens, das die Verwaltungsentwicklung der Jahre 1945 bis 1948 kennzeichnet, sich noch verstärkt haben und die regionalen Unterschiede in der Verteilung des Zuschußbedarfs auf die einzelnen kommunalen Aufgabengebiete noch vertieft haben.

C. Außerordentlicher Haushalt und Beseitigung von Kriegsschäden

1. Der außerordentliche Haushalt

a) Die außerordentlichen Ausgaben der Kämmererverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen

(hierzu Tabellen 125 und 127)

Ein besonderes Gepräge erhält die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949 durch die höhere Bedeutung, die der außerordentliche Haushalt im Vergleich zu den ersten neun der Geldumstellung folgenden Monaten gewonnen hat.

Tabelle 26: Der außerordentliche Haushalt 1948<sup>1)</sup>  
— Mill. DM —

Ausgaben und Einnahmen	Kämmererverwaltungen		Wirtschaftliche Unternehmen	
	9Monate	12Monate	9Monate	12Monate
	1	2	3	4
Ausgaben .....	125,0	166,7	20,4	27,2
Einnahmen .....				
Zuweisungen vom Land .....	26,2	34,9	1,5	2,0
Von anderen Gemeinden .....	1,7	2,3	0,1	0,1
Spezielle Deckungsmittel .....	54,7	72,9	15,3	20,4
Anteilbeträge vom o. H. ....	49,7	66,3	4,1	5,5

<sup>1)</sup> Bisherige Ergebnisse der endgültigen Finanzstatistik 1948.

In den 9 Monaten des Rechnungsjahres 1948, die der Geldumstellung vom 20. Juni 1948 folgten, beschränkten sich die Ausgaben der außerordentlichen Rechnung in den Kämmererverwaltungen und den wirtschaftlichen Unternehmen auf einen Betrag von 145,4 Mill. DM (volles Jahr = 193,9 Mill. DM). Davon waren 53,8 Mill. DM durch Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts finanziert. An diesen außerordentlichen Ausgaben waren neben den wirtschaftlichen Unternehmen hauptsächlich Straßenbau (28,1 Mill. DM), Wohnungsbau mit Grundvermögen (20,1 Mill. DM), sonstiges Bauwesen (15,8 Mill. DM), öffentliche Einrichtungen (14,2 Mill. DM) und Schulwesen (11,0 Mill. DM) beteiligt.

Im Rechnungsjahr 1949 belaufen sich die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, soweit es sich um Finanzvorgänge in den Zweigen der Kämmererverwaltungen handelt, auf insgesamt 447,6 Mill. DM in der Summe aller Gemeinden und Gemeindeverbände. Das sind 6,8 vH der Bruttoausgaben, die sich in der Zusammenfassung von ordentlichem und außerordentlichem Haushalt — unter Ausschaltung der Verrechnungen zwischen beiden (Anteilbeträge) — auf 6 556,7 Mill. DM belaufen.

Tabelle 27: Die außerordentlichen Bruttoausgaben der Kämmererverwaltungen 1949  
— Mill. DM —

Verwaltungs-zweige	Ins-gesamt	D a v o n			
		Stadt-kreise	kreis-an-gehörige Gemein-den	Land-kreise	Bezirks-(Provin-zial-)verbände
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung.	10,6	5,0	3,6	2,0	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	0,4	0,3	0,1	—	—
Schulen .....	52,1	23,5	23,5	4,8	0,3
Kultur .....	7,0	5,7	1,3	0,0	—
Kriegsfolgenhilfe .....	0,0	—	0,0	—	—
Übrige Fürsorge- und Jugendhilfe .....	5,7	1,9	1,6	2,0	0,1
Gesundheits- u. Jugend-pflege .....	33,8	13,2	5,7	13,7	1,2
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	65,5	39,9	15,2	8,6	1,9
Wohnungsbau .....	110,3	47,9	55,1	7,0	0,3
Sonstiges Bauwesen ...	57,3	44,1	11,3	1,8	0,1
Allgemeines Grund-vermögen .....	65,7	43,2	20,5	1,9	0,1
Öffentliche Einrichtun-gen und Wirtschafts-förderung .....	38,6	24,0	12,9	1,7	—
Finanz- und Steuerver-waltung .....	0,7	0,7	0,0	0,0	—
Zusammen .....	447,6	249,5	150,7	43,6	3,9
Außerdem: Wirtschaftliche Unternehmen .....	121,6	87,3	32,6	1,8	—

Der Anteil, den die einzelnen Verwaltungszweige an diesen außerordentlichen Ausgaben haben, läßt die



Ursachen ihrer stärkeren Ausdehnung erkennen. Der größere Teil nämlich entfällt zunächst auf den Wohnungsbau. Zu den 110,3 Mill. DM, die als außerordentliche Ausgaben für Wohnungsbau nachgewiesen sind, treten noch die 65,7 Mill. DM, die im Grundvermögen verbucht sind und hinter denen wohl die Instandsetzungsarbeiten an den gemeindlichen Wohnungen und den Wohnblocks der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften stecken. Die schon 1949 in Gang gekommene kommunale Investitionstätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaues kommt also in den erhöhten Ausgaben der außerordentlichen Rechnung zum Ausdruck.

Auch die übrigen Teile der außerordentlichen Rechnung, soweit sie sich auf die Kämmereiverwaltungen beziehen, sind offensichtlich fast ausschließlich durch die gegenüber den Vorjahren merklich erhöhte Investitionstätigkeit des Rechnungsjahres 1949 erweitert worden. Bauten und Bauarbeiten im Straßenwesen, an Schulhäusern, Krankenhäusern und an öffentlichen Einrichtungen, dazu einige Bauarbeiten an Verwaltungsgebäuden (allgemeine Verwaltung und Bauwesen) haben zu den erhöhten außerordentlichen Aufwendungen der entsprechenden Verwaltungszweige geführt. An den 57,3 Mill. DM außerordentlichen Ausgaben des »sonstigen« Bauwesens dürfte auch die allgemeine Trümmerbeseitigung stark beteiligt sein.

Neben den 447,6 Mill. DM außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltungen sind noch 121,6 Mill. DM zu erwähnen, die im Einzelplan 8 der wirtschaftlichen Unternehmungen als außerordentliche Ausgaben verbucht sind. Die wohl umfangreichen Investitionen in den Versorgungsbetrieben und anderen kommunalen wirtschaftlichen Unternehmungen kommen in diesem Betrag nicht vollständig, sondern nur insoweit zum Ausdruck, wie solche Aufwendungen über die gemeindlichen Rechnungen laufen. Immerhin läßt schon der Betrag von 121,6 Mill. DM die hohe Bedeutung erkennen, die im Rechnungsjahr 1949 die außerordentlichen und wohl in erster Linie den Investitionen dienenden Ausgaben im Bereich der kommunalen Wirtschaftsunternehmen hatten.

Es entspricht der Verteilung der öffentlichen Aufgaben auf die einzelnen Arten von Körperschaften, daß die Stadtkreise mit mehr als der Hälfte an den vorerwähnten Investitionen und damit den Ausgaben der außerordentlichen Haushaltsrechnung beteiligt sind. Hier in den Städten liegen vor allem die Aufwendungen für die Trümmerbeseitigung, die an den 44,1 Mill. DM Ausgaben für »sonstiges Bauwesen« beteiligt sind, für die öffentlichen Einrichtungen (24,0 Mill. DM), für die Krankenhäuser (Gesundheitswesen = 13,2 Mill. DM) und in besonderem Maße auch für Straßen und sonstigen Tiefbau (39,9 Mill. DM). An den außerordentlichen Ausgaben für die wirtschaftlichen Unternehmen sind die Stadtkreise mit dem besonders hohen Betrag von 87,3 Mill. DM beteiligt.

Der absolut höchste Betrag an außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltungen entfällt auch bei den Städten auf Neubau und Wiederherstellung von Wohnraum (47,9 Mill. DM im Wohnungsbau und 43,2 Mill. DM im Grundvermögen). Jedoch sind auf diesem Teilgebiet der kommunalen Investitionstätigkeit auch die kreisangehörigen Gemeinden mit größeren Beträgen außerordentlicher Ausgaben beteiligt, nämlich mit 55,1 Mill. DM im Verwaltungszweig Wohnungsbau

und mit 20,5 Mill. DM im Grundvermögen. Relativ beachtlich sind auch die außerordentlichen Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden im Schulwesen (Bau und Wiederherstellung von Schulräumen), wo sie mit 23,5 Mill. DM höher sind als in den Stadtkreisen.

Die außerordentlichen Ausgaben der Landkreise liegen hauptsächlich auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (Krankenhäuser), die — allerdings recht geringen — außerordentlichen Ausgaben der Provinzialverwaltungen im Straßenbau.

Die regionalen Unterschiede in der Höhe der außerordentlichen Ausgaben sind recht beträchtlich. Am höchsten sind sie — entsprechend der Einwohnerzahl und dem hohen Anteil der Großstädte — in Nordrhein-Westfalen mit 124,1 Mill. DM in den Kämmereiverwaltungen und mit 26,5 Mill. DM bei den wirtschaftlichen Unternehmungen. An den außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltungen waren hier besonders der Wohnungsbau (einschl. der beim allgemeinen Grundvermögen verbuchten Beträge) und die allgemeine Trümmerbeseitigung (diese vor allem in den Stadtkreisen) beteiligt.

Tabelle 28: Außerordentliche Ausgaben der Kämmereiverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen  
— DM je Einwohner —

Gemeinden in den Ländern	Kämmerei- verwaltungen	Wirtschaftliche Unternehmen
	1	2
Schleswig-Holstein .....	8,52	6,20
Niedersachsen .....	8,82	0,84
Nordrhein-Westfalen .....	9,59	2,05
Hessen .....	13,08	1,39
Württemberg-Baden .....	18,11	8,66
Bayern .....	6,35	2,66
Rheinland-Pfalz .....	8,08	0,79
Baden .....	15,53	2,75
Württemberg-Hohenzollern .....	10,20	1,74
Lindau .....		19,26
Bundesdurchschnitt .....	9,90	2,69

Die regionalen Unterschiede treten besonders deutlich in Erscheinung, wenn man die außerordentlichen Ausgaben zur Einwohnerzahl in Beziehung setzt. Hierbei ergibt sich, daß die außerordentlichen Ausgaben besonders hoch in Württemberg-Baden, in Baden und in Hessen sind und hier den Durchschnitt aller Gemeinden (9,90 DM je Einwohner) beträchtlich überlegen. In Württemberg-Baden haben besonders die in den Stadtkreisen getätigten Aufwendungen für Straßen und sonstigen Tiefbau und für Schulbauten zu dem hohen Gesamtumfang der außerordentlichen Ausgaben beigetragen. Bemerkenswert hoch sind in den Gemeinden dieses Landes auch die außerordentlichen Ausgaben für die wirtschaftlichen Unternehmen. Zum Teil mag dies (ebenso auch in Schleswig-Holstein und in Lindau) darauf zurückzuführen sein, daß hier ein verhältnismäßig hoher Teil der Finanzierung (nämlich der Bruttobetriebe) über die gemeindliche Rechnung läuft.

#### b) Die außerordentlichen Einnahmen

(hierzu Tabellen 135, 137, 155, 157)

Zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 447,6 Mill. DM standen an Einnahmen, soweit sie den Kämmereiverwaltungen zuzurechnen sind, insgesamt 485,9 Mill. DM zur Verfügung. Es ist also nach Abschluß der Rechnung ein Überhang der Einnahmen in Höhe von 38,3 Mill. DM verblieben, in der Haupt-



sache wohl Reste von Kreditbeträgen, die für Investitionen bereitgestellt, aber noch nicht voll veräußert worden sind. Bei den wirtschaftlichen Unternehmen stehen den 121,6 Mill. DM außerordentlichen Ausgaben Einnahmen in Höhe von 123,3 Mill. DM gegenüber; hier ergibt sich also ebenfalls ein Überhang, und zwar in Höhe von 1,7 Mill. DM.

Dieses Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben in der außerordentlichen Haushaltsrechnung, nämlich der

Überhang der noch nicht verausgabten Anleihemittel, ist am stärksten bei den Stadtkreisen in Erscheinung getreten. Hier ergibt sich ein Überschuß in der außerordentlichen Rechnung der Kämmereiverwaltungen in Höhe von 26,3 Mill. DM. Dagegen beschränkt sich der gleiche Überhang bei den kreisangehörigen Gemeinden auf einen Betrag von 8,6 Mill. DM, bei den Landkreisen von 3,1 Mill. DM und bei den Bezirksverbänden von 0,2 Mill. DM.

Tabelle 29: Die außerordentlichen Einnahmen der Kämmereiverwaltungen und der wirtschaftlichen Unternehmen  
— Mill. DM —

Art der Einnahmen	Insgesamt	Davon			
		Stadtkreise	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirks- (Provinzial-)verbände
	1	2	3	4	5
<b>Kämmereiverwaltungen</b>					
Zweckgebundene Darlehen und Zuweisungen vom Land ..	157,6	97,7	44,2	13,9	1,8
Schuldaufnahmen und sonstige eigene Einnahmen .....	223,4	117,3	81,8	22,5	1,7
Anteilbeträge vom ordentlichen Haushalt .....	105,0	60,7	33,3	10,4	0,6
Zusammen .....	485,9	275,8	159,3	46,7	4,1
<b>Wirtschaftliche Unternehmen</b>					
Zweckgebundene Darlehen und Zuweisungen vom Land ..	16,8	10,6	6,1	0,1	—
Schuldaufnahmen und sonstige eigene Einnahmen .....	99,4	74,1	23,9	1,5	—
Anteilbeträge vom ordentlichen Haushalt .....	7,1	3,2	3,8	0,1	—
Zusammen .....	123,3	87,9	33,7	1,7	—
<b>Zusammenfassung</b>					
Zweckgebundene Darlehen vom Land .....	56,2	32,5	20,9	2,7	0,2
Sonstige zweckgebundene Zuweisungen vom Land .....	118,2	75,9	29,4	11,4	1,6
Schuldaufnahmen .....	191,5	127,9	47,9	14,3	1,5
Sonstige eigene außerordentliche Einnahmen .....	131,3	63,5	57,8	9,7	0,3
Anteilbeträge vom ordentlichen Haushalt .....	112,0	63,9	37,2	10,4	0,6
Insgesamt .....	609,2	363,6	193,1	48,4	4,1

Die Einnahmen des außerordentlichen Haushalts setzen sich in der Hauptsache aus der Aufnahme von Schulden beim Land und auf den Kreditmärkten und aus zweckbestimmten Zuweisungen des Landes zusammen. Sie werden aber in beachtlichem Umfange durch Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts ergänzt. Dazu treten noch Einnahmen verschiedener Art, worunter hauptsächlich wohl Entnahmen aus Rücklagen oder Erlöse aus Veräußerungen entfallen.

Die Art dieser außerordentlichen Einnahmen läßt erneut erkennen, daß die Aufteilung der kommunalen Haushalte in einen ordentlichen und in einen außerordentlichen Teil in der Praxis mehr oder weniger willkürlich ist, daß zumindest eine Gesetzmäßigkeit nicht restlos erkennbar ist.

Der Grundsatz nämlich, daß außerordentliche Ausgaben solche sind, die durch außerordentliche Einnahmen gedeckt werden, ist insoweit durchbrochen, daß 112,1 Mill. DM, d. h. 19 vH des Gesamtbetrages durch Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts, d. h. durch ordentliche Einnahmen, gedeckt worden sind. Bei den Kämmereiverwaltungen allein belaufen sich diese Anteilbeträge auf 105,0 Mill. DM, das sind fast 23 vH der außerordentlichen Ausgaben.

Umgekehrt ist auch der Charakter der Ausgaben nicht maßgebend für ihre Zuordnung zum außerordentlichen Haushalt. Denn Ausgaben für Investitionen und ähnliche Aufwendungen, die im Rechnungsjahr 1949 die Ausdehnung der außerordentlichen Haushaltsrechnung herbeigeführt haben, sind auch in der ordentlichen Haushaltsrechnung verbucht; in welchem zahlenmäßigen Umfang dies der Fall war, wird allerdings erst die endgültige Finanzstatistik, die auch für 1949 durchgeführt wird, erweisen.

Tabelle 30: Die Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt  
— Mill. DM —

Verwaltungs-zweige	Insgesamt	Davon			
		Stadt-kreise	Kreis-an-gehörige Gemeinden	Land-kreise	Bezirks-(Provinzial-)verbände
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung	2,2	0,8	1,0	0,4	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	0,2	0,2	0,0	—	—
Schulen .....	12,0	4,8	5,7	1,4	0,1
Kultur .....	0,3	0,3	0,0	—	—
Kriegsfolgenhilfe .....	0,0	—	0,0	—	—
Übrige Fürsorge- und Jugendhilfe .....	1,9	0,6	0,4	0,8	—
Gesundheits- u. Jugendpflege .....	7,8	2,6	1,4	3,8	—
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	14,6	9,9	2,8	1,5	0,4
Wohnungsbau .....	23,8	10,8	11,7	1,3	0,1
Sonstiges Bauwesen ..	12,2	10,1	1,7	0,4	—
Allgemeines Grundvermögen .....	20,0	14,7	5,0	0,3	0,0
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	9,5	5,6	3,6	0,3	—
Finanz- und Steuerverwaltung .....	0,4	0,4	0,0	—	—
Zusammen .....	105,0	60,7	33,3	10,4	0,6
Außerdem: Wirtschaftliche Unternehmen ..	7,1	3,2	3,8	0,1	—

Die absolut höchsten Summen solcher Anteilbeträge sind naturgemäß auch in denjenigen Zweigen der Kämmereiverwaltungen aufgetreten, in denen die außerordentlichen Ausgaben besonders hoch sind. Es sind dies Wohnungsbau (mit allgemeinem Grundvermögen), Straßenwesen und Tiefbau, Trümmerbeseitigung und Schulen. Im Durchschnitt aller Gemeinden

des Bundesgebiets entspricht die Relation in den einzelnen Zweigen der Kämmereiverwaltungen im allgemeinen dem Durchschnitt von knapp 25 vH. Nur bei den unter allgemeinem Grundvermögen verbuchten außerordentlichen Ausgaben ist ein etwas höherer Prozentsatz (etwa 30 vH) vom ordentlichen Haushalt her finanziert worden.

Auch zwischen den Arten von Körperschaften bestehen kaum Unterschiede in der Relation zwischen außerordentlichen Ausgaben und ihrer Finanzierung durch Anteilbeträge aus dem ordentlichen Haushalt. Neben dem Wohnungsbau sind bei den Stadtkreisen noch die außerordentlichen Ausgaben für Straßenwesen, bei den kreisangehörigen Gemeinden für Schulbauten und bei den Landkreisen für Krankenhäuser durch größere Anteilbeträge aus dem ordentlichen Haushalt finanziert worden.

Zwischen den einzelnen Ländern aber bestehen einige bemerkenswerte Unterschiede in der Bedeutung, die die Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts für die Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltungen hatten. Absolut am höchsten sind die Anteilbeträge in Nordrhein-Westfalen (23,8 Mill. DM), Hessen (21,1 Mill. DM), Württemberg-Baden (19,1 Mill. DM) und Bayern (15,6 Mill. DM). Im Verhältnis aber zum Betrag der außerordentlichen Ausgaben sind sie bedeutsamer bei den Gemeinden in Hessen (38 vH), Württemberg-Baden (27 vH) und Bayern (27 vH).

Der größte Einzelposten unter den außerordentlichen Einnahmen sind die Schuldaufnahmen. In der Summe von Kämmereiverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen entfallen auf sie 247,7 Mill. DM; das sind 41 vH der Gesamteinnahmen. Aus den Angaben in der Vorausmeldung ist zu ersehen, daß hieran die Darlehen vom Land mit 56,2 Mill. DM und sonstige Schuldaufnahmen mit 191,5 Mill. DM beteiligt sind (vgl. Texttabelle 29).

Aus dem oben erwähnten Überhang der Einnahmen über die Ausgaben in der außerordentlichen Rechnung läßt sich schließen, daß von den aufgenommenen Kreditbeträgen vielleicht 40 Mill. DM bis zum Schluß des Rechnungsjahrs noch nicht verausgabt waren.

Die kreditmäßige Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben spielt bei den Stadtkreisen eine größere Rolle als bei den übrigen Körperschaften. Sie

Tabelle 31: Die Schuldaufnahmen gegliedert nach Ländern

Länder	Darlehen vom Land	Sonstige	Zusammen	
			Mill. DM	
	1	2	3	DM je Einwohner
Schleswig-Holstein	13,3	15,3	28,6	10,62
Niedersachsen	3,8	30,1	33,9	4,94
Nordrhein-Westfalen	14,5	39,4	53,9	4,17
Hessen	2,1	6,8	9,0	2,09
Württemberg-Baden	6,0	46,8	52,7	13,67
Bayern	8,3	24,5	32,8	3,56
Rheinland-Pfalz	2,5	10,2	12,7	4,40
Baden	3,8	11,8	15,6	12,18
Württemberg-Hohenzollern	0,6	6,4	7,0	6,19
Lindau	1,3	0,1	1,4	24,90
Zusammen	56,2	191,5	247,7	5,48

machte hier 44 vH der außerordentlichen Einnahmen aus gegenüber nur 36 vH bei den kreisangehörigen Gemeinden. Den Städten standen offensichtlich Kreditmarktmittel für die Finanzierung leichter zur Verfügung als den kleinen Körperschaften; hier fällt ein beachtlicher Teil der über die kommunale Rechnung gelaufenen Kreditaufnahmen auf die wirtschaftlichen Unternehmen.

Die regionalen Unterschiede in der Bedeutung, die die Schuldaufnahmen innerhalb der Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben haben, sind recht erheblich. Mit dem absolut höchsten Betrag, nämlich mit 53,9 Mill. DM, sind die Gemeinden Nordrhein-Westfalens beteiligt, entsprechend der Bevölkerungsdichte und der Bedeutung der Großstädte. Aber im Verhältnis zur Bevölkerung besonders hohe Schuldaufnahmen werden von den Gemeinden in Württemberg-Baden (52,7 Mill. DM) und in Baden (15,6 Mill. DM) nachgewiesen. In diesen Ländern dürfte der hohe Betrag damit zusammenhängen, daß Kreditaufnahmen für wirtschaftliche Unternehmen stärker als in anderen Ländern über die Haushaltsrechnungen der Stadt gelaufen sind. In Schleswig-Holstein fallen außerdem Darlehen des Landes (13,3 Mill. DM) stärker ins Gewicht als in anderen Ländern.

Die Angaben in den Vorausmeldungen reichen nicht aus, die Verteilung der Schuldaufnahmen auf die einzelnen Verwaltungszweige festzustellen. Es läßt sich, wie oben erwähnt, nur schätzen, daß an den »sonstigen«, d.h. nicht vom Land gegebenen Darlehensbeträgen, die wirtschaftlichen Unternehmen besonders stark beteiligt sind. In der Aufgliederung nach Verwaltungszweigen sind die Schuldaufnahmen mit den Zuweisungen vom Land einerseits, und den Eigen-Einnahmen der Verwaltungszweige (spezielle Deckungsmittel) andererseits zusammengefaßt.

Tabelle 32: Die außerordentlichen Einnahmen der Kämmereiverwaltungen aus zweckgebundenen Darlehen und Zuweisungen vom Land<sup>1)</sup>  
— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Ins-gesamt	Davon			
		Stadt-kreise	Kreis-angehörige Ge-meinden	Land-kreise	Bezirks-(Pro-vinzial-)verbände
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung	1,7	0,8	0,6	0,3	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,1	0,0	0,0	—	—
Schulen	22,7	9,3	11,5	1,7	0,2
Kultur	1,9	0,9	1,0	0,0	—
Kriegsfolgenhilfe	—	—	—	—	—
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe	1,2	0,4	0,1	0,6	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege	7,8	3,1	1,2	3,0	0,5
Straßen und sonstiger Tiefbau	28,5	17,3	5,8	4,4	1,0
Wohnungsbau	43,1	26,1	14,3	2,5	0,0
Sonstiges Bauwesen	32,3	27,5	4,5	0,3	—
Allgemeines Grundvermögen	10,6	8,0	2,2	0,4	0,0
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	7,7	4,2	2,7	0,7	—
Finanz- und Steuer-verwaltung	—	—	—	—	—
Zusammen	157,6	97,7	44,2	13,9	1,8
Außerdem: Wirtschaftliche Unter-nehmen	16,8	10,6	6,1	0,1	—

<sup>1)</sup> Regionale Gliederung vgl. Tabellen 135 und 137.

In der Summe von Darlehen und Zuweisungen sind die staatlichen Mittel mit 174,4 Mill. DM an der Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben in den Kämmereiverwaltungen (157,6 Mill. DM) und in den wirtschaftlichen Unternehmen (16,8 Mill. DM) beteiligt. Von diesem Gesamtbetrag sind 56,2 Mill. DM als Darlehen und 118,2 Mill. DM als Zuweisungen gegeben worden.

Im Durchschnitt aller Kämmereiverwaltungen sind 35 vH der außerordentlichen Ausgaben durch solche staatlichen Mittel finanziert worden. Eine über diesen Durchschnitt hinausgehende Bedeutung haben die staatlichen Darlehen und Zuweisungen im Schulwesen (44 vH), im Straßenwesen (fast 44 vH), im Wohnungsbau und vor allem im »sonstigen Bauwesen« (57 vH), worunter die Aufwendungen für die allgemeine Trümmerbeseitigung fallen. Relativ geringfügig sind die — über die Gemeinderechnung gelaufenen — staatlichen Darlehen und Zuweisungen bei den wirtschaftlichen Unternehmen (14 vH).

Bei der Verteilung dieser staatlichen Mittel sind die Stadtkreise erheblich stärker begünstigt worden als die übrigen Körperschaften. Sie haben 62 vH aller in der Vorausmeldung erfaßten zweckgebundenen Zuweisungen nachgewiesen. Bei ihnen sind 38 vH der außerordentlichen Ausgaben durch solche Darlehen und Zuweisungen des Landes finanziert gegenüber nur 31 vH bei den Landkreisen und 29 vH bei den kreisangehörigen Gemeinden

Absolut hohe Beträge machen die staatlichen Darlehen und sonstigen Zuweisungen in den Stadtkreisen beim Wohnungsbau (einschl. Grundvermögen) und beim »sonstigen« Bauwesen (einschließlich Trümmerbeseitigung) aus, in den kreisangehörigen Gemeinden beim Wohnungsbau und im Schulwesen und in den Landkreisen beim Straßenwesen.

Besonders hohe Bedeutung haben die staatlichen Darlehen und Zuweisungen für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Dies gilt schon für den absoluten Betrag von 70,0 Mill. DM, woran mit größeren Beträgen Mittel für den Wohnungsbau und für Trümmerbeseitigung beteiligt sind. Auch im Verhältnis zur Bevölkerung ragen die staatlichen Zuweisungen für die außerordentliche Rechnung bei den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (5,41 DM je Einwohner) erheblich über den Durchschnitt aller Gemeinden des Bundesgebiets (3,86 DM je Einwohner) hinaus.

Absolut höhere Beträge staatlicher Mittel finden sich dann noch unter den außerordentlichen Einnahmen der Gemeinden in Württemberg-Baden (22,2 Mill. DM), Schleswig-Holstein (20,4 Mill. DM), Bayern (20,0 Mill. DM) und Niedersachsen (18,3 Mill. DM). In diesen Ländern waren die staatlichen Darlehen und Zuweisungen vor allem für Straßenbau und sonstigen Tiefbau, in Schleswig-Holstein außerdem noch für wirtschaftliche Unternehmen und Schulbauten bestimmt. Im Verhältnis zur Bevölkerung liegen diese staatlichen Zuweisungen in Schleswig-Holstein mit 7,58 DM je Einwohner und in Württemberg-Baden mit 5,80 DM je Einwohner über dem Durchschnitt des Bundesgebiets (3,86 DM).

Tabelle 33: Die außerordentlichen speziellen Deckungsmittel der Kämmereiverwaltungen<sup>1)</sup> (einschl. Schuldaufnahmen)

— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Ins-gesamt	Davon			
		Stadt-kreise	Kreis-ange-hörige Ge-meinden	Land-kreise	Bezirks-(Pro-vinzial-)verbände
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung	7,3	3,8	2,3	1,2	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	0,2	0,1	0,0	—	—
Schulen .....	25,2	11,2	10,9	3,1	0,1
Kultur .....	5,3	4,6	0,7	—	—
Kriegsfolgenhilfe .....	0,0	—	0,0	—	—
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe .....	2,5	1,1	0,6	0,7	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege .....	22,5	10,7	4,0	7,1	0,8
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	25,5	14,7	7,2	2,9	0,7
Wohnungsbau .....	46,7	14,3	28,4	3,8	0,2
Sonstiges Bauwesen ..	18,2	11,0	6,2	1,1	0,0
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung ....	25,7	17,4	7,5	0,8	—
Finanz- und Steuerverwaltung .....	— 0,1	— 0,1	0,0	0,0	—
Allgemeines Grundvermögen .....	44,4	28,6	13,9	1,8	0,0
Zusammen .....	223,4	117,3	81,8	22,5	1,7
Außerdem: Wirtschaftliche Unternehmen .....	99,4	74,1	23,9	1,5	—
Summe .....	322,8	191,4	105,7	24,0	1,7
Darunter: Schuldaufnahmen ...	191,5	127,9	47,9	14,3	1,5
Sonstige Einnahmen	131,3	63,5	57,8	9,7	0,3

<sup>1)</sup> Regionale Gliederung vgl. Tabellen 155 und 157.

Die außerordentlichen speziellen Deckungsmittel der Kämmereiverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen sind mit 131,3 Mill. DM recht beträchtlich. Welcher Art diese Einnahmen im einzelnen sind, läßt sich aus der Vorausmeldung nicht erkennen. Entnahmen aus Rücklagen und Erlöse aus Veräußerungen dürften, wie erwähnt, mit größeren Teilbeträgen hieran beteiligt sein.

Mit diesen »sonstigen« Einnahmen sind im Durchschnitt aller Gemeinden fast 20 vH der außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltungen und der wirtschaftlichen Unternehmen finanziert worden.

Eine über diesen Durchschnitt weit hinausgehende Bedeutung haben diese »sonstigen« Einnahmen für die kreisangehörigen Gemeinden, bei denen sie 32 vH der außerordentlichen Ausgaben decken.

Die Gemeinden in den einzelnen Ländern sind an den 131,3 Mill. DM »sonstigen« außerordentlichen Einnahmen der Kämmereiverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmen mit folgenden Beträgen (in Mill. DM) beteiligt:

Schleswig-Holstein .....	6,8
Niedersachsen .....	13,1
Nordrhein-Westfalen .....	33,3
Hessen .....	22,4
Württemberg-Baden .....	14,2
Bayern .....	26,4
Rheinland-Pfalz .....	7,3
Baden .....	5,0
Württemberg-Hohenzollern .....	2,8
Lindau .....	0,1

Eine Aufgliederung dieser »sonstigen« außerordentlichen Einnahmen auf die einzelnen Verwaltungszweige ist aus den Ergebnissen der Vorausmeldung nicht möglich. Abgesehen vom Gesamtbetrag sind sie mit den Schuld aufnehmen zusammengefaßt. In dieser Zusammenfassung ergibt sich für die einzelnen Verwaltungszweige das in Texttabelle 33 dargestellte Bild.

### c) Rechnerischer Abschluß der außerordentlichen Rechnung

In den durch die Finanzstatistik und somit auch durch die Vorausmeldung für 1949 erfaßten Haushaltsrechnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände enthält die außerordentliche Rechnung einige Beträge auch noch in denjenigen Teilen, die neben den Käm-

mereiverwaltungen und den wirtschaftlichen Unternehmen bestehen. So enthält die außerordentliche Rechnung nach der Vorausmeldung für 1949 an außerordentlichen Ausgaben noch weitere 30,4 Mill. DM. Hieran sind die Stadtkreise mit 15,9 Mill. DM, die kreisangehörigen Gemeinden mit 11,7 Mill. DM und die Landkreise mit 2,8 Mill. DM beteiligt.

Solche Ausgaben sind — nämlich in Höhe von 17,9 Mill. DM — besonders beim Kapitalvermögen und in Höhe von 8,8 Mill. DM bei den Rücklagen für den Gesamthaushalt verbucht. Von beiden zusammen entfallen 12,2 Mill. DM auf Württemberg-Baden (zumeist nachträgliche Verrechnung eines Restes der Erstausschüttung von 1948) und 8,0 Mill. DM auf Niedersachsen. Der im außerordentlichen Haushalt verbuchte Schuldendienst entfällt zumeist auf die Städte in Rheinland-Pfalz.

Tabelle 34: Rechnerischer Abschluß der außerordentlichen Rechnung  
— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Ausgaben	Einnahmen			
		Zuweisungen vom Land	Eigene Einnahmen <sup>1)</sup>	Anteilbeträge vom ordentlichen Haushalt	Zusammen
	1	2	3	4	5
<b>Stadtkreise</b>					
Allgemeines Kapitalvermögen .....	10,8	—	10,0	0,7	10,8
Sondervermögen .....	0,2	0,0	0,2	0,0	0,2
Rücklagen für den Gesamthaushalt .....	2,5	—	1,1	2,3	3,4
Nicht aufteilbarer Schuldendienst .....	1,5	—	2,7	0,0	2,7
Abwicklung der Vorjahre .....	0,8	—	0,0	0,5	0,4
<b>Zusammen .....</b>	<b>15,9</b>	<b>0,0</b>	<b>13,9</b>	<b>3,5</b>	<b>17,4</b>
Kämmereiverwaltungen .....	249,5	97,7	117,3	60,7	275,8
Wirtschaftliche Unternehmen .....	87,3	10,6	74,1	3,2	87,9
<b>Insgesamt .....</b>	<b>352,6</b>	<b>108,4</b>	<b>205,3</b>	<b>67,4</b>	<b>381,1</b>
<b>Kreisangehörige Gemeinden</b>					
Allgemeines Kapitalvermögen .....	6,8	0,2	3,2	3,8	7,3
Sondervermögen .....	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2
Rücklagen für den Gesamthaushalt .....	4,4	0,1	2,0	2,4	4,5
Nicht aufteilbarer Schuldendienst .....	0,2	0,0	0,2	—	0,2
Abwicklung der Vorjahre .....	0,2	—	0,4	0,1	0,5
<b>Zusammen .....</b>	<b>11,7</b>	<b>0,4</b>	<b>5,9</b>	<b>6,4</b>	<b>12,7</b>
Kämmereiverwaltungen .....	150,7	44,2	81,8	33,3	159,3
Wirtschaftliche Unternehmen .....	32,6	6,1	23,9	3,8	33,7
<b>Insgesamt .....</b>	<b>194,9</b>	<b>50,6</b>	<b>111,6</b>	<b>43,5</b>	<b>205,8</b>
<b>Landkreise</b>					
Allgemeines Kapitalvermögen .....	0,3	0,0	0,4	0,1	0,5
Sondervermögen .....	0,2	—	0,2	—	0,2
Rücklagen für den Gesamthaushalt .....	1,9	—	0,2	1,6	1,8
Nicht aufteilbarer Schuldendienst .....	0,1	—	0,0	0,0	0,1
Abwicklung der Vorjahre .....	0,3	—	0,0	0,1	0,1
<b>Zusammen .....</b>	<b>2,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,7</b>	<b>1,9</b>	<b>2,7</b>
Kämmereiverwaltungen .....	43,6	13,9	22,5	10,4	46,7
Wirtschaftliche Unternehmen .....	1,8	0,1	1,5	0,1	1,7
<b>Insgesamt .....</b>	<b>48,2</b>	<b>14,1</b>	<b>24,7</b>	<b>12,3</b>	<b>51,1</b>
<b>Bezirks- (Provinzial-) Verbände<sup>2)</sup> .....</b>	<b>3,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>0,6</b>	<b>4,2</b>
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen</b>					
Allgemeines Kapitalvermögen .....	17,9	0,3	13,6	4,7	18,6
Sondervermögen .....	0,6	0,1	0,4	0,0	0,6
Rücklagen für den Gesamthaushalt .....	8,8	0,1	3,3	6,3	9,6
Nicht aufteilbarer Schuldendienst .....	1,8	0,0	2,9	0,0	3,0
Abwicklung der Vorjahre .....	1,3	—	0,4	0,7	1,1
<b>Zusammen .....</b>	<b>30,4</b>	<b>0,5</b>	<b>20,6</b>	<b>11,7</b>	<b>32,9</b>
Kämmereiverwaltungen .....	447,6	157,6	223,4	105,0	485,9
Wirtschaftliche Unternehmen .....	121,6	16,8	99,4	7,1	123,3
<b>Insgesamt .....</b>	<b>599,7</b>	<b>174,9</b>	<b>343,4</b>	<b>123,8</b>	<b>642,1</b>

<sup>1)</sup> Einschl. Schuldaufnahmen. — <sup>2)</sup> Nur Kämmereiverwaltungen.

Die Einnahmen, die diesen als außerordentliche Ausgaben bezeichneten Verbuchungen gegenüberstehen, bestehen in Höhe von 11,7 Mill. DM aus Anteilbeträgen des ordentlichen Haushalts. Im ganzen belaufen sich diese im außerordentlichen Haushalt auf der Einnahmeseite vorgenommenen Verbuchungen auf 32,9 Mill. DM und sind damit um 2,5 Mill. DM höher als die oben mit 30,4 Mill. DM bezifferten Ausgabeverbuchungen.

Einschließlich der vorerwähnten Verbuchungen beim allgemeinen Kapitalvermögen, den Rücklagen usw. schließt die gesamte außerordentliche Rechnung von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach der Vorausmeldung für 1949 mit rd. 600 Mill. DM ab, und zwar mit 599,7 Mill. DM in Ausgabe und mit 642,1 Mill. DM in Einnahme. Der Überhang der Einnahmen im rechnerischen Gesamtbetrag des außerordentlichen Haushalts erhöht sich damit auf 42,4 Mill. DM.

2. Die Beseitigung von Kriegsschäden  
(hierzu Tabellen 171 bis 174)

Ein wesentlicher Teil der Bauaufwendungen im kommunalen Bereich dient in der Gegenwart der Beseitigung von Kriegsschäden. Wie weit der Begriff der Beseitigung von Kriegsschäden ausgedehnt werden kann, wird immer strittig sein. Auch Nachholung von Bauarbeiten kann als Beseitigung von Kriegsschäden aufgefaßt werden. Auch Neubauten können als solche aufgefaßt werden, wenn sie an die Stelle nicht reparierbarer Zerstörungen treten. Vor allem im Straßenbau, wo schon die Grenze zwischen Instandsetzung und Neubau flüssig ist, kann strittig sein, ob Bauarbeiten mit früheren Kriegsschäden zusammenhängen oder nicht.

Diese Schwierigkeiten der Definierung und Abgrenzung sind zu berücksichtigen, wenn durch die Vorausmeldung für 1949 kommunale Ausgaben zur Beseitigung von Kriegsschäden in Höhe von über 600 Mill. DM ermittelt worden sind. Es ist durchaus möglich, daß noch weitere Bauarbeiten und ähnliche Aufwendungen der volkswirtschaftlichen Aufgabe der Beseitigung von Kriegsschäden gedient haben.

Nach den Ergebnissen der Vorausmeldung sind im Rechnungsjahr 1949 insgesamt 646,3 Mill. DM Ausgaben als für Beseitigung von Kriegsschäden bezeichnet worden. Daraus sind die Kämmereiverwaltungen mit 605,5 Mill. DM und die wirtschaftlichen Unternehmen mit 37,0 Mill. DM beteiligt. Ein geringer Restbetrag entfällt auf das Erwerbsvermögen.

Tabelle 35: Regionale Verteilung der Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden

Länder	Kämmerei- verwal- tungen	Wirt- schaft- liche Unter- nehmen	Sonstige Zwecke	Zusammen	
	Mill. DM				DM je Ein- wohner
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein ....	13,4	1,2	0,1	14,7	5,46
Niedersachsen .....	30,1	0,4	0,1	30,6	4,46
Nordrhein-Westfalen ..	357,4	25,7	3,0	386,2	29,83
Hessen .....	38,8	2,9	0,1	41,9	9,76
Württemberg-Baden ...	64,2	5,1	0,4	69,7	18,07
Bayern .....	54,5	0,5	—	55,0	5,97
Rheinland-Pfalz .....	31,1	0,7	0,0	31,8	11,01
Baden .....	12,1	0,1	0,1	12,2	9,54
Württemberg-Hohen- zollern .....	3,9	0,2	0,0	4,2	3,68
Lindau .....	—	—	—	—	—
Zusammen .....	605,5	37,0	3,8	646,3	14,29

Die regionalen Unterschiede in der Höhe der Ausgaben, die als Beseitigung von Kriegsschäden bezeichnet werden, sind außerordentlich groß. Weit über die Hälfte, nämlich 386,2 Mill. DM, entfallen auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Von den anderen Ländern sind in weitem Abstand Württemberg-Baden (69,7 Mill. DM), Bayern (55,0 Mill. DM), Hessen (41,9 Mill. DM), Niedersachsen (30,6 Mill. DM) und Rheinland-Pfalz (31,8 Mill. DM) mit erwähnenswerten Beträgen an den Ausgaben beteiligt, die in der Vorausmeldung als Beseitigung von Kriegsschäden gekennzeichnet sind.

In der Hauptsache hängt die in der gemeindlichen Rechnung vorgenommene Kennzeichnung der Ausgaben als der Beseitigung der Kriegsschäden dienend mit den Zuweisungen zusammen, die in einzelnen Ländern der Staat mit der ausdrücklichen Zweckbestim-

mung der Beseitigung von Kriegsschäden den Gemeinden zur Verfügung gestellt hat. In der Tat sind von den 646,3 Mill. DM, die für die Beseitigung von Kriegsschäden verausgabt wurden, 339,4 Mill. DM durch solche zweckgebundenen Zuweisungen vom Land finanziert worden. Der Hauptteil, nämlich 244,9 Mill. DM entfällt auch hier auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Mit erwähnenswerten Beträgen sind hieran sonst nur noch Bayern mit 31,9 Mill. DM und Württemberg-Baden mit 26,7 Mill. DM beteiligt.

Neben den staatlichen Zuweisungen haben die Gemeinden sonst nur noch 46,8 Mill. DM in der ordentlichen Rechnung und 73,6 Mill. DM in der außerordentlichen Rechnung als für Beseitigung von Kriegsschäden besonders bestimmte Einnahmen gekennzeichnet.

Tabelle 36: Ausgaben für Kriegsschädenbeseitigung in den Verwaltungszweigen  
— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Kriegsschädenbeseitigung			Außer- ordent- liche Aus- gaben über- haupt
	Stadt- kreise	Land- kreise <sup>1)</sup>	Zu- sammen <sup>2)</sup>	
	1	2	3	
Allgemeine Verwaltung .....	23,3	11,5	35,1	10,6
Finanz- und Steuerverwaltung ..	0,4	0,1	0,6	0,7
Öffentliche Sicherheit und Ord- nung .....	1,3	0,3	1,6	0,4
Schulen .....	67,3	34,7	102,5	52,1
Kultur .....	13,1	0,8	14,0	7,0
Kriegsfolgenhilfe .....	0,5	0,0	0,5	0,0
Übrige Fürsorge und Jugend- hilfe .....	5,0	1,6	6,7	5,7
Gesundheits- und Jugendpflege ..	22,7	5,1	28,4	33,8
Straßen- und sonstiger Tiefbau ..	51,4	37,4	91,2	65,5
Wohnungsbau .....	62,0	23,8	86,1	110,3
Sonstiges Bauwesen .....	101,7	27,2	129,0	57,3
Allgemeines Grundvermögen ...	37,6	10,0	48,2	65,7
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .....	42,1	9,3	51,4	38,6
Nicht aufgeteilt <sup>3)</sup> .....	—	10,3	10,3	—
Zusammen .....	428,4	172,3	605,5	447,6
Außerdem: Wirtschaftliche Unternehmen	30,3	6,6	37,0	121,6

<sup>1)</sup> Einschl. ihrer Gemeinden. — <sup>2)</sup> Einschl. der Provinzialverbände. — <sup>3)</sup> Gemeinden bis 3 000 Einwohner in Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden.

Es überrascht nicht, daß weit über die Hälfte der Ausgaben, die als Beseitigung von Kriegsschäden bezeichnet werden, auf die drei Verwaltungszweige entfällt, bei denen die Kriegsschäden am deutlichsten in Erscheinung treten und ihre Beseitigung am vor-  
dringlichsten erscheint. So sind im Wohnungsbau 86,1 Mill. DM Ausgaben als Beseitigung von Kriegs-  
schäden bezeichnet worden; einschließlich der im Grundvermögen verbuchten 48,2 Mill. DM erhöht sich der Aufwand für die Wiederherstellung kriegszerstörten Wohnraums auf 134,3 Mill. DM. Der nächsthöhere Betrag erscheint im »sonstigen Bauwesen« mit 129 Mill. DM und stellt in der Hauptsache wohl die Aufwendungen für die allgemeine Trümmerbeseitigung dar. Schließlich werden 91,2 Mill. DM im Tiefbau als Beseitigung von Kriegsschäden bezeichnet. Hierbei ist wohl neben dem Straßenbau insbesondere an den Wiederaufbau der Brücken und an Wiederherstellungsarbeiten in den Binnenhäfen zu denken. Württemberg-Baden fällt hier neben Nordrhein-Westfalen mit dem — besonders im Verhältnis zur Bevölkerung — sehr hohen Betrag von 14,7 Mill. DM auf. Auch in Rhein-  
land-Pfalz sind diese Aufwendungen — mit 2,21 DM je Einwohner — zu beachten.

Aber neben diesen drei Verwaltungszweigen, in denen die Beseitigung von Kriegsschäden besonders naheliegend ist, fallen die hohen Beträge auf, die auch auf anderen Bereichen kommunaler Betätigung diesem Sonderzweck zugeführt worden sind. Hier ist an erster Stelle das Schulwesen zu nennen, in welchem 102,5 Mill. DM einem Verwendungszweck zugeführt worden sind, der die Kennzeichnung als »Beseitigung von Kriegsschäden« erlaubt. Auch hier sind es vor allem Nordrhein-Westfalen (59,9 Mill. DM) und Württemberg-Baden (13,7 Mill. DM), wo solche Wiederaufbauarbeiten nachgewiesen worden sind. Insbesondere dürfte es sich um solche Ausgaben handeln, für die das Land Beihilfen zur Verfügung gestellt hat.

Neben dem Schulwesen sind ferner größere Beträge für die Wiederherstellung von öffentlichen Einrichtungen (51,4 Mill. DM), Verwaltungsgebäuden (35,1 Mill. DM) und Krankenhäusern (28,4 Mill. DM) verausgabt und als Kriegsschädenbeseitigung gekennzeichnet worden. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben über dem Bundesdurchschnitt liegende Beträge außer Nordrhein-Westfalen nur Württemberg-Baden auch Hessen für Krankenhäuser und Baden für Krankenhäuser und Rheinland-Pfalz für Verwaltungsgebäude verausgabt.

Es entspricht dem hohen Zerstörungsgrad der Städte, daß der weit überwiegende Teil der der Kriegsschädenbeseitigung dienenden Ausgaben (428,4 Mill. DM) von den Stadtkreisen nachgewiesen worden sind. Hier im städtischen Bereich liegen weit überwiegend die Aufgaben der Trümmerbeseitigung (101,7 Mill. DM gegen 27,2 Mill. DM im ländlichen Bereich). Für Wiederherstellung kriegszerstörter Wohnungen sind von den Stadtkreisen 100 Mill. DM gegenüber nur 34 Mill. DM auf dem Lande verausgabt und als Kriegsschädenbeseitigung kenntlich gemacht worden. Kriegsschäden an öffentlichen Einrichtungen, Verwaltungsgebäuden und Krankenhäusern sind hauptsächlich in den Städten zu beseitigen.

Bei den Landkreisen und ihren Gemeinden beschränken sich die Ausgaben, die als Beseitigung von Kriegsschäden bezeichnet werden, auf einen Betrag von 172,3 Mill. DM. Mit größeren Einzelbeträgen ist hieran die Wiederherstellung der Straßen mit 37,4 Mill. DM, der Schulen mit 34,7 Mill. DM und der Wohngebäude (einschließlich Grundvermögen) mit 33,8 Mill. DM beteiligt.

Auch im ländlichen Bereich entfallen auf Nordrhein-Westfalen und mit Abstand auf Württemberg-Baden die weitaus höchsten Ausgaben zur Beseitigung von Kriegsschäden. In den anderen sind nur die Wieder-

herstellung der Schulen in Niedersachsen und Hessen und der Tiefbau in Bayern und Rheinland-Pfalz zu erwähnen.

Der hohe Betrag kommunaler Ausgaben, die im Rechnungsjahr 1949 in die außerordentliche Rechnung überführt worden sind, ist zum Teil auf diese Aufwendungen zur Beseitigung von Kriegsschäden zurückzuführen. Außerordentliche Ausgaben und die durch diese veranschaulichten Investitionen einerseits und Aufwendungen für die Beseitigung der Kriegszerstörungen andererseits überschneiden sich zum Teil.

Tatsächlich aber ist nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Aufwendungen, die der Beseitigung von Kriegsschäden dienen, in die außerordentliche Rechnung eingestellt worden. Von den zweckgebundenen Zuweisungen, die die Gemeinden für diesen Zweck in Höhe von 339,4 Mill. DM erhalten haben, sind nur 56,4 Mill. DM unmittelbar in die außerordentliche Rechnung überführt worden. Die Ausgaben für Kriegsschädenbeseitigung im Gesamtumfang von 638,0 Mill. DM (nach Abzug der Anteilbeträge des ordentlichen Haushalts an den außerordentlichen Haushalt) sind mit 468,7 Mill. DM im ordentlichen Haushalt, aber nur mit 169,3 Mill. DM im außerordentlichen Haushalt verrechnet worden.

Wie diese Gesamtbeträge, mit denen die Beseitigung von Kriegsschäden der ordentlichen Rechnung einerseits, der außerordentlichen Rechnung andererseits zugeordnet worden sind, auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt sind, ist aus der Vorausmeldung nicht zu ersehen. Aber ein Vergleich zwischen dem Betrag der Ausgaben für Kriegsschädenbeseitigung einerseits und dem Betrag aller außerordentlichen Ausgaben andererseits in den einzelnen Verwaltungszweigen ergibt, wie aus obiger Texttabelle 36 zu ersehen, folgendes Bild.

Die Ausgaben für Kriegsschädenbeseitigung gehen über die Ausgaben der außerordentlichen Rechnung vor allem in den Verwaltungszweigen »sonstiges Bauwesen« (Trümmerbeseitigung) nämlich um 71,7 Mill. DM, Schulen um 50,4 Mill. DM, Straßen und sonstiger Tiefbau um 25,7 Mill. DM, allgemeine Verwaltung um 24,5 Mill. DM und öffentliche Einrichtungen um 12,8 Mill. DM hinaus. Hierdurch wird bestätigt, daß in diesen Verwaltungszweigen, und zwar vor allem im Schulwesen, die im Rechnungsjahr 1949 eingetretene Ausweitung der Ausgaben zu einem ins Gewicht fallenden Teil auf Aufwendungen zurückzuführen sind, die als volkswirtschaftliche Investitionen angesehen werden dürften.

## D. Allgemeine Deckungsmittel und Gesamtabschluß

### 1. Allgemeine Deckungsmittel

(hierzu Tabellen 181, 182, 183, 184, 185)

#### a) Der Gesamtbetrag und seine Zusammensetzung

Die im Rahmen des Gesamthaushaltes der Deckung des Zuschußbedarfs dienenden »allgemeinen Deckungsmittel« sind mit insgesamt 3 259,9 Mill. DM für Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen im Rechnungsjahr 1949 um mehr als  $\frac{1}{3}$  höher als die Summe

der speziellen Deckungsmittel (ohne die zweckgebundenen Zuweisungen vom Land) und um mehr als die Hälfte höher als die zweckgebundenen Zuweisungen vom Land.

Unter Absetzung der Erstausrüstung des Jahres 1948, die nicht ohne weiteres als allgemeines Deckungsmittel anzusprechen ist, haben sich damit die Einnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln um 658,2 Mill. DM erhöht, das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem

Vorjahre um rd. 25 vH. Da die Feststellung ihrer Höhe in der Vorausmeldung 1948 auf einer Schätzung beruht, gibt ihr Abzug von der Summe der allgemeinen Deckungsmittel jedoch kein hundertprozentig genaues Bild. Die vorstehend errechnete Steigerung ist daher nicht als absolute, sondern tendenzielle Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel zu werten.

Tabelle 37: Vergleich der allgemeinen Deckungsmittel  
1948 und 1949  
— Mill. DM —

Art der Einnahmen	1948	1949
	1	2
Steuern .....	1 918,1	2 266,1
Allgemeine Finanzaufweisungen .....	742,9	835,6
Saldo der allgemeinen Umlagen .....	— 41,7	— 72,9
Überschüsse der wirtschaftlichen Unter- nehmen .....	56,6	239,6
Erträge des allgemeinen Kapital- u. Grund- vermögens sowie des Sondervermögens	— 74,2	— 8,5
Zusammen .....	2 601,7	3 259,9
Erstaussstattung .....	749,6	—
Insgesamt .....	3 351,3	3 259,9

Die Einnahmensteigerung der Gesamtsumme resultiert aus einer bei allen Einnahmegruppen auftretenden Erhöhung der Einnahmen.

Wie im Vorjahr machen von den zu den allgemeinen Deckungsmitteln gehörenden Einnahmegruppen der Gemeinden: Steuern, allgemeine Finanzaufweisungen und Erwerbseinkünfte die Steuereinnahmen den größten Betrag aus. Mit 2 266,1 Mill. DM betragen sie 69,5 vH der Gesamtsumme der allgemeinen Deckungsmittel.

Bei einer Berechnung der Steuereinnahmen des Vorjahres auf ein volles Jahr würden sie um 348,0 Mill. DM über denen des Vorjahres liegen. Prozentual geringe Schwankungen dieses Unterschiedsbetrages ergeben sich dadurch, daß im Vorjahre die Steuereinnahmen in Baden zu hoch geschätzt wurden. Diese Erhöhung der Steuereinnahmen ist am stärksten bei der Gewerbesteuer, die — abgesehen von etwaigen Änderungen der Besteuerungsgrundlagen oder Hebesätze — stark konjunkturbedingt ist und damit auch in erster Linie die Auswirkung einer allgemeinen Wirtschaftsbelebung spiegelt.

Die allgemeinen Finanzaufweisungen sind nach Absetzung von geringen Rückzahlungen mit dem absoluten Betrage von 835,6 Mill. DM mit 25,6 vH, also  $\frac{1}{4}$  an der Gesamtsumme der allgemeinen Deckungsmittel beteiligt. Ein Vergleich mit dem Vorjahre zeigt eine Steigerung.

Den niedrigsten und letzten Einnahmeposten bilden die Erwerbseinkünfte mit insgesamt 231,1 Mill. DM. Er setzt sich zusammen aus den Überschüssen der wirtschaftlichen Unternehmen und aus den Erträgen des Kapital-, Grund- und Sondervermögens. Das größte Gewicht unter den Erwerbseinkünften fällt den wirtschaftlichen Unternehmen zu.

Mit dem Betrag von 239,6 Mill. DM und damit 7,3 vH sind ihre Überschüsse an den Gesamteinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln beteiligt. Eine absolute Zahl für die Steigerung gegenüber dem Vorjahre kann hier nicht angegeben werden; denn die in der Vorausmeldung des Vorjahres ermittelten Zahlen sind durch Weiterleitung von Erstaussstattungsbeträgen beeinflusst.

Immerhin läßt sich der Schluß ziehen, daß aus den wirtschaftlichen Unternehmen stark erhöhte Beträge

zur Verfügung standen. Diese Steigerung hat ihre Gründe in der allgemeinen Wirtschaftsbelebung, an der die wirtschaftlichen Unternehmen auf Grund ihres privatwirtschaftlichen Charakters ebenfalls teilhaben, also in einer entweder höheren eigenen Wirtschaftseinnahme, die den Gemeinden unmittelbar oder in Form erhöhter Gewinnabführungen zufließt.

Das allgemeine Kapital-, Grund- und Sondervermögen hat im Rechnungsjahr 1949 insgesamt keinen Ertrag abgeworfen, sondern einen Zuschuß von 8,5 Mill. DM erfordert, wobei zu beachten ist, daß in der Vorausmeldung die vermögenswirksamen Finanzvorfälle nicht ausgeschieden und infolgedessen in dem erwähnten Zuschußbetrag auch Ausgaben für die Bildung von Anlagevermögen enthalten sind.

Im Vergleich zum Vorjahre ist dieser Zuschuß um 65,9 Mill. DM niedriger geworden. Einen exakten Maßstab kann jedoch diese Zahl nicht bieten, da der Umfang der Investitionen in den beiden Jahren aus den Vorausmeldungen nicht erkennbar ist. Außerdem sind in der Vorausmeldung für 1948 zum Teil noch Zuführungen an Rücklagen enthalten, die ebenfalls eine Vergleichsmöglichkeit beeinträchtigen. Umlageeinnahmen sind in der Vorausmeldung mit insgesamt 525,3 Mill. DM nachgewiesen, an Umlageausgaben sind bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt 598,3 Mill. DM erfaßt. Die Summe der Umlageausgaben muß deshalb höher sein, weil in einzelnen Ländern Aufgaben der Kommunalverbände unmittelbar von der Landesverwaltung durchgeführt werden. Infolgedessen sind in diesen Ländern bzw. Landesteilen, die auf die Gemeinden entfallenden Umlagezahlungen Ausgaben an das Land; ein Gegenposten »Umlageeinnahmen« fehlt somit in dieser Höhe in der Gemeindefinanzstatistik.

Tabelle 38: Vergleich der allgemeinen Umlagen  
1948 und 1949  
— Mill. DM —

Körperschaften	1948		1949	
	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
	1	2	3	4
Stadtkreise .....	—	55,7	—	75,3
Kreisangehörige Gemeinden .....	58,1 <sup>1)</sup>	414,4	60,0 <sup>1)</sup>	440,0
Landkreise .....	364,1	79,1	386,7	83,0
Bezirks-(Provinzial-)verbände ...	85,3	0,1	78,6	—
Zusammen .....	507,5	549,2	525,3	598,3
Mehrausgaben .....	—	41,7	—	72,9

<sup>1)</sup> Ämter.

Die allgemeinen Umlageeinnahmen verteilen sich mit 60 Mill. DM auf die Ämter, mit 386,7 Mill. DM auf die Landkreise und mit 78,6 Mill. DM auf die Provinzialverbände. Gegenüber dem Vorjahre zeigen die Umlageeinnahmen mit insgesamt 525,3 Mill. DM nur eine geringe Steigerung in Höhe von 17,8 Mill. DM. Sie verteilt sich aber nicht gleichmäßig auf die erhebenden Körperschaften, vielmehr weisen die Landkreise gegen das Vorjahr eine überproportionale Steigerung auf, während die Ämter nur eine geringe Zunahme haben und die Provinzialverbände, da der Provinzialverband Westfalen in 1949 nicht mehr in die Gemeindefinanzstatistik einbezogen ist, sogar eine geringere Einnahme als im Vorjahre zeigen.



Eine prozentual stärkere Erhöhung als die Umlageeinnahmen zeigen die Umlageausgaben. Bei einem Vergleich mit dem Vorjahre ist jedoch zu berücksichtigen, daß 1948 der Provinzialverband Westfalen noch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden erfaßt wurde, wodurch die Ausgaben der Stadt- und Landkreise Nordrhein-Westfalens ebenfalls in der Einnahmeseite der Bezirksverbände vollständig erschienen. Setzt man die Einnahmen des Provinzialverbandes Westfalen in Höhe von 16,5 Mill. DM von den Einnahmen der Bezirksverbände ab, ermäßigt sich die Gesamteinnahme auf 491,0 Mill. DM, während sich der vergleichbare Saldo für 1948 auf 58,2 Mill. DM erhöht. Die Erhöhung der Beträge, die an die Länder fließen, macht daher 14,7 Mill. DM aus.

Die Steigerung aller Einnahmegruppen gegenüber dem Vorjahre ist jedoch das Ergebnis einer unterschiedlichen Entwicklung der jeweiligen Einnahmearten der einzelnen Länder, die dadurch nicht nur in ihrer Höhe, sondern auch in den Relationen zwischen ihnen voneinander abweichen.

Tabelle 39: Allgemeine Deckungsmittel in vH des Gesamtbetrages 1949

Länder	Steuern u. steuer- ähnliche Ein- nahmen	Allge- meine Finanz- zuwei- sungen	Allge- meine Umlagen	Erwerbs- ein- künfte
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein .....	77,3	17,2	— 0,3	5,8
Niedersachsen .....	80,5	22,8	— 7,7	4,4
Nordrhein-Westfalen .....	73,0	28,7	— 3,8	2,1
Hessen .....	62,9	25,3	— 0,2	12,0
Württemberg-Baden .....	55,7	39,9	— 0,5	4,9
Bayern .....	66,5	24,3	0,1	9,1
Rheinland-Pfalz .....	68,5	12,0	0,2	19,3
Baden .....	69,2	7,4	— 0,9	24,3
Württemberg-Hohenzollern .....	66,8	16,2	— 2,1	14,9
Lindau .....	79,3	24,7	— 7,5	3,5
Zusammen .....	69,5	25,6	— 2,2	7,1

Im Durchschnitt aller Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets sind an der Summe der allgemeinen Deckungsmittel die Steuern mit 69,5 vH, die allgemeinen Finanzzuweisungen mit 25,6 vH und die Erwerbseinkünfte mit 7,1 vH beteiligt. In den einzelnen Ländern bestehen jedoch Abweichungen von diesem Durchschnitt, die zum Teil sehr erheblich sind. Sehr kraß sind diese Unterschiede vor allem bei den Erwerbseinkünften. So liegt ihr Anteil in Hessen, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz und ganz besonders in Baden erheblich über dem Bundesdurchschnitt, dagegen sind in Nordrhein-Westfalen die absolut recht beachtlichen Einkünfte dieser Art neben den besonders hohen Einnahmen aus Steuern und auch aus allgemeinen Finanzzuweisungen relativ von geringer Bedeutung.

Erheblich sind auch die Unterschiede, die in der relativen Bedeutung der allgemeinen Finanzzuweisungen bestehen. Neben Nordrhein-Westfalen sind vor allem in Württemberg-Baden die allgemeinen Zuweisungen des Staates von überdurchschnittlicher Bedeutung innerhalb der Gesamteinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln. Dagegen liegt ihre relative Wichtigkeit für die gemeindlichen Einnahmen in Schleswig-Holstein, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz und ganz besonders in Baden merklich unter dem Bundesdurchschnitt.

b) Die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern

Wie bereits dargelegt, betragen die Steuereinnahmen der Gemeinden des Bundesgebiets insgesamt 2266,1 Mill. DM<sup>1)</sup> und machen damit 69,5 vH der Gesamteinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln aus. Dies entspricht einer Einnahme von 50,10 DM je Einwohner. Die einzelnen Länder stehen zu diesem Bundesdurchschnitt in folgendem Verhältnis (in DM je Einwohner):

Über Bundesdurchschnitt:

- 1. Nordrhein-Westfalen mit ..... 60,42 DM
- 2. Württemberg-Hohenzollern mit ..... 54,54 DM
- 3. Württemberg-Baden mit ..... 52,97 DM

Annähernd auf Bundesdurchschnitt:

- 1. Baden mit ..... 51,78 DM
- 2. Lindau mit ..... 51,32 DM
- 3. Hessen mit ..... 50,04 DM

Unter Bundesdurchschnitt dementsprechend:

- 1. Niedersachsen mit ..... 47,54 DM
- 2. Rheinland-Pfalz mit ..... 45,85 DM
- 3. Württemberg-Baden mit ..... 52,97 DM
- 4. Bayern mit ..... 38,95 DM

Genauere Rückschlüsse auf die vorhandene Steuerkraft bzw. Besteuerungsfähigkeit und den Grad der Steueraus-schöpfung können jedoch aus dieser Stellung der Länder zum Bundesdurchschnitt nicht gezogen werden. (Bezüglich der Realsteuerkraft vergleiche statistischen Bericht »Die gemeindlichen Realsteuern im Rechnungsjahr 1949«, Arb. Nr. VII/3/2.)

Tabelle 40: Regionale Verteilung der Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern 1948 und 1949

Länder	1948		1949	
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein .....	100,9	37,23	116,1	43,08
Niedersachsen .....	270,8	40,09	326,6	47,54
Nordrhein-Westfalen .....	633,6	50,38	782,2	60,42
Hessen .....	188,0	44,60	214,9	50,04
Württemberg-Baden .....	177,7	46,77	204,3	52,97
Bayern .....	303,7	33,22	359,0	38,95
Rheinland-Pfalz .....	111,2	39,16	132,5	45,85
Baden <sup>1)</sup> .....	80,0	63,41	66,4	51,78
Württemberg-Hohenzollern .....	49,2	44,85	61,5	54,54
Lindau .....	2,2	42,60	2,8	51,32
Zusammen .....	1 918,1	43,14	2 266,1	50,10

<sup>1)</sup> Die Steuereinnahmen für 1948 waren seinerzeit geschätzt worden; das Ergebnis der Schätzung war offensichtlich zu hoch.

In ihrer Stellung zum Bundesdurchschnitt haben sich damit die Länder gegenüber dem Vorjahre verschoben. Dies drückt eine nicht gleichmäßige Entwicklung der Steuereinnahmen der einzelnen Länder aus. Die durchschnittliche Einnahmesteigerung beträgt je Einwohner 6,96 DM. Nennenswert über diesem Durchschnitt liegen Nordrhein-Westfalen mit 10,04 und Württemberg-

<sup>1)</sup> Bei den Hansestädten belaufen sich die Einnahmen aus Gemeindesteuern nach den Ergebnissen der Vierteljahrsstatistik außerdem auf 152,4 Mill. DM.

Hohenzollern mit 9,69DM je Einwohner. Die Einnahmesteigerung gewinnt an Gewicht, wenn man demgegenüber die Bevölkerungszunahme betrachtet.

Der Grund für die unterschiedliche Steigerung der Steuern in den einzelnen Ländern ist aus der Vorausmeldung nicht ohne weiteres zu erkennen, da eine Aufteilung nach Steuerarten nicht vorgenommen ist. Untersuchungen hierüber enthalten die Veröffentlichungen über die Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen (insbesondere der statistische Bericht vom 16. Juni 1950 Arb.-Nr. VII/4/8) und der schon erwähnte Bericht über die gemeindlichen Realsteuern im Rechnungsjahr 1949.

Der Vollständigkeit halber sind im folgenden aus diesen Berichten die wichtigsten Ergebnisse heranzugehen.

Dabei ergeben sich, da die Vierteljahresstatistik im Gegensatz zur Vorausmeldung eine Kassenstatistik ist, einige Unterschiede, die aber prozentual geringfügig sind und deshalb außer Acht gelassen werden können.

Tabelle 41: Die wichtigsten Steuerarten in den Jahren 1948 und 1949

Steuerart	1948 <sup>1)</sup>		1949 <sup>2)</sup>	
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.
	1	2	3	4
Grundsteuer A .....	245,2	5,83	283,2	6,26
Grundsteuer B .....	631,6	15,02	716,7	15,85
Gewerbesteuer einschl. Lohnsummensteuer .....	719,6	17,11	1006,4	22,25

<sup>1)</sup> Nach der Vorausmeldung 1948 auf ein volles Jahr berechnet. — <sup>2)</sup> Nach der Vierteljahresstatistik, vgl. Tab. 185.

Wie ein Vergleich der Realsteuern zeigt, ist die Einnahmesteigerung bei der Gewerbesteuer mit dem absoluten Betrag von 286,8 Mill. DM gleich 5,15 DM je Einwohner am größten. Die nächsthöhere Steigerung zeigt die Einnahme aus der Grundsteuer B mit 85,1 Mill. DM insgesamt und 0,83 DM je Einwohner, während die Einnahmesteigerung aus der Grundsteuer A (Landwirtschaft) nur 38 Mill. DM insgesamt und 0,43 DM je Einwohner ausmacht.

Daraus folgt, daß in den Ländern, deren kommunale Einnahmen überwiegend aus der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B fließen, die Gesamtsteuereinnahmen gegenüber den Ländern, in denen die Einnahmen aus den beiden anderen Steuerarten, vor allem aber der Grundsteuer A, vorherrschen, absolut höher und — soweit nicht andere Kompensationsmöglichkeiten vorhanden sind — auch gegen das Vorjahr stärker gestiegen sein müssen. Da die Steuerobjekte der Gewerbesteuer, also die Gewerbebetriebe, ihre stärkste Massierung in den Stadtkreisen erfahren, und die Steuerobjekte der landwirtschaftlichen Grundsteuer in den kreisangehörigen Gemeinden, und hier vor allem in den unteren Größenklassen vorkommen, heißt das, daß die Stadtkreise im Verhältnis zu den kreisangehörigen Gemeinden die relativ größten Einnahmen und der Tendenz nach die größte Einnahmesteigerung haben müssen. Andererseits bedeutet das zugleich, daß die Länder, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung die meisten Stadtkreise haben, gegenüber den Ländern, in denen große Bevölkerungsteile in den Land-

gemeinden leben, die größten Einnahmen und ebenfalls die stärkste Einnahmesteigerung gegenüber 1948 aufweisen müssen.

Ein Vergleich der Steuereinnahmen in den Stadtkreisen und den kreisangehörigen Gemeinden bestätigt diese Folgerung.

Tabelle 42: Die Steuereinnahmen der Gemeinden 1948 und 1949

Körperschaften	Steuer-ein-nahmen ins-gesamt	Darunter		
		Grund-steuer A	Grund-steuer B	Gewerbe-einschl. Lohn-summen-steuer
	1	2	3	4
Mill. DM				
Stadtkreise 1948 .....	885,6	12,3	363,2	403,2
1949 .....	1 069,4	13,8	421,0	549,3
Kreisangehörige Gemeinden 1948 .....	1 016,4	232,8	286,4	316,4
1949 .....	1 163,5	269,3	295,7	457,1
DM je Einwohner				
Stadtkreise 1948 .....	65,00	0,90	26,69	29,63
1949 .....	74,75	0,96	29,43	38,39
Kreisangehörige Gemeinden 1948 .....	32,97	8,19	9,44	11,13
1949 .....	37,63	8,71	9,56	14,78

Zwar sind in der absoluten Gesamtsumme der Steuereinnahmen die Stadtkreise etwas geringer als in den kreisangehörigen Gemeinden. Berücksichtigt man jedoch, daß die Stadtkreise 14,3 Mill. Einwohner, die kreisangehörigen Gemeinden dagegen 30,9 Mill. Einwohner haben, so weisen die Stadtkreise, d. h. die Gebiete größter Bevölkerungsdichte die relativ größten Einnahmen auf, wie die Gegenüberstellung der Beträge je Einwohner in den Stadtkreisen mit 74,75 DM<sup>1)</sup> und in den kreisangehörigen Gemeinden mit 37,63 DM<sup>1)</sup> zeigt. Ein Vergleich mit dem Vorjahre bestätigt ferner, daß sich die Einnahmen in den Stadtkreisen (mit 9,75 DM je Einwohner) stärker als die der kreisangehörigen Gemeinden (nur 4,66 DM je Einwohner) gehoben haben. Hiervon entfällt allein auf die Gewerbesteuererinnahme in den Stadtkreisen eine Steigerung von 8,76 DM<sup>2)</sup> je Einwohner.

Verstärkt wird das Übergewicht der Stadtkreise noch durch höhere Einnahmen aus der Getränkesteuer, sowie aus den Vergnügungssteuern, insbesondere der Kinosteuer.

Auch die Entwicklung des Jahres 1949 bestätigt erneut, daß die zum Teil recht beachtlichen Unterschiede, die zwischen den einzelnen Ländern in der relativen Höhe der gemeindlichen Steuereinnahmen bestehen, in erster Linie von dem mehr oder minder hohen Anteil der städtischen oder der ländlichen Bevölkerung beherrscht werden. So haben die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen die weitaus höchste absolute und relative Einnahme aus der Gewerbesteuer und der zumeist städtischen Grundsteuer B und damit aus der Gesamtheit der Steuern. Die nächst höheren Einnahmen aus der Gewerbesteuer und relativ hohe Einnahmen aus der Grundsteuer B haben sodann die Gemeinden in Württemberg-Baden, so daß auch diese mit der Gesamtsumme der Steuereinnahme über dem Bundesdurchschnitt liegen.

<sup>1)</sup> Nach der Vorausmeldung 1949. — <sup>2)</sup> Nach der Vierteljahresstatistik.

Tabelle 43: Steuerarten nach Ländern

— DM je Einwohner<sup>1)</sup> —

Länder	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe- steuer einschl. Lohn- summen- steuer	Sonstige eigene Steuern	Zu- sammen
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein ....	9,14	13,47	15,33	4,92	42,86
Niedersachsen .....	9,19	13,22	19,27	6,04	47,72
Nordrhein-Westfalen ..	2,83	20,82	31,97	5,23	60,85
Hessen .....	5,93	15,52	22,45	5,12	49,03
Württemberg-Baden ....	5,98	15,91	24,54	5,62	52,06
Bayern .....	6,66	11,93	14,78	4,08	37,46
Rheinland-Pfalz .....	10,92	16,22	17,38	4,43	48,95
Baden .....	11,22	16,98	17,86	3,58	49,64
Württemberg-Hohen- zollern <sup>2)</sup> .....	2,36	11,47	16,03	3,65	33,52
Lindau <sup>2)</sup> .....	4,16	8,98	7,99	3,58	24,66
Zusammen .....	6,26	15,85	22,25	4,98	49,34

<sup>1)</sup> Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Steuereinnahmen. — <sup>2)</sup> Es fehlen die Angaben für die kreisangehörigen Gemeinden bis 3 000 Einwohner. —

<sup>3)</sup> Nur 3. und 4. Rechnungsvierteljahr.

Auf der anderen Seite haben die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz, deren Bevölkerung vor allem durch die Unterbringung der Heimatvertriebenen weit stärker in den kleinen Gemeinden lebt, aus der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B zusammen die niedrigsten Einnahmen. Obwohl bei dem landwirtschaftlichen Charakter dieser Länder die Einnahmen aus der Grundsteuer A bemerkenswert hoch sind, liegen in der Gesamtsumme die Steuereinnahmen, vor allem in Schleswig-Holstein und Bayern, unter dem Bundesdurchschnitt. Mit 5,85 DM je Einwohner und 5,73 DM je Einwohner haben Schleswig-Holstein und Bayern — allerdings außer Hessen — die geringste Einnahmesteigerung gegenüber dem Vorjahre; aber auch Rheinland-Pfalz liegt mit seiner Einnahmesteigerung noch unter dem Bundesdurchschnitt von 6,96 DM je Einwohner.

Bei den Landkreisen sind die Umlagen die Haupteinnahmequelle. Die Steuereinnahmen sind demgegenüber nur gering, erwähnenswert ist lediglich die Einnahme aus dem Zuschlag zur Grunderwerbsteuer, die ebenfalls in Nordrhein-Westfalen ihren höchsten Betrag erreicht, wie überhaupt Nordrhein-Westfalen auch hier die größte Einnahme hat.

### c) Die allgemeinen Finanzausweisungen

Der Gesamtbetrag der allgemeinen Finanzausweisungen, die die Gemeinden zur Verwendung als allgemeine Deckungsmittel erhalten, wird auch im Jahre 1949 in seiner Höhe von 835,6 Mill. DM in erster Linie von den zum Teil recht unterschiedlichen Finanzausgleichsmaßnahmen in den einzelnen Ländern bestimmt, so daß sich bei einer länderweisen Gegenüberstellung sehr erhebliche Unterschiede zeigen. Dabei spielt auch die bei den einzelnen Ländern unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gemeinden eine Rolle. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Zuweisungen an Gemeinden, die in einem Land als allgemeine Finanzausweisungen betrachtet und als solche in den Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen) einbezogen sind, in anderen Ländern als zweckgebundene Dotationen, das sind spezielle Deckungsmittel, gegeben werden.

Tabelle 44: Gesamtbetrag der Zuweisungen vom Land

Länder	Zuweisungen für Kriegs- folgen- hilfe	Übrige zweckge- bundene Zuwei- sungen	Allgemeine Finanz- zuweisungen	Summe Ksp. 2 u. 3	Summe Ksp. 1 u. 4
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Schleswig-Holstein ....	43,6	56,8	25,8	82,7	126,3
Niedersachsen .....	95,5	89,6	92,3	181,9	277,4
Nordrhein-Westfalen ..	142,3	500,5	307,3	807,8	950,1
Hessen .....	45,0	50,2	86,4	136,6	181,7
Württemberg-Baden ....	43,5	57,2	146,3	203,6	247,0
Bayern .....	143,4	87,8	131,4	219,2	362,6
Rheinland-Pfalz .....	7,3	28,4	23,2	51,6	59,0
Baden .....	8,0	8,1	7,1	15,2	23,2
Württemberg-Hohen- zollern .....	7,4	11,0	14,9	25,9	33,3
Lindau .....	0,4	2,9	0,9	3,8	4,2
Zusammen .....	536,3	892,7	835,6	1 728,3	2 264,6
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein ....	16,19	21,10	9,59	30,69	46,88
Niedersachsen .....	13,90	13,05	13,44	26,49	40,39
Nordrhein-Westfalen ..	10,99	38,66	23,74	62,40	73,39
Hessen .....	10,48	11,70	20,12	31,82	42,30
Württemberg-Baden ....	11,27	14,83	37,94	52,77	64,04
Bayern .....	15,56	9,53	14,25	23,78	39,34
Rheinland-Pfalz .....	2,54	9,84	8,03	17,87	20,41
Baden .....	6,24	6,32	5,53	11,85	18,09
Württemberg-Hohen- zollern .....	6,52	9,79	13,21	23,00	29,52
Lindau .....	7,08	53,23	15,98	69,21	76,29
Zusammen .....	11,86	19,74	18,47	38,21	50,07

Vergleicht man jedoch die auf die Bevölkerung bezogenen Beträge, mindern sich die Unterschiede in ihrem Ausmaß und verändern sich in ihrer Rangfolge. Württemberg-Baden steht nunmehr an erster Stelle, erst dann folgt Nordrhein-Westfalen. Beachtlich hoch sind auch die Zuweisungen Hessens; an letzter Stelle stehen Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden.

Ein Rückschluß aus diesen Zahlen auf die Leistungsfähigkeit und -willigkeit der Länder ist jedoch ohne Berücksichtigung der Besonderheiten in den gesetzlichen Finanzausgleichsbestimmungen und ebenfalls der zweckgebundenen Zuweisungen nicht möglich.

So erklären sich die hohen Beträge, in Württemberg-Baden zum Teil dadurch, daß den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ein bestimmter Mindestanteil an dem Jahresaufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugebilligt ist, während für die anderen Länder eine solche »Garantiesumme« nicht besteht.

Der relativ hohe Betrag Hessens ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß neben Schlüssel-, Bedarfszuweisungen und Bürgersteuerausgleichsentschädigungen noch Restbeträge nachträglich erhöhter Erstaussstattungen ausgeschüttet sind.

Der hohe Anteil Nordrhein-Westfalens findet seinen Grund wohl in der großen Ausgabenhöhe, die ein Land mit einer relativ großen Anzahl von Stadtkreisen und erheblichen Kriegszerstörungen hat, beides Tatsachen, die im Finanzausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalens auch ihre Berücksichtigung finden.

Der dagegen geringe Betrag in Baden erklärt sich daraus, daß einmal das Land weitgehend kommunale Ausgaben unmittelbar durchführt, zum anderen der Finanzausgleich seit 1945 ruht und lediglich Bedarfszuweisungen gegeben werden. Und die niedrigen Finanzausweisungen in Rheinland-Pfalz beruhen darauf, daß nur an die Kreise Schlüsselzuweisungen ausgegeben wurden, während die Gemeinden Bürger-

steuerausgleichsbeträge, Grundsteuerausfallentschädigungen und gegebenenfalls Bedarfszuweisungen erhalten haben.

Der geringe Anteil je Einwohner in Schleswig-Holstein beruht auf einer weitgehend geringen Finanzkraft im Verhältnis zu der Größe der Aufgaben, wie ein Blick auf die zweckgebundenen Zuweisungen schließen läßt. Dies zeigt, daß auch die Berücksichtigung der obengenannten Besonderheiten noch kein zutreffendes Bild über die Leistungen der Länder gibt, sondern erst eine Gegenüberstellung der allgemeinen Finanzzuweisungen mit den zweckgebundenen Zuweisungen einen vollständigen Einblick in die finanziellen Bewegungen zwischen Staat und Gemeinde in den einzelnen Ländern gewährt.

Die hohen Finanzzuweisungen Württemberg-Badens drücken sich in dem gleichfalls hohen Anteil an der Gesamtsumme der allgemeinen Deckungsmittel mit 39,9 vH (vgl. Tabelle 39) und in der Relation zu den Steuereinnahmen in Höhe von 71,6 vH aus, während in Hessen der Anteil an der Gesamtsumme 25,3 vH und das Verhältnis zu den Steuereinnahmen 40,2 vH beträgt. Der Anteilbetrag der Finanzzuweisungen an der Gesamtsumme der allgemeinen Deckungsmittel macht in Nordrhein-Westfalen 28,7 vH aus und das Verhältnis zu den Steuereinnahmen 39,3 vH.

Mit 7,4 vH sind die Finanzzuweisungen an der Gesamtsumme anteilmäßig ebenfalls in Baden am niedrigsten, desgleichen mit 10,7 vH im Verhältnis zu den Steuereinnahmen. Dann folgen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein mit Anteilen an der Gesamtsumme von jeweils 12,0 vH und 17,2 vH und mit den Relationen zu den Steuereinnahmen von 17,5 vH und 22,3 vH.

Tabelle 45: Allgemeine Finanzzuweisungen in vH der Gesamteinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln und in vH der Steuereinnahmen 1949

Länder	vH der Gesamteinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln	vH der Steuereinnahmen
	1	2
Württemberg-Baden .....	39,9	71,6
Nordrhein-Westfalen .....	28,7	39,3
Hessen .....	25,3	40,2
Schleswig-Holstein .....	17,2	22,3
Rheinland-Pfalz .....	12,0	17,5
Baden .....	7,4	10,7
Bundesdurchschnitt .....	25,6	36,9

Wie bereits ausgeführt, läßt erst eine Berücksichtigung auch der zweckgebundenen Zuweisungen einen Rückschluß auf die Leistungen bzw. Anspannungen der Länder zu.

Da die Zuweisungen für die Kriegsfolgenhilfe einmal im Verhältnis zu den übrigen zweckgebundenen Zuweisungen unvergleichlich hoch sind und zum anderen diese Fürsorgemaßnahmen ihrem Wesen nach keine eigentliche Aufgabe der Gemeinden ist — weswegen sie auch durchweg mit hohen Prozentsätzen von den Ländern erstattet wird — hier eine gesonderte Betrachtung angebracht.

In den flüchtlingsreichen Ländern Schleswig-Holstein (16,19 DM), Bayern (15,56 DM) und sodann Niedersachsen (13,90 DM) sind, auf die Bevölkerung bezogen, diese Zuweisungen für Kriegsfolgenhilfe am höchsten,

während andererseits die Länder ohne eine große Flüchtlingsaufnahme, also die der französischen Zone, die geringsten Zuweisungen haben. Hier ist vor allem der niedrige Betrag in Rheinland-Pfalz mit 2,54 DM je Einwohner auffällig (vgl. Texttabelle 44).

Die übrigen zweckgebundenen Zuweisungen zeigen ein von dieser Größenordnung abweichendes Bild. Im Verhältnis zu den allgemeinen Finanzzuweisungen bewegen sie sich zum Teil in umgekehrter Korrelation. Vor allem in Schleswig-Holstein und Hessen stehen sie sich fast diametral gegenüber. Schleswig-Holstein hat an übrigen zweckgebundenen Zuweisungen 21,10 DM je Einwohner und an allgemeinen Finanzzuweisungen 9,59 DM je Einwohner (also doppelt so hohe zweckgebundene Zuweisungen wie allgemeine Finanzzuweisungen), während Hessen an übrigen zweckgebundenen Zuweisungen 11,70 DM und an allgemeinen Finanzzuweisungen 20,12 DM je Einwohner (also nur halb so große zweckgebundene Zuweisungen wie allgemeine Finanzzuweisungen) aufweist.

Weiterhin zeigt Nordrhein-Westfalen mit 38,66 DM je Einwohner im Verhältnis zu den allgemeinen Finanzzuweisungen höhere Einnahmen bei den zweckgebundenen Zuweisungen, während bei Württemberg-Baden und Bayern noch die allgemeinen Finanzzuweisungen gegenüber den zweckgebundenen Zuweisungen nennenswert überwiegen.

Infolge dieser voneinander abweichenden bzw. sich entgegenstehenden Tendenzen im Verhältnis der zweckgebundenen Zuweisungen (ohne Kriegsfolgenhilfe) zu den allgemeinen Finanzzuweisungen, sagt erst die Summe beider, sowie auch die Einbeziehung der Kriegsfolgenhilfe etwas über die Leistungen des Landes für die Gemeinden aus.

Mit dem absolut höchsten Gesamtbetrag von 950,1 Mill. DM und — nach Lindau — auch dem höchsten Betrag je Einwohner von 73,39 DM sind sie am größten in Nordrhein-Westfalen. Erst in einigem Abstand ist Bayern mit einem Gesamtbetrag von 362,6 Mill. DM zu nennen. In bezug auf den in DM je Einwohner berechneten Betrag rückt Bayern jedoch an die 7. Stelle und Württemberg-Baden folgt nach Nordrhein-Westfalen mit 64,04 DM je Einwohner und sodann Schleswig-Holstein — das jedoch schon unter dem

Tabelle 46: Finanzzuweisungen und Bruttoausgaben

Länder	Einschl. Kriegsfolgenhilfe			Ohne Kriegsfolgenhilfe		
	Bruttoausgaben	Zweckgebundene und allgemeine Finanzzuweisungen		Bruttoausgaben	Zweckgebundene und allgemeine Finanzzuweisungen	
	Mill. DM	vH d. Ksp. 1		Mill. DM	vH d. Ksp. 4	
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein ...	354,6	126,3	35,6	293,0	82,7	28,2
Niedersachsen .....	857,6	277,4	32,3	702,9	181,9	25,8
Nordrhein-Westfalen ..	2 287,0	950,1	41,5	2 067,1	807,8	39,1
Hessen .....	631,6	181,7	28,8	557,1	136,6	24,5
Württemberg-Baden ...	642,1	247,0	38,5	587,4	203,6	34,6
Bayern .....	1 121,5	362,6	32,3	928,0	219,2	23,6
Rheinland-Pfalz .....	344,1	59,0	17,1	323,6	51,6	16,0
Baden .....	159,0	23,2	14,6	147,6	15,2	10,3
Württemberg-Hohen-						
zollern .....	150,0	33,3	22,2	138,9	25,9	18,7
Lindau .....	9,0	4,2	46,4	8,4	3,8	45,2
Zusammen .....	6 556,7	2 264,6	34,5	5 754,1	1 728,3	30,0
Darunter						
Städtkreise .....	3 026,6	995,9	32,9	2 856,1	888,0	31,1
Landkreise einschl. ihrer Gemeinden	3 343,3	1 233,9	36,9	2 733,2	819,5	30,0

Durchschnitt von 50,07 DM liegt — mit 46,88 DM je Einwohner. Dieser Unterschied zwischen den vier Ländern bleibt auch nach Abzug der Kriegsfolgenhilfe bestehen.

Wenn man von der Kriegsfolgenhilfe absieht, sind von den gesamten kommunalen Bruttoausgaben in Höhe von 5754,1 Mill. DM rund 30,0 vH, nämlich 1728,3 Mill. DM, durch die speziellen und die allgemeinen Finanzzuweisungen des Staates finanziert. Ein Unterschied dieser Relation zwischen Stadt und Land (Landkreisen und ihren Gemeinden) besteht hierbei kaum.

Aber die zwischen den einzelnen Ländern bestehenden Unterschiede im Umfang der staatlichen, sowohl speziellen wie allgemeinen Zuweisungen, kommen bei diesem Vergleich zwischen kommunalen Ausgaben und staatlicher Beteiligung an diesen voll zur Wirkung. In Nordrhein-Westfalen machen die staatlichen Zuweisungen 39 vH der gemeindlichen Ausgaben aus. Die früher erwähnten umfangreichen Aufwendungen des Landes für die Kriegsschädenbeseitigung, den Wohnungsbau und andere Investitionsaufgaben schlagen sich in diesem Zahlenverhältnis nieder. Auch in Württemberg-Baden liegt der Anteil, mit dem die staatlichen Zuweisungen an der Finanzierung der gemeindlichen Ausgaben beteiligt sind, über dem Bundesdurchschnitt.

Auffallend niedrig dagegen sind im Verhältnis zu den Bruttoausgaben die staatlichen Zuweisungen in den drei Ländern der französischen Zone. Diese niedrige Relation vermittelt den Eindruck, daß die in 1949 noch bestehenden hohen Belastungen durch die finanziellen Anforderungen seitens der Besatzungsmacht den drei Ländern eine stärkere finanzielle Stützung der kommunalen Ausgaben ihrer Gemeinden nicht erlaubt haben.

Tabelle 47: Vergleich zwischen Bruttoausgaben und Gesamtbetrag der Finanzzuweisungen  
— DM je Einwohner —

Länder	Bruttoausgaben	Zweckgebundene und allgemeine Finanzzuweisungen		Differenz
		Kriegsfolgenhilfe	Übrige Verwaltungszweige	
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein .....	131,65	16,19	30,69	84,77
Niedersachsen .....	124,85	13,90	26,49	84,46
Nordrhein-Westfalen .....	176,68	10,99	62,40	103,29
Hessen .....	147,09	10,49	31,82	104,78
Württemberg-Baden .....	166,47	11,27	52,77	102,43
Bayern .....	121,68	15,56	23,78	82,34
Rheinland-Pfalz .....	119,13	2,54	17,87	98,72
Baden .....	124,04	6,24	11,85	105,95
Württemberg-Hohenzollern .....	133,08	6,52	23,00	103,56
Lindau .....	164,44	7,08	69,21	88,15
Bundesdurchschnitt .....	144,97	11,86	38,21	94,95

Aus dem hier durchgeführten Vergleich zwischen den Bruttoausgaben und den gesamten Finanzzuweisungen (Summe von speziellen und allgemeinen Zuweisungen) ergibt sich also, daß von den Gesamtausgaben in Höhe von 6 556,7 Mill. DM (vgl. Texttabelle 44)

536,3 Mill. DM durch Finanzzuweisungen für Kriegsfolgenhilfe,

1 728,3 Mill. DM durch sonstige staatliche Zuweisungen,

also 4 292,1 Mill. DM aus eigenen Mitteln der Gemeinden (einschließlich Schulaufnahmen)

finanziert worden sind.

Die Ausgaben, die die Gemeinden selbst finanziert haben, machen im Durchschnitt des Bundesgebiets 95 DM je Einwohner aus. Zwischen den einzelnen Ländern bestehen naturgemäß auch hier Unterschiede. Aber es ist sehr beachtlich, daß diese Verschiedenheiten der Höhe nur gering sind, auf jeden Fall erheblich kleiner als die Unterschiede in der Höhe der Gesamtausgaben. Es ergibt sich somit, daß die aus eigenen Mitteln finanzierten Ausgaben das stetigere Element in der kommunalen Finanzwirtschaft sind, die Ausweitung aber der Ausgaben über diese hinaus in starkem Maße von den staatlichen Beiträgen abhängig sind.

## d) Die Erwerbseinkünfte

Die wirtschaftlichen Unternehmen der kommunalen Ebene sind auch durch die Vorausmeldung für 1949 nur soweit erfaßt, wie ihre Einnahmen und Ausgaben in die gemeindliche Rechnung eingehen.

Insgesamt sind durch die Vorausmeldung für 1949 an Einnahmen 779,7 Mill. DM und an Ausgaben 540,1 Mill. DM erfaßt. Es ergibt sich somit rechnerisch ein Überschuß von 239,6 Mill. DM. Dieser Betrag ist in den Gesamtabschluß der vorläufigen Finanzstatistik als allgemeines Deckungsmittel eingesetzt worden.

Jedoch läßt sich schon aus Einzelheiten auch der Vorausmeldung erkennen, daß der Betrag von 239,6 Mill. DM mehr rechnerisch entstanden ist und nicht in vollem Umfang frei zur Verfügung stand, daß er vor allem nicht identisch mit einem Überschuß der laufenden Betriebsrechnung ist.

So ist in den vorgenannten Zahlen der Einnahmen und Ausgaben auch die außerordentliche Rechnung enthalten. Hier sind an Ausgaben 121,6 Mill. DM verbucht, denen an Einnahmen ein um 1,6 Mill. DM höherer Betrag von 123,3 Mill. DM gegenübersteht. Wenn auch nicht alle Investitionen in der außerordentlichen Rechnung nachgewiesen sein dürften, so läßt der vorgenannte Betrag der außerordentlichen Ausgaben doch erkennen, daß auch in den nicht vergesellschafteten kommunalen Betrieben beachtliche Mittel für den Bau und Wiederaufbau kommunaler Werke (wobei zumeist wohl an Versorgungs- und Verkehrsbetriebe zu denken ist) eingesetzt worden sind.

An der Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben sind auch staatliche Zuweisungen im Umfang von 16,8 Mill. DM beteiligt. Von dem Rest dürfte ein sehr hoher Betrag auf die Schuldaufnahme entfallen.

Von den Gesamtausgaben der hier erfaßten Unternehmen dienten 37 Mill. DM der Beseitigung von Kriegsschäden. Diese Aufwendungen dürften zum Teil mit den Ausgaben der außerordentlichen Rechnung identisch sein.

Vom ordentlichen Haushalt der kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen sind 418,5 Mill. DM an Ausgaben und 656,1 Mill. DM an Einnahmen durch die Vorausmeldung erfaßt. Es ergibt sich somit ein rechnerischer Überschuß in Höhe von 237,9 Mill. DM. Jedoch ist auch hier in der ordentlichen Rechnung die Höhe der Einnahmen und Ausgaben durch Finanzvorfälle beeinflusst, die offensichtlich außerhalb der laufenden Betriebsrechnung liegen. Kennzeichnend dafür ist der in den Einnahmen enthaltene Betrag von 17,8 Mill. DM staatliche Zuweisungen.

Von diesen Überschüssen der wirtschaftlichen Unternehmen in Höhe von 239,6 Mill. DM entfällt der absolut höchste Betrag auf Bayern mit 49,1 Mill. DM, während der Betrag in DM je Einwohner mit 18 DM am größten in Baden ist, wo er auch den größten Teil an der Gesamtsumme der allgemeinen Deckungsmittel ausmacht. In der Rangfolge abwärts sind dann Rheinland-Pfalz und Hessen mit 14 und 11 DM je Einwohner und 20,2 und 13,5 vH der Gesamtsumme zu nennen, während an letzter Stelle noch Schleswig-Holstein und Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit 2,37 DM je Einwohner und 2,9 vH des Gesamtbetrages erscheinen.

Von den Erträgen des übrigen Erwerbsvermögens sind lediglich in Baden und Württemberg-Baden Überschüsse zu verzeichnen, während alle übrigen Länder Zuschüsse ausweisen. Im Kapital- und Sondervermögen sind die Überschüsse geringer, ebenfalls im nicht aufgeteilten Vermögen der kreisangehörigen Gemeinden bis 3000 Einwohner.

e) Die allgemeinen Umlagen

Von den allgemeinen Umlageausgaben in Höhe von 598,3 Mill. DM (vgl. Tabelle 38) weisen die kreisangehörigen Gemeinden mit 440 Mill. DM den höchsten Ausgabebetrag auf. Von dieser Summe entfällt der größte Anteil mit rund 380 Mill. DM auf die Landkreise, während die Ämter der Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz insgesamt nur 60 Mill. DM erhalten.

Diese Ausgabe der kreisangehörigen Gemeinden an Kreisumlage setzt sich auf sehr unterschiedliche Weise aus den einzelnen Länderergebnissen zusammen. Mit den absoluten Beträgen liegen die Länder Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen um ein Mehrfaches vor den anderen Ländern. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet ist das Ausmaß der Unterschiede zwar nicht mehr ganz so groß, aber trotzdem noch von beachtlichem Ausmaß.

Tabelle 48: Die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden an Kreisumlagen<sup>1)</sup>

Länder	Steuer- ein- nahmen	Umlageausgaben		
		Mill. DM	vH der Steuer- ein- nahmen	DM je Ein- wohner
		1	2	3
Schleswig-Holstein .....	71,9	19,5	27,1	9,61
Niedersachsen .....	198,1	84,5	42,6	15,92
Nordrhein-Westfalen .....	316,0	84,3	26,7	12,40
Hessen .....	102,7	26,0	25,3	8,39
Württemberg-Baden .....	107,8	25,7	23,9	9,71
Bayern .....	171,4	88,2	51,5	13,55
Rheinland-Pfalz .....	82,1	23,3	28,4	10,26
Baden .....	51,5	13,8	26,8	12,60
Württemberg-Hohenzollern .....	60,5	14,0	23,2	12,42
Lindau .....	1,4	0,7	45,2	18,25
Zusammen .....	1 163,5	380,0	32,7	12,29

<sup>1)</sup> Ohne Umlageausgaben für die Ämter.

Über dem Bundesdurchschnitt stehen außer Lindau noch Niedersachsen und Bayern. Annähernd im Bundesdurchschnitt liegen Baden, Württemberg-Hohenzollern und Nordrhein-Westfalen. Unter dem Bundesdurchschnitt sind hier Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden, Schleswig-Holstein und Hessen.

Die unterschiedliche Höhe ergibt sich durch die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen. Für einen Teil der Länder, d. h. für Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Württemberg-Hohenzollern, Nordrhein-Westfalen und Hessen trifft eine analoge Regelung zu. In allen diesen Ländern besteht eine der Grundlagen der Umlagen in der Beziehung auf die Steuerkraftmeßzahl bzw. die Schlüsselzuweisungen.

Da jedoch in den einzelnen Ländern nicht nur die Steuerkraftmeßzahlen, sondern auch die Schlüsselzuweisungen auf verschiedene Art bestimmt werden und zudem die Steuermeßbeträge als die Bezugsgröße der Steuerkraftmeßzahlen in den einzelnen Ländern verschieden sind, müssen sich notwendigerweise verschiedene hohe Umlagebeträge ergeben. Diese Umstände zuzüglich der fehlenden Parallelität zwischen Steuerkraftmeßzahlen und Steueraufkommen bedingen auch, daß trotz ähnlicher formaler gesetzlicher Bestimmungen das Verhältnis der Umlageausgaben der kreisangehörigen Gemeinden zu den Steuereinnahmen nicht gleich ist, wie die Tabelle 48 zeigt.

Die hohe Umlageausgabe der kreisangehörigen Gemeinden in Niedersachsen beruht darauf, daß die Zuschläge zur Kreisumlage, die die von unmittelbaren Kriegsschäden nicht betroffenen Gemeinden aus dem Mehraufkommen ihrer Grundsteuer an die Landkreise zu leisten haben — die sie wiederum als Zuschläge zur Landesumlage weiterleiten — in den Ausgabebeträgen der kreisangehörigen Gemeinden mit enthalten sind.

Das Gegenstück zu den Umlageausgaben der kreisangehörigen Gemeinden sind die Umlageeinnahmen auf Seiten der Landkreise. In Baden erhöhen sich diese um die Zahlungen der drei Städte Freiburg, Konstanz und Baden-Baden. Die nächste Gruppe der Umlageausgaben umfaßt die von den Land- und Stadtkreisen gezahlte Bezirksumlage. Insgesamt beträgt sie 158,3 Mill. DM, wovon 83 Mill. DM auf die Landkreise und 75,3 Mill. DM auf die Stadtkreise entfallen (vgl. Tabelle 38).

Tabelle 49: Umlageausgaben der Stadt- und Landkreise und Umlageeinnahmen der Bezirks- (Provinzial-) Verbände

Länder	Umlageausgaben				Umlage- ein- nahmen der Bezirks- (Provinzial-) Verbände
	Stadt- kreise	Land- kreise	Zusammen		Mill. DM
	Mill. DM			DM je Ein- wohner	
	1	2	3	4	
Schleswig-Holstein . . . .	—	—	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	8,2	23,0	31,2	4,55	—
Nordrhein-Westfalen . .	27,7	16,0	43,8	3,38	2,2
Hessen . . . . .	4,8	4,6	9,4	2,19	7,5
Württemberg-Baden . .	3,3	2,6	5,9	1,54	4,0
Bayern . . . . .	28,2	35,2	63,4	6,88	61,1
Rheinland-Pfalz . . . .	0,6	0,9	1,5	0,51	1,7
Baden . . . . .	2,3	—	2,3	1,81	—
Württemberg-Hohen- zollern . . . . .	—	0,4	0,4	0,39	2,1
Lindau . . . . .	0,1	0,1	0,3	4,87	—
Zusammen . . . . .	75,3	83,0	158,3	3,50	78,6

In der Umlagenhöhe in DM je Einwohner berechnet stehen auch nach Hinzuziehung der Stadtkreise Niedersachsen und Bayern an erster Stelle. Die nächst höhere Ausgabe hat sodann Nordrhein-Westfalen. Bei einem länderweisen Vergleich ist — wie erwähnt — zu be-

achten, daß nicht die Gesamtsumme der Umlageausgaben der Stadt- und Landkreise als Einnahme bei Bezirks-(Provincial-)verbänden erscheint, sondern ein Teil dieser Umlagen unmittelbar dem Land zufließt wie z. B. Niedersachsen.

Von Nordrhein-Westfalen erhält der auf Provinzialebene stehende Ruhrsiedlungsverband nur 2,2 Mill. DM, während der Rest an den zum Land zählenden Provinzialverband abgeführt wird.

In Hessen gehen die Umlagen des Regierungsbezirkes Darmstadt an die Landeskasse. Ebenfalls in Lindau sind die Umlagen für den Landeshaushalt bestimmt. Weitere Abweichungen zwischen Umlageausgaben und -einnahmen ergeben sich noch in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Hier handelt es sich auf der Einnahmenseite — bis auf den Kommunalverband Sigmaringen — um den Landesfürsorgeverband des ehemaligen Landes Württemberg. Eine Zusammenfassung beider stellt eine Entsprechung von Ausgaben und Einnahmen annähernd wieder her, so daß die Abweichungen durch die Verschiebungen bei der statistischen Erfassung zu erklären sind.

Die ausgewiesenen Beträge in Baden stellen nur die Ausgaben der Stadtkreise dar. Als Kreisumlage werden sie an die Landkreise abgeführt.

Die 3. Gruppe der Umlagen, die jedoch nur die Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz betrifft, ist die für die Ämter, die ebenfalls von kreisangehörigen Gemeinden dieser Länder aufgebracht wird. Die Gesamtsumme von 60 Mill. DM verteilt sich mit 4,9 Mill. DM auf Schleswig-Holstein, 43,4 Mill. DM auf Nordrhein-Westfalen und 11,7 Mill. DM auf Rheinland-Pfalz.

2. Der Gesamtabschluß

(hierzu Tabellen 111, 112, 113, 114, 115)

In den der Geldumstellung vom Juni 1948 folgenden 9-DM-Monaten des Rechnungsjahres 1948 hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets einen sehr beachtlichen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben, nämlich in Höhe von 270 Mill. DM. Jedoch war dieser ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden als Ersatz für die unmittelbar nach der Geldumstellung fehlenden Einnahmen die bekannte Erstaussstattung erhalten hatten. Schätzt man diese (vgl. Band 3 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland S. 16) auf 562,2 Mill. DM, so ergibt sich für die 9-DM-Monate des Rechnungsjahres 1948 ein Fehlbetrag der Haushaltsrechnung in Höhe von 292, 2 Mill. DM.

Im Rechnungsjahr 1949 dagegen schließen die Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets in

ihrer Gesamtheit mit einem Ist-Überschuß der Einnahmen ab. Die auf 3259,9 Mill. DM sich belaufenden allgemeinen Deckungsmittel gehen nämlich um 139,5 Mill. DM über den oben mit 3120,5 Mill. DM ermittelten Zuschußbedarf hinaus.

Jedoch ist der Überschuß in der vorgenannten Höhe von 139,5 Mill. DM zunächst nur ein rein rechnerischer. In ihm ist nämlich der Überschuß der außerordentlichen Rechnung in Höhe von 38,3 Mill. DM enthalten, der im wesentlichen noch nicht verbrauchte Anleihemittel darstellen dürfte. In der ordentlichen Rechnung beschränkt sich die als echter Überschuß anzusehende Mehreinnahme auf einen Betrag von 101,2 Mill. DM.

Tabelle 50: Überschuß der ordentlichen und der außerordentlichen Rechnung in den Gemeinden der einzelnen Länder — Mill. DM —

Länder	Ordentliche Rechnung	Außerordentliche Rechnung	Zusammen
	1	2	3
Schleswig-Holstein .....	— 0,8 <sup>1)</sup>	4,7	3,9
Niedersachsen .....	16,0	9,9	25,8
Nordrhein-Westfalen .....	14,3	18,2	32,5
Hessen .....	11,4	0,0	11,5
Württemberg-Baden .....	19,6	0,4	20,0
Bayern .....	17,5	4,3	21,8
Rheinland-Pfalz .....	2,4	1,4	3,8
Baden .....	9,8	— 0,2 <sup>1)</sup>	9,6
Württemberg-Hohenzollern .....	10,5	— 0,4 <sup>1)</sup>	10,0
Lindau .....	0,4	0,1	0,5
Zusammen .....	101,2	38,3	139,5

<sup>1)</sup> Fehlbetrag.

Von Schleswig-Holstein abgesehen schließen in allen Ländern die Gemeinden und Gemeindeverbände in der ordentlichen Rechnung des Jahres 1949 mit einem Überschuß ab. Seine Höhe ist verschieden. Dem absoluten Betrag nach ist er am höchsten in Bayern, Niedersachsen und Württemberg-Baden, im Verhältnis zur Bevölkerung in Württemberg-Hohenzollern.

Tabelle 51: Der Überschuß im Verhältnis zu den Eigenausgaben

Körperschaften	Mill. DM	vH der Eigenausgaben
	1	2
Stadtkreise .....	48,4	2,0
Kreisangehörige Gemeinden .....	73,3	4,4
Landkreise .....	14,9	1,7
Bezirks- (Provincial-) Verbände .....	2,8	1,7
Zusammen .....	139,5	2,7

Beachtlich ist vor allem, daß die an der absoluten und relativen Höhe der Überschüsse gemessene

Tabelle 52: Rechnerischer Gesamtabschluß

— Mill. DM —

Länder	Mehr- einnahmen 1949 <sup>1)</sup>	Abwicklung der Vorjahre	Zusammen	Davon verwendet für			Verbleibt rechnerischer Überschuß
				Rücklagen	nicht aufteil- baren Schuldendienst	Zusammen	
1	2	3	4	5	6	7	
Schleswig-Holstein .....	3,9	— 0,9	3,0	2,3	0,4	2,7	0,3
Niedersachsen .....	25,8	11,5	37,4	5,6	0,7	6,3	31,1
Nordrhein-Westfalen .....	32,5	56,1	88,7	8,0	2,3	10,3	78,4
Hessen .....	11,5	14,9	26,3	6,0	0,3	6,3	20,0
Württemberg-Baden .....	20,0	14,7	34,7	7,7	— 0,4	7,4	27,3
Bayern .....	21,8	42,7	64,5	12,9	0,2	13,1	51,4
Rheinland-Pfalz .....	3,8	10,9	14,8	4,0	0,5	4,5	10,3
Baden .....	9,6	2,8	12,4	3,7	0,6	4,2	8,1
Württemberg-Hohenzollern .....	10,0	3,8	13,8	1,5	— 0,0	1,5	12,3
Lindau .....	0,5	0,2	0,7	0,1	— 0,0	0,1	0,7
Zusammen .....	139,5	156,7	296,2	51,9	4,5	56,4	239,8

<sup>1)</sup> Überschuß der allgemeinen Deckungsmittel über den Zuschußbedarf.



günstige Finanzentwicklung des Jahres 1949 am stärksten bei den kreisangehörigen Gemeinden zum Ausdruck kommt. Auf sie nämlich entfällt mehr als die Hälfte der rechnerisch ermittelten Überschüsse. Diese machen hier 4,4 vH der Eigenausgaben aus gegenüber nur 2,7 vH im Durchschnitt aller Gemeinden. Relativ am höchsten sind diese Überschüsse der kreisangehörigen Gemeinden in Niedersachsen mit 6,0 vH, in Württemberg-Baden mit 6,8 vH, in Württemberg-Hohenzollern mit 8,1 vH und in Baden mit 1,3 vH der Eigenausgaben.

Die Höhe der Überschüsse beherrscht auch die Bewegung der Rücklagen. Soweit es sich um spezielle Rücklagen bei den einzelnen Verwaltungszweigen handelt, ist ihre Bewegung durch die Vorausmeldung nicht erfaßt. Aber bei den allgemeinen für den Gesamthaushalt gebildeten Rücklagen ist durch die Vorausmeldung ermittelt, daß ihnen im Jahre 1949 ansehnliche Beträge zugeführt worden sind. Zwar sind bei einzelnen Gemeinden auch Entnahmen aus den Rücklagen erfolgt. Für die Gesamtheit aller Gemeinden summieren sich diese Entnahmen auf einen Betrag von 14,4 Mill. DM, wovon 3,7 Mill. DM auf Württemberg-Baden und 3,3 Mill. DM auf Bayern entfallen. Aber die Zuführungen an die allgemeinen Rücklagen überwiegen und summieren sich zu einem Gesamtbetrag von 66,3 Mill. DM.

Tabelle 53: Bewegung der Rücklagen für den Gesamthaushalt und Abwicklung der Vorjahre  
— Mill. DM —

Körperschaften	Rücklagen			Abwicklung der Vorjahre
	Entnahmen	Zuführungen	Saldo	
	1	2	3	
Stadtkreise .....	6,3	21,4	15,1	38,0
Kreisangehörige Gemeinden .....	6,1	33,4	27,3	102,2
Landkreise .....	1,3	9,7	8,4	14,6
Bezirks- (Provinzial-) Verbände ..	0,7	1,8	1,1	1,9
Zusammen .....	14,4 <sup>1)</sup>	66,3	51,9	156,7

<sup>1)</sup> Einschl. besonderer Einnahmen, die den Rücklagen zugeführt worden sind (z. B. 6,6 Mill. DM Erstaussstattung in Württemberg-Baden).

Es entspricht der bei den kreisangehörigen Gemeinden günstigeren Entwicklung der Überschüsse, daß hier auch die Zuführungen an die Rücklagen merklich höher sind als im Durchschnitt der übrigen Körperschaften.

Wenn auch, wie betont, die Bewegung der speziellen Rücklagen bei den einzelnen Verwaltungszweigen durch die Vorausmeldung zur Gemeindefinanzstatistik nicht ermittelt ist, so bekunden doch die vorstehend beleuchteten Überschüsse und Zuführungen an die allgemeinen Rücklagen, daß die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1949 sich günstig gestaltet hat.



## Inhalt des Tabellentils<sup>1)</sup>

111. Gesamtab schluß der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern .....	54
112. Gesamtab schluß der Stadtkreise nach Ländern .....	56
113. Gesamtab schluß der kreisangehörigen Gemeinden nach Ländern .....	58
114. Gesamtab schluß der Landkreise nach Ländern .....	60
115. Gesamtab schluß der Bezirks- (Provinzial-) Verbände nach Ländern .....	62
116. Bruttoausgaben, Eigenausgaben und Zuschußbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände ...	64
117. Bruttoausgaben, Eigenausgaben und Zuschußbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände, getrennt für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt .....	65
118. Bruttoausgaben, Eigenausgaben und Zuschußbedarf nach Körperschaften .....	66
121. Bruttoausgaben nach Ländern .....	68
122. Bruttoausgaben nach Körperschaften .....	70
123. Gesamtbetrag der Bruttoausgaben nach Körperschaften und Ländern .....	71
124. Bruttoausgaben nach Ländern und Körperschaften .....	72
125. Bruttoausgaben nach Ländern, getrennt für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt .....	76
126. Bruttoausgaben nach Körperschaften und Ländern — Ordentlicher Haushalt — .....	78
127. Bruttoausgaben nach Körperschaften und Ländern — Außerordentlicher Haushalt — .....	82
131. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Ländern .....	86
132. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Körperschaften .....	88
133. Gesamtbetrag der zweckgebundenen Zuweisungen vom Land nach Körperschaften und Ländern .....	89
134. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Ländern und Körperschaften .....	90
135. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Ländern, getrennt für ordentlichen und außer- ordentlichen Haushalt .....	94
136. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Körperschaften und Ländern — Ordentlicher Haushalt — .....	96
137. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Körperschaften und Ländern — Außerordentlicher Haushalt — .....	100
138. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Körperschaften — vH der Bruttoausgaben — ...	104
139. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Ländern — vH der Bruttoausgaben — .....	105
141. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Ländern .....	106
142. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Körperschaften .....	108
143. Gesamtbetrag der Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Körperschaften und Ländern .....	109
144. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Ländern und Körperschaften .....	110
145. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Ländern, getrennt für ordentlichen und außerordent- lichen Haushalt .....	114
146. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Körperschaften und Ländern — Ordentlicher Haushalt — .....	116
147. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Körperschaften und Ländern — Außerordentlicher Haushalt — .....	120
151. Spezielle Deckungsmittel nach Ländern .....	124
152. Spezielle Deckungsmittel nach Körperschaften .....	126
153. Gesamtbetrag der speziellen Deckungsmittel nach Körperschaften und Ländern .....	127
154. Spezielle Deckungsmittel nach Ländern und Körperschaften .....	128
155. Spezielle Deckungsmittel nach Ländern, getrennt für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt .....	132
156. Spezielle Deckungsmittel nach Körperschaften und Ländern — Ordentlicher Haushalt — .....	134
157. Spezielle Deckungsmittel nach Körperschaften und Ländern — Außerordentlicher Haushalt — ..	138
158. Spezielle Deckungsmittel nach Körperschaften — vH der Eigenausgaben — .....	142
159. Spezielle Deckungsmittel nach Ländern — vH der Eigenausgaben — .....	143
161. Zuschußbedarf nach Ländern .....	144
162. Zuschußbedarf nach Körperschaften .....	146
163. Gesamtbetrag des Zuschußbedarfs nach Körperschaften und Ländern .....	147
164. Zuschußbedarf nach Ländern und Körperschaften .....	148
171. Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden nach Ländern .....	152
172. Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden nach Körperschaften .....	154
173. Gesamtbetrag der Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden nach Körperschaften und Ländern .....	155
174. Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden nach Ländern und Körperschaften .....	156
175. Anteilbeträge der ordentlichen an die außerordentliche Rechnung nach Körperschaften .....	160
176. Anteilbeträge der ordentlichen an die außerordentliche Rechnung nach Ländern .....	161
181. Allgemeine Deckungsmittel nach Ländern .....	162
182. Allgemeine Deckungsmittel nach Körperschaften .....	164
183. Gesamtbetrag der allgemeinen Deckungsmittel nach Körperschaften und Ländern .....	165
184. Allgemeine Deckungsmittel nach Ländern und Körperschaften .....	166
185. Steuern (Steuerarten) nach Ländern und Körperschaften .....	170

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

### III. Gesamtabschluß aller Gemeinden

— Mill.

Ausgaben und Einnahmen	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
<u>Ausgaben</u>				
Ausgaben der Kämmererverwaltungen				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	6 109,1	331,7	797,0	2 162,9
Außerordentlicher Haushalt . . . . .	447,6	22,9	60,6	124,1
Zusammen 1) . . . . .	6 556,7	354,6	857,6	2 287,0
Davon ab:				
Zweckgebundene Zuweisungen				
vom Land. . . . .	1 429,0	100,5	185,1	642,7
von Gemeinden (Gv.) 2) . . . . .	.	.	.	.
Zusammen . . . . .	1 429,0	100,5	185,1	642,7
Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)	5 127,7	254,2	672,5	1 644,3
<u>Einnahmen</u>				
Spezielle Deckungsmittel				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	1 783,9	97,7	254,7	551,6
Außerordentlicher Haushalt . . . . .	223,4	10,3	38,1	53,8
Zusammen 1) . . . . .	2 007,2	107,9	292,8	605,5
Allgemeine Deckungsmittel . . . . .	3 259,9	150,1	405,5	1 071,3
Summe der Einnahmen . . . . .	5 267,1	258,0	698,3	1 676,8
<u>Abschluß</u>				
Mehreinnahmen . . . . .	139,5	3,9	25,8	32,5
Mehrausgaben . . . . .	-	-	-	-
Rücklagen für den Gesamthaushalt				
Entnahmen . . . . .	14,4	0,3	0,6	2,1
Zuführungen . . . . .	66,3	2,6	6,2	10,0
Nicht aufteilbarer Schuldendienst				
Einnahmen . . . . .	8,9	0,2	0,4	1,3
Ausgaben . . . . .	13,4	0,6	1,1	3,6
Abwicklung der Vorjahre				
Überschüsse . . . . .	156,7	-	11,5	56,1
Fehlbeträge . . . . .	-	0,9	-	-

1) Nach Abzug der Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt.-

und Gemeindeverbände nach Ländern

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
575,4	572,2	1 063,0	320,8	139,1	138,5	8,3
56,2	69,9	58,5	23,3	19,9	11,5	0,7
631,6	642,1	1 121,5	344,1	159,0	150,0	9,0
95,3	100,7	231,2	35,8	16,1	18,4	3,3
95,3	100,7	231,2	35,8	16,1	18,4	3,3
536,4	541,4	890,3	308,4	142,9	131,6	5,7
181,2	163,1	344,1	103,3	43,6	41,9	2,6
25,0	31,4	28,3	15,5	13,0	7,8	0,1
206,3	194,5	372,4	118,8	56,6	49,7	2,7
341,6	366,9	539,7	193,4	95,9	92,0	3,5
547,9	561,4	912,1	312,2	152,5	141,7	6,3
11,5	20,0	21,8	3,8	9,6	10,0	0,5
-	-	-	-	-	-	-
1,9	3,7	3,3	0,5	0,7	1,3	0,0
8,0	11,4	16,2	4,6	4,4	2,8	0,1
1,5	1,4	2,0	1,7	0,2	0,2	0,0
1,7	1,0	2,2	2,2	0,8	0,2	0,0
14,9	14,7	42,7	10,9	2,8	3,8	0,2
-	-	-	-	-	-	-

2) Nicht erfragt.

112. Gesamtabschluß der  
— Mill.

Ausgaben und Einnahmen	Stadtkreise zusammen	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
		2	3	4
<u>Ausgaben</u>				
Ausgaben der Kämmererverwaltungen				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	2 777,1	121,2	269,6	1 255,0
Außerordentlicher Haushalt . . . .	249,5	8,0	26,1	81,0
Zusammen 1) . . . . .	3 026,6	129,1	295,7	1 336,0
Davon ab:				
Zweckgebundene Zuweisungen				
vom Land . . . . .	606,5	33,7	43,1	360,1
von Gemeinden (Gv.) 2) . . . . .				
Zusammen . . . . .	606,5	33,7	43,1	360,1
Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)	2 420,1	95,5	252,6	975,9
<u>Einnahmen</u>				
Spezielle Deckungsmittel				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	875,5	37,6	92,0	353,2
Außerordentlicher Haushalt . . . .	117,3	3,4	13,9	32,5
Zusammen 1) . . . . .	992,8	41,0	105,9	385,8
Allgemeine Deckungsmittel . . . . .	1 475,7	56,7	158,5	608,1
Summe der Einnahmen . . . . .	2 468,5	97,6	264,4	993,8
<u>Abschluß</u>				
Mehreinnahmen . . . . .	48,4	2,1	11,7	18,0
Mehrausgaben . . . . .	-	-	-	-
Rücklagen für den Gesamthaushalt				
Entnahmen . . . . .	6,3	0,3	0,3	1,3
Zuführungen . . . . .	21,4	2,0	1,7	4,5
Nicht aufteilbarer Schuldendienst				
Einnahmen . . . . .	5,9	0,0	0,1	0,7
Ausgaben . . . . .	7,7	0,1	0,3	2,2
Abwicklung der Vorjahre				
Überschüsse . . . . .	38,0	0,3	2,1	17,6
Fehlbeträge . . . . .	-	-	-	-

1) Nach Abzug der Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt.-

Stadtkreise nach Ländern

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
253,5	254,2	276,4	112,5	31,6	—	3,1
35,0	41,3	31,8	14,9	10,9	—	0,6
288,4	295,5	508,2	127,4	42,5	—	3,7
32,4	39,7	80,9	10,0	5,2	—	1,4
32,4	39,7	80,9	10,0	5,2	—	1,4
256,0	255,8	427,4	117,4	37,2	—	2,3
82,4	79,9	177,9	39,2	12,4	—	1,0
15,3	15,9	18,5	11,0	6,8	—	—
97,7	95,7	196,4	50,2	19,3	—	1,0
161,1	165,1	241,2	65,3	18,1	—	1,7
258,8	260,8	437,6	115,5	37,3	—	2,7
2,7	5,1	10,2	—	0,1	—	0,3
—	—	—	1,9	—	—	—
0,4	1,9	2,3	0,0	0,0	—	0,0
2,5	3,2	6,7	0,3	0,4	—	0,0
1,0	1,1	1,5	1,5	—	—	0,0
0,9	0,6	1,2	1,8	0,5	—	—
—	3,0	15,2	—	1,3	—	—
0,4	—	—	1,1	—	—	0,0

2) Nicht erfragt



# 113. Gesamtab-schluß der kreis

— Mill.

Ausgaben und Einnahmen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
<u>Ausgaben</u>				
Ausgaben der Kämmererverwaltungen				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	1 788,7	97,1	224,6	617,7
Außerordentlicher Haushalt . . . .	150,7	11,7	23,7	37,5
Zusammen 1) . . . . .	1 939,4	108,8	248,3	655,1
Davon ab:				
Zweckgebundene Zuweisungen				
vom Land. . . . .	275,9	19,1	21,2	175,5
von Gemeinden (Gv.) 2) . . . . .	.	.	.	.
Zusammen . . . . .	275,9	19,1	21,2	175,5
Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)	1 663,5	89,7	227,1	479,7
<u>Einnahmen</u>				
Spezielle Deckungsmittel				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	465,7	22,8	69,0	140,3
Außerordentlicher Haushalt . . . .	81,8	5,2	16,8	17,7
Zusammen 1) . . . . .	547,5	28,0	85,7	158,0
Allgemeine Deckungsmittel . . . . .	1 189,4	63,4	155,1	330,8
Summe der Einnahmen . . . . .	1 736,9	91,4	240,8	488,7
<u>Abschluß</u>				
Mehreinnahmen . . . . .	73,3	1,6	13,7	9,1
Mehrausgaben . . . . .	-	-	-	-
Rücklagen für den Gesamthaushalt				
Entnahmen . . . . .	6,1	0,0	1,0	0,7
Zuführungen . . . . .	33,4	0,4	3,9	4,4
Nicht aufteilbarer Schuldendienst				
Einnahmen . . . . .	2,1	0,1	0,1	0,3
Ausgaben . . . . .	4,0	0,3	0,5	0,8
Abwicklung der Vorjahre				
Überschüsse . . . . .	102,2	0,3	8,9	31,3
Fehlbeträge . . . . .	-	-	-	-

1) Nach Abzug der Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt.-

# angehörigen Gemeinden nach Ländern

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
153,2	194,9	193,6	135,1	76,3	93,2	3,0
13,3	24,0	17,4	4,9	7,9	10,3	0,0
166,5	218,9	211,0	140,0	84,2	103,6	3,0
9,2	19,5	16,6	6,0	2,1	5,5	1,2
9,2	19,5	16,6	6,0	2,1	5,5	1,2
157,4	199,3	194,4	134,0	82,1	98,0	1,9
34,9	47,1	60,1	40,0	24,0	26,7	0,8
6,5	13,0	7,2	2,9	5,5	7,1	0,0
41,4	60,2	67,2	42,8	29,5	33,8	0,9
122,2	152,7	133,4	96,9	61,8	72,2	1,0
163,6	212,8	200,6	139,8	91,3	106,0	1,8
6,3	13,5	6,2	5,8	9,3	7,9	—
—	—	—	—	—	—	0,0
0,7	1,5	0,8	0,5	0,7	1,1	0,0
3,3	6,2	5,1	3,8	3,9	2,7	0,0
0,3	0,3	0,4	0,2	0,2	0,2	0,0
0,5	0,4	0,8	0,3	0,3	0,2	0,0
14,4	9,7	21,9	11,0	1,0	3,3	0,2
—	—	—	—	—	—	—

2) Nicht erfragt.

# 114. Gesamtabschluß der

— Mill.

Ausgaben und Einnahmen	Landkreise zusammen	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
		2	3	4
<u>Ausgaben</u>				
Ausgaben der Kämmererverwaltungen				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	1 360,4	113,4	302,8	287,9
Außerordentlicher Haushalt . . . .	43,6	3,3	10,8	5,6
Zusammen 1) . . . . .	1 403,9	116,7	313,6	293,5
Davon ab:				
Zweckgebundene Zuweisungen				
vom Land. . . . .	518,4	47,7	120,8	106,8
von Gemeinden (Gv.) 2) . . . . .	.	.	.	.
Zusammen . . . . .	518,4	47,7	120,8	106,8
Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)	885,6	69,0	192,8	186,6
<u>Einnahmen</u>				
Spezielle Deckungsmittel				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	368,5	37,3	93,7	58,0
Außerordentlicher Haushalt . . . .	22,5	1,6	7,5	3,6
Zusammen 1) . . . . .	391,0	39,0	101,2	61,6
Allgemeine Deckungsmittel . . . . .	509,5	30,1	92,0	130,3
Summe der Einnahmen . . . . .	900,5	69,0	193,2	192,0
<u>Abschluß</u>				
Mehreinnahmen . . . . .	14,9	0,0	0,4	5,4
Mehrausgaben . . . . .	-	-	-	-
Rücklagen für den Gesamthaushalt				
Entnahmen . . . . .	1,3	0,0	0,2	0,1
Zuführungen . . . . .	9,7	0,2	0,5	1,1
Nicht aufteilbarer Schuldendienst				
Einnahmen . . . . .	0,8	0,1	0,1	0,3
Ausgaben . . . . .	1,4	0,2	0,2	0,5
Abwicklung der Vorjahre				
Überschüsse . . . . .	14,6	-	0,5	7,0
Fehlbeträge . . . . .	-	1,5	-	-

1) Nach Abzug der Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt.-

# Landkreise nach Ländern

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
113,6 4,7	115,1 4,6	285,2 8,7	66,6 3,5	31,2 1,2	42,4 1,2	2,2 0,1
118,3	119,7	293,9	70,1	32,3	43,6	2,3
41,1 .	40,2 .	122,1 .	17,7 .	8,7 .	12,5 .	0,7 .
41,1	40,2	122,1	17,7	8,7	12,5	0,7
77,2	79,5	171,8	52,5	23,6	31,1	1,5
32,6 1,8	32,6 2,6	70,0 2,4	21,4 1,6	7,2 0,6	14,8 0,7	0,8 0,1
34,4 44,6	35,1 45,1	72,4 103,9	23,1 28,9	7,8 16,0	15,5 17,7	0,9 0,9
79,0	80,2	176,2	52,0	23,9	33,3	1,8
1,8 —	0,7 —	4,4 —	— 0,5	0,2 —	2,2 —	0,3 —
0,2 1,2	0,3 2,0	0,2 3,7	0,0 0,5	0,0 0,1	0,1 0,4	0,0 0,1
0,1 0,2	0,0 0,0	0,1 0,1	0,0 0,1	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 —
1,0 —	1,9 —	4,4 —	0,5 —	0,4 —	0,5 —	0,0 —

2) Nicht erfragt.

115. Gesamtabschluß der Bezirks-  
— Mill.

Ausgaben und Einnahmen	Bezirks- (Provinzial-) verbände zusammen			
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
<u>Ausgaben</u>				
Ausgaben der Kämmererverwaltungen				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	182,9	-	-	2,4
Außerordentlicher Haushalt . . .	3,9	-	-	0,1
Zusammen 1) . . . . .	186,8	-	-	2,5
Davon ab:				
Zweckgebundene Zuweisungen				
vom Land . . . . .	28,3	-	-	0,3
von Gemeinden (Gv.) 2) . . . . .	.	-	-	.
Zusammen . . . . .	28,3	-	-	0,3
Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)	158,5	-	-	2,1
<u>Einnahmen</u>				
Spezielle Deckungsmittel				
Ordentlicher Haushalt . . . . .	74,2	-	-	0,1
Außerordentlicher Haushalt . . .	1,7	-	-	0,0
Zusammen 1) . . . . .	75,9	-	-	0,1
Allgemeine Deckungsmittel . . . . .	85,4	-	-	2,2
Summe der Einnahmen . . . . .	161,3	-	-	2,3
<u>Abschluß</u>				
Mehreinnahmen . . . . .	2,8	-	-	0,1
Mehrausgaben . . . . .	-	-	-	.
Rücklagen für den Gesamthaushalt				
Entnahmen . . . . .	0,7	-	-	-
Zuführungen . . . . .	1,8	-	-	-
Nicht aufteilbarer Schuldendienst				
Einnahmen . . . . .	0,1	-	-	-
Ausgaben . . . . .	0,2	-	-	-
Abwicklung der Vorjahre				
Überschüsse . . . . .	1,9	-	-	0,3
Fehlbeträge . . . . .	-	-	-	-

1) Nach Abzug der Anteilbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt.-

# (Provinzial-) Verbände nach Ländern

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
55,2	8,1	107,8	6,6	-	2,9	-
3,2	-	0,6	-	-	-	-
58,4	8,1	108,4	6,6	-	2,9	-
12,6	1,2	11,7	2,1	-	0,4	-
12,6	1,2	11,7	2,1	-	0,4	-
45,8	6,8	96,7	4,6	-	2,5	-
31,4	3,5	36,2	2,7	-	0,3	-
1,5	-	0,2	-	-	-	-
32,8	3,5	36,4	2,7	-	0,3	-
13,6	4,0	61,2	2,2	-	2,1	-
46,4	7,5	97,7	4,9	-	2,4	-
0,7	0,7	1,0	0,3	-	-	-
-	-	-	-	-	0,1	-
0,6	-	0,1	-	-	0,0	-
1,0	-	0,8	-	-	-	-
0,1	-	0,0	-	-	-	-
0,2	-	0,0	0,0	-	0,0	-
-	-	1,2	0,5	-	-	-
0,1	-	-	-	-	0,0	-

2) Nicht erfragt.

# 116. Bruttoausgaben, Eigenausgaben und Zuschußbedarf

Verwaltungszweige	Brutto- ausgaben	Zweckge- bundene Zuweisungen vom Land	Eigen- ausgaben (Reiner Finanz- bedarf)	Spezielle Deckungs- mittel	Zuschuß- bedarf
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Allgemeine Verwaltung . . . .	589,0	48,6	540,4	99,3	441,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	339,7	98,9	240,8	43,2	197,6
Schulen . . . . .	850,8	136,1	714,7	157,2	557,5
Kultur . . . . .	161,3	10,5	150,8	42,6	108,2
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	802,7	536,3	266,4	166,6	99,8
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	829,0	69,0	760,0	277,4	482,6
Gesundheits-u. Jugendpflege	619,2	26,3	592,9	434,6	158,3
Straßen u. sonstiger Tiefbau	507,0	109,1	397,8	86,0	311,9
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	394,8	194,3	200,5	101,7	98,9
Sonstiges Bauwesen . . . .	384,4	117,4	267,0	84,5	182,5
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	849,1	71,2	777,8	441,4	336,5
Finanz-u. Steuerverwaltung .	164,0	0,6	163,4	28,5	134,9
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	65,7	10,6	55,1	44,4	10,8
Zusammen . . . . .	6 556,7	1 429,0	5 127,7	2 007,2	3 120,5
vH des Gesamtbetrages					
Allgemeine Verwaltung . . . .	9,0	3,4	10,5	4,9	14,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	5,2	6,9	4,7	2,2	6,3
Schulen . . . . .	13,0	9,5	13,9	7,8	17,9
Kultur . . . . .	2,5	0,7	2,9	2,1	3,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	12,2	37,5	5,2	8,3	3,2
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	12,6	4,8	14,8	13,8	15,5
Gesundheits-u. Jugendpflege	9,4	1,8	11,6	21,7	5,1
Straßen u. sonstiger Tiefbau	7,7	7,6	7,8	4,3	10,0
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	6,0	13,6	3,9	5,1	3,2
Sonstiges Bauwesen . . . .	5,9	8,2	5,2	4,2	5,8
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	12,9	5,0	15,2	22,0	10,8
Finanz-u. Steuerverwaltung .	2,5	0,0	3,2	1,4	4,3
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	1,0	0,7	1,1	2,2	0,3
Zusammen . . . . .	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0



# 117. Bruttoausgaben, Eigenausgaben und Zuschußbedarf, getrennt für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt

— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Bruttoausgaben	Zweckgebundene Zuweisungen vom Land	Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)	Spezielle Deckungsmittel	Zuschußbedarf
	1	2	3	4	5
Ordentlicher Haushalt .					
Allgemeine Verwaltung . . . .	578,4	46,9	531,5	91,9	439,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	339,4	98,8	240,6	43,0	197,5
Schulen . . . . .	798,7	113,5	685,2	132,0	553,2
Kultur . . . . .	154,3	8,5	145,8	37,3	108,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	802,7	536,3	266,4	166,6	99,8
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	823,4	67,8	755,6	274,9	480,7
Gesundheits-u. Jugendpflege	585,3	18,6	566,8	412,1	154,7
Straßen u. sonstiger Tiefbau	441,4	80,6	360,8	60,5	300,4
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	284,5	151,2	133,3	55,0	78,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	327,1	85,1	242,0	66,3	175,8
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	810,5	63,6	746,9	415,7	331,2
Finanz-u. Steuerverwaltung .	163,3	0,6	162,7	28,6	134,1
Allgemeines Grundvermögen .	-	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	6 109,1	1 271,4	4 837,7	1 783,9	3 053,8
Außerordentlicher Haushalt					
Allgemeine Verwaltung . . . .	10,6	1,7	8,8	7,3	1,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	0,4	0,1	0,3	0,2	0,1
Schulen . . . . .	52,1	22,7	29,5	25,2	4,3
Kultur . . . . .	7,0	1,9	5,0	5,3	- 0,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	0,0	0,0
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	5,7	1,2	4,4	2,5	1,9
Gesundheits-u. Jugendpflege	33,8	7,8	26,1	22,5	3,5
Straßen u. sonstiger Tiefbau	65,5	28,5	37,0	25,5	11,5
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	110,3	43,1	67,2	46,7	20,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	57,3	32,3	24,9	18,2	6,7
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	38,6	7,7	30,9	25,7	5,3
Finanz-u. Steuerverwaltung .	0,7	-	0,7	- 0,1	0,8
Allgemeines Grundvermögen .	65,7	10,6	55,1	44,4	10,8
Zusammen . . . . .	447,6	157,6	290,0	223,4	66,7

# 118. Bruttoausgaben, Eigenausgaben

— Mill.

Verwaltungszweige	Brutto- ausgaben	Zweckge- bundene Zuweisungen vom Land	Eigen- ausgaben (Reiner Finanz- bedarf)	Spezielle Deckungs- mittel	Zuschuß- bedarf
	1	2	3	4	5
Stadtkreise					
Allgemeine Verwaltung . . .	204,6	24,9	179,7	43,1	136,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	231,1	84,0	147,1	27,7	119,4
Schulen . . . . .	371,9	65,6	306,3	66,2	240,1
Kultur . . . . .	135,9	8,9	127,0	38,1	88,9
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	170,4	107,9	62,5	35,6	27,0
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	392,5	20,1	372,3	112,0	260,4
Gesundheits-u. Jugendpflege	316,8	12,9	303,9	210,8	93,2
Straßen u. sonstiger Tiefbau	170,2	39,7	130,5	39,2	91,3
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	184,9	119,3	65,6	41,0	24,7
Sonstiges Bauwesen . . . . .	247,7	84,4	163,3	55,9	107,4
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	491,3	30,5	460,8	283,7	177,1
Finanz-u. Steuerverwaltung .	66,0	0,3	65,7	11,1	54,6
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	43,2	8,0	35,2	28,6	6,7
Zusammen . . . . .	3 026,6	606,5	2 420,1	992,8	1 427,3
Kreisangehörige Gemeinden					
Allgemeine Verwaltung . . .	281,9	5,8	276,1	37,5	238,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	47,3	8,5	38,8	6,4	32,4
Schulen . . . . .	389,3	61,4	327,9	78,5	249,4
Kultur . . . . .	21,0	1,5	19,5	4,2	15,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	137,2	80,1	57,1	32,1	24,9
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	137,9	5,9	132,0	58,0	73,9
Gesundheits-u. Jugendpflege	108,0	3,8	104,2	79,1	25,1
Straßen u. sonstiger Tiefbau	197,6	27,3	170,3	31,3	139,1
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	149,7	38,4	111,3	48,7	62,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	91,6	21,2	70,4	19,5	50,9
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	277,7	19,6	258,1	123,7	134,4
Finanz-u. Steuerverwaltung .	79,7	0,2	79,5	14,5	65,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	20,5	2,2	18,3	13,9	4,4
Zusammen . . . . .	1 939,4	275,9	1 663,5	547,5	1 116,1

# und Zuschußbedarf nach Körperschaften

DM —

Verwaltungszweige	Brutto- ausgaben	Zweckge- bundene Zuweisungen vom Land	Eigen- ausgaben (Reiner Finanz- bedarf)	Spezielle Deckungs- mittel	Zuschuß- bedarf
	6	7	8	9	10
Landkreise					
Allgemeine Verwaltung . . .	100,6	17,8	82,8	18,5	64,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	61,3	6,4	54,9	9,1	45,8
Schulen . . . . .	61,8	8,6	53,1	10,3	42,9
Kultur . . . . .	2,9	0,1	2,8	0,3	2,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	472,9	334,3	138,6	95,0	43,6
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	250,2	38,0	212,2	88,4	123,8
Gesundheits-u. Jugendpflege	149,6	9,0	140,6	104,3	36,3
Straßen u. sonstiger Tiefbau	109,4	34,2	75,2	8,0	67,1
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	59,2	36,6	22,6	11,8	10,8
Sonstiges Bauwesen . . . .	42,2	11,7	30,4	9,0	21,4
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	74,8	21,1	53,6	32,1	21,5
Finanz-u. Steuerverwaltung .	17,3	0,1	17,2	2,4	14,8
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	1,9	0,4	1,5	1,8	- 0,3
Zusammen . . . . .	1 403,9	518,4	885,6	391,0	494,6
Bezirks- (Provincial-) verbände					
Allgemeine Verwaltung . . .	1,9	0,2	1,7	0,2	1,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	-	-	-	-	-
Schulen . . . . .	27,8	0,5	27,4	2,3	25,1
Kultur . . . . .	1,5	0,0	1,5	0,0	1,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	22,1	13,9	8,2	3,9	4,3
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	48,5	5,0	43,5	19,0	24,5
Gesundheits-u. Jugendpflege	44,9	0,7	44,2	40,4	3,8
Straßen u. sonstiger Tiefbau	29,8	8,0	21,8	7,4	14,4
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	1,0	0,0	1,0	0,2	0,8
Sonstiges Bauwesen . . . .	2,9	-	2,9	0,0	2,9
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	5,4	0,0	5,4	1,8	3,5
Finanz-u. Steuerverwaltung .	1,0	-	1,0	0,5	0,5
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen . . . . .	186,8	28,3	158,5	75,9	82,6

## 121. Bruttoausgaben

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt			
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
Mill.				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	589,0	36,8	73,5	167,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	339,7	17,3	39,0	138,9
Schulen . . . . .	850,8	62,0	123,1	329,1
Kultur . . . . .	161,3	7,7	12,7	66,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	802,7	61,7	154,7	219,9
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	829,0	42,9	120,7	278,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	619,2	46,9	95,2	148,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	507,0	17,3	55,1	150,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	394,8	7,6	36,3	228,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	384,4	12,7	36,9	191,8
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	849,1	30,6	88,4	293,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	164,0	6,9	18,3	52,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	65,7	4,2	3,8	22,6
Zusammen . . . . .	6 556,7	354,6	857,6	2 287,0
DM je				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	13,02	13,68	10,70	12,92
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	7,51	6,40	5,68	10,73
Schulen . . . . .	18,81	23,02	17,91	25,42
Kultur . . . . .	3,57	2,86	1,85	5,13
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	17,75	22,89	22,52	16,98
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	18,33	15,93	17,57	21,49
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	13,69	17,41	13,86	11,50
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	11,21	6,43	8,01	11,58
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	8,73	2,81	5,28	17,64
Sonstiges Bauwesen . . . . .	8,50	4,73	5,38	14,82
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	18,77	11,35	12,87	22,68
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	3,63	2,58	2,66	4,03
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	1,45	1,56	0,55	1,74
Zusammen . . . . .	144,97	131,65	124,85	176,68

nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

DM

59,8	61,8	99,7	47,9	21,6	19,5	1,0
34,0	37,1	56,3	12,8	2,8	1,3	0,3
62,4	86,0	119,5	34,4	11,6	21,4	1,3
18,4	13,3	24,9	8,1	8,0	1,8	0,1
74,5	54,7	193,5	20,5	11,4	11,1	0,6
75,3	70,8	146,6	51,5	22,7	19,0	1,2
76,0	70,2	123,9	26,4	15,2	15,4	1,3
58,4	68,5	84,7	41,6	12,4	18,3	0,8
29,7	23,1	43,3	10,9	6,6	8,6	0,4
30,1	34,3	52,8	11,5	8,0	5,8	0,4
86,1	93,9	149,9	56,0	27,6	21,7	1,4
18,5	16,1	25,7	15,8	6,1	4,2	0,2
8,4	12,3	1,0	6,6	4,9	1,9	0,0
631,6	642,1	1 121,5	344,1	159,0	150,0	9,0

Einwohner

13,92	16,03	10,81	16,58	16,89	17,28	18,97
7,92	9,61	6,10	4,43	2,22	1,15	4,62
14,53	22,31	12,97	11,92	9,08	18,97	23,02
4,29	3,44	2,70	2,82	6,21	1,56	1,81
17,35	14,18	20,99	7,11	8,91	9,86	11,38
17,54	18,35	15,91	17,83	17,73	16,87	22,64
17,70	18,19	13,44	9,14	11,82	13,64	23,51
13,60	17,76	9,19	14,39	9,67	16,20	14,27
6,92	5,99	4,69	3,79	5,12	7,64	8,11
7,01	8,89	5,72	3,99	6,23	5,18	7,06
20,05	24,35	16,26	19,38	21,55	19,23	24,77
4,30	4,19	2,79	5,47	4,77	3,76	4,12
1,95	3,18	0,11	2,27	3,85	1,72	0,18
147,09	166,47	121,68	119,13	124,04	133,08	164,44

## 122. Bruttoausgaben nach Körperschaften

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5

  

	Mill.DM				
Allgemeine Verwaltung . . .	589,0	204,6	281,9	100,6	1,9
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	339,7	231,1	47,3	61,3	-
Schulen . . . . .	850,8	371,9	389,3	61,8	27,8
Kultur . . . . .	161,3	135,9	21,0	2,9	1,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	802,7	170,4	137,2	472,9	22,1
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	829,0	392,5	137,9	250,2	48,5
Gesundheits-u. Jugendpflege	619,2	316,8	108,0	149,6	44,9
Straßen u. sonstiger Tiefbau	507,0	170,2	197,6	109,4	29,8
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	394,8	184,9	149,7	59,2	1,0
Sonstiges Bauwesen. . . . .	384,4	247,7	91,6	42,2	2,9
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	849,1	491,3	277,7	74,8	5,4
Finanz-u. Steuerverwaltung .	164,0	66,0	79,7	17,3	1,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	65,7	43,2	20,5	1,9	0,1
Zusammen . . . . .	6 556,7	3 026,6	1 939,4	1 403,9	186,8

  

	DM je Einwohner				
Allgemeine Verwaltung . . .	13,02	14,30	9,12	3,25	0,09
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	7,51	16,15	1,53	1,98	-
Schulen . . . . .	18,81	26,00	12,59	2,00	1,31
Kultur . . . . .	3,57	9,50	0,68	0,09	0,07
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	17,75	11,91	4,44	15,29	1,05
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	18,33	27,43	4,46	8,09	2,29
Gesundheits-u. Jugendpflege	13,69	22,14	3,49	4,84	2,12
Straßen u. sonstiger Tiefbau	11,21	11,90	6,40	3,54	1,40
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	8,73	12,93	4,84	1,91	0,05
Sonstiges Bauwesen. . . . .	8,50	17,32	2,96	1,36	0,14
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	18,77	34,34	8,98	2,42	0,25
Finanz-u. Steuerverwaltung .	3,63	4,62	2,58	0,56	0,05
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	1,45	3,02	0,66	0,06	0,00
Zusammen . . . . .	144,97	211,55	62,73	45,40	8,82

# 123. Gesamtbetrag der Bruttoausgaben nach Körperschaften und Ländern

L ä n d e r	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill.DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	354,6	129,1	108,8	116,7	-
Niedersachsen . . . . .	857,6	295,7	248,3	313,6	-
Nordrhein-Westfalen . . . . .	2 287,0	1 336,0	655,1	293,5	2,5
Hessen . . . . .	631,6	288,4	166,5	118,3	58,4
Württemberg-Baden . . . . .	642,1	295,5	218,9	119,7	8,1
Bayern . . . . .	1 121,5	508,2	211,0	293,9	108,4
Rheinland-Pfalz . . . . .	344,1	127,4	140,0	70,1	6,6
Baden . . . . .	159,0	42,5	84,2	32,3	-
Württemberg-Hohenzollern . .	150,0	-	103,6	43,6	2,9
Lindau . . . . .	9,0	3,7	3,0	2,3	-
Zusammen . . . . .	6 556,7	3 026,6	1 939,4	1 403,9	186,8
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	131,65	194,17	53,62	57,52	-
Niedersachsen . . . . .	124,85	188,96	46,82	59,11	-
Nordrhein-Westfalen . . . . .	176,68	217,19	96,43	43,20	0,55
Hessen . . . . .	147,09	242,56	53,70	38,10	19,70
Württemberg-Baden . . . . .	166,47	244,47	82,63	45,20	3,37
Bayern . . . . .	121,69	187,50	32,43	45,17	11,76
Rheinland-Pfalz . . . . .	119,13	207,60	61,52	30,83	6,61
Baden . . . . .	124,04	230,28	76,72	29,47	-
Württemberg-Hohenzollern . .	133,08	-	91,88	38,65	2,55
Lindau . . . . .	164,44	193,26	85,54	63,35	-
Durchschnitt . . . . .	144,97	211,55	62,73	45,40	8,82

## 124. Bruttoausgaben nach

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	204,6	10,1	18,7	86,8
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	231,1	7,5	17,3	98,4
Schulen . . . . .	371,9	21,3	41,9	176,7
Kultur . . . . .	135,9	6,7	11,4	60,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	170,4	10,6	24,1	76,4
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	392,5	18,5	40,4	164,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	316,8	17,2	43,2	101,1
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	170,2	5,6	15,3	60,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	184,9	1,4	6,6	136,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	247,7	7,1	23,9	127,3
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	491,3	17,6	45,9	205,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	66,0	2,3	6,1	24,7
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.).	43,2	3,3	1,0	17,6
Zusammen . . . . .	3 026,6	129,1	295,7	1 336,0
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	281,9	18,6	33,8	59,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	47,3	1,6	1,1	11,9
Schulen . . . . .	389,3	35,5	66,6	134,3
Kultur . . . . .	21,0	0,7	0,9	4,7
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	137,2	3,7	25,0	94,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	137,9	7,5	17,3	65,0
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	108,0	11,4	20,5	23,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	197,6	8,2	21,6	60,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	149,7	5,3	19,2	56,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	91,6	4,2	7,1	43,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	277,7	7,8	23,9	72,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	79,7	3,4	8,8	23,0
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.).	20,5	0,9	2,5	4,6
Zusammen . . . . .	1 939,4	108,8	248,3	655,1



# Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

## kreise

19,5	19,6	35,2	10,3	4,1	-	0,3
26,5	28,5	47,1	4,6	1,1	-	0,2
29,9	35,0	53,0	10,9	2,6	-	0,6
14,6	11,1	19,3	6,0	6,2	-	0,1
11,0	8,6	32,0	6,2	1,2	-	0,2
36,8	34,3	70,2	20,9	6,7	-	0,6
39,2	38,2	56,8	16,5	4,6	-	0,0
14,3	29,6	34,7	8,0	1,8	-	0,2
10,6	4,9	18,7	4,7	1,7	-	0,1
21,3	22,7	36,8	6,4	1,9	-	0,3
51,2	48,0	92,6	22,6	7,5	-	0,9
8,3	7,3	11,1	4,8	1,2	-	0,1
5,3	7,8	0,7	5,6	1,9	-	0,0
288,4	295,5	508,2	127,4	42,5	-	3,7

## Gemeinden

27,4	33,9	49,2	27,5	15,4	15,7	0,6
7,5	8,4	6,1	7,8	1,8	1,2	0,0
24,5	46,9	35,4	18,6	6,8	20,1	0,7
2,7	2,0	5,0	1,6	1,6	1,7	0,0
4,5	5,0	0,8	1,9	0,8	1,0	0,0
8,8	8,9	8,0	10,3	4,1	7,8	0,2
9,4	9,8	11,9	4,3	9,9	6,3	0,5
17,4	25,3	23,0	22,9	7,3	10,6	0,4
15,6	17,0	18,2	4,9	4,5	8,5	0,2
6,6	8,9	6,5	3,5	5,8	5,4	0,0
31,7	41,8	35,4	26,1	18,5	19,4	0,3
7,8	7,0	11,3	9,8	4,5	3,9	0,1
2,6	4,0	0,2	0,8	3,1	1,8	-
166,5	218,9	211,0	140,0	84,2	103,6	3,0

noch: 124. Bruttoausgaben nach

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Land-		
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung . . . . .	100,6	8,1	21,0	20,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	61,3	8,2	20,7	28,6
Schulen . . . . .	61,8	5,2	14,5	18,1
Kultur . . . . .	2,9	0,4	0,4	1,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	472,9	47,3	105,7	49,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	250,2	16,9	63,0	49,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	149,6	18,3	31,5	23,8
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	109,4	3,5	18,1	27,4
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	59,2	0,9	10,4	35,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	42,2	1,5	5,9	21,0
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	74,8	5,2	18,7	15,4
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	17,3	1,2	3,4	4,3
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	1,9	0,0	0,3	0,3
Zusammen . . . . .	1 403,9	116,7	313,6	293,5
Bezirks- (Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,9	-	-	0,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	27,8	-	-	-
Kultur . . . . .	1,5	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	22,1	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	48,5	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	44,9	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	29,8	-	-	1,1
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	1,0	-	-	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,9	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	5,4	-	-	0,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	1,0	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,1	-	-	0,1
Zusammen . . . . .	186,8	-	-	2,5

# Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
12,5	8,4	15,2	9,3	2,1	3,7	0,1
0,0	0,3	3,0	0,5	-	0,1	-
7,6	4,2	4,4	4,3	2,2	1,3	0,0
0,2	0,1	0,4	0,2	0,1	0,0	0,0
53,5	40,6	144,5	12,5	9,4	10,0	0,4
17,0	20,1	44,8	17,8	11,9	9,3	0,4
10,3	22,2	29,4	3,7	0,6	9,0	0,8
8,3	13,6	17,5	10,6	3,3	6,9	0,2
3,4	1,2	6,0	1,3	0,4	0,1	0,1
1,9	2,7	6,9	1,6	0,3	0,5	0,1
1,8	4,2	18,6	6,9	1,6	2,3	0,2
1,4	1,8	3,3	1,2	0,4	0,4	0,0
0,4	0,5	0,1	0,2	-	0,1	-
118,3	119,7	293,9	70,1	32,3	43,6	2,3
vinzial-) verbände						
0,4	-	0,1	0,8	-	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	-	26,8	0,6	-	-	-
1,0	-	0,2	0,3	-	0,0	-
5,5	0,5	16,2	-	-	0,1	-
12,8	7,6	23,6	2,5	-	2,0	-
17,2	-	25,8	1,9	-	0,0	-
18,4	-	9,5	0,0	-	0,7	-
0,1	-	0,3	-	-	-	-
0,3	-	2,5	-	-	-	-
1,4	-	3,3	0,4	-	0,0	-
0,9	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
58,4	8,1	108,4	6,6	-	2,9	-

## 125. Bruttoausgaben nach Ländern, getrennt für

— Mill.

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt			
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
Ordentlicher				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	578,4	36,7	71,9	165,5
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	339,4	17,3	39,0	138,9
Schulen . . . . .	798,7	57,8	114,7	319,8
Kultur . . . . .	154,3	7,7	12,6	66,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	802,7	61,7	154,7	219,9
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	823,4	42,8	119,6	277,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	585,3	45,7	89,1	145,3
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	441,4	13,2	45,8	138,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	284,5	3,9	20,7	187,7
Sonstiges Bauwesen . . . . .	327,1	10,4	26,3	164,5
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	810,5	27,7	84,3	288,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	163,3	7,0	18,3	51,4
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	6 109,1	331,7	797,0	2 162,9
Außerordent-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	10,6	0,1	1,6	1,8
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,4	-	-	0,0
Schulen . . . . .	52,1	4,2	8,3	9,3
Kultur . . . . .	7,0	0,0	0,1	0,2
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	5,7	0,1	1,1	0,9
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	33,8	1,2	6,1	3,6
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	65,5	4,2	9,3	12,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	110,3	3,7	15,6	40,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	57,3	2,3	10,7	27,3
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	38,6	2,9	4,1	5,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,7	-	0,0	0,7
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	65,7	4,2	3,8	22,6
Zusammen . . . . .	447,6	22,9	60,6	124,1
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	121,6	16,7	5,8	26,5

# ordentlichen und außerordentlichen Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

## Haushalt

57,6	60,2	98,3	46,5	21,3	19,4	1,0
33,9	37,0	56,0	12,8	2,8	1,3	0,3
54,9	75,7	111,0	32,4	10,2	21,1	1,1
17,5	13,0	23,7	7,4	4,6	1,7	0,1
74,5	54,7	193,5	20,5	11,4	11,1	0,6
74,0	69,9	146,2	51,4	22,2	18,8	1,2
69,2	65,0	117,3	25,4	12,7	14,4	1,3
50,6	52,0	75,5	36,8	11,9	16,8	0,8
21,5	12,4	22,3	7,4	4,1	4,1	0,3
24,4	28,1	50,9	11,1	5,9	5,1	0,4
78,8	88,0	142,6	53,2	25,9	20,5	1,0
18,4	16,1	25,7	15,8	6,1	4,2	0,2
—	—	—	—	—	—	—
575,4	572,2	1 063,0	320,8	139,1	138,5	8,3

## licher Haushalt

2,2	1,7	1,4	1,4	0,3	0,1	—
0,1	0,0	0,2	0,0	—	—	—
7,5	10,3	8,5	2,0	1,5	0,3	0,2
0,9	0,3	1,2	0,8	3,3	0,0	—
—	—	—	—	—	—	—
1,3	0,9	0,4	0,1	0,5	0,2	—
6,8	5,2	6,5	1,0	2,4	1,0	0,0
7,8	16,5	9,2	4,7	0,5	1,4	—
8,2	10,7	21,0	3,5	2,5	4,5	0,1
5,7	6,2	1,8	0,5	2,1	0,7	—
7,3	5,9	7,3	2,8	1,7	1,2	0,4
0,0	—	0,0	—	—	—	—
8,4	12,3	1,0	6,6	4,9	1,9	0,0
56,2	69,9	58,5	23,3	19,9	11,5	0,7
6,0	33,4	24,5	2,3	3,5	2,0	1,1

126. Bruttoausgaben nach  
Ordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	199,6	10,1	18,0	86,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	230,8	7,5	17,3	98,4
Schulen . . . . .	348,4	20,6	38,8	175,7
Kultur . . . . .	130,2	6,7	11,3	60,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	170,4	10,6	24,1	76,4
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	390,5	18,5	39,9	163,9
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	303,5	17,1	41,2	99,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	130,3	4,3	10,5	52,8
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	137,0	0,6	3,5	111,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	203,6	6,2	15,1	103,2
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	467,3	16,6	43,9	202,4
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	65,3	2,3	6,1	24,1
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	2 777,1	121,2	269,6	1 255,0
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	278,3	18,5	33,6	59,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	47,3	1,6	1,1	11,9
Schulen . . . . .	365,8	32,2	62,6	127,8
Kultur . . . . .	19,8	0,6	0,9	4,7
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	137,2	3,7	25,0	94,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . . .	136,3	7,5	17,2	64,9
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	102,3	11,1	19,7	22,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	182,5	6,2	19,1	58,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	94,5	2,8	8,7	40,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	80,3	2,8	5,8	40,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	264,7	6,7	22,3	70,4
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	79,7	3,4	8,8	23,0
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	1 788,7	97,1	224,6	617,7

# Körperschaften und Ländern

## Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
17,6	18,6	34,9	10,0	3,9	—	0,3
26,5	28,4	46,9	4,6	1,1	—	0,2
25,0	29,0	47,6	9,7	1,6	—	0,4
13,7	10,8	19,2	5,3	2,9	—	0,1
11,0	8,6	32,0	6,2	1,2	—	0,2
36,0	34,2	70,1	20,8	6,6	—	0,6
34,9	36,5	55,3	15,9	2,9	—	0,0
10,1	16,3	28,7	5,9	1,5	—	0,2
8,0	2,1	7,8	2,7	0,2	—	0,1
17,2	17,8	35,4	6,4	1,9	—	0,3
45,2	44,4	87,3	20,3	6,6	—	0,5
8,3	7,3	11,1	4,8	1,2	—	0,1
—	—	—	—	—	—	—
253,5	254,2	476,4	112,5	31,6	—	3,1
Gemeinden						
27,2	33,3	48,1	27,0	15,4	15,6	0,6
7,5	8,4	6,1	7,7	1,8	1,2	0,0
22,3	42,7	33,2	18,0	6,7	19,9	0,7
2,6	2,0	4,0	1,6	1,6	1,7	0,0
4,5	5,0	0,8	1,9	0,8	1,0	0,0
8,8	8,1	7,9	10,2	4,0	7,6	0,2
8,6	8,9	11,8	4,1	9,2	5,9	0,5
16,1	22,8	21,0	22,1	7,1	9,6	0,4
11,7	9,3	9,9	3,9	3,8	4,0	0,2
5,6	7,8	6,0	3,2	3,7	4,7	0,0
30,3	39,4	33,6	25,6	17,7	18,3	0,3
7,8	7,0	11,3	9,8	4,5	3,9	0,1
—	—	—	—	—	—	—
153,2	194,9	193,6	135,1	76,3	93,2	3,0

noch: 126. Bruttoausgaben nach  
Ordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	98,6	8,1	20,3	19,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	61,3	8,2	20,7	28,6
Schulen . . . . .	56,9	5,0	13,3	16,4
Kultur . . . . .	2,9	0,4	0,4	1,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	472,9	47,3	105,7	49,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	248,2	16,8	62,5	48,6
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	135,8	17,5	28,2	23,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	100,8	2,7	16,2	26,1
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	52,2	0,6	8,5	34,8
Sonstiges Bauwesen . . . . .	40,4	1,4	5,4	20,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	73,0	4,3	18,2	15,4
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	17,3	1,2	3,3	4,3
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	1 360,4	113,4	302,8	287,9
Bezirks-(Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,9	-	-	0,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	27,6	-	-	-
Kultur . . . . .	1,5	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	22,1	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	48,3	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	43,7	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	27,9	-	-	1,1
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,8	-	-	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,8	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	5,4	-	-	0,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	1,0	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	182,9	-	-	2,4



Körperschaften und Ländern  
Haushalt  
DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
12,3	8,2	15,1	8,8	2,1	3,7	0,1
0,0	0,3	3,0	0,5	-	0,1	-
7,2	4,1	3,7	4,2	1,9	1,3	0,0
0,2	0,1	0,4	0,2	0,1	0,0	0,0
53,5	40,6	144,5	12,5	9,4	10,0	0,4
16,6	19,9	44,6	17,8	11,6	9,3	0,4
9,5	19,5	24,5	3,6	0,6	8,4	0,8
7,9	12,9	16,4	8,8	3,2	6,5	0,2
1,8	1,0	4,4	0,9	0,1	0,1	0,1
1,3	2,4	6,9	1,5	0,3	0,5	0,1
1,8	4,2	18,3	6,9	1,6	2,2	0,2
1,4	1,8	3,3	1,2	0,4	0,4	0,0
-	-	-	-	-	-	-
113,6	115,1	285,2	66,6	31,2	42,4	2,2
vinzial-)verbände						
0,4	-	0,1	0,8	-	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	-	26,5	0,6	-	-	-
1,0	-	0,2	0,3	-	0,0	-
5,5	0,5	16,2	-	-	0,1	-
12,6	7,6	23,6	2,5	-	2,0	-
16,1	-	25,7	1,9	-	0,0	-
16,5	-	9,5	0,0	-	0,7	-
0,1	-	0,1	-	-	-	-
0,3	-	2,5	-	-	-	-
1,4	-	3,3	0,4	-	0,0	-
0,9	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
55,2	8,1	107,8	6,6	-	2,9	-

127. Bruttoausgaben nach  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
				Stadt-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	5,0	—	0,6	0,7
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,3	—	—	—
Schulen . . . . .	23,5	0,7	3,1	1,0
Kultur . . . . .	5,7	—	0,1	0,2
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	—	—	—	—
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,9	0,0	0,5	0,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	13,2	0,0	2,0	1,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	39,9	1,3	4,8	8,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	47,9	0,8	3,1	24,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	44,1	0,9	8,8	24,0
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	24,0	1,0	2,0	2,7
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,7	—	—	0,7
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	43,2	3,3	1,0	17,6
Zusammen . . . . .	249,5	8,0	26,1	81,0
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	87,3	12,0	2,9	19,2
				Kreisangehörige
Allgemeine Verwaltung . . . . .	3,6	0,1	0,2	0,8
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,1	—	—	0,0
Schulen . . . . .	23,5	3,3	4,0	6,5
Kultur . . . . .	1,3	0,0	0,0	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	—	0,0	—
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,6	0,0	0,1	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	5,7	0,3	0,8	1,6
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	15,2	2,1	2,5	2,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	55,1	2,6	10,5	15,7
Sonstiges Bauwesen . . . . .	11,3	1,3	1,4	2,9
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	12,9	1,0	1,7	2,4
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,0	—	0,0	—
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	20,5	0,9	2,5	4,6
Zusammen . . . . .	150,7	11,7	23,7	37,5
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	32,6	3,9	2,6	7,1

Körperschaften und Ländern

Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
1,9	1,0	0,3	0,3	0,2	-	-
0,1	0,0	0,2	0,0	-	-	-
4,9	6,0	5,3	1,2	1,0	-	0,2
0,9	0,3	0,1	0,8	3,3	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	-	-
4,3	1,7	1,5	0,6	1,8	-	-
4,2	13,3	6,1	2,0	0,3	-	-
2,6	2,7	10,8	2,0	1,5	-	-
4,0	4,9	1,3	0,1	-	-	-
5,9	3,6	5,3	2,2	0,9	-	0,4
0,0	-	0,0	-	-	-	-
5,3	7,8	0,7	5,6	1,9	-	0,0
35,0	41,3	31,8	14,9	10,9	-	0,6
3,2	28,3	18,0	1,3	1,2	-	1,1
Gemeinden						
0,1	0,5	1,1	0,5	0,1	0,1	-
0,0	-	-	0,0	-	-	-
2,2	4,2	2,2	0,6	0,2	0,3	-
0,0	0,0	1,1	0,0	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	0,7	0,1	0,1	0,1	0,2	-
0,8	0,9	0,0	0,2	0,6	0,4	0,0
1,3	2,5	2,0	0,8	0,2	1,0	-
3,9	7,8	8,3	1,1	0,7	4,5	0,0
1,0	1,1	0,5	0,3	2,1	0,7	-
1,3	2,3	1,8	0,5	0,8	1,1	-
-	-	-	-	-	-	-
2,6	4,0	0,2	0,8	3,1	1,8	-
13,3	24,0	17,4	4,9	7,9	10,3	0,0
2,2	5,1	6,5	0,9	2,3	2,0	0,0

noch: 127. Bruttoausgaben nach  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
				Land-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	2,0	0,0	0,7	0,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	4,8	0,2	1,2	1,7
Kultur . . . . .	0,0	-	-	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	2,0	0,1	0,4	0,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	13,7	0,9	3,3	0,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	8,6	0,8	2,0	1,3
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	7,0	0,3	1,9	0,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	1,8	0,1	0,5	0,3
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	1,7	0,9	0,4	0,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,0	-	0,0	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	1,9	0,0	0,3	0,3
Zusammen . . . . .	43,6	3,3	10,8	5,6
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	1,8	0,8	0,2	0,2
				Bezirks- (Pro-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,3	-	-	-
Kultur . . . . .	-	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,1	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	1,2	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	1,9	-	-	-
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,3	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	0,1	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	-	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	0,1	-	-	0,1
Zusammen . . . . .	3,9	-	-	0,1
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	-	-	-	-

Körperschaften und Ländern  
Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
0,2	0,1	0,0	0,5	0,1	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	0,1	0,7	0,2	0,3	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	0,1	0,2	-	0,3	-	-
0,7	2,6	4,8	0,1	0,0	0,6	-
0,4	0,7	1,1	1,9	0,1	0,4	-
1,6	0,2	1,6	0,5	0,3	-	0,1
0,5	0,2	-	0,1	0,0	-	-
0,0	-	0,2	0,0	0,0	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	0,5	0,1	0,2	0,0	0,1	-
4,7	4,6	8,7	3,5	1,2	1,2	0,1
0,5	-	-	0,1	-	-	-
vinzial-) verbände						
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	-	0,3	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-
1,1	-	0,1	-	-	-	-
1,9	-	-	-	-	-	-
0,0	-	0,2	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
3,2	-	0,6	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-

# 131. Zweckgebundene Zuweisungen

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4

Mill.

Allgemeine Verwaltung . . . . .	48,6	2,4	9,6	23,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	98,9	9,9	2,5	34,0
Schulen . . . . .	136,1	22,3	7,5	65,6
Kultur . . . . .	10,5	0,6	0,4	5,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	536,3	43,6	95,5	142,3
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	69,0	3,3	30,1	14,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	26,3	1,4	3,5	12,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	109,1	8,1	8,9	43,4
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	194,3	1,8	4,6	174,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	117,4	2,9	6,5	90,0
Öffentl.Einrichtg.u.Wirtschaftsförd.	71,2	3,1	15,8	32,7
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,6	0,0	0,0	0,4
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	10,6	0,9	0,3	3,3
Zusammen . . . . .	1 429,0	100,5	185,1	642,7

DM je

Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,07	0,90	1,40	1,85
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	2,19	3,69	0,37	2,63
Schulen . . . . .	3,01	8,26	1,09	5,07
Kultur . . . . .	0,23	0,24	0,06	0,43
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	11,86	16,19	13,90	10,99
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,53	1,24	4,38	1,12
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,58	0,52	0,51	0,96
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	2,41	2,99	1,30	3,35
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	4,30	0,67	0,66	13,51
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,60	1,06	0,94	6,95
Öffentl.Einrichtg.u.Wirtschaftsförd.	1,58	1,17	2,30	2,52
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,01	0,00	0,00	0,03
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,23	0,34	0,04	0,25
Zusammen . . . . .	31,60	37,30	26,95	49,65

vom Land nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

DM

2,5	0,5	1,9	4,3	1,5	1,8	0,1
14,1	14,5	23,1	0,7	0,0	0,0	0,1
11,8	9,1	14,2	3,0	0,8	1,0	0,7
0,1	0,4	2,2	0,9	0,3	0,0	0,0
45,0	43,5	143,4	7,3	8,0	7,4	0,4
2,0	5,2	7,0	3,3	1,7	1,6	0,3
2,5	1,1	3,6	1,2	0,1	0,2	0,4
13,4	14,0	13,1	5,1	0,4	2,4	0,4
0,9	2,1	7,6	0,9	0,9	0,3	0,3
1,2	4,3	11,0	0,6	0,4	0,5	0,0
1,3	3,1	4,1	7,3	0,6	2,6	0,6
0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-
0,5	2,6	0,0	1,0	1,4	0,5	0,0
95,3	100,7	231,2	35,8	16,1	18,4	3,3

Einwohner

0,58	0,13	0,20	1,50	1,16	1,62	2,21
3,27	3,75	2,51	0,25	0,00	0,00	1,20
2,75	2,36	1,54	1,05	0,66	0,91	13,54
0,02	0,11	0,24	0,30	0,24	0,01	0,58
10,49	11,27	15,56	2,54	6,24	6,52	7,08
0,47	1,35	0,76	1,15	1,30	1,43	4,93
0,58	0,27	0,39	0,43	0,05	0,15	6,79
3,12	3,64	1,42	1,76	0,34	2,10	7,08
0,20	0,55	0,83	0,31	0,67	0,30	5,40
0,28	1,12	1,19	0,20	0,34	0,49	0,33
0,30	0,81	0,44	2,53	0,48	2,31	10,98
0,00	0,04	0,00	0,00	0,00	0,00	-
0,11	0,68	0,00	0,36	1,07	0,46	0,18
22,18	26,10	25,09	12,38	12,56	16,31	60,31

### 132. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Körperschaften

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreisan- gehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Allgemeine Verwaltung . . .	48,6	24,9	5,8	17,8	0,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	98,9	84,0	8,5	6,4	-
Schulen . . . . .	136,1	65,6	61,4	8,6	0,5
Kultur . . . . .	10,5	8,9	1,5	0,1	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	536,3	107,9	80,1	334,3	13,9
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	69,0	20,1	5,9	38,0	5,0
Gesundheits-u. Jugendpflege	26,3	12,9	3,8	9,0	0,7
Straßen u. sonstiger Tiefbau	109,1	39,7	27,3	34,2	8,0
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	194,3	119,3	38,4	36,6	0,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	117,4	84,4	21,2	11,7	-
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	71,2	30,5	19,6	21,1	0,0
Finanz-u. Steuerverwaltung .	0,6	0,3	0,2	0,1	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	10,6	8,0	2,2	0,4	0,0
Zusammen . . . . .	1 429,0	606,5	275,9	518,4	28,3
DM je Einwohner					
Allgemeine Verwaltung . . .	1,07	1,74	0,19	0,58	0,01
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	2,19	5,87	0,27	0,21	-
Schulen . . . . .	3,01	4,58	1,99	0,28	0,02
Kultur . . . . .	0,23	0,62	0,05	0,00	0,00
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	11,86	7,54	2,59	10,81	0,66
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	1,53	1,41	0,19	1,23	0,24
Gesundheits-u. Jugendpflege	0,58	0,90	0,12	0,29	0,03
Straßen u. sonstiger Tiefbau	2,41	2,77	0,88	1,11	0,38
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	4,30	8,34	1,24	1,18	0,00
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,60	5,90	0,69	0,38	-
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	1,58	2,13	0,63	0,68	0,00
Finanz-u. Steuerverwaltung .	0,01	0,02	0,01	0,00	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	0,23	0,56	0,07	0,01	0,00
Zusammen . . . . .	31,60	42,39	8,92	16,76	1,34



### 133. Gesamtbetrag

der zweckgebundenen Zuweisungen vom Land nach Körperschaften und Ländern

L ä n d e r	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreisan- gehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
		1	2	3	4
Mill.DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	100,5	33,7	19,1	47,7	-
Niedersachsen . . . . .	185,1	43,1	21,2	120,8	-
Nordrhein-Westfalen . . . . .	642,7	360,1	175,5	106,8	0,3
Hessen . . . . .	95,3	32,4	9,2	41,1	12,6
Württemberg-Baden . . . . .	100,7	39,7	19,5	40,2	1,2
Bayern . . . . .	231,2	80,9	16,6	122,1	11,7
Rheinland-Pfalz . . . . .	35,8	10,0	6,0	17,7	2,1
Baden . . . . .	16,1	5,2	2,1	8,7	-
Württemberg-Hohenzollern . . . . .	18,4	-	5,5	12,5	0,4
Lindau . . . . .	3,3	1,4	1,2	0,7	-
Zusammen . . . . .	1 429,0	606,5	275,9	518,4	28,3
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	37,30	50,62	9,40	23,52	-
Niedersachsen . . . . .	26,95	27,54	4,00	22,77	-
Nordrhein-Westfalen . . . . .	49,65	58,55	25,83	15,73	0,07
Hessen . . . . .	22,18	27,25	2,95	13,23	4,26
Württemberg-Baden . . . . .	26,10	32,85	7,37	15,19	0,52
Bayern . . . . .	25,09	29,83	2,55	18,78	1,27
Rheinland-Pfalz . . . . .	12,38	16,34	2,63	7,77	2,05
Baden . . . . .	12,56	28,42	1,94	7,95	-
Württemberg-Hohenzollern . . . . .	16,31	-	4,91	11,08	0,33
Lindau . . . . .	60,31	71,63	33,47	20,72	-
Zusammen . . . . .	31,60	42,39	8,92	16,76	1,34

## 134. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	24,9	1,6	3,6	15,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	84,0	4,0	2,4	33,6
Schulen . . . . .	65,6	8,2	2,2	33,0
Kultur . . . . .	8,9	0,6	0,4	5,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	107,9	7,3	16,8	44,9
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	20,1	2,6	4,9	7,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	12,9	0,8	1,2	6,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	39,7	4,1	1,5	16,5
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	119,3	0,0	0,8	113,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	84,4	2,1	5,9	61,8
Öffentl.Einrichtg.u.Wirtschaftsförd.	30,5	1,6	3,4	19,3
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,3	-	-	0,3
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	8,0	0,7	0,1	2,4
Zusammen . . . . .	606,5	33,7	43,1	360,1
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	5,8	0,0	0,2	3,5
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	8,5	0,0	0,2	0,1
Schulen . . . . .	61,4	13,0	4,1	29,1
Kultur . . . . .	1,5	0,0	0,0	0,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	80,1	0,1	9,7	66,8
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	5,9	0,1	0,6	3,9
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	3,8	0,2	0,4	2,1
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	27,3	2,4	1,4	14,8
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	38,4	1,6	2,8	27,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	21,2	0,6	0,5	16,8
Öffentl.Einrichtg.u.Wirtschaftsförd.	19,6	0,8	1,2	9,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,2	0,0	0,0	0,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	2,2	0,2	0,2	0,8
Zusammen . . . . .	275,9	19,1	21,2	175,5

# nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

## kreise

1,3	0,1	1,4	1,0	0,5	-	0,1
12,2	11,3	20,4	0,0	-	-	0,1
6,4	5,1	8,3	1,3	0,7	-	0,3
0,1	0,4	1,1	0,9	0,3	-	0,0
6,6	6,0	23,3	1,8	0,8	-	0,2
1,0	1,3	2,0	0,5	0,2	-	0,2
1,5	0,2	1,8	0,5	0,0	-	-
2,2	8,9	5,4	1,0	0,1	-	0,1
0,1	-	3,7	0,4	0,8	-	-
0,2	3,3	10,6	0,4	0,0	-	-
0,8	0,7	2,6	1,3	0,3	-	0,4
-	-	0,0	-	-	-	-
0,1	2,4	-	1,0	1,3	-	0,0
32,4	39,7	80,9	10,0	5,2	-	1,4

## Gemeinden

0,1	0,4	0,3	0,2	0,2	0,7	0,0
1,8	3,2	2,7	0,5	0,0	0,0	0,0
4,1	3,8	4,7	1,2	0,1	1,0	0,4
0,0	0,0	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	3,0	-	-	0,3	0,3	0,0
0,2	0,4	0,1	0,0	0,5	0,2	0,1
0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
0,9	2,6	2,7	1,3	0,2	0,7	0,2
0,3	2,1	3,1	0,5	0,0	0,3	0,1
1,0	0,9	0,4	0,1	0,4	0,5	0,0
0,5	2,4	1,4	2,0	0,3	1,1	0,2
0,0	0,1	-	0,0	0,0	0,0	-
0,1	0,3	-	0,0	0,1	0,5	-
9,2	19,5	16,6	6,0	2,1	5,5	1,2

noch: 134. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	17,8	0,8	5,8	5,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	6,4	5,9	-	0,3
Schulen . . . . .	8,6	1,1	1,2	3,5
Kultur . . . . .	0,1	0,0	0,0	0,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	334,3	36,3	69,0	30,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	38,0	0,7	24,6	3,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	9,0	0,4	1,9	3,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	34,2	1,6	6,0	12,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	36,6	0,2	1,0	33,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	11,7	0,1	0,0	11,4
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	21,1	0,8	11,2	3,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,1	0,0	0,0	0,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,4	0,0	-	0,0
Zusammen . . . . .	518,4	47,7	120,8	106,8
Bezirks- (Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,2	-	-	0,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,5	-	-	-
Kultur . . . . .	0,0	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	13,9	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	5,0	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,7	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	8,0	-	-	0,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,0	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	-	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	0,0	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,0	-	-	0,0
Zusammen . . . . .	28,3	-	-	0,3

nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

kreise

1,1	-	0,1	3,1	0,8	1,1	-
0,0	-	-	0,2	-	-	-
1,3	0,2	0,8	0,6	0,0	0,0	-
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0
34,1	34,5	110,4	5,5	6,9	7,1	0,2
0,6	2,3	3,5	0,8	1,0	1,4	0,0
0,3	0,5	1,4	0,7	0,0	-	0,3
2,8	2,5	5,0	2,8	0,1	1,4	0,1
0,5	0,0	0,8	0,1	0,0	-	0,2
0,1	0,1	-	0,0	-	-	-
0,0	0,1	0,1	4,0	-	1,5	-
0,0	0,0	-	-	-	-	-
0,3	-	0,0	0,0	-	-	-
41,1	40,2	122,1	17,7	8,7	12,5	0,7

vinzial-) verbände

-	-	0,0	-	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	0,5	-	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
4,2	-	9,7	-	-	0,0	-
0,3	1,2	1,4	2,1	-	0,0	-
0,5	-	0,2	-	-	0,0	-
7,5	-	-	-	-	0,3	-
-	-	0,0	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
12,6	1,2	11,7	2,1	-	0,4	-

# 135. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Ländern.

— Mill.

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
Ordentlicher				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	46,9	2,4	9,0	23,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	98,8	9,9	2,5	34,0
Schulen . . . . .	113,5	17,4	5,4	60,1
Kultur . . . . .	8,5	0,6	0,2	5,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	536,3	43,6	95,5	142,3
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	67,8	3,3	29,8	14,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	18,6	0,9	2,1	11,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	80,6	3,6	6,0	38,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	151,2	0,8	0,8	146,7
Sonstiges Bauwesen . . . . .	85,1	1,4	0,8	69,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	63,6	1,4	15,2	31,6
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,6	0,0	0,0	0,4
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	1 271,4	85,5	167,3	578,1
Außerordent-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,7	-	0,7	0,6
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,1	-	-	0,0
Schulen . . . . .	22,7	4,8	2,1	5,5
Kultur . . . . .	1,9	-	0,2	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,2	0,1	0,3	0,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	7,8	0,6	1,5	0,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	28,5	4,4	2,9	4,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	43,1	1,0	3,7	28,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	32,3	1,4	5,7	20,4
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	7,7	1,7	0,6	1,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	10,6	0,9	0,3	3,3
Zusammen . . . . .	157,6	15,0	17,8	64,6
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	16,8	5,4	0,5	5,5
Summe beider . . . . .	174,4	20,4	18,3	70,1
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	56,2	13,3	3,8	14,5

getrennt für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
Haushalt						
2,5	0,5	1,7	4,3	1,5	1,7	0,1
14,1	14,5	23,1	0,7	0,0	—	0,1
9,8	5,3	11,5	2,4	0,1	0,9	0,6
0,1	0,4	1,1	0,4	0,1	0,0	0,0
45,0	43,5	143,4	7,3	8,0	7,4	0,4
1,8	5,2	6,8	3,3	1,4	1,6	0,3
0,3	0,6	1,5	1,1	0,1	0,1	0,4
10,4	7,0	8,8	3,5	0,2	1,8	0,4
0,1	0,4	1,6	0,3	0,0	0,2	0,2
0,7	1,2	10,1	0,5	0,2	0,5	0,0
0,6	2,2	2,6	7,0	0,3	2,6	0,2
0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	—
—	—	—	—	—	—	—
85,2	80,9	212,3	30,8	12,0	16,7	2,6
licher Haushalt						
0,0	0,0	0,2	0,1	—	0,1	—
—	—	0,0	0,0	—	—	—
2,0	3,9	2,7	0,7	0,8	0,1	0,2
—	—	1,0	0,5	0,2	—	—
—	—	—	—	—	—	—
0,3	—	0,1	0,0	0,2	0,0	—
2,2	0,4	2,1	0,2	0,0	0,1	0,0
3,0	7,0	4,3	1,5	0,2	0,5	—
0,8	1,8	6,0	0,6	0,8	0,2	0,1
0,6	3,1	0,9	0,1	0,2	0,0	—
0,7	1,0	1,5	0,3	0,4	0,0	0,4
—	—	—	—	—	—	—
0,5	2,6	0,0	1,0	1,4	0,5	0,0
10,1	19,8	18,9	4,9	4,1	1,6	0,7
0,7	2,4	1,1	0,1	0,1	0,2	1,0
10,7	22,2	20,0	5,0	4,2	1,8	1,7
2,1	6,0	8,3	2,5	3,8	0,6	1,3

**136. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land**  
**Ordentlicher**  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	24,0	1,6	3,2	14,8
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	84,0	4,0	2,4	33,6
Schulen . . . . .	56,3	7,1	1,3	32,7
Kultur . . . . .	8,0	0,6	0,2	5,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	107,9	7,3	16,8	44,9
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	19,7	2,6	4,8	7,4
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	9,8	0,8	0,4	6,8
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	22,4	1,9	0,3	13,6
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	93,1	-	0,0	92,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	56,9	1,1	0,5	44,2
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	26,3	1,1	2,9	18,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,3	-	-	0,3
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	508,7	28,2	32,8	314,3
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	5,2	0,0	0,2	3,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	8,4	0,0	0,2	0,1
Schulen . . . . .	49,9	9,3	3,3	24,4
Kultur . . . . .	0,5	0,0	0,0	0,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	80,1	0,1	9,7	66,8
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	5,8	0,1	0,5	3,8
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	2,5	0,1	0,2	1,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	21,5	0,7	0,8	14,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	23,9	0,7	0,7	20,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	16,7	0,2	0,2	14,2
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	16,9	0,2	1,0	9,3
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,2	0,0	0,0	0,0
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	231,7	11,5	16,8	158,9



nach Körperschaften und Ländern

Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

kreise

1,3	0,1	1,4	1,0	0,5	—	0,1
12,2	11,3	20,4	0,0	—	—	0,1
4,8	2,5	6,9	0,8	—	—	0,1
0,1	0,4	1,1	0,4	0,1	—	0,0
6,6	6,0	23,3	1,8	0,8	—	0,2
0,9	1,3	2,0	0,4	0,2	—	0,2
0,1	0,2	1,0	0,4	0,0	—	—
0,4	3,3	2,7	0,2	0,0	—	0,1
—	—	1,0	0,0	—	—	—
0,0	0,6	9,9	0,4	0,0	—	—
0,2	0,4	1,7	1,1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—
26,7	26,1	71,5	6,6	1,8	—	0,8

Gemeinden

0,1	0,4	0,2	0,2	0,2	0,6	0,0
1,8	3,2	2,7	0,5	0,0	—	0,0
3,7	2,6	4,0	1,1	0,1	0,9	0,4
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	3,0	—	—	0,3	0,3	0,0
0,2	0,4	0,0	0,0	0,5	0,2	0,1
0,0	0,2	0,2	0,0	0,1	0,0	0,1
0,8	1,7	1,7	1,1	0,1	0,3	0,2
0,1	0,4	0,6	0,3	0,0	0,2	0,1
0,6	0,6	0,2	0,0	0,2	0,5	0,0
0,3	1,8	0,8	2,0	0,3	1,0	0,2
0,0	0,1	—	0,0	0,0	0,0	—
—	—	—	—	—	—	—
7,6	14,3	10,4	5,3	1,7	4,0	1,2

noch: 136. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land  
Ordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	17,5	0,8	5,6	5,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	6,4	5,9	-	0,3
Schulen . . . . .	7,0	1,0	0,9	2,9
Kultur . . . . .	0,1	0,0	0,0	0,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	334,3	36,3	69,0	30,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	37,4	0,6	24,5	3,0
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	6,0	0,0	1,4	3,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	29,8	1,0	4,9	11,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	34,1	0,0	0,2	33,8
Sonstiges Bauwesen . . . . .	11,4	0,1	0,0	11,2
Öffentl.Einrichtg.u.Wirtschaftsförd.	20,4	0,1	11,2	3,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,1	0,0	0,0	0,1
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	504,5	45,9	117,7	104,7
Bezirks- (Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,2	-	-	0,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,3	-	-	-
Kultur . . . . .	0,0	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	13,9	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	4,9	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,3	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	6,9	-	-	-
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	-	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	-	-	-	-
Öffentl.Einrichtg.u.Wirtschaftsförd.	0,0	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	26,5	-	-	0,1

nach Körperschaften und Ländern

Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
1,1	-	0,1	3,0	0,8	1,1	-
0,0	-	-	0,2	-	-	-
1,3	0,1	0,4	0,5	-	0,0	-
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0
34,1	34,5	110,4	5,5	6,9	7,1	0,2
0,5	2,3	3,5	0,8	0,7	1,4	0,0
0,1	0,2	0,1	0,6	0,0	-	0,3
2,6	2,0	4,4	2,2	0,1	1,3	0,1
-	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,1
-	0,0	-	0,0	-	-	-
-	0,1	0,1	3,9	-	1,5	-
0,0	0,0	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
39,7	39,3	119,0	16,9	8,5	12,3	0,6
vinzial-) verbände						
-	-	0,0	-	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	0,3	-	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
4,2	-	9,7	-	-	0,0	-
0,2	1,2	1,4	2,1	-	0,0	-
0,1	-	0,2	-	-	-	-
6,6	-	-	-	-	0,3	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
11,2	1,2	11,5	2,1	-	0,4	-

137. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,8	-	0,4	0,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,0	-	-	-
Schulen . . . . .	9,3	1,1	1,0	0,3
Kultur . . . . .	0,9	-	0,2	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,4	0,0	0,2	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	3,1	-	0,7	0,1
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	17,3	2,2	1,2	2,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	26,1	0,0	0,7	21,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	27,5	1,0	5,4	17,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	4,2	0,5	0,4	0,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	8,0	0,7	0,1	2,4
Zusammen . . . . .	97,7	5,5	10,3	45,8
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	10,6	3,7	0,2	3,6
Summe beider . . . . .	108,3	9,2	10,5	49,4
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	32,5	8,2	1,1	7,8
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,6	-	0,0	0,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,0	-	-	0,0
Schulen . . . . .	11,5	3,7	0,7	4,6
Kultur . . . . .	1,0	-	0,0	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,1	0,0	0,0	0,0
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	1,2	0,1	0,2	0,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	5,8	1,6	0,6	0,8
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	14,5	0,9	2,2	6,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	4,5	0,4	0,3	2,7
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	2,7	0,6	0,1	0,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	2,2	0,2	0,2	0,8
Zusammen . . . . .	44,2	7,6	4,4	16,6
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	6,1	1,7	0,3	1,9
Summe beider . . . . .	50,3	9,3	4,7	18,5
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	20,9	4,6	2,3	6,4

nach Körperschaften und Ländern  
Haushalt  
DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
-	0,0	0,0	-	-	-	-
-	-	0,0	-	-	-	-
1,6	2,6	1,4	0,5	0,7	-	0,2
-	-	0,0	0,5	0,2	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	-	0,1	0,0	-	-	-
1,4	0,0	0,8	0,1	-	-	-
1,8	5,6	2,7	0,8	0,1	-	-
0,1	-	2,7	0,3	0,8	-	-
0,1	2,7	0,7	-	-	-	-
0,6	0,3	0,9	0,2	0,3	-	0,4
-	-	-	-	-	-	-
0,1	2,4	-	1,0	1,3	-	0,0
5,7	13,6	9,4	3,4	3,5	-	0,6
0,4	1,7	0,0	0,0	0,0	-	1,0
6,1	15,3	9,4	3,4	3,5	-	1,6
1,0	3,8	4,0	1,8	3,5	-	1,3
Gemeinden						
0,0	0,0	0,2	0,0	-	0,1	-
-	-	-	0,0	-	-	-
0,4	1,2	0,7	0,1	0,0	0,1	-
-	-	1,0	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	0,0	-	-	0,0	-
0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
0,1	1,0	1,0	0,2	0,1	0,4	-
0,2	1,8	2,5	0,2	-	0,2	-
0,3	0,3	0,2	0,0	0,2	0,0	-
0,2	0,6	0,5	0,1	0,0	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	0,3	-	0,0	0,1	0,5	-
1,5	5,2	6,2	0,7	0,4	1,5	0,0
0,3	0,6	1,0	0,0	0,0	0,2	-
1,8	5,8	7,2	0,7	0,4	1,7	0,0
0,7	2,1	3,8	0,3	0,1	0,6	-

noch: 137. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,3	-	0,2	0,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	1,7	0,1	0,4	0,6
Kultur . . . . .	0,0	-	-	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,6	0,0	0,1	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	3,0	0,4	0,5	0,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	4,4	0,5	1,1	0,8
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	2,5	0,1	0,8	0,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	0,3	-	-	0,1
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	0,7	0,7	0,0	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	0,4	0,0	-	0,0
Zusammen . . . . .	13,9	1,9	3,1	2,1
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	0,1	0,1	-	-
Summe beider . . . . .	14,0	2,0	3,1	2,1
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	2,7	0,5	0,5	0,2
Bezirks- (Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit und Ordnung.	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,2	-	-	-
Kultur . . . . .	-	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,1	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,5	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	1,0	-	-	0,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,0	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	-	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	-	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	0,0	-	-	0,0
Zusammen . . . . .	1,8	-	-	0,2
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	-	-	-	-
Summe beider . . . . .	1,8	-	-	0,2
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	0,2	-	-	0,1

nach Körperschaften und Ländern  
Haushalt  
DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
-	-	-	0,0	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	0,1	0,4	0,1	0,0	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	-	0,0	-	0,2	-	-
0,2	0,3	1,3	0,0	-	-	-
0,2	0,5	0,6	0,5	-	0,1	-
0,5	-	0,8	0,1	-	-	0,1
0,1	0,1	-	0,0	-	-	-
-	-	0,0	0,0	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,3	-	0,0	0,0	-	-	-
1,4	1,0	3,1	0,8	0,2	0,1	0,1
-	-	-	0,1	-	-	-
1,4	1,0	3,1	0,9	0,2	0,1	0,1
0,3	0,0	0,5	0,4	0,2	-	-
vinzial-) verbände						
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	0,2	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-
0,5	-	-	-	-	-	-
0,9	-	-	-	-	-	-
-	-	0,0	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
1,4	-	0,2	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
1,4	-	0,2	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-

### 138. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Körperschaften

— vH der Bruttoausgaben —

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreisan- gehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein . . . . .	28,3	26,1	17,5	40,9	—
Niedersachsen . . . . .	21,6	14,6	8,5	38,5	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	28,1	27,0	26,8	36,4	13,4
Hessen . . . . .	15,1	11,2	5,5	34,7	21,6
Württemberg-Baden . . . . .	15,7	13,4	8,9	33,6	15,3
Bayern . . . . .	20,6	15,9	7,9	41,5	10,8
Rheinland-Pfalz . . . . .	10,4	7,9	4,3	25,2	31,0
Baden . . . . .	10,1	12,3	2,5	27,0	—
Württemberg-Hohenzollern . .	12,3	—	5,3	28,7	12,8
Lindau . . . . .	36,7	37,1	39,1	32,7	—
Zusammen . . . . .	21,8	20,0	14,2	36,9	15,1
Allgemeine Verwaltung . . . .	8,2	12,2	2,0	17,7	8,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	29,1	36,3	17,9	10,5	—
Schulen . . . . .	16,0	17,6	15,8	14,0	1,6
Kultur . . . . .	6,5	6,5	7,1	3,9	0,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	66,8	63,3	58,4	70,7	62,9
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	8,3	5,1	4,3	15,2	10,3
Gesundheits-u. Jugendpflege.	4,2	4,1	3,5	6,0	1,6
Straßen u. sonstiger Tiefbau	21,5	23,3	13,8	31,3	26,8
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung .	49,2	64,5	25,6	61,9	2,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	30,5	34,1	23,2	27,8	—
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	8,4	6,2	7,1	28,3	0,1
Finanz-u. Steuerverwaltung . .	0,4	0,5	0,2	0,6	—
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	16,1	18,5	10,7	18,5	49,2
Zusammen . . . . .	21,8	20,0	14,2	36,9	15,1



# 139. Zweckgebundene Zuweisungen vom Land nach Ländern

— vH der Bruttoausgaben —

Verwaltungszweige	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Württemberg-Baden
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung . . .	6,6	13,1	14,3	4,2	0,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	57,6	6,5	24,5	41,3	39,0
Schulen . . . . .	35,9	6,1	19,9	18,9	10,6
Kultur . . . . .	8,4	3,1	8,3	0,4	3,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	70,7	61,7	64,7	60,4	79,5
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	7,8	24,9	5,2	2,7	7,4
Gesundheits-u. Jugendpflege	3,0	3,7	8,3	3,3	1,5
Straßen u. sonstiger Tiefbau	46,5	16,2	28,9	22,9	20,5
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	24,0	12,6	76,6	2,9	9,2
Sonstiges Bauwesen . . . . .	22,4	17,5	46,9	4,2	12,7
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung .	10,3	17,8	11,1	1,5	3,3
Finanz-u. Steuerverwaltung ..	0,1	0,1	0,8	0,0	0,9
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	22,1	6,7	14,5	5,8	21,5
Zusammen . . . . .	28,3	21,6	28,1	15,1	15,7

  

Verwaltungszweige	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württembg. Hohenz.	Lindau
	6	7	8	9	10
Allgemeine Verwaltung . . .	1,9	9,0	6,9	9,4	11,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	41,0	5,7	0,1	0,0	26,1
Schulen . . . . .	11,9	8,8	7,3	4,8	58,8
Kultur . . . . .	8,8	10,6	3,9	0,7	32,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	74,1	35,7	70,1	66,1	62,2
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	4,8	6,5	7,3	8,5	21,8
Gesundheits-u. Jugendpflege	2,9	4,7	0,5	1,1	28,9
Straßen u. sonstiger Tiefbau	15,5	12,2	3,6	13,0	49,6
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	17,7	8,1	13,2	4,0	66,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	20,9	5,0	5,4	9,4	4,6
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.	2,7	13,1	2,2	12,0	44,3
Finanz-u. Steuerverwaltung.	0,2	0,0	0,0	0,0	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	2,1	15,9	27,8	27,1	100,0
Zusammen . . . . .	20,6	10,4	10,1	12,3	36,7

## 141. Eigenausgaben (Reiner

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt.	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4

  

				Mill.
Allgemeine Verwaltung . . . . .	540,4	34,4	63,9	143,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	240,8	7,3	36,5	104,9
Schulen . . . . .	714,7	39,7	115,5	263,5
Kultur . . . . .	150,8	7,1	12,3	60,8
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	266,4	18,0	59,2	77,6
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	760,0	39,6	90,6	263,7
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	592,9	45,5	91,6	136,5
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	397,8	9,3	46,2	106,6
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	200,5	5,8	31,7	53,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	267,0	9,9	30,5	101,9
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	777,8	27,4	72,6	260,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	163,4	6,9	18,3	51,7
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	55,1	3,3	3,5	19,4
Zusammen	5 127,7	254,2	672,5	1 644,3

  

				DM je
Allgemeine Verwaltung . . . . .	11,95	12,77	9,30	11,08
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	5,32	2,71	5,31	8,10
Schulen . . . . .	15,80	14,75	16,82	20,36
Kultur . . . . .	3,33	2,62	1,79	4,70
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	5,89	6,70	8,62	6,00
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	16,80	14,69	13,19	20,37
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	13,11	16,88	13,34	10,54
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	8,80	3,44	6,72	8,23
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	4,43	2,14	4,62	4,13
Sonstiges Bauwesen . . . . .	5,90	3,67	4,44	7,87
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	17,20	10,19	10,58	20,15
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	3,61	2,58	2,66	3,99
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	1,22	1,21	0,51	1,50
Zusammen . . . . .	113,37	94,35	97,90	127,02

# Finanzbedarf) nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
DM						
57,3	61,3	97,8	43,6	20,2	17,7	0,9
20,0	22,6	33,2	12,1	2,8	1,3	0,2
50,6	76,9	105,3	31,4	10,8	20,4	0,5
18,3	12,8	22,7	7,3	7,7	1,8	0,1
29,5	11,2	50,1	13,2	3,4	3,8	0,2
73,3	65,6	139,6	48,2	21,1	17,4	1,0
73,5	69,1	120,3	25,2	15,1	15,2	0,9
45,0	54,5	71,6	36,5	12,0	15,9	0,4
28,9	21,0	35,6	10,1	5,7	8,3	0,1
28,9	30,0	41,8	10,9	7,6	5,3	0,4
84,8	90,8	145,8	48,7	27,0	19,1	0,8
18,5	16,0	25,6	15,8	6,1	4,2	0,2
7,9	9,6	1,0	5,5	3,6	1,4	-
536,4	541,4	890,3	308,4	142,9	131,6	5,7
Einwohner						
13,34	15,90	10,61	15,09	15,73	15,66	16,76
4,65	5,86	3,60	4,18	2,22	1,15	3,41
11,79	19,94	11,43	10,87	8,42	18,06	9,49
4,27	3,33	2,46	2,52	5,97	1,55	1,22
6,86	2,91	5,44	4,57	2,67	3,34	4,30
17,07	17,00	15,15	16,68	16,44	15,45	17,71
17,12	17,92	13,05	8,71	11,77	13,49	16,73
10,48	14,12	7,76	12,64	9,33	14,10	7,19
6,72	5,44	3,86	3,48	4,44	7,34	2,72
6,73	7,77	4,53	3,79	5,89	4,70	6,73
19,75	23,54	15,82	16,85	21,07	16,92	13,79
4,30	4,15	2,78	5,47	4,77	3,76	4,12
1,84	2,49	0,10	1,91	2,78	1,25	-
124,91	140,37	96,60	106,75	111,48	116,77	104,18

# 142. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Körperschaften.

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill.DM					
Allgemeine Verwaltung . . .	540,4	179,7	276,1	82,8	1,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	240,8	147,1	38,8	54,9	-
Schulen . . . . .	714,7	306,3	327,9	53,1	27,4
Kultur . . . . .	150,8	127,0	19,5	2,8	1,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	266,4	62,5	57,1	138,6	8,2
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	760,0	372,3	132,0	212,2	43,5
Gesundheits-u. Jugendpflege	592,9	303,9	104,2	140,6	44,2
Straßen u. sonstiger Tiefbau	397,8	130,5	170,3	75,2	21,8
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	200,5	65,6	111,3	22,6	1,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	267,0	163,3	70,4	30,4	2,9
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	777,8	460,8	258,1	53,6	5,4
Finanz-u. Steuerverwaltung .	163,4	65,7	79,5	17,2	1,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	55,1	35,2	18,3	1,5	0,0
Zusammen . . . . .	5 127,7	2 420,1	1 663,5	885,6	158,5
DM je Einwohner					
Allgemeine Verwaltung . . .	11,95	12,56	8,93	2,68	0,08
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	5,32	10,28	1,26	1,77	-
Schulen . . . . .	15,80	21,41	10,61	1,72	1,29
Kultur . . . . .	3,33	8,88	0,63	0,09	0,07
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	5,89	4,37	1,85	4,48	0,39
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	16,80	26,03	4,27	6,86	2,05
Gesundheits-u. Jugendpflege	13,11	21,24	3,37	4,55	2,08
Straßen u. sonstiger Tiefbau	8,80	9,12	5,51	2,43	1,03
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	4,43	4,59	3,60	0,73	0,05
Sonstiges Bauwesen . . . . .	5,90	11,41	2,28	0,98	0,14
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	17,20	32,21	8,35	1,73	0,25
Finanz-u. Steuerverwaltung .	3,61	4,59	2,57	0,56	0,05
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	1,22	2,46	0,59	0,05	0,00
Zusammen . . . . .	113,37	169,16	53,81	28,64	7,48

**143. Gesamtbetrag**  
**der Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Körperschaften und Ländern**

Länder	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill.DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	254,2	95,5	89,7	69,0	-
Niedersachsen . . . . .	672,5	252,6	227,1	192,8	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	1 644,3	975,9	479,7	186,6	2,1
Hessen . . . . .	536,4	256,0	157,4	77,2	45,8
Württemberg-Baden . . . . .	541,4	255,8	199,3	79,5	6,8
Bayern . . . . .	890,3	427,4	194,4	171,8	96,7
Rheinland-Pfalz . . . . .	308,4	117,4	134,0	52,5	4,6
Baden . . . . .	142,9	37,2	82,1	23,6	-
Württemberg-Hohenzollern . .	131,6	-	98,0	31,1	2,5
Lindau . . . . .	5,7	2,3	1,9	1,5	-
Zusammen . . . . .	5 127,7	2 420,1	1 663,5	885,6	158,5
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	94,35	143,55	44,22	34,08	-
Niedersachsen . . . . .	97,90	161,42	42,82	36,34	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	127,02	158,65	70,60	27,47	0,47
Hessen . . . . .	124,91	215,32	50,75	24,87	15,44
Württemberg-Baden . . . . .	140,37	211,62	75,27	30,01	2,85
Bayern . . . . .	96,60	157,67	29,91	26,41	10,49
Rheinland-Pfalz . . . . .	106,75	191,26	58,88	23,06	4,56
Baden . . . . .	111,48	201,86	74,77	21,52	-
Württemberg-Hohenzollern . .	116,77	-	86,97	27,58	2,23
Lindau . . . . .	104,18	121,73	52,06	42,66	-
Zusammen . . . . .	113,37	169,16	53,81	28,64	7,48

# 144. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	179,7	8,5	15,1	71,6
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	147,1	3,4	14,9	64,8
Schulen . . . . .	306,3	13,1	39,7	143,7
Kultur . . . . .	127,0	6,0	11,0	55,4
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	62,5	3,4	7,2	31,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	372,3	15,9	35,5	156,6
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	303,9	16,4	42,0	94,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	130,5	1,5	13,8	44,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	65,6	1,4	5,9	22,8
Sonstiges Bauwesen . . . . .	163,3	5,0	18,0	65,5
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	460,8	16,0	42,5	185,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	65,7	2,3	6,1	24,5
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	35,2	2,5	1,0	15,2
Zusammen . . . . .	2 420,1	95,5	252,6	975,9
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	276,1	18,6	33,6	56,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	38,8	1,6	0,9	11,8
Schulen . . . . .	327,9	22,5	62,5	105,3
Kultur . . . . .	19,5	0,7	0,9	4,4
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	57,1	3,6	15,3	27,6
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	132,0	7,4	16,7	61,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	104,2	11,2	20,1	21,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	170,3	5,8	20,2	46,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	111,3	3,7	16,4	28,7
Sonstiges Bauwesen . . . . .	70,4	3,5	6,6	26,8
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	258,1	7,0	22,7	63,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	79,5	3,4	8,8	23,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	18,3	0,7	2,3	3,8
Zusammen . . . . .	1 663,5	89,7	227,1	479,7

# nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
18,2	19,6	33,7	9,3	3,6	-	0,2
14,3	17,2	26,7	4,6	1,1	-	0,2
23,5	29,8	44,7	9,6	1,9	-	0,3
14,5	10,7	18,2	5,2	5,9	-	0,0
4,4	2,6	8,7	4,4	0,4	-	0,0
35,8	33,0	68,2	20,4	6,4	-	0,4
37,7	38,0	55,0	16,0	4,6	-	0,0
12,1	20,7	29,4	7,0	1,7	-	0,1
10,5	4,9	15,0	4,3	0,8	-	0,1
21,1	19,4	26,2	6,0	1,9	-	0,3
50,4	47,3	89,9	21,2	7,2	-	0,4
8,3	7,3	11,1	4,8	1,2	-	0,1
5,2	5,4	0,7	4,6	0,6	-	-
256,0	255,8	427,4	117,4	37,2	-	2,3
Gemeinden						
27,3	33,4	48,8	27,3	15,2	15,0	0,6
5,7	5,2	3,5	7,2	1,8	1,2	0,0
20,4	43,1	30,7	17,4	6,7	19,1	0,2
2,6	2,0	4,0	1,6	1,6	1,7	0,0
4,5	2,0	0,8	1,9	0,5	0,8	0,0
8,7	8,5	7,9	10,3	3,7	7,6	0,1
9,2	9,5	11,6	4,2	9,8	6,2	0,4
16,5	22,7	20,3	21,6	7,1	10,0	0,2
15,3	14,9	15,1	4,4	4,5	8,2	0,1
5,7	8,0	6,1	3,4	5,4	4,8	0,0
31,2	39,4	34,0	24,1	18,2	18,3	0,3
7,8	6,9	11,3	9,8	4,5	3,9	0,1
2,5	3,7	0,2	0,8	3,0	1,3	-
157,4	199,3	194,4	134,0	82,1	98,0	1,9

noch: 144. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Land-		
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Allgemeine Verwaltung . . . . .	82,8	7,3	15,2	15,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	54,9	2,3	20,7	28,2
Schulen . . . . .	53,1	4,1	13,3	14,6
Kultur . . . . .	2,8	0,4	0,4	1,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	138,6	11,0	36,7	18,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	212,2	16,3	38,4	45,9
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	140,6	17,9	29,5	20,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	75,2	1,9	12,1	15,4
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	22,6	0,7	9,5	1,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	30,4	1,4	5,9	9,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	53,6	4,4	7,4	11,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	17,2	1,2	3,4	4,2
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .	1,5	0,0	0,3	0,3
Zusammen . . . . .	885,6	69,0	192,8	186,6
Bezirks- (Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,7	-	-	0,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	27,4	-	-	-
Kultur . . . . .	1,5	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	8,2	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	43,5	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	44,2	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	21,8	-	-	0,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	1,0	-	-	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,9	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	5,4	-	-	0,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	1,0	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen (ao. H.) .	0,0	-	-	0,0
Zusammen . . . . .	158,5	-	-	2,1



nach Ländern und Körperschaften

DM -

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

kreise

11,4	8,4	15,1	6,2	1,4	2,6	0,1
0,0	0,3	3,0	0,3	-	0,1	-
6,3	4,0	3,6	3,8	2,1	1,3	0,0
0,1	0,1	0,4	0,2	0,1	0,0	-
19,4	6,1	34,1	7,0	2,5	2,9	0,2
16,4	17,7	41,3	17,0	11,0	7,9	0,4
9,9	21,6	28,0	3,0	0,6	9,0	0,5
5,6	11,1	12,4	7,9	3,2	5,5	0,1
2,9	1,2	5,2	1,3	0,4	0,1	0,0
1,8	2,5	6,9	1,6	0,3	0,5	0,1
1,8	4,1	18,5	3,0	1,6	0,7	0,2
1,4	1,8	3,3	1,2	0,4	0,4	0,0
0,2	0,5	0,0	0,2	-	0,1	-
77,2	79,5	171,8	52,5	23,6	31,1	1,5

vinzial-) verbände

0,4	-	0,1	0,8	-	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	-	26,3	0,6	-	-	-
1,0	-	0,2	0,3	-	0,0	-
1,2	0,5	6,5	-	-	0,0	-
12,4	6,4	22,3	0,5	-	1,9	-
16,6	-	25,6	1,9	-	0,0	-
10,8	-	9,5	0,0	-	0,4	-
0,1	-	0,3	-	-	-	-
0,3	-	2,5	-	-	-	-
1,4	-	3,3	0,4	-	0,0	-
0,9	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
45,8	6,8	96,7	4,6	-	2,5	-

# 145. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf) nach Ländern.

2 Mill.

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
Ordentlicher				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	531,5	34,3	62,9	142,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	240,6	7,3	36,5	104,9
Schulen . . . . .	685,2	40,3	109,3	259,7
Kultur . . . . .	145,8	7,0	12,4	60,6
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	266,4	18,0	59,2	77,6
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	755,6	39,5	89,8	263,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	566,8	44,8	87,0	133,6
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	360,8	9,5	39,8	99,3
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	133,3	3,2	19,9	41,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	242,0	9,0	25,5	94,9
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	746,9	26,2	69,2	256,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	162,7	6,9	18,3	51,0
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	4 837,7	246,2	629,7	1 584,8
Außerordent-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	8,8	0,1	0,9	1,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,3	-	-	- 0,0
Schulen . . . . .	29,5	- 0,6	6,3	3,8
Kultur . . . . .	5,0	0,0	- 0,1	0,2
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	4,4	0,1	0,8	0,6
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	26,1	0,7	4,6	2,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	37,0	- 0,3	6,4	7,3
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	67,2	2,6	11,8	12,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	24,9	0,9	5,0	6,9
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	30,9	1,2	3,5	4,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,7	-	0,0	0,7
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	55,1	3,3	3,5	19,4
Zusammen . . . . .	290,0	8,0	42,8	59,4
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	104,9	11,3	5,3	21,0

getrennt für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
Haushalt						
55,1	59,7	96,6	42,3	19,8	17,7	0,9
19,9	22,6	33,0	12,1	2,8	1,3	0,2
45,1	70,5	99,5	30,0	10,1	20,2	0,5
17,4	12,6	22,6	7,0	4,5	1,7	0,1
29,5	11,2	50,1	13,2	3,4	3,8	0,2
72,3	64,6	139,3	48,1	20,8	17,2	1,0
68,9	64,4	115,9	24,4	12,7	14,3	0,9
40,2	45,0	66,7	33,3	11,6	15,0	0,4
21,5	12,0	20,7	7,1	4,0	3,9	0,2
23,8	26,9	40,8	10,6	5,7	4,6	0,4
78,2	85,9	139,9	46,2	25,6	17,9	0,8
18,4	16,0	25,6	15,8	6,1	4,2	0,2
-	-	-	-	-	-	-
490,2	491,3	850,7	290,0	127,1	121,8	5,7
licher Haushalt						
2,2	1,6	1,1	1,3	0,3	- 0,0	-
0,1	0,0	0,2	0,0	-	-	-
5,5	6,4	5,9	1,3	0,7	0,2	0,0
0,9	0,3	0,1	0,3	3,1	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
1,0	0,9	0,3	0,1	0,3	0,2	-
4,6	4,7	4,4	0,8	2,4	0,9	0,0
4,8	9,4	4,9	3,2	0,3	0,9	-
7,4	9,0	15,0	3,0	1,7	4,4	- 0,0
5,1	3,1	1,0	0,4	1,9	0,7	-
6,5	4,9	5,8	2,5	1,4	1,1	- 0,0
0,0	-	0,0	-	-	-	-
7,9	9,6	1,0	5,5	3,6	1,4	- 0,0
46,1	50,1	39,6	18,4	15,8	9,9	- 0,0
5,3	31,0	23,4	2,2	3,5	1,8	0,1

## 146. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)

Ordentlicher

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	175,6	8,5	14,9	71,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	146,8	3,4	14,9	64,8
Schulen . . . . .	292,1	13,4	37,5	142,9
Kultur . . . . .	122,2	6,0	11,1	55,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	62,5	3,4	7,2	31,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	370,8	15,9	35,1	156,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	293,7	16,4	40,7	92,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	107,9	2,4	10,2	39,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	43,9	0,6	3,5	19,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	146,7	5,1	14,6	59,0
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	441,0	15,5	40,9	183,6
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	65,0	2,3	6,1	23,8
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	—	—	—	—
Zusammen . . . . .	2 268,3	93,0	236,8	940,7
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	273,2	18,5	33,4	55,7
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	38,8	1,6	0,9	11,8
Schulen . . . . .	315,9	22,9	59,3	103,3
Kultur . . . . .	19,3	0,6	0,8	4,4
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	57,0	3,6	15,3	27,6
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	130,5	7,4	16,7	61,0
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	99,8	11,0	19,5	20,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	161,0	5,4	18,3	44,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	70,6	2,0	8,0	19,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	63,5	2,7	5,6	26,5
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	247,9	6,5	21,2	61,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	79,5	3,4	8,8	23,0
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	—	—	—	—
Zusammen . . . . .	1 557,0	85,6	207,8	458,8

## nach Körperschaften und Ländern

## Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
16,3	18,6	33,5	9,0	3,4	—	0,2
14,2	17,1	26,5	4,6	1,1	—	0,2
20,2	26,4	40,8	8,9	1,6	—	0,3
13,6	10,4	18,1	4,9	2,8	—	0,0
4,4	2,6	8,7	4,4	0,4	—	0,0
35,1	32,9	68,1	20,4	6,4	—	0,4
34,8	36,3	54,3	15,5	2,9	—	0,0
9,7	13,0	26,0	5,8	1,5	—	0,1
8,0	2,1	6,8	2,7	0,2	—	0,1
17,2	17,2	25,5	5,9	1,9	—	0,3
45,0	44,0	85,6	19,2	6,6	—	0,5
8,3	7,3	11,1	4,8	1,2	—	0,1
—	—	—	—	—	—	—
226,7	228,1	405,0	105,9	29,8	—	2,4
Gemeinden						
27,1	32,9	47,9	26,8	15,2	15,0	0,6
5,6	5,2	3,5	7,2	1,8	1,2	0,0
18,6	40,0	29,2	16,9	6,6	18,9	0,2
2,6	2,0	3,9	1,6	1,6	1,7	0,0
4,5	2,0	0,8	1,9	0,5	0,8	0,0
8,7	7,7	7,8	10,2	3,6	7,3	0,1
8,6	8,8	11,6	4,1	9,2	5,9	0,4
15,3	21,2	19,3	21,0	7,0	9,3	0,2
11,6	8,9	9,3	3,6	3,8	3,8	0,0
5,0	7,2	5,8	3,2	3,5	4,2	0,0
30,0	37,7	32,8	23,6	17,5	17,3	0,2
7,8	6,9	11,3	9,8	4,5	3,9	0,1
—	—	—	—	—	—	—
145,5	180,6	183,3	129,7	74,6	89,2	1,8

noch: 146. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)

Ordentlicher

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	81,1	7,3	14,7	15,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	54,9	2,3	20,7	28,2
Schulen . . . . .	50,0	4,0	12,5	13,5
Kultur . . . . .	2,8	0,4	0,4	1,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	138,6	11,0	36,7	18,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	210,8	16,2	38,0	45,6
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	129,9	17,4	26,8	19,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	71,0	1,6	11,3	14,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	18,0	0,5	8,3	1,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	29,0	1,3	5,4	9,4
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	52,6	4,2	7,0	11,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	17,2	1,2	3,3	4,2
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	855,9	67,6	185,1	183,2
Bezirks-(Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,7	-	-	0,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	27,3	-	-	-
Kultur . . . . .	1,5	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	8,2	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	43,4	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	43,4	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	21,0	-	-	1,1
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,8	-	-	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,8	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	5,4	-	-	0,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	1,0	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	156,4	-	-	2,3

nach Körperschaften und Ländern  
Haushalt  
DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
11,2	8,2	15,0	5,7	1,3	2,6	0,1
0,0	0,3	3,0	0,3	-	0,1	-
5,9	4,0	3,3	3,7	1,9	1,3	0,0
0,1	0,1	0,4	0,2	0,1	0,0	0,0
19,4	6,1	34,1	7,0	2,5	2,9	0,2
16,1	17,6	41,1	17,0	10,8	7,9	0,4
9,5	19,3	24,5	2,9	0,6	8,4	0,5
5,4	10,9	11,9	6,5	3,1	5,3	0,1
1,8	1,0	4,4	0,9	0,1	0,1	0,0
1,3	2,4	6,9	1,5	0,3	0,5	0,1
1,8	4,1	18,3	2,9	1,6	0,6	0,2
1,4	1,8	3,3	1,2	0,4	0,4	0,0
-	-	-	-	-	-	-
74,0	75,8	166,2	49,7	22,7	30,1	1,5
vinzial-)verbände						
0,4	-	0,1	0,8	-	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	-	26,2	0,6	-	-	-
1,0	-	0,2	0,3	-	0,0	-
1,2	0,5	6,5	-	-	0,0	-
12,4	6,4	22,3	0,5	-	1,9	-
16,0	-	25,5	1,9	-	0,0	-
9,9	-	9,5	0,0	-	0,4	-
0,1	-	0,1	-	-	-	-
0,3	-	2,5	0,0	-	-	-
1,4	-	3,3	0,4	-	0,0	-
0,9	-	-	-	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
44,0	6,8	96,3	4,6	-	2,5	-

# 147. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)

## Außerordentlicher

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	4,2	-	0,2	0,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,3	-	-	-
Schulen . . . . .	14,2	- 0,3	2,2	0,7
Kultur . . . . .	4,8	-	- 0,1	0,2
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,5	0,0	0,4	0,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	10,2	0,0	1,3	1,3
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	22,6	- 1,0	3,6	5,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	21,7	0,8	2,3	2,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	16,6	- 0,1	3,4	6,5
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	19,8	0,5	1,6	2,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,7	-	-	0,7
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	35,2	2,5	1,0	15,2
Zusammen . . . . .	151,7	2,5	15,8	35,2
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	76,7	8,3	2,7	15,6
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	3,0	0,1	0,2	0,6
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,0	-	-	- 0,0
Schulen . . . . .	12,0	- 0,4	3,2	1,9
Kultur . . . . .	0,2	0,0	0,0	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,4	0,0	0,1	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	4,4	0,2	0,6	1,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	9,4	0,4	1,9	1,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	40,7	1,7	8,3	9,2
Sonstiges Bauwesen . . . . .	6,8	0,9	1,1	0,3
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	10,2	0,5	1,5	1,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,0	-	0,0	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	18,3	0,7	2,3	3,8
Zusammen . . . . .	106,5	4,1	19,3	20,9
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen	26,5	2,2	2,3	5,2



nach Körperschaften und Ländern

Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
1,9	1,0	0,2	0,3	0,2	-	-
0,1	0,0	0,2	0,0	-	-	-
3,3	3,4	3,9	0,7	0,3	-	0,0
0,9	0,3	0,1	0,3	3,1	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,7	0,1	0,1	0,0	0,1	-	-
2,9	1,7	0,7	0,6	1,8	-	-
2,4	7,7	3,4	1,2	0,2	-	-
2,5	2,7	8,1	1,7	0,6	-	-
3,9	2,2	0,6	0,1	-	-	-
5,4	3,2	4,4	2,0	0,6	-	- 0,0
0,0	-	0,0	-	-	-	-
5,2	5,4	0,7	4,6	0,6	-	- 0,0
29,3	27,7	22,4	11,5	7,4	-	- 0,0
2,9	26,5	18,0	1,3	1,2	-	0,1
Gemeinden						
0,1	0,5	0,9	0,5	0,1	- 0,0	-
0,0	-	-	0,0	-	-	-
1,8	3,1	1,6	0,5	0,1	0,2	-
0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	0,7	0,1	0,1	0,1	0,2	-
0,6	0,7	0,0	0,1	0,6	0,3	0,0
1,2	1,5	1,0	0,6	0,1	0,7	-
3,7	6,0	5,8	0,9	0,7	4,4	0,0
0,7	0,8	0,3	0,2	1,9	0,7	-
1,2	1,7	1,3	0,5	0,7	1,0	-
-	-	-	-	-	-	-
2,5	3,7	0,2	0,8	3,0	1,3	-
11,8	18,8	11,1	4,2	7,5	8,8	0,0
1,9	4,5	5,5	0,9	2,3	1,8	0,0

noch: 147. Eigenausgaben (Reiner Finanzbedarf)  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
				Land-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,7	0,0	0,5	0,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	3,1	0,1	0,9	1,1
Kultur . . . . .	0,0	-	-	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,4	0,1	0,4	0,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	10,7	0,4	2,7	0,5
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	4,2	0,3	0,8	0,5
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	4,5	0,2	1,1	0,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	1,4	0,1	0,5	0,2
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	1,0	0,2	0,4	0,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,0	-	0,0	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	1,5	0,0	0,3	0,3
Zusammen . . . . .	29,7	1,4	7,7	3,5
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	1,7	0,8	0,2	0,2
				Bezirks- (Pro-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,1	-	-	-
Kultur . . . . .	-	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,1	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,7	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	0,8	-	-	- 0,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,3	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	0,1	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	-	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	0,0	-	-	0,0
Zusammen . . . . .	2,1	-	-	- 0,1
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	-	-	-	-

nach Körperschaften und Ländern  
Haushalt  
DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
0,2	0,1	0,0	0,5	0,1	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	- 0,0	0,3	0,1	0,3	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,3	0,1	0,1	-	0,1	-	-
0,5	2,3	3,6	0,1	0,0	0,6	-
0,2	0,2	0,5	1,3	0,1	0,2	-
1,1	0,2	0,8	0,4	0,3	-	- 0,0
0,5	0,1	-	0,1	0,0	-	-
0,0	-	0,2	0,0	0,0	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,2	0,5	0,0	0,2	-	0,1	-
3,2	3,6	5,6	2,7	0,9	1,0	- 0,0
0,5	-	-	0,0	-	-	-
vinzial-) verbände						
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	-	0,1	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-
0,6	-	0,1	-	-	-	-
1,0	-	-	-	-	-	-
0,0	-	0,2	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
1,8	-	0,4	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-

# 151. Spezielle Deckungs

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt			
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4

  

				Mill.
Allgemeine Verwaltung . . . . .	99,3	6,7	9,9	25,8
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	43,2	1,7	4,2	16,9
Schulen . . . . .	157,2	5,9	28,2	55,6
Kultur . . . . .	42,6	3,0	2,5	16,8
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	166,6	9,1	42,7	47,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	277,4	16,7	36,6	93,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	434,6	34,7	72,0	81,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	86,0	2,8	13,5	21,1
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	101,7	2,9	21,9	33,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	84,5	4,0	7,1	33,2
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	441,4	16,2	47,5	152,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	28,5	1,2	2,6	9,3
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	44,4	3,0	4,2	20,1
Zusammen . . . . .	2 007,2	107,9	292,8	605,5

  

				DM je
Allgemeine Verwaltung . . . . .	2,19	2,50	1,44	1,99
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,96	0,62	0,61	1,30
Schulen . . . . .	3,48	2,20	4,10	4,29
Kultur . . . . .	0,94	1,13	0,36	1,29
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	3,68	3,39	6,22	3,63
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	6,13	6,19	5,32	7,20
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	9,61	12,88	10,48	6,27
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	1,90	1,04	1,96	1,63
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	2,25	1,09	3,19	2,58
Sonstiges Bauwesen . . . . .	1,87	1,48	1,04	2,57
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	9,76	6,00	6,92	11,74
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,63	0,45	0,38	0,72
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,98	1,10	0,61	1,55
Zusammen . . . . .	44,38	40,05	42,63	46,77

mittel nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
DM						
10,9	11,3	18,3	10,0	2,8	3,3	0,3
2,5	3,3	10,8	3,4	0,3	0,2	0,1
10,0	17,3	22,1	8,7	4,6	4,6	0,2
3,9	3,1	7,1	1,8	4,1	0,3	0,0
17,3	8,3	28,8	7,8	2,5	2,9	0,1
28,5	24,8	46,7	14,7	9,2	6,7	0,4
52,4	49,0	101,2	19,4	11,7	12,2	0,9
13,0	9,5	14,4	9,4	1,1	1,2	0,0
5,7	10,0	15,0	4,8	2,6	5,3	0,2
8,6	9,4	14,7	2,4	3,2	1,5	0,2
46,5	41,9	88,3	28,5	10,8	9,4	0,3
3,6	2,4	4,3	3,0	1,5	0,5	0,0
3,4	4,3	0,7	4,9	2,5	1,4	-
206,3	194,5	372,4	118,8	56,6	49,7	2,7
Einwohner						
2,54	2,92	1,98	3,46	2,15	2,97	5,33
0,57	0,85	1,17	1,18	0,20	0,20	1,33
2,34	4,47	2,40	3,01	3,58	4,12	3,06
0,91	0,80	0,77	0,62	3,21	0,30	0,33
4,02	2,16	3,12	2,69	1,91	2,62	2,32
6,65	6,42	5,06	5,10	7,14	5,95	7,70
12,21	12,70	10,98	6,72	9,10	10,79	15,89
3,04	2,46	1,56	3,25	0,82	1,06	0,69
1,32	2,59	1,63	1,66	2,00	4,66	2,86
2,01	2,44	1,60	0,83	2,52	1,35	3,99
10,82	10,87	9,58	9,86	8,44	8,35	5,51
0,83	0,62	0,47	1,05	1,17	0,44	0,46
0,78	1,12	0,07	1,69	1,92	1,25	-
48,03	50,44	40,41	41,13	44,16	44,06	49,49

## 152. Spezielle Deckungsmittel nach Körperschaften

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreisan- gehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill.DM					
Allgemeine Verwaltung . . . .	99,3	43,1	37,5	18,5	0,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	43,2	27,7	6,4	9,1	-
Schulen . . . . .	157,2	66,2	78,5	10,3	2,3
Kultur . . . . .	42,6	38,1	4,2	0,3	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	166,6	35,6	32,1	95,0	3,9
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	277,4	112,0	58,0	88,4	19,0
Gesundheits-u. Jugendpflege	434,6	210,8	79,1	104,3	40,4
Straßen u. sonstiger Tiefbau	86,0	39,2	31,3	8,0	7,4
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	101,7	41,0	48,7	11,8	0,2
Sonstiges Bauwesen . . . . .	84,5	55,9	19,5	9,0	0,0
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	441,4	283,7	123,7	32,1	1,8
Finanz-u. Steuerverwaltung . .	28,5	11,1	14,5	2,4	0,5
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	44,4	28,6	13,9	1,8	0,0
Zusammen . . . . .	2 007,2	992,8	547,5	391,0	75,9
DM je Einwohner					
Allgemeine Verwaltung . . . .	2,19	3,01	1,21	0,60	0,01
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	0,96	1,94	0,21	0,29	-
Schulen . . . . .	3,48	4,63	2,54	0,33	0,11
Kultur . . . . .	0,94	2,66	0,14	0,01	0,00
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	3,68	2,49	1,04	3,07	0,19
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	6,13	7,83	1,88	2,86	0,90
Gesundheits-u. Jugendpflege	9,61	14,73	2,56	3,37	1,91
Straßen u. sonstiger Tiefbau	1,90	2,74	1,01	0,26	0,35
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	2,25	2,86	1,57	0,38	0,01
Sonstiges Bauwesen . . . . .	1,87	3,91	0,63	0,29	0,00
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	9,76	19,83	4,00	1,04	0,09
Finanz-u. Steuerverwaltung	0,63	0,77	0,47	0,08	0,02
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	0,98	2,00	0,45	0,06	0,00
Zusammen . . . . .	44,38	69,40	17,71	12,64	3,58

# 153. Gesamtbetrag der speziellen Deckungsmittel nach Körperschaften und Ländern

L ä n d e r	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill.DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	107,9	41,0	28,0	39,0	-
Niedersachsen . . . . .	292,8	105,9	85,7	101,2	-
Nordrhein-Westfalen . . . . .	605,5	385,8	158,0	61,6	0,1
Hessen . . . . .	206,3	97,7	41,4	34,4	32,8
Württemberg-Baden . . . . .	194,5	95,7	60,2	35,1	3,5
Bayern . . . . .	372,4	196,4	67,2	72,4	36,4
Rheinland-Pfalz . . . . .	118,8	50,2	42,8	23,1	2,7
Baden . . . . .	56,6	19,3	29,5	7,8	-
Württemberg-Hohenzollern . .	49,7	-	33,8	15,5	0,3
Lindau . . . . .	2,7	1,0	0,9	0,9	-
Zusammen . . . . .	2 007,2	992,8	547,5	391,0	75,9
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	40,05	61,63	13,78	19,20	-
Niedersachsen . . . . .	42,63	67,68	16,16	19,08	-
Nordrhein-Westfalen . . . . .	46,77	62,72	23,25	9,07	0,02
Hessen . . . . .	48,03	82,13	13,35	11,08	11,07
Württemberg-Baden . . . . .	50,44	79,21	22,71	13,26	1,48
Bayern . . . . .	40,41	72,44	10,34	11,12	3,95
Rheinland-Pfalz . . . . .	41,13	81,78	18,83	10,13	2,72
Baden . . . . .	44,16	104,48	26,89	7,14	-
Württemberg-Hohenzollern . .	44,06	-	30,01	13,78	0,27
Lindau . . . . .	49,49	49,82	24,01	25,30	-
Zusammen . . . . .	44,38	69,40	17,71	12,64	3,58

## 154. Spezielle Deckungsmittel

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	43,1	1,8	2,7	16,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	27,7	0,8	2,8	11,6
Schulen . . . . .	66,2	1,0	9,9	28,9
Kultur . . . . .	38,1	2,8	2,3	15,7
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	35,6	1,9	4,3	18,2
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	112,0	5,3	10,6	47,8
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	210,8	12,9	32,6	56,0
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	39,2	0,7	5,4	12,8
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	41,0	0,1	3,8	20,8
Sonstiges Bauwesen . . . . .	55,9	1,9	3,2	24,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	283,7	9,4	25,8	112,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	11,1	0,4	0,5	4,2
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	28,6	2,2	1,8	16,7
Zusammen . . . . .	992,8	41,0	105,9	385,8
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	37,5	2,7	3,2	6,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	6,4	0,5	0,3	1,4
Schulen . . . . .	78,5	3,6	15,8	23,9
Kultur . . . . .	4,2	0,2	0,2	0,9
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	32,1	0,4	10,1	18,4
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	58,0	1,3	6,6	30,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	79,1	8,6	15,8	14,9
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	31,3	1,7	5,5	7,1
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	48,7	2,5	10,3	11,9
Sonstiges Bauwesen . . . . .	19,5	1,7	2,3	4,7
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	123,7	3,5	12,0	30,6
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	14,5	0,6	1,7	4,7
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	13,9	0,7	2,1	2,5
Zusammen . . . . .	547,5	28,0	85,7	158,0



nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
5,6	4,1	8,9	2,7	0,8	—	0,1
2,0	2,9	6,5	0,8	0,1	—	0,1
4,7	6,7	10,8	2,8	1,4	—	0,1
3,5	2,7	5,7	1,5	3,9	—	0,0
2,7	1,2	4,7	2,2	0,3	—	0,0
9,8	10,0	21,2	3,8	3,4	—	0,2
24,9	24,8	44,5	12,1	3,0	—	0,0
2,8	6,1	9,2	2,1	0,2	—	0,0
0,6	3,0	8,9	2,8	1,0	—	0,1
7,0	7,2	10,3	1,1	0,5	—	0,2
30,7	25,2	63,5	13,2	3,5	—	0,2
1,6	0,8	1,8	0,9	0,8	—	0,0
1,7	1,0	0,5	4,2	0,4	—	0,0
97,7	95,7	196,4	50,2	19,3	—	1,0
Gemeinden						
3,1	4,9	7,6	5,4	1,7	1,8	0,1
0,4	0,3	0,7	2,5	0,1	0,2	0,0
4,6	9,8	8,8	4,8	2,7	4,5	0,1
0,4	0,3	1,4	0,3	0,2	0,3	0,0
0,3	1,1	0,7	0,6	0,3	0,3	0,0
1,8	4,8	5,4	2,5	1,6	3,8	0,1
6,3	6,8	10,3	3,2	8,3	4,6	0,4
2,6	3,0	3,7	6,0	0,7	1,0	0,0
3,9	6,7	5,2	1,6	1,2	5,2	0,0
1,4	1,8	2,8	0,8	2,8	1,3	0,0
14,1	16,5	18,4	12,5	7,1	8,9	0,1
1,0	1,2	2,2	2,0	0,6	0,4	0,0
1,5	3,0	0,2	0,6	2,0	1,3	—
41,4	60,2	67,2	42,8	29,5	33,8	0,9

noch: 154. Spezielle Deckungsmittel

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen 1	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
		2	3	4

  

				Land-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	18,5	2,2	4,0	2,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	9,1	0,4	1,1	3,8
Schulen . . . . .	10,3	1,3	2,4	2,8
Kultur . . . . .	0,3	0,1	0,0	0,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	95,0	6,9	28,3	10,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	88,4	10,1	19,4	15,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	104,3	13,2	23,6	10,4
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	8,0	0,5	2,6	1,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	11,8	0,3	7,7	0,7
Sonstiges Bauwesen . . . . .	9,0	0,5	1,6	3,9
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	32,1	3,3	9,7	9,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	2,4	0,2	0,4	0,4
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	1,8	0,1	0,3	0,8
Zusammen . . . . .	391,0	39,0	101,2	61,6

  

				Bezirks-(Pro-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,2	-	-	0,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	2,3	-	-	-
Kultur . . . . .	0,0	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	3,9	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	19,0	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	40,4	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	7,4	-	-	0,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,2	-	-	0,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	0,0	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	1,8	-	-	0,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,5	-	-	0,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,0	-	-	-
Zusammen . . . . .	75,9	-	-	0,1

# nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

## kreise

2,1	2,2	1,7	1,9	0,2	1,5	0,0
0,0	0,1	3,6	0,1	-	0,0	-
0,5	0,8	0,7	0,9	0,5	0,2	-
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
13,6	5,8	20,4	4,9	1,8	2,6	0,1
9,7	6,6	12,3	8,0	4,2	2,7	0,2
5,9	17,4	23,3	2,2	0,3	7,6	0,5
0,4	0,3	1,5	1,2	0,2	0,1	0,0
1,0	0,3	0,8	0,4	0,3	0,0	0,1
0,3	0,4	1,6	0,5	0,0	0,2	0,0
0,3	0,2	6,1	2,6	0,1	0,5	0,0
0,5	0,4	0,3	0,1	0,0	0,1	0,0
0,1	0,4	-	0,1	-	0,1	-
34,4	35,1	72,4	23,1	7,8	15,5	0,9

## vinzial-)verbände

0,1	-	-	0,0	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,2	-	1,9	0,1	-	-	-
0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	-
0,7	0,2	3,0	-	-	0,0	-
7,2	3,3	7,8	0,5	-	0,2	-
15,4	-	23,1	1,9	-	0,0	-
7,3	-	0,0	0,1	-	0,0	-
0,1	-	0,1	-	-	-	-
0,0	-	0,0	-	-	-	-
1,3	-	0,4	0,2	-	0,0	-
0,5	-	-	-	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
32,8	3,5	36,4	2,7	-	0,3	-

# 155. Spezielle Deckungsmittel nach Ländern, getrennt

— Mill.

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt			
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4
Ordentlicher				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	91,9	6,7	9,1	24,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	43,0	1,7	4,2	16,8
Schulen . . . . .	132,0	5,2	22,4	51,1
Kultur . . . . .	37,3	3,0	2,5	16,6
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	166,6	9,1	42,7	47,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	274,9	16,6	36,0	92,9
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	412,1	33,8	67,0	77,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	60,5	1,6	6,5	15,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	55,0	1,4	12,0	25,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	66,3	2,2	5,2	27,5
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	415,7	15,2	44,6	147,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	28,6	1,2	2,6	9,5
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	1 783,9	97,7	254,7	551,6
Außerordent-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	7,3	0,1	0,8	1,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,2	-	-	0,0
Schulen . . . . .	25,2	0,7	5,8	4,5
Kultur . . . . .	5,3	0,0	0,0	0,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	2,5	0,0	0,6	0,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	22,5	0,9	5,0	4,0
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	25,5	1,2	7,0	5,3
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	46,7	1,6	9,9	8,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	18,2	1,8	1,9	5,8
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	25,7	1,0	2,9	4,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	- 0,1	-	0,0	- 0,1
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	44,4	3,0	4,2	20,1
Zusammen . . . . .	223,4	10,3	38,1	53,8
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	99,4	11,9	5,1	18,8
Summe beider . . . . .	322,8	22,2	43,3	72,7
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	191,5	15,3	30,1	39,4

## für ordentlichen und außerordentlichen Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
Haushalt						
9,5	9,7	17,3	8,8	2,4	3,4	0,3
2,4	3,3	10,8	3,4	0,3	0,2	0,1
6,9	12,8	17,2	7,7	4,1	4,6	0,2
3,1	2,8	6,5	1,5	1,0	0,3	0,0
17,3	8,3	28,8	7,8	2,5	2,9	0,1
27,9	24,2	46,4	14,7	9,0	6,7	0,4
49,8	45,3	98,7	18,6	9,3	11,5	0,9
11,3	5,8	11,0	7,0	0,8	0,7	0,0
2,0	2,6	6,7	1,8	1,5	1,5	0,1
4,8	7,8	13,8	2,2	1,3	1,2	0,2
42,6	38,1	82,8	26,7	10,1	8,3	0,3
3,6	2,4	4,3	3,0	1,5	0,5	0,0
-	-	-	-	-	-	-
181,2	163,1	344,1	103,3	43,6	41,9	2,6
licher Haushalt						
1,4	1,6	0,9	1,2	0,4	-	-
0,1	0,0	0,1	0,0	-	-	-
3,2	4,5	4,9	1,1	0,5	0,1	0,0
0,8	0,3	0,6	0,3	3,1	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,6	0,6	0,2	0,0	0,1	0,0	-
2,6	3,7	2,5	0,8	2,4	0,7	0,0
1,7	3,7	3,4	2,4	0,3	0,5	-
3,6	7,3	8,4	3,0	1,0	3,7	0,1
3,8	1,6	0,9	0,2	2,0	0,3	-
3,9	3,9	5,5	1,8	0,7	1,1	0,0
0,0	0,0	0,0	-	-	-	-
3,4	4,3	0,7	4,9	2,5	1,4	0,0
25,0	31,4	28,3	15,5	13,0	7,8	0,1
4,2	29,6	22,6	1,9	3,8	1,4	0,1
29,2	61,0	50,9	17,5	16,8	9,2	0,2
6,8	46,8	24,5	10,2	11,8	6,4	0,1

**156. Spezielle Deckungsmittel**  
**Ordentlicher**  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	39,3	1,8	2,5	16,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	27,6	0,8	2,8	11,6
Schulen . . . . .	55,0	1,2	7,8	28,1
Kultur . . . . .	33,4	2,8	2,3	15,6
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	35,6	1,9	4,3	18,2
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	110,9	5,3	10,3	47,7
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	200,1	12,8	30,7	53,8
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	24,5	0,4	1,3	9,6
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	26,7	0,0	2,0	19,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	44,9	1,1	3,0	20,1
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	266,3	9,1	24,5	108,7
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	11,2	0,4	0,5	4,3
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	875,5	37,6	92,0	353,2
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	35,2	2,7	3,0	6,5
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	6,4	0,5	0,3	1,3
Schulen . . . . .	67,6	2,9	13,1	21,3
Kultur . . . . .	3,5	0,1	0,2	0,9
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	32,1	0,4	10,1	18,4
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	57,4	1,3	6,5	30,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	75,1	8,3	15,0	13,8
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	24,1	1,0	3,8	5,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	20,2	1,2	3,7	5,2
Sonstiges Bauwesen . . . . .	13,4	0,7	1,1	3,8
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	116,2	3,1	10,7	29,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	14,5	0,6	1,6	4,7
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	465,7	22,8	69,0	140,3

# nach Körperschaften und Ländern

## Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
4,3	3,0	8,6	2,4	0,6	—	0,1
1,9	2,9	6,5	0,8	0,1	—	0,1
2,6	4,7	7,2	2,2	1,1	—	0,1
2,7	2,5	5,6	1,2	0,7	—	0,0
2,7	1,2	4,7	2,2	0,3	—	0,0
9,4	10,0	21,0	3,8	3,3	—	0,2
23,4	23,1	43,5	11,5	1,3	—	0,0
2,4	3,3	6,5	0,9	0,1	—	0,0
0,1	0,4	4,1	0,5	0,1	—	0,1
3,6	5,7	9,7	1,0	0,5	—	0,2
27,6	22,4	58,7	11,6	3,4	—	0,2
1,6	0,8	1,8	0,9	0,8	—	0,0
—	—	—	—	—	—	—
82,4	79,9	177,9	39,2	12,4	—	1,0
Gemeinden						
3,0	4,5	7,0	4,9	1,6	1,8	0,1
0,4	0,3	0,7	2,5	0,1	0,2	0,0
3,7	7,4	7,7	4,5	2,6	4,4	0,1
0,4	0,3	0,8	0,3	0,2	0,3	0,0
0,3	1,1	0,7	0,6	0,3	0,3	0,0
1,8	4,4	5,3	2,4	1,6	3,8	0,1
6,0	5,3	10,2	3,0	7,7	4,3	0,4
2,0	2,3	3,2	5,5	0,6	0,6	0,0
1,7	2,1	2,2	1,2	1,4	1,5	0,0
1,1	1,8	2,5	0,7	0,7	1,1	0,0
13,4	15,5	17,6	12,3	6,5	8,0	0,1
1,0	1,2	2,2	2,0	0,6	0,4	0,0
—	—	—	—	—	—	—
34,9	47,1	60,1	40,0	24,0	26,7	0,8

noch: 156. Spezielle Deckungsmittel  
Ordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Land—				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	17,3	2,2	3,6	2,3
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	9,1	0,4	1,1	3,8
Schulen . . . . .	7,2	1,1	1,6	1,6
Kultur . . . . .	0,3	0,1	0,0	0,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	95,0	6,9	28,3	10,5
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	87,7	10,1	19,1	15,2
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	97,2	12,7	21,3	9,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	5,2	0,2	1,3	0,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	8,0	0,2	6,3	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	7,9	0,4	1,2	3,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	31,3	3,0	9,3	9,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	2,4	0,2	0,4	0,4
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	—	—	—	—
Zusammen . . . . .	368,5	37,3	93,7	58,0
Bezirks-(Pro—				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,2	—	—	0,0
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	—	—	—	—
Schulen . . . . .	2,2	—	—	—
Kultur . . . . .	0,0	—	—	—
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	3,9	—	—	—
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	19,0	—	—	—
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	39,7	—	—	—
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	6,7	—	—	0,0
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,1	—	—	0,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	0,0	—	—	0,0
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	1,8	—	—	0,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,5	—	—	0,0
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	—	—	—	—
Zusammen . . . . .	74,2	—	—	0,1



## nach Körperschaften und Ländern

## Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
2,1	2,2	1,7	1,5	0,2	1,5	0,0
0,0	0,1	3,6	0,1	-	0,0	-
0,4	0,7	0,4	0,9	0,4	0,2	-
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
13,6	5,8	20,4	4,9	1,8	2,6	0,1
9,6	6,5	12,2	8,0	4,1	2,7	0,2
5,6	15,9	22,0	2,1	0,4	7,1	0,5
0,4	0,3	1,3	0,5	0,1	0,1	0,0
0,1	0,1	0,4	0,2	0,0	0,0	-
0,1	0,4	1,6	0,5	0,0	0,2	0,0
0,3	0,2	6,1	2,6	0,1	0,4	0,0
0,5	0,4	0,3	0,1	0,0	0,1	0,0
-	-	-	-	-	-	-
32,6	32,6	70,0	21,4	7,2	14,8	0,8
vinzial-)verbände						
0,1	-	-	0,0	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,2	-	1,9	0,1	-	-	-
0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	-
0,7	0,2	3,0	-	-	0,0	-
7,2	3,3	7,8	0,5	-	0,2	-
14,8	-	23,0	1,9	-	0,0	-
6,6	-	0,0	0,1	-	0,0	-
0,0	-	0,0	-	-	-	-
0,0	-	0,0	-	-	-	-
1,3	-	0,4	0,2	-	0,0	-
0,5	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
31,4	3,5	36,2	2,7	-	0,3	-

157. Spezielle Deckungsmittel  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
				Stadt-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	3,8	-	0,3	0,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,1	-	-	-
Schulen . . . . .	11,2	- 0,2	2,2	0,7
Kultur . . . . .	4,6	-	0,0	0,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	1,1	0,0	0,3	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	10,7	0,0	1,9	2,2
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	14,7	0,3	4,1	3,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	14,3	0,1	1,8	1,3
Sonstiges Bauwesen . . . . .	11,0	0,6	0,2	4,5
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	17,4	0,3	1,3	3,4
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	- 0,1	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	28,6	2,2	1,8	16,7
Zusammen . . . . .	117,3	3,4	13,9	32,5
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	74,1	8,6	2,7	14,1
Summe beider . . . . .	191,4	12,1	16,6	46,7
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	127,9	10,0	14,8	31,2
				Kreisangehörige
Allgemeine Verwaltung . . . . .	2,3	0,1	0,2	0,4
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,0	-	-	0,0
Schulen . . . . .	10,9	0,7	2,8	2,6
Kultur . . . . .	0,7	0,0	0,0	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,6	0,0	0,1	0,0
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	4,0	0,3	0,7	1,1
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	7,2	0,6	1,7	1,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	28,4	1,3	6,7	6,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	6,2	1,0	1,3	0,9
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	7,5	0,4	1,3	1,5
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,0	-	0,0	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	13,9	0,7	2,1	2,5
Zusammen . . . . .	81,8	5,2	16,8	17,7
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	23,9	2,5	2,2	4,6
Summe beider . . . . .	105,7	7,7	19,0	22,3
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	47,9	4,2	9,3	7,7

nach Körperschaften und Ländern

Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
1,3	1,1	0,3	0,3	0,2	-	-
0,1	0,0	0,1	0,0	-	-	-
2,1	2,0	3,6	0,6	0,3	-	-
0,8	0,3	0,1	0,3	3,1	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,4	0,0	0,1	0,0	0,1	-	-
1,5	1,7	1,0	0,6	1,7	-	-
0,4	2,8	2,7	1,2	0,1	-	-
0,5	2,6	4,8	2,3	0,9	-	-
3,4	1,6	0,6	0,1	- 0,1	-	-
3,1	2,8	4,7	1,6	0,1	-	-
0,0	-	0,0	-	-	-	-
1,7	1,0	0,5	4,2	0,4	-	-
15,3	15,9	18,5	11,0	6,8	-	-
2,4	25,8	17,6	1,3	1,4	-	0,1
17,7	41,7	36,1	12,4	8,2	-	0,1
3,9	37,5	15,6	7,8	7,1	-	0,1
Gemeinden						
0,0	0,4	0,6	0,5	0,1	-	-
0,0	-	-	0,0	-	-	-
0,9	2,4	1,0	0,3	0,1	0,1	-
0,0	0,0	0,6	0,0	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	-
0,3	0,5	0,0	0,2	0,7	0,2	0,0
0,6	0,8	0,5	0,5	0,1	0,4	-
2,2	4,5	3,1	0,4	- 0,2	3,7	0,0
0,2	0,0	0,3	0,1	2,0	0,3	-
0,8	1,0	0,8	0,2	0,6	1,0	-
-	-	-	-	-	-	-
1,5	3,0	0,2	0,6	2,0	1,3	-
6,5	13,0	7,2	2,9	5,5	7,1	0,0
1,4	3,7	5,0	0,6	2,5	1,4	0,0
8,0	16,8	12,1	3,5	8,0	8,5	-
0,8	7,7	7,0	1,0	4,4	5,9	-

noch: 157. Spezielle Deckungsmittel  
Außerordentlicher  
— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
		1	2	3
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,2	0,0	0,4	0,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	3,1	0,2	0,9	1,2
Kultur . . . . .	-	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,7	0,0	0,2	0,1
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	7,1	0,6	2,3	0,7
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	2,9	0,3	1,2	0,2
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	3,8	0,2	1,4	0,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	1,1	0,1	0,4	0,4
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	0,8	0,2	0,4	0,0
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,0	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	1,8	0,1	0,3	0,8
Zusammen . . . . .	22,5	1,6	7,5	3,6
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	1,5	0,8	0,2	0,1
Summe beider . . . . .	24,0	2,4	7,7	3,7
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	14,3	1,2	6,1	0,5
Bezirks- (Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,1	-	-	-
Kultur . . . . .	-	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,1	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,8	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	0,7	-	-	-
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,2	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	-	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	-	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	0,0	-	-	0,0
Zusammen . . . . .	1,7	-	-	0,0
Ferner: Wirtschaftl. Unternehmen .	-	-	-	-
Summe beider . . . . .	1,7	-	-	0,0
Darunter: Schuldenaufnahmen . . . .	1,5	-	-	-

nach Körperschaften und Ländern

Haushalt

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
0,1	0,1	0,0	0,4	0,0	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	0,1	0,1	-	0,1	-	-
0,2	1,5	1,3	0,1	0,0	0,5	-
0,1	0,0	0,2	0,7	0,1	0,1	-
0,9	0,2	0,4	0,2	0,3	-	0,1
0,1	0,1	-	0,0	-	-	-
0,0	-	0,0	0,0	-	0,1	-
-	0,0	-	-	-	-	-
0,1	0,4	-	0,1	-	0,1	-
1,8	2,6	2,4	1,6	0,6	0,7	0,1
0,4	-	-	0,0	-	-	-
2,2	2,6	2,4	1,6	0,6	0,7	0,1
0,7	1,6	1,9	1,3	0,4	0,5	-
vinzial-) verbände						
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	-	0,0	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	-	-	-	-	-	-
0,6	-	0,2	-	-	-	-
0,7	-	-	-	-	-	-
0,1	-	0,1	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
1,5	-	0,2	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
1,5	-	0,2	-	-	-	-
1,4	-	0,1	-	-	-	-

# 158: Spezielle Deckungsmittel nach Körperschaften

— vH der Eigenausgaben —

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreisan- gehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein . . . . .	42,5	42,9	31,2	56,5	—
Niedersachsen . . . . .	43,5	41,9	37,8	52,5	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	36,8	39,5	32,9	33,0	5,1
Hessen . . . . .	38,5	38,1	26,3	44,5	71,7
Württemberg-Baden . . . . .	35,9	37,4	30,2	44,2	51,7
Bayern . . . . .	41,8	45,9	34,6	42,1	37,7
Rheinland-Pfalz . . . . .	38,5	42,8	32,0	44,0	59,5
Baden . . . . .	39,6	51,8	36,0	33,2	—
Württemberg-Hohenzollern . . . . .	37,7	—	34,5	50,0	12,0
Lindau . . . . .	47,5	40,9	46,1	59,3	—
Zusammen . . . . .	39,1	41,0	32,9	44,1	47,9
Allgemeine Verwaltung . . . . .	18,4	24,0	13,6	22,3	9,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	17,9	18,8	16,5	16,6	—
Schulen . . . . .	22,0	21,6	23,9	19,3	8,2
Kultur . . . . .	28,3	30,0	21,7	9,8	2,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	62,5	56,9	56,3	68,5	48,0
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe . . . . .	36,5	30,1	44,0	41,6	43,7
Gesundheits-u. Jugendpflege . . . . .	73,3	69,4	75,9	74,2	91,5
Straßen u. sonstiger Tiefbau . . . . .	21,6	30,1	18,3	10,7	34,0
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung . . . . .	50,7	62,4	43,7	52,1	24,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	31,6	34,2	27,7	29,7	0,7
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . . .	56,7	61,6	47,9	59,9	34,4
Finanz-u. Steuerverwaltung . . . . .	17,4	16,8	18,2	14,0	53,4
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	80,5	81,1	76,1	117,2	115,2
Zusammen . . . . .	39,1	41,0	32,9	44,1	47,9

# 159. Spezielle Deckungsmittel nach Ländern

— vH der Eigenausgaben —

Verwaltungszweige	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Württemberg-Baden
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung . .	19,6	15,5	18,0	19,0	18,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	22,7	11,5	16,1	12,3	14,5
Schulen . . . . .	14,9	24,4	21,1	19,8	22,4
Kultur . . . . .	43,0	20,2	27,5	21,3	24,1
Kriegsfolgenhilfe . . . .	50,6	72,1	60,6	58,6	74,3
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	42,1	40,3	35,3	38,9	37,8
Gesundheits-u. Jugendpflege	76,3	78,5	59,5	71,3	70,9
Straßen u. sonstiger Tiefbau	28,3	29,2	19,8	29,0	17,4
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	50,7	69,1	62,4	19,7	47,6
Sonstiges Bauwesen. . . .	40,5	23,4	32,6	29,9	31,5
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	58,9	65,4	58,3	54,8	46,2
Finanz-u. Steuerverwaltung	17,5	14,3	18,0	19,3	15,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	90,6	119,3	103,6	42,4	45,1
Zusammen . . . . .	42,5	43,5	36,8	38,5	35,9

  

Verwaltungszweige	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
	6	7	8	9	10
Allgemeine Verwaltung . .	18,7	23,0	13,6	19,0	31,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	32,6	28,2	8,8	17,0	39,0
Schulen . . . . .	21,0	27,7	42,5	22,8	32,3
Kultur . . . . .	31,2	24,7	53,8	19,5	26,9
Kriegsfolgenhilfe . . . .	57,4	58,9	71,8	78,3	53,8
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	33,4	30,6	43,4	38,5	43,5
Gesundheits-u. Jugendpflege	84,2	77,2	77,3	80,0	95,0
Straßen u. sonstiger Tiefbau	20,1	25,7	8,8	7,6	9,6
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	42,2	47,6	45,0	63,5	105,4
Sonstiges Bauwesen. . . .	35,2	21,8	42,8	28,6	59,3
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	60,6	58,5	40,1	49,4	39,9
Finanz-u. Steuerverwaltung	16,7	19,3	24,5	11,7	11,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	71,8	88,5	69,2	99,7	—
Zusammen . . . . .	41,8	38,5	39,6	37,7	47,5

## 16l. Zuschußbedarf

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt			
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4

  

				Mill.
Allgemeine Verwaltung . . . . .	441,1	27,7	54,0	117,6
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	197,6	5,7	32,3	88,0
Schulen . . . . .	557,5	33,8	87,4	207,9
Kultur . . . . .	108,2	4,0	9,8	44,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	99,8	8,9	16,5	30,6
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	482,6	22,9	54,0	170,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	158,3	10,8	19,7	55,3
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	311,9	6,5	32,7	85,5
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	98,9	2,8	9,8	20,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	182,5	5,9	23,3	68,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	336,5	11,3	25,1	108,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	134,9	5,7	15,7	42,4
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	10,8	0,3	- 0,7	- 0,7
Zusammen . . . . .	3 120,5	146,3	379,7	1 038,8

  

				DM je
Allgemeine Verwaltung . . . . .	9,75	10,26	7,86	9,08
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	4,37	2,10	4,70	6,80
Schulen . . . . .	12,33	12,55	12,72	16,06
Kultur . . . . .	2,39	1,50	1,43	3,40
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	2,21	3,31	2,41	2,36
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	10,67	8,50	7,87	13,17
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	3,50	4,00	2,87	4,27
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	6,90	2,40	4,76	6,61
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	2,19	1,05	1,42	1,55
Sonstiges Bauwesen . . . . .	4,04	2,18	3,40	5,30
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	7,44	4,19	3,66	8,41
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	2,98	2,13	2,28	3,27
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,24	0,11	- 0,10	- 0,05
Zusammen . . . . .	68,99	54,30	55,27	80,25



nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
DM						
46,4	50,1	79,5	33,6	17,4	14,3	0,6
17,5	19,3	22,3	8,7	2,6	1,1	0,1
40,6	59,7	83,2	22,7	6,2	15,7	0,4
14,4	9,8	15,6	5,5	3,5	1,4	0,0
12,2	2,9	21,3	5,4	1,0	0,8	0,1
44,8	40,8	92,9	33,4	11,9	10,7	0,5
21,1	20,1	19,0	5,7	3,4	3,0	0,0
32,0	45,0	57,2	27,1	10,9	14,7	0,4
23,2	11,0	20,6	5,3	3,1	3,0	- 0,0
20,3	20,5	27,1	8,6	4,3	3,8	0,2
38,3	48,8	57,5	20,2	16,2	9,7	0,5
14,9	13,6	21,4	12,8	4,6	3,7	0,2
4,5	5,3	0,3	0,6	1,1	0,0	-
330,1	346,9	517,9	189,6	86,3	82,0	3,0
Einwohner						
10,80	12,99	8,63	11,62	13,58	12,69	11,44
4,08	5,01	2,42	3,00	2,02	0,95	2,08
9,45	15,47	9,03	7,86	4,84	13,93	6,42
3,36	2,53	1,69	1,90	2,76	1,25	0,89
2,84	0,75	2,31	1,88	0,75	0,72	1,99
10,43	10,58	10,08	11,57	9,30	9,50	9,98
4,91	5,22	2,07	1,99	2,67	2,70	0,84
7,44	11,66	6,21	9,39	8,51	13,03	6,49
5,40	2,85	2,23	1,82	2,44	2,68	- 0,15
4,72	5,32	2,93	2,96	3,37	3,35	2,74
8,93	12,66	6,24	6,99	12,63	8,57	8,28
3,47	3,52	2,32	4,42	3,60	3,32	3,67
1,06	1,37	0,03	0,22	0,86	0,00	-
76,88	89,94	56,19	65,62	67,32	72,71	54,63

## 162. Zuschußbedarf nach Körperschaften

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill.DM					
Allgemeine Verwaltung . . . .	441,1	136,7	238,6	64,3	1,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	197,6	119,4	32,4	45,8	-
Schulen . . . . .	557,5	240,1	249,4	42,9	25,1
Kultur . . . . .	108,2	88,9	15,3	2,5	1,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	99,8	27,0	24,9	43,6	4,3
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	482,6	260,4	73,9	123,8	24,5
Gesundheits-u. Jugendpflege	158,3	93,2	25,1	36,3	3,8
Straßen u. sonstiger Tiefbau	311,9	91,3	139,1	67,1	14,4
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	98,9	24,7	62,6	10,8	0,8
Sonstiges Bauwesen . . . . .	182,5	107,4	50,9	21,4	2,9
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	336,5	177,1	134,4	21,5	3,5
Finanz-u. Steuerverwaltung .	134,9	54,6	65,0	14,8	0,5
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	10,8	6,7	4,4	- 0,3	- 0,0
Zusammen . . . . .	3 120,5	1 427,3	1 116,1	494,6	82,6
DM je Einwohner					
Allgemeine Verwaltung . . . .	9,75	9,55	7,72	2,08	0,07
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	4,37	8,35	1,05	1,48	-
Schulen . . . . .	12,33	16,78	8,07	1,39	1,19
Kultur . . . . .	2,39	6,22	0,49	0,08	0,07
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	2,21	1,88	0,81	1,41	0,20
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	10,67	18,20	2,39	4,00	1,16
Gesundheits-u. Jugendpflege	3,50	6,51	0,81	1,17	0,18
Straßen u. sonstiger Tiefbau	6,90	6,38	4,50	2,17	0,58
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	2,19	1,72	2,03	0,35	0,04
Sonstiges Bauwesen . . . . .	4,04	7,51	1,64	0,69	0,13
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	7,44	12,38	4,35	0,70	0,17
Finanz-u. Steuerverwaltung .	2,98	3,82	2,10	0,48	0,02
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	0,24	0,46	0,14	- 0,01	- 0,00
Zusammen . . . . .	68,99	99,76	36,10	15,99	3,90

### 163. Gesamtbetrag des Zuschußbedarfs nach Körperschaften und Ländern

L ä n d e r	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	146,3	54,5	61,7	30,0	-
Niedersachsen . . . . .	379,7	146,7	141,4	91,6	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	1 038,8	590,1	321,7	125,0	2,0
Hessen . . . . .	330,1	158,4	116,0	42,8	13,0
Württemberg-Baden . . . . .	346,9	160,0	139,2	44,4	3,3
Bayern . . . . .	517,9	231,0	127,2	99,5	60,3
Rheinland-Pfalz . . . . .	189,6	67,2	91,1	29,4	1,9
Baden . . . . .	86,3	18,0	52,6	15,8	-
Württemberg-Hohenzollern . .	82,0	-	64,2	15,6	2,2
Lindau . . . . .	3,0	1,4	1,0	0,6	-
Zusammen . . . . .	3 120,5	1 427,3	1 116,1	494,6	82,6
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	54,30	81,92	30,44	14,80	-
Niedersachsen . . . . .	55,27	93,75	26,65	17,27	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	80,25	95,93	47,36	18,40	0,45
Hessen . . . . .	76,88	133,19	37,40	13,79	4,37
Württemberg-Baden . . . . .	89,94	132,42	52,56	16,75	1,38
Bayern . . . . .	56,19	85,23	19,55	15,29	6,54
Rheinland-Pfalz . . . . .	65,62	109,49	40,05	12,92	1,85
Baden . . . . .	67,32	97,38	47,88	14,38	-
Württemberg-Hohenzollern . .	72,71	-	56,96	13,80	1,96
Lindau . . . . .	54,63	71,79	28,05	17,33	-
Zusammen . . . . .	68,99	99,76	36,10	15,99	3,90

# 164. Zuschußbedarf

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein.	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	136,7	6,7	12,3	55,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	119,4	2,7	12,1	53,2
Schulen . . . . .	240,1	12,1	29,8	114,8
Kultur . . . . .	88,9	3,2	8,7	39,7
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	27,0	1,5	2,9	13,3
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	260,4	10,7	24,9	108,8
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	93,2	3,5	9,4	38,3
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	91,3	0,8	8,4	31,5
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	24,7	1,3	2,0	2,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	107,4	3,2	14,7	40,8
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	177,1	6,6	16,7	73,6
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	54,6	1,9	5,6	20,2
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	6,7	0,3	- 0,9	- 1,5
Zusammen . . . . .	1427,3	54,5	146,7	590,1
Kreisangehörige				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	238,6	15,9	30,4	49,5
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	32,4	1,0	0,6	10,4
Schulen . . . . .	249,4	18,9	46,7	81,3
Kultur . . . . .	15,3	0,5	0,7	3,5
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	24,9	3,3	5,2	9,3
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	73,9	6,0	10,2	31,0
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	25,1	2,6	4,3	7,0
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	139,1	4,2	14,8	38,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	62,6	1,2	6,0	16,8
Sonstiges Bauwesen . . . . .	50,9	1,9	4,3	22,1
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	134,4	3,5	10,8	32,3
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	65,0	2,7	7,1	18,3
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	4,4	0,0	0,2	1,3
Zusammen . . . . .	1116,1	61,7	141,4	321,7

nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

kreise

12,6	15,5	24,9	6,6	2,7	-	0,1
12,3	14,2	20,1	3,7	0,9	-	0,1
18,8	23,1	33,9	6,8	0,5	-	0,2
11,1	7,9	12,5	3,7	2,0	-	0,0
1,6	1,4	4,0	2,1	0,1	-	0,0
26,0	23,0	47,0	16,6	3,1	-	0,3
12,8	13,2	10,4	3,9	1,6	-	0,0
9,4	14,6	20,2	4,9	1,5	-	0,1
9,9	1,9	6,1	1,6	- 0,2	-	0,0
14,1	12,2	15,9	4,9	1,4	-	0,1
19,6	22,1	26,5	8,0	3,7	-	0,3
6,7	6,5	9,3	3,9	0,4	-	0,1
3,5	4,4	0,2	0,4	0,1	-	-
158,4	160,0	231,0	67,2	18,0	-	1,4

Gemeinden

24,2	28,5	41,2	21,9	13,5	13,2	0,4
5,2	4,9	2,8	4,7	1,6	1,0	0,0
15,8	33,3	22,0	12,6	4,0	14,6	0,1
2,3	1,7	2,6	1,3	1,4	1,4	0,0
4,2	1,0	0,2	1,2	0,2	0,5	0,0
6,9	3,6	2,5	7,8	2,0	3,8	0,0
3,0	2,7	1,4	1,0	1,5	1,6	-
13,9	19,6	16,6	15,6	6,4	8,9	0,2
11,4	8,2	9,9	2,8	3,2	2,9	0,0
4,3	6,2	3,3	2,6	2,6	3,5	0,0
17,1	22,9	15,7	11,6	11,1	9,4	0,1
6,8	5,7	9,1	7,8	3,9	3,4	0,1
1,0	0,8	0,0	0,2	1,0	0,0	-
116,0	139,2	127,2	91,1	52,6	64,2	1,0

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Land-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	64,3	5,1	11,2	12,7
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	45,8	2,0	19,6	24,4
Schulen . . . . .	42,9	2,8	10,9	11,8
Kultur . . . . .	2,5	0,3	0,4	0,9
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	43,6	4,1	8,4	8,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	123,8	6,2	19,0	30,7
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	36,3	4,6	6,0	10,0
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	67,1	1,5	9,5	14,3
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	10,8	0,4	1,7	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	21,4	0,8	4,3	5,7
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	21,5	1,2	- 2,3	2,7
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	14,8	1,0	3,0	3,7
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	- 0,3	0,0	0,0	- 0,5
Zusammen . . . . .	494,6	30,0	91,6	125,0
Bezirks-(Pro-				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,6	-	-	0,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	25,1	-	-	-
Kultur . . . . .	1,5	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	4,3	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	24,5	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	3,8	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	14,4	-	-	0,9
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	0,8	-	-	0,6
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,9	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	3,5	-	-	0,2
Finanz- und Steuerverwaltung . . .	0,5	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	0,0	-	-	0,0
Zusammen . . . . .	82,6	-	-	2,0

# nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

## kreise

9,3	6,1	13,3	4,3	1,1	1,1	0,1
0,0	0,2	- 0,6	0,2	-	0,1	-
5,8	3,2	2,9	2,8	1,6	1,1	0,0
1,4	0,1	0,3	0,1	0,1	0,0	0,0
5,8	0,3	13,7	2,1	0,7	0,3	0,1
6,7	11,1	29,0	9,0	6,8	5,2	0,2
4,1	4,3	4,7	0,8	0,3	1,4	0,0
5,1	10,8	10,9	6,7	3,0	5,4	0,0
1,9	0,8	4,4	0,9	0,1	0,1	- 0,1
1,5	2,1	5,3	1,0	0,3	0,3	0,0
1,5	3,9	12,4	0,3	1,4	0,3	0,1
1,0	1,4	2,9	1,1	0,4	0,3	0,0
0,1	0,1	0,0	0,1	-	0,0	-
42,8	44,4	99,5	29,4	15,8	15,6	0,6

## vinzial-)verbände

0,3	-	0,1	0,8	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,2	-	24,4	0,5	-	-	-
1,0	-	0,2	0,3	-	0,0	-
0,6	0,2	3,5	-	-	0,0	-
5,2	3,1	14,4	-	-	1,8	-
1,2	-	2,5	0,1	-	0,0	-
3,6	-	9,5	0,0	-	0,4	-
- 0,0	-	0,2	-	-	-	-
0,3	-	2,5	-	-	-	-
0,1	-	2,9	0,2	-	0,0	-
0,4	-	-	-	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
13,0	3,3	60,3	1,9	-	2,2	-

# 171. Ausgaben für Beseitigung

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
	1	2	3	4

  

				Mill.
Allgemeine Verwaltung . . . . .	35,1	0,7	1,7	20,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	1,6	-	0,1	0,5
Schulen . . . . .	102,5	4,8	4,5	59,9
Kultur . . . . .	14,0	0,1	0,6	6,1
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,5	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	6,7	-	0,2	3,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	28,4	0,7	1,6	11,0
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	91,2	2,0	4,4	47,4
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	86,1	0,2	1,1	73,5
Sonstiges Bauwesen . . . . .	129,0	2,3	12,8	83,1
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	51,4	1,3	2,4	26,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,6	-	0,0	0,2
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	48,2	1,3	0,9	24,8
Nicht aufgeteilt . . . . .	10,3	-	-	-
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>605,5</b>	<b>13,4</b>	<b>30,1</b>	<b>357,4</b>
Darunter: Anteilbeträge d. ordentl. an d. außerordentl. Rechnung	8,3	0,1	0,6	5,0
Einnahmen f.d. Beseitig. v. Kriegsschäd.	459,7	13,8	13,6	311,3
Davon:				
Zweckgebund. Zuweisungen v. Land	339,4	12,7	10,4	244,9
Sonstige ordentliche Einnahmen	46,8	0,2	0,7	40,4
Sonstige außerordentl. Einnahmen	73,6	0,9	2,5	26,0
				DM je
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,78	0,26	0,24	1,61
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung .	0,04	-	0,01	0,04
Schulen . . . . .	2,27	1,77	0,66	4,63
Kultur . . . . .	0,31	0,05	0,08	0,47
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,01	-	0,01	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . .	0,15	-	0,03	0,26
Gesundheits- und Jugendpflege . . .	0,63	0,24	0,23	0,85
Straßen und sonstiger Tiefbau . . .	2,02	0,75	0,63	3,66
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . .	1,90	0,06	0,17	5,68
Sonstiges Bauwesen . . . . .	2,85	0,86	1,86	6,42
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd.	1,14	0,48	0,35	2,07
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,01	-	0,00	0,01
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) .	1,07	0,49	0,12	1,91
Nicht aufgeteilt . . . . .	0,23	-	-	-
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>13,39</b>	<b>4,97</b>	<b>4,38</b>	<b>27,61</b>
Einnahmen f.d. Beseitig. v. Kriegsschäd.	10,16	5,14	1,98	24,05



von Kriegsschäden nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
DM						
2,2	4,5	2,6	1,9	0,2	0,4	-
0,2	0,5	0,4	0,0	0,0	0,0	-
5,9	13,7	8,2	3,5	1,3	0,7	-
1,2	0,5	1,2	0,9	3,3	0,0	-
0,5	0,0	-	-	-	0,0	-
0,1	1,7	1,3	0,0	0,0	0,0	-
4,4	4,5	4,1	0,4	1,7	0,1	-
6,5	14,7	8,7	6,4	0,2	0,9	-
0,6	1,9	6,1	0,9	1,3	0,5	-
7,8	9,1	12,1	1,1	0,5	0,4	-
4,4	6,3	7,0	2,4	0,4	0,3	-
0,1	0,1	0,1	0,1	-	0,0	-
5,2	6,5	1,0	6,0	2,0	0,5	-
-	-	1,7	7,3	1,3	-	-
38,8	64,2	54,5	31,1	12,1	3,9	-
0,3	1,3	-	1,0	-	0,1	-
21,0	36,7	39,5	11,4	9,8	2,6	-
3,8	26,7	31,9	3,4	3,8	1,8	-
0,5	0,8	0,6	3,0	0,4	0,2	-
16,7	9,2	7,0	5,0	5,6	0,6	-
° Einwohner						
0,51	1,18	0,28	0,65	0,18	0,35	-
0,04	0,13	0,04	0,01	0,00	0,00	-
1,37	3,55	0,89	1,22	0,98	0,64	-
0,27	0,13	0,13	0,33	2,60	0,03	-
0,11	0,00	-	-	-	0,00	-
0,01	0,45	0,14	0,02	0,00	0,02	-
1,02	1,17	0,45	0,15	1,31	0,10	-
1,52	3,82	0,95	2,21	0,15	0,81	-
0,14	0,49	0,67	0,31	0,98	0,42	-
1,81	2,35	1,31	0,38	0,37	0,32	-
1,01	1,64	0,76	0,84	0,33	0,30	-
0,02	0,03	0,01	0,03	-	0,01	-
1,21	1,69	0,11	2,09	1,52	0,47	-
-	-	0,18	2,52	1,00	-	-
9,04	16,63	5,92	10,75	9,42	3,48	-
4,89	9,50	4,29	3,95	7,62	2,32	-

## 172. Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden nach Körperschaften

Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreisan- gehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5

  

		Mill. DM			
Allgemeine Verwaltung . . .	35,1	23,3	7,6	3,9	0,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	1,6	1,3	0,3	0,0	-
Schulen . . . . .	102,5	67,3	31,4	3,3	0,5
Kultur . . . . .	14,0	13,1	0,7	0,1	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,5	0,5	0,0	0,0	-
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	6,7	5,0	1,1	0,5	0,1
Gesundheits-u. Jugendpflege	28,4	22,7	3,5	1,6	0,6
Straßen u. sonstiger Tiefbau	91,2	51,4	23,1	14,3	2,5
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	86,1	62,0	13,8	10,0	0,2
Sonstiges Bauwesen. . . . .	129,0	101,7	22,2	5,1	-
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	51,4	42,1	9,1	0,2	0,0
Finanz-u. Steuerverwaltung .	0,6	0,4	0,1	0,1	0,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	48,2	37,6	8,3	1,7	0,6
Nicht aufgeteilt . . . . .	10,3	-	10,3	-	-
Zusammen . . . . .	605,5	428,4	131,6	40,7	4,8

  

		DM je Einwohner			
Allgemeine Verwaltung . . .	0,78	1,63	0,25	0,12	0,01
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	0,04	0,09	0,01	0,00	-
Schulen . . . . .	2,27	4,70	1,02	0,11	0,02
Kultur . . . . .	0,31	0,92	0,02	0,00	0,00
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,01	0,03	0,00	0,00	-
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	0,15	0,35	0,04	0,02	0,00
Gesundheits-u. Jugendpflege	0,63	1,59	0,11	0,05	0,03
Straßen u. sonstiger Tiefbau	2,02	3,59	0,75	0,46	0,12
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	1,90	4,33	0,45	0,32	0,01
Sonstiges Bauwesen. . . . .	2,85	7,11	0,72	0,16	-
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . .	1,14	2,94	0,30	0,01	0,00
Finanz-u. Steuerverwaltung .	0,01	0,03	0,00	0,00	0,00
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.). . . . .	1,07	2,63	0,27	0,06	0,03
Nicht aufgeteilt . . . . .	0,23	-	0,33	-	-
Zusammen . . . . .	13,39	29,95	4,25	1,32	0,23

**173. Gesamtbetrag der Ausgaben  
für Beseitigung von Kriegsschäden nach Körperschaften und Ländern**

L ä n d e r	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	13,4	11,8	1,5	0,1	-
Niedersachsen . . . . .	30,1	24,8	3,6	1,8	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	357,4	240,6	87,1	29,4	0,3
Hessen . . . . .	38,8	30,4	4,2	1,1	3,1
Württemberg-Baden . . . . .	64,2	49,6	12,6	1,9	0,0
Bayern . . . . .	54,5	46,8	4,4	2,1	1,2
Rheinland-Pfalz . . . . .	31,1	15,5	11,7	3,7	0,1
Baden . . . . .	12,1	8,9	2,9	0,2	-
Württemberg-Hohenzollern . .	3,9	-	3,5	0,4	0,0
Lindau . . . . .	-	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	605,5	428,4	131,6	40,7	4,8
Darunter: Anteilbeträge d. ord. an d. ao. Rechnung	8,3	5,8	1,8	0,6	0,0
Einnahmen f. d. Beseitigung von Kriegsschäden . . . . .	459,7	326,6	93,6	38,4	1,1
Davon:					
Zweckgebund. Zuweisungen vom Land . . . . .	339,4	229,3	76,1	33,5	0,5
Sonstige ordentliche Ein- nahmen . . . . .	46,8	35,2	10,3	1,3	0,0
Sonstige außerordentliche Einnahmen . . . . .	73,6	62,2	7,1	3,6	0,7
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	4,97	17,75	0,75	0,03	-
Niedersachsen . . . . .	4,38	15,82	0,67	0,33	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	27,61	39,12	12,82	4,32	0,06
Hessen . . . . .	9,04	25,60	1,34	0,35	1,06
Württemberg-Baden . . . . .	16,63	41,01	4,77	0,73	0,02
Bayern . . . . .	5,92	17,27	0,68	0,32	0,13
Rheinland-Pfalz . . . . .	10,75	25,26	5,15	1,65	0,11
Baden . . . . .	9,42	48,28	2,68	0,21	-
Württemberg-Hohenzollern . .	3,48	-	3,07	0,39	0,03
Lindau . . . . .	-	-	-	-	-
Zusammen . . . . .	13,39	29,95	4,25	1,32	0,23
Einnahmen f. d. Beseitigung von Kriegsschäden . . . . .	10,16	22,83	3,03	1,24	0,05

# 174. Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
				Stadt-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	23,3	0,7	0,9	14,1
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung . .	1,3	-	0,0	0,2
Schulen . . . . .	67,3	3,7	3,0	36,6
Kultur . . . . .	13,1	0,1	0,6	5,8
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,5	-	-	0,0
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . . .	5,0	0,0	0,2	2,3
Gesundheits- und Jugendpflege . . . .	22,7	0,6	1,5	7,5
Straßen und sonstiger Tiefbau . . . .	51,4	2,0	3,2	21,4
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . . .	62,0	-	0,2	53,4
Sonstiges Bauwesen . . . . .	101,7	2,2	12,6	59,1
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd. .	42,1	1,3	2,2	20,8
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,4	-	-	0,1
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . .	37,6	1,2	0,5	19,4
Zusammen . . . . .	428,4	11,8	24,8	240,6
Darunter: Anteilbeträge d. ordentl. an d. außerordentl. Rechnung . . .	5,8	0,1	0,6	3,4
Einnahmen f. d. Beseitig. v. Kriegsschäd. Davon:	326,6	12,1	11,4	208,6
Zweckgebund. Zuweisungen v. Land . .	229,3	11,5	9,2	151,9
Sonstige ordentliche Einnahmen . . .	35,2	0,2	0,4	33,8
Sonstige außerordentl. Einnahmen . .	62,2	0,4	1,9	22,9
				Kreisangehörige
Allgemeine Verwaltung . . . . .	7,6	0,0	0,2	4,7
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung . .	0,3	-	0,1	0,3
Schulen . . . . .	31,4	1,1	1,5	20,8
Kultur . . . . .	0,7	-	0,0	0,3
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	0,0	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . . .	1,1	-	0,0	0,6
Gesundheits- und Jugendpflege . . . .	3,5	0,0	0,1	2,8
Straßen und sonstiger Tiefbau . . . .	23,1	0,0	0,5	16,7
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . . .	13,8	0,1	0,6	11,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	22,2	0,1	0,1	19,4
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd. .	9,1	0,0	0,2	5,9
Finanz- und Steuerverwaltung . . . .	0,1	-	0,0	0,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . .	8,3	0,1	0,3	4,5
Nicht aufgeteilt . . . . .	10,3	-	-	-
Zusammen . . . . .	131,6	1,5	3,6	87,1
Darunter: Anteilbeträge d. ordentl. an d. außerordentl. Rechnung . . .	1,8	-	0,0	1,1
Einnahmen f. d. Beseitig. v. Kriegsschäd. Davon:	93,6	1,7	0,8	70,1
Zweckgebund. Zuweisungen v. Land . .	76,1	1,2	0,4	62,1
Sonstige ordentliche Einnahmen . . .	10,3	0,0	0,3	5,6
Sonstige außerordentl. Einnahmen . .	7,1	0,5	0,1	2,3

nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
1,8	3,2	1,9	0,7	0,2	-	-
0,2	0,5	0,4	0,0	-	-	-
4,4	9,2	7,3	2,1	0,9	-	-
1,0	0,4	1,1	0,8	3,3	-	-
0,5	-	-	-	-	-	-
-	1,3	1,2	0,0	-	-	-
4,3	4,2	2,8	0,3	1,5	-	-
3,1	11,4	7,1	3,1	0,1	-	-
0,1	1,3	5,2	0,6	1,2	-	-
7,2	7,9	12,0	0,7	-	-	-
4,0	4,9	6,8	1,8	0,3	-	-
0,0	0,1	0,1	0,1	-	-	-
3,9	5,2	1,0	5,2	1,3	-	-
30,4	49,6	46,8	15,5	8,9	-	-
0,2	1,1	-	0,6	-	-	-
18,6	27,5	34,6	5,2	8,7	-	-
3,2	19,6	28,7	1,7	3,5	-	-
0,1	0,1	0,4	0,1	0,1	-	-
15,2	7,7	5,5	3,5	5,2	-	-
Gemeinden						
0,3	1,1	0,5	0,6	0,0	0,3	-
-	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-
1,4	4,3	0,4	1,0	0,2	0,7	-
0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	-
-	0,0	-	-	-	0,0	-
0,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	-
0,0	0,3	0,0	0,0	0,2	0,1	-
0,7	2,3	1,1	1,1	0,1	0,6	-
0,5	0,5	0,1	0,2	0,1	0,5	-
0,2	1,2	0,1	0,3	0,4	0,4	-
0,3	1,4	0,2	0,6	0,1	0,3	-
0,0	0,0	0,0	-	-	0,0	-
0,5	1,0	0,0	0,6	0,6	0,5	-
-	-	1,7	7,3	1,3	-	-
4,2	12,6	4,4	11,7	2,9	3,5	-
0,1	0,2	-	0,3	-	0,1	-
1,4	8,1	3,4	4,6	1,0	2,4	-
0,4	6,3	2,3	1,3	0,3	1,7	-
0,3	0,6	0,3	2,8	0,3	0,2	-
0,7	1,2	0,9	0,5	0,4	0,5	-

noch: 174. Ausgaben für Beseitigung von Kriegsschäden

— Mill.

Verwaltungszweige	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
				Land-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	3,9	-	0,6	1,9
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung . .	0,0	-	-	0,0
Schulen . . . . .	3,3	0,0	0,0	2,5
Kultur . . . . .	0,1	-	-	0,0
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . . .	0,5	-	-	0,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . . .	1,6	-	0,1	0,6
Straßen und sonstiger Tiefbau . . . .	14,3	-	0,7	9,3
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . . .	10,0	0,1	0,3	9,0
Sonstiges Bauwesen . . . . .	5,1	-	-	4,6
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd. .	0,2	-	-	0,1
Finanz- und Steuerverwaltung . . . . .	0,1	-	0,0	0,0
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . .	1,8	0,0	0,1	0,8
Zusammen . . . . .	40,7	0,1	1,8	29,4
Darunter: Anteilbeträge d. ordentl. an d. außerordentl. Rechnung. . .	0,6	-	-	0,5
Einnahmen f. d. Beseitig. v. Kriegsschäd. Davon:	38,4	0,1	1,3	32,5
Zweckgebund. Zuweisungen v. Land. .	33,5	-	0,8	30,6
Sonstige ordentliche Einnahmen . .	1,3	-	0,0	1,0
Sonstige außerordentl. Einnahmen. .	3,6	0,1	0,4	0,8
				Bezirks-(Pro-
Allgemeine Verwaltung . . . . .	0,2	-	-	0,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung . .	-	-	-	-
Schulen . . . . .	0,5	-	-	-
Kultur . . . . .	0,0	-	-	-
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	-	-	-	-
Übrige Fürsorge und Jugendhilfe . . .	0,1	-	-	-
Gesundheits- und Jugendpflege . . . .	0,6	-	-	-
Straßen und sonstiger Tiefbau . . . .	2,5	-	-	-
Wohnungsbau und Wohnsiedlung . . . .	0,2	-	-	-
Sonstiges Bauwesen . . . . .	-	-	-	-
Öffentl. Einrichtg. u. Wirtschaftsförd. .	0,0	-	-	-
Finanz- und Steuerverwaltung . . . . .	0,0	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . .	0,6	-	-	0,1
Zusammen . . . . .	4,8	-	-	0,3
Darunter: Anteilbeträge d. ordentl. an d. außerordentl. Rechnung. . .	0,0	-	-	0,0
Einnahmen f. d. Beseitig. v. Kriegsschäd. Davon:	1,1	-	-	0,2
Zweckgebund. Zuweisungen v. Land. .	0,5	-	-	0,2
Sonstige ordentliche Einnahmen . .	0,0	-	-	0,0
Sonstige außerordentl. Einnahmen. .	0,7	-	-	0,0

nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise .						
0,1	0,3	0,2	0,6	0,0	0,1	-
-	-	-	-	-	-	-
0,1	0,2	0,0	0,3	0,1	-	-
-	0,0	-	0,0	-	-	-
-	0,0	-	-	-	-	-
-	0,0	0,0	-	0,0	0,0	-
-	0,1	0,7	0,1	-	-	-
0,3	1,0	0,6	2,2	0,0	0,3	-
-	0,0	0,6	0,1	0,0	-	-
0,3	0,0	-	0,1	0,1	-	-
-	0,0	-	0,0	-	0,1	-
-	0,0	-	-	-	0,0	-
0,3	0,3	-	0,3	-	-	-
1,1	1,9	2,1	3,7	0,2	0,4	-
-	-	-	0,1	-	-	-
0,5	1,1	1,2	1,6	0,1	0,2	-
0,2	0,7	0,7	0,3	0,0	0,1	-
-	0,0	0,0	0,2	-	-	-
0,4	0,3	0,4	1,1	0,0	0,1	-
vinzial-)verbände						
0,0	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	0,4	0,1	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,0	0,0	-	-	-	0,0	-
0,0	-	0,5	0,0	-	-	-
2,4	-	0,0	-	-	0,0	-
-	-	0,2	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	0,0	-	-	-
0,0	-	-	-	-	-	-
0,5	-	-	-	-	-	-
3,1	0,0	1,2	0,1	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
0,5	-	0,4	-	-	0,0	-
-	-	0,2	-	-	0,0	-
0,5	-	0,2	-	-	-	-

# 175. Anteilbeträge der ordentlichen an die außerordentliche Rechnung nach Körperschaften

— Mill. DM —

Länder Verwaltungszweige	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein . . . . .	2,4	1,3	0,9	0,1	—
Niedersachsen . . . . .	14,5	10,1	3,5	0,8	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	23,8	12,4	10,0	1,4	0,0
Hessen . . . . .	21,1	13,8	5,3	1,6	0,4
Württemberg-Baden . . . . .	19,1	13,1	5,0	1,0	—
Bayern . . . . .	15,6	7,9	3,8	3,7	0,2
Rheinland-Pfalz . . . . .	4,3	1,5	1,6	1,2	—
Baden . . . . .	2,6	0,6	1,7	0,4	—
Württemberg-Hohenzollern . .	1,6	—	1,4	0,2	—
Lindau . . . . .	0,0	0,0	0,0	0,0	—
Zusammen . . . . .	105,0	60,7	33,3	10,4	0,6
Allgemeine Verwaltung . . . .	2,2	0,8	1,0	0,4	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	0,2	0,2	0,0	—	—
Schulen . . . . .	12,0	4,8	5,7	1,4	0,1
Kultur . . . . .	0,3	0,3	0,0	—	—
Kriegsfolgenhilfe . . . . .	0,0	—	0,0	—	—
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe	1,9	0,6	0,4	0,8	—
Gesundheits-u. Jugendpflege	7,8	2,6	1,4	3,8	—
Straßen u. sonstiger Tiefbau	14,6	9,9	2,8	1,5	0,4
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	23,8	10,8	11,7	1,3	0,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	12,2	10,1	1,7	0,4	—
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung . . . .	9,5	5,6	3,6	0,3	—
Finanz-u. Steuerverwaltung . .	0,4	0,4	0,0	—	—
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	20,0	14,7	5,0	0,3	0,0
Zusammen . . . . .	105,0	60,7	33,3	10,4	0,6



# 176. Anteilbeträge der ordentlichen an die außerordentliche Rechnung nach Ländern

— Mill. DM —

Verwaltungszweige	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Württemberg Baden
	1	2	3	4	5
Allgemeine Verwaltung . .	0,0	0,2	0,4	0,8	0,2
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung . . . . .	-	-	-	0,0	-
Schulen . . . . .	0,6	1,7	2,4	2,3	2,1
Kultur . . . . .	-	0,1	0,0	0,1	-
Kriegsfolgenhilfe . . . .	-	0,0	-	-	-
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe . . . . .	0,1	0,2	0,5	0,5	0,3
Gesundheits-u. Jugendpflege	0,1	0,7	1,1	1,8	0,8
Straßen u. sonstiger Tiefbau	0,1	0,6	2,1	3,3	5,5
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	0,2	2,6	6,5	3,9	1,9
Sonstiges Bauwesen . . . .	0,5	6,1	2,8	1,0	0,9
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung .	0,3	1,5	1,3	2,9	1,5
Finanz-u. Steuerverwaltung	-	-	0,4	0,0	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	0,4	0,8	6,4	4,5	5,9
Zusammen . . . . .	2,4	14,5	23,8	21,1	19,1

  

Verwaltungszweige	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
	6	7	8	9	10
Allgemeine Verwaltung . .	0,4	0,2	0,0	-	-
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung . . . . .	0,2	0,0	-	-	-
Schulen . . . . .	2,2	0,5	0,3	0,0	0,0
Kultur . . . . .	0,0	0,0	-	0,0	-
Kriegsfolgenhilfe . . . .	-	-	-	-	-
Übrige Fürsorge u. Jugendhilfe . . . . .	0,2	0,0	0,1	0,0	-
Gesundheits-u. Jugendpflege	2,8	0,3	0,2	0,3	0,0
Straßen u. sonstiger Tiefbau	1,5	0,9	0,1	0,3	-
Wohnungsbau u. Wohnsiedlung	6,8	0,6	0,7	0,6	0,0
Sonstiges Bauwesen . . . .	0,3	0,3	0,1	0,2	-
Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung .	1,1	0,7	0,2	0,1	-
Finanz-u. Steuerverwaltung	0,0	-	-	-	-
Allgemeines Grundvermögen (ao.H.) . . . . .	0,3	0,7	0,9	0,1	-
Zusammen . . . . .	15,6	4,3	2,6	1,6	0,0

# 181. Allgemeine Deckungs

Allgemeine Deckungsmittel	Zusammen	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4

Mill.

Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	2 266,1	116,1	326,6	782,2
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	835,6	25,8	92,3	307,3
Umlagen				
Einnahmen . . . . .	525,3	24,0	84,5	131,0
Ausgaben . . . . .	598,2	24,4	115,7	171,4
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ $\left\{ \begin{smallmatrix} (+) \\ (-) \end{smallmatrix} \right\}$	- 72,9	- 0,5	- 31,2	- 40,4
Erwerbseinkünfte:				
Überschüsse der wirtschaftlichen Unternehmen	239,6	7,8	16,9	30,6
Erträge des				
allg. Grundvermögens	- 13,4	- 0,4	- 0,4	- 8,3
allg. Kapitalvermögens	- 1,0	1,2	1,0	- 1,4
Sondervermögens. . . .	0,9	0,0	- 0,2	1,2
Nicht aufgeteilt 1). .	5,0	0,1	0,6	0,1
Summe der Erwerbseinkünfte	231,1	8,7	17,8	22,2
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	3 259,9	150,1	405,5	1 071,3

DM je

Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	50,10	43,08	47,54	60,43
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	18,47	9,59	13,44	23,74
Umlagen				
Einnahmen . . . . .	11,62	8,89	12,30	10,12
Ausgaben . . . . .	13,23	9,06	16,84	13,24
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ $\left\{ \begin{smallmatrix} (+) \\ (-) \end{smallmatrix} \right\}$	- 1,61	- 0,17	- 4,54	- 3,12
Erwerbseinkünfte:				
Überschüsse der wirtschaftlichen Unternehmen	5,30	2,90	2,47	2,37
Erträge des				
allg. Grundvermögens	- 0,30	- 0,16	- 0,06	- 0,64
allg. Kapitalvermögens	- 0,02	0,43	0,14	- 0,11
Sondervermögens. . . .	0,02	0,01	- 0,03	0,09
Nicht aufgeteilt 1). .	0,11	0,05	0,09	0,00
Summe der Erwerbseinkünfte	5,11	3,23	2,60	1,72
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	72,08	55,73	59,03	82,76

1) Gemeinden bis 3 000 Einwohner

mittel nach Ländern

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
DM						
214,9	204,3	359,0	132,5	66,4	61,5	2,8
86,4	146,3	131,4	23,2	7,1	14,9	0,9
34,7	29,9	152,1	36,9	15,3	16,4	0,7
35,4	31,7	151,6	36,5	16,2	14,4	0,9
- 0,7	- 1,8	0,5	0,3	- 0,9	1,9	- 0,3
46,3	11,8	49,1	39,0	23,1	14,7	0,2
- 3,9	2,7	- 2,1	- 0,8	0,3	- 0,3	- 0,1
- 2,1	1,5	- 1,9	0,6	0,2	0,1	0,0
0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,2	0,0	0,0	-
0,4	2,3	3,9	- 1,2	- 0,3	- 0,8	- 0,0
40,9	18,0	48,9	37,4	23,3	13,7	0,1
341,6	366,9	539,7	193,4	95,9	92,0	3,5
Einwohner						
50,05	52,97	38,95	45,85	51,78	54,54	51,32
20,12	37,94	14,25	8,03	5,53	13,21	15,98
8,09	7,74	16,50	12,76	11,93	14,53	11,86
8,25	8,21	16,45	12,65	12,60	12,82	16,73
- 0,15	- 0,47	0,05	0,11	- 0,67	1,71	- 4,87
10,78	3,07	5,33	13,51	18,05	13,03	3,56
- 0,90	0,69	- 0,23	- 0,28	0,23	- 0,26	- 1,26
- 0,49	0,39	- 0,21	0,19	0,12	0,08	0,07
0,05	- 0,07	- 0,00	- 0,06	0,03	0,04	-
0,10	0,60	0,42	- 0,42	- 0,26	- 0,73	- 0,09
9,53	4,67	5,30	12,97	18,17	12,16	2,28
79,55	95,12	58,56	66,94	74,80	81,62	64,71

## 182. Allgemeine Deckungsmittel nach Körperschaften

Allgemeine Deckungsmittel	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	2 266,1	1 069,4	1 163,5	33,3	-
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	835,6	389,5	270,5	169,2	6,5
Umlagen					
Einnahmen . . . . .	525,3	-	60,0	386,7	78,6
Ausgaben . . . . .	598,2	75,3	440,0	83,0	-
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ $\left\{ \begin{smallmatrix} (+) \\ (-) \end{smallmatrix} \right\}$	- 72,9	- 75,3	- 380,0	303,7	78,6
Erwerbseinkünfte:					
Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen . .	239,6	92,7	141,0	5,0	0,9
Erträge des					
allg. Grundvermögens .	- 13,4	- 4,2	- 5,9	- 2,6	- 0,6
allg. Kapitalvermögens	- 1,0	2,7	- 5,0	1,3	- 0,0
Sondervermögens . . .	0,9	0,9	0,3	- 0,3	-
Nicht aufgeteilt 1) . .	5,0	-	5,0	-	-
Summe der Erwerbseinkünfte	231,1	92,1	135,3	3,3	0,3
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	3 259,9	1 475,7	1 189,4	509,5	85,4
DM je Einwohner					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	50,10	74,75	37,63	1,08	-
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	18,47	27,22	8,75	5,47	0,31
Umlagen					
Einnahmen . . . . .	11,62	-	1,94	12,51	3,71
Ausgaben . . . . .	13,23	5,26	14,23	2,68	-
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ $\left\{ \begin{smallmatrix} (+) \\ (-) \end{smallmatrix} \right\}$	- 1,61	- 5,26	- 12,29	9,82	3,71
Erwerbseinkünfte:					
Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen . .	5,30	6,48	4,56	0,16	0,04
Erträge des					
allg. Grundvermögens .	- 0,30	- 0,29	- 0,19	- 0,09	- 0,03
allg. Kapitalvermögens	- 0,02	0,19	- 0,16	0,04	- 0,00
Sondervermögens . . .	0,02	0,06	0,01	- 0,01	-
Nicht aufgeteilt 1) . .	0,11	-	0,16	-	-
Summe der Erwerbseinkünfte	5,11	6,44	4,38	0,11	0,01
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	72,08	103,15	38,47	16,48	4,03

1) Gemeinden bis 3 000 Einwohner

## 183. Gesamtbetrag der allgemeinen Deckungsmittel nach Körperschaften und Ländern

L ä n d e r	Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	davon			
		Stadt- kreise	Kreis- angehörige Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- (Provin- zial-) verbände
	1	2	3	4	5
Mill. DM					
Schleswig-Holstein . . . . .	150,1	56,7	63,4	30,1	-
Niedersachsen . . . . .	405,5	158,5	155,1	92,0	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	1 071,3	608,1	330,8	130,3	2,2
Hessen . . . . .	341,6	161,1	122,2	44,6	13,6
Württemberg-Baden . . . . .	366,9	165,1	152,7	45,1	4,0
Bayern . . . . .	539,7	241,2	133,4	103,9	61,2
Rheinland-Pfalz . . . . .	193,4	65,3	96,9	28,9	2,2
Baden . . . . .	95,9	18,1	61,8	16,0	-
Württemberg-Hohenzollern . .	92,0	-	72,1	17,7	2,1
Lindau . . . . .	3,5	1,7	1,0	0,9	-
Zusammen . . . . .	3 259,9	1 475,7	1 189,4	509,5	85,4
DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein . . . . .	55,73	85,19	31,25	14,82	-
Niedersachsen . . . . .	59,03	101,26	29,24	17,34	-
Nordrhein-Westfalen . . . .	82,76	98,86	48,69	19,19	0,48
Hessen . . . . .	79,55	135,49	39,41	14,37	4,60
Württemberg-Baden . . . . .	95,12	136,61	57,65	17,02	1,67
Bayern . . . . .	58,56	88,99	20,50	15,97	6,65
Rheinland-Pfalz . . . . .	66,94	106,44	42,61	12,71	2,19
Baden . . . . .	74,80	97,89	56,32	14,60	-
Württemberg-Hohenzollern . .	81,62	-	63,99	15,73	-
Lindau . . . . .	64,71	88,20	27,24	24,80	-
Zusammen . . . . .	72,08	103,15	38,47	16,48	4,03

# 184. Allgemeine Deckungsmittel

— Mill.

Allgemeine Deckungsmittel	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein Westfalen
	1	2	3	4
Stadt-				
Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	1 069,4	41,0	118,9	459,5
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	389,5	9,9	36,8	158,8
Umlagen				
Einnahmen . . . . .	-	-	-	-
Ausgaben . . . . .	75,3	-	8,2	27,7
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ (+) (-)	- 75,3	-	- 8,2	- 27,7
Erwerbseinkünfte:				
Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen . .	92,7	4,8	9,7	19,3
Erträge des				
allg. Grundvermögens	- 4,2	- 0,2	0,3	- 3,0
allg. Kapitalvermögens	2,7	1,1	1,0	0,2
Sondervermögens. . . .	0,9	-	- 0,0	1,0
Nicht aufgeteilt 1)	-	-	-	-
Summe der Erwerbseinkünfte	92,1	5,7	10,9	17,5
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	1 475,7	56,7	158,5	608,1
Kreisangehörige				
Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	1 163,5	71,9	198,1	316,0
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	270,5	8,3	36,4	94,9
Umlagen				
Einnahmen . . . . .	60,0	4,9	-	43,4
Ausgaben . . . . .	440,0	24,4	84,5	127,6
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ (+) (-)	- 380,0	- 19,5	- 84,5	- 84,3
Erwerbseinkünfte:				
Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen . .	141,0	2,5	5,5	10,4
Erträge des				
allg. Grundvermögens	- 5,9	0,0	- 0,6	- 4,7
allg. Kapitalvermögens	- 5,0	0,0	- 0,5	- 1,7
Sondervermögens. . . .	0,3	0,0	0,0	0,1
Nicht aufgeteilt 1)	5,0	0,1	0,6	0,1
Summe der Erwerbseinkünfte	135,3	2,7	5,0	4,2
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	1 189,4	63,4	155,1	330,8

1) Gemeinden bis 3 000 Einwohner

# nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11
kreise						
107,9	94,4	184,1	48,1	13,9	-	1,3
48,9	66,3	53,7	12,4	2,4	-	0,4
- 4,8	- 3,3	28,2	0,6	2,3	-	0,1
- 4,8	- 3,3	- 28,2	- 0,6	- 2,3	-	- 0,1
12,8	2,7	34,8	5,3	3,2	-	0,2
- 1,8	2,3	- 1,8	- 0,5	0,6	-	- 0,1
- 2,1	3,0	- 1,3	- 0,5	0,3	-	0,0
0,2	- 0,3	-	- 0,0	- 0,0	-	0,0
-	-	-	-	-	-	-
9,1	7,8	31,6	5,4	4,1	-	0,1
161,1	165,1	241,2	65,3	18,1	-	1,7
Gemeinden						
102,7	107,8	171,4	82,1	51,5	60,5	1,4
15,0	60,3	32,5	6,5	4,7	11,7	0,2
-	-	-	11,7	0,0	-	-
26,0	25,7	88,2	35,1	13,8	14,0	0,7
- 26,0	- 25,7	- 88,2	- 23,3	- 13,8	- 14,0	- 0,7
31,2	9,3	14,3	33,1	20,1	14,7	0,0
- 0,9	0,8	0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	0,0
- 0,2	- 2,1	0,5	- 0,1	- 0,2	0,2	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
0,4	2,3	3,9	- 1,2	- 0,3	- 0,8	0,0
30,6	10,3	17,7	31,7	19,4	13,9	0,0
122,2	152,7	133,4	96,9	61,8	72,1	1,0

noch: 184. Allgemeine Deckungsmittel

— Mill.

Allgemeine Deckungsmittel	Zusammen	Land-		
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Land-				
Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	33,3	3,1	9,5	6,7
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	169,2	7,6	19,1	53,7
Umlagen				
Einnahmen . . . . .	386,7	19,0	84,5	85,4
Ausgaben . . . . .	83,0	—	23,0	16,0
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ $\left\{ \begin{smallmatrix} (+) \\ (-) \end{smallmatrix} \right.$	303,7	19,0	61,5	69,4
Erwerbseinkünfte:				
Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen . .	5,0	0,5	1,7	0,9
Erträge des				
allg. Grundvermögens	— 2,6	— 0,2	— 0,1	— 0,6
allg. Kapitalvermögens	— 1,3	— 0,0	— 0,5	— 0,1
Sondervermögens . . . .	— 0,3	— 0,0	— 0,2	— 0,1
Nicht aufgeteilt 1) . .	—	—	—	—
Summe der Erwerbseinkünfte	3,3	0,3	1,9	0,6
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	509,5	30,1	92,0	130,3
Bezirks-(Pro-				
Steuern und steuerähnliche Einnahmen . . . . .	—	—	—	—
Allgemeine Finanzzuweisungen . . . . .	6,5	—	—	—
Umlagen				
Einnahmen . . . . .	78,6	—	—	2,2
Ausgaben . . . . .	—	—	—	—
Mehr- $\frac{\text{Einnahmen}}{\text{Ausgaben}}$ $\left\{ \begin{smallmatrix} (+) \\ (-) \end{smallmatrix} \right.$	78,6	—	—	2,2
Erwerbseinkünfte:				
Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen . .	0,9	—	—	—
Erträge des				
allg. Grundvermögens	— 0,6	—	—	— 0,0
allg. Kapitalvermögens	— 0,0	—	—	— 0,0
Sondervermögens . . . .	—	—	—	—
Nicht aufgeteilt 1) . .	—	—	—	—
Summe der Erwerbseinkünfte	0,3	—	—	—
Summe der allg. Deckungsmittel . . . . .	85,4	—	—	2,2

1) Gemeinden bis 3 000 Einwohner



nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Lindau
5	6	7	8	9	10	11

kreise

4,3	2,1	3,5	2,2	0,9	1,0	0,0
16,7	19,7	45,2	3,7	-	3,1	0,3
27,2	25,9	91,0	23,4	15,3	14,2	0,7
4,6	2,6	35,2	0,9	-	0,4	0,1
22,6	23,3	55,8	22,5	15,3	13,8	0,5
1,5	- 0,1	- 0,1	0,6	- 0,1	0,0	0,0
- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	-
0,1	0,6	0,1	0,2	0,0	0,1	0,0
- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
1,1	- 0,0	- 0,5	0,4	- 0,2	- 0,2	0,0
44,6	45,1	103,9	28,9	16,0	17,7	0,9

vinzial-)verbände

-	-	-	-	-	-	-
5,9	-	-	0,6	-	-	-
7,5	4,0	61,1	1,7	-	2,1	-
-	-	-	-	-	-	-
7,5	4,0	61,1	1,7	-	2,1	-
0,8	-	0,2	- 0,0	-	-	-
- 0,6	-	0,0	0,0	-	0,0	-
0,1	-	0,0	- 0,1	-	0,0	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0,2	-	0,2	- 0,1	-	-	-
13,6	4,0	61,2	2,2	-	2,1	-

## 185. Steuern (Steuerarten)

— Mill.

Steuerarten	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Gemeinden und Gemeinde-				
Grundsteuer A . . . . .	283 186	24 634	63 108	36 693
Grundsteuer B . . . . .	716 713	36 283	90 828	269 550
Gewerbesteuer (Ertrag u. Kapital)	828 378	35 374	123 936	290 741
Lohnsummensteuer. . . . .	178 004	5 922	8 414	123 071
Zuschlag z. Grunderwerbsteuer (Wertzuwachssteuer). . . . .	24 650	1 558	3	9 190
Schankerlaubnissteuer . . . . .	1 582	127	3	834
Getränkesteuer. . . . .	41 674	2 005	557	13 960
Kinosteuer. . . . .	73 263	5 354	14 751	26 184
Sonstige Vergnügungsteuer . . . .	27 703	2 064	4 801	7 332
Hundesteuer . . . . .	31 761	2 136	2 301	9 454
Jagd-u. Fischereisteuer . . . . .	180	5	5	80
Wohnraumsteuer . . . . .	8 060	-	8 060	-
Sonstige eigene Steuern . . . . .	16 563	2	11 016	644
Steuereinnahmen zusammen . . . .	2 231 719	115 467	327 787	787 730
Desgl. lt. Vorausmeldung 1949 . .	2 266 108	116 059	326 552	782 185
Stadt-				
Grundsteuer A . . . . .	13 777	253	1 656	3 293
Grundsteuer B . . . . .	421 025	14 631	45 513	166 739
Gewerbesteuer (Ertrag u. Kapital)	423 484	14 752	54 224	157 035
Lohnsummensteuer. . . . .	125 773	5 518	4 871	91 998
Zuschlag z. Grunderwerbsteuer (Wertzuwachssteuer). . . . .	10 133	373	-	4 866
Schankerlaubnissteuer . . . . .	941	32	-	546
Getränkesteuer. . . . .	33 497	1 198	-	12 633
Kinosteuer. . . . .	44 575	2 108	6 915	17 677
Sonstige Vergnügungsteuer . . . .	14 810	574	1 453	4 389
Hundesteuer . . . . .	13 014	603	-	5 478
Jagd- u. Fischereisteuer . . . . .	0	0	-	0
Wohnraumsteuer . . . . .	1 329	-	1 329	-
Sonstige eigene Steuern . . . . .	9 613	-	5 824	347
Steuereinnahmen zusammen . . . .	1 111,969	40 042	121 786	465 003

1) Nach der Vierteljahresstatistik einschl. Auslaufperiode 1948, ausschl. Aus-Gemeinden bis 3 000 Einwohner.- 3) Nur 3.u.4. Rechnungsvierteljahr.

nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						2)	Lindau <sup>3)</sup>
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern		
5	6	7	8	9	10		11

verbände zusammen

25 467	23 067	61 402	31 539	14 384	2 664	228
66 637	61 379	109 989	46 855	21 772	12 928	492
72 214	94 666	136 015	34 042	22 881	18 073	438
24 205	-	206	16 173	13	0	-
2 754	3 407	3 756	2 522	592	816	52
170	-	256	191	-	1	0
5 910	6 780	8 184	2 879	986	375	38
5 871	5 182	11 240	2 561	1 264	821	35
2 808	2 404	5 618	1 894	492	270	20
4 456	3 912	5 350	2 492	1 131	528	1
24	4	57	5	-	0	-
-	-	-	-	-	-	-
7	-	3 153	261	124	1 306	50
210 523	200 799	345 224	141 413	63 639	37 784	1 352
214 895	204 322	358 958	132 472	66 374	61 478	2 813

kreise

1 336	1 724	2 135	1 851	671	846	12
43 686	36 265	74 056	20 463	10 546	8 828	298
35 038	44 137	81 082	17 023	9 143	10 940	110
14 426	-	-	8 960	-	-	-
1 222	1 497	1 413	677	60	-	25
92	-	187	84	-	-	-
5 272	5 291	6 249	1 628	838	350	38
4 033	3 310	7 951	1 282	715	561	23
1 698	1 769	3 768	676	286	186	11
1 828	1 437	2 335	734	312	287	0
0	0	0	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	2 548	30	2	812	50
108 630	95 427	181 723	53 406	22 576	22 809	568

laufperiode 1949.- 2) Für Württemberg-Hohenzollern fehlen die Angaben für die kreisangh.

noch: 185. Steuern (Steuerarten)

— Mill.

Steuerarten	Zusammen			
		Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen
	1	2	3	4
Kreisangehörige				
Grundsteuer A . . . . .	269 283	24 381	61 408	33 400
Grundsteuer B . . . . .	295 687	21 653	45 315	102 812
Gewerbsteuer (Ertrag u. Kapital)	404 849	20 623	69 711	133 704
Lohnsummensteuer . . . . .	52 231	403	3 544	31 074
Zuschlag z. Grunderwerbsteuer (Wertzuwachssteuer) . . . . .	25	-	3	-
Schankerlaubnissteuer . . . . .	9	-	3	-
Getränkesteuer . . . . .	8 173	807	557	1 326
Kinosteuer . . . . .	24 566	2 298	5 213	8 076
Sonstige Vergnügungsteuer . . . . .	10 829	1 095	2 282	2 679
Hundesteuer . . . . .	16 529	930	2 301	3 219
Jagd- u. Fischereisteuer . . . . .	54	1	5	7
Wohnraumsteuer . . . . .	1 380	-	1 380	-
Sonstige eigene Steuern . . . . .	1 956	2	330	234
Steuereinnahmen zusammen . . . . .	1 085 571	72 193	192 055	316 532
Land-				
Grundsteuer A . . . . .	127	-	43	-
Grundsteuer B . . . . .	3	-	-	-
Gewerbsteuer (Ertrag u. Kapital)	41	-	-	-
Lohnsummensteuer . . . . .	-	-	-	-
Zuschlag z. Grunderwerbsteuer (Wertzuwachssteuer) . . . . .	14 491	1 185	-	4 324
Schankerlaubnissteuer . . . . .	631	95	-	287
Getränkesteuer . . . . .	6	-	-	0
Kinosteuer . . . . .	4 123	947	2 623	430
Sonstige Vergnügungsteuer . . . . .	2 065	395	1 066	264
Hundesteuer . . . . .	2 220	604	-	756
Jagd- u. Fischereisteuer . . . . .	124	5	-	73
Wohnraumsteuer . . . . .	5 350	-	5 350	-
Sonstige eigene Steuern . . . . .	4 996	-	4 864	62
Steuereinnahmen zusammen . . . . .	34 181	3 232	13 945	6 196

nach Ländern und Körperschaften

DM —

davon						
Hessen	Württemberg-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern <sup>2)</sup>	Lindau <sup>3)</sup>
5	6	7	8	9	10	11

Gemeinden

24 047	21 344	59 267	29 688	13 712	1 819	214
22 949	25 114	35 931	26 391	11 225	4 101	194
37 175	50 528	54 891	17 018	13 737	7 134	328
9 779	-	206	7 213	13	0	-
-	-	0	-	22	0	-
-	-	-	6	-	0	-
637	1 488	1 929	1 252	147	26	-
1 727	1 872	3 290	1 268	550	259	12
861	635	1 776	1 199	207	83	9
1 959	2 475	3 015	1 610	819	201	0
-	-	37	5	-	0	-
-	-	-	-	-	-	-
7	-	569	198	121	495	-
99 145	103 457	160 912	85 847	40 553 <sup>1)</sup>	14 119	757

kreise

84	-	-	-	-	-	-
2	-	1	-	-	-	-
0	-	40	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
1 532	1 911	2 343	1 844	509	816	27
79	-	68	100	-	1	0
-	-	5	-	-	-	-
110	-	-	13	-	-	-
249	-	72	19	-	-	-
669	-	-	150	-	40	-
22	4	20	0	-	0	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	37	34	-	-	-
2 750	1 915	2 588	2 162	509	856	27